

**Einfluß landwirtschaftlicher Fachplanungen
auf die
Flurbereinigung in Nordhessen**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
an der Landwirtschaftlichen Fakultät
der Justus Liebig-Universität Gießen

eingereicht von
Ralf Bokermann
geb. in Dohnsen

Gießen 1971



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41545931_0041

**Einfluß landwirtschaftlicher Fachplanungen
auf die
Flurbereinigung in Nordhessen**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
an der Landwirtschaftlichen Fakultät
der Justus Liebig-Universität Gießen

eingereicht von
Ralf Bokermann
geb. in Dohnsen

Gießen 1971

Dekan: Prof. Dr. R. Waßmuth

1. Berichterstatter: Dozent Dr. H. Spitzer

2. Berichterstatter: Prof. Dr. H. Weber

Tag der mündlichen Prüfung: 19. April 1971



Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre der Justus Liebig-Universität Gießen durchgeführt.

Für die Überlassung des Themas möchte ich dem Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Betriebslehre, Herrn Professor Dr. P. Meimberg, an dieser Stelle danken. Ferner bedanke ich mich bei Herrn Professor Dr. H. Weber und Herrn Dozent Dr. H. Spitzer für ihre fachlichen Anregungen und ihre Unterstützung.

Mein Dank gilt weiterhin allen Stellen und Persönlichkeiten, die mir durch die Überlassung des erforderlichen Datenmaterials, anderer Unterlagen sowie durch Auskünfte die Arbeit erleichtert haben; danken möchte ich insbesondere den nordhessischen Ämtern für Landeskultur, dem Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden sowie dem Landesamt für Landwirtschaft in Kassel.

Dem Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt bin ich für die finanzielle Unterstützung zum Druck der Arbeit zu Dank verpflichtet.

Gießen, im März 1971

Ralf Bokermann

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Einführung	9
1. Aufgabe, Abgrenzung und Zahlenmaterial der Arbeit	12
1.1. Aufgabenstellung	12
1.2 Abgrenzung der Arbeit	12
1.3 Das Zahlenmaterial	14
2. Der Untersuchungsraum	15
2.1 Geographische Gegebenheiten	15
2.2 Natürliche Standortbedingungen	17
2.21 Boden	17
2.22 Klima	20
2.23 Oberflächengestalt	20
2.3 Wirtschaftliche Standortbedingungen	23
2.31 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	23
2.32 Fördergebiete	23
2.33 Betriebsgrößenstruktur	26
2.34 Innere Verkehrslage und Flurverfassung	27
2.35 Äußere Verkehrs- und Marktlage	28
3. Aufgaben und Entwicklung der Flurbereinigung und Vorplanung und ihre Ergebnisse in Nordhessen	30
3.1 Aufgaben und Ziele der Flurbereinigung	30
3.2 Entwicklung der Flurbereinigung in Nordhessen	33
3.3 Begriff und Zielsetzung der Vorplanung	36
3.31 Die Aussagebreite	37
3.32 Die Aussagetiefe	39
3.33 Zur Durchführbarkeit	39
3.34 Das Vorplanungsgebiet	40
3.4 Aufgaben und Entwicklung der Vorplanung in Nordhessen	41
3.5 Inhalt und Methodik der Vorplanung in Nordhessen	44

	<u>Seite</u>
3.51 Datenbeschaffung - Aufklärung der Teilnehmer	45
3.52 Datenverarbeitung - Bestandsaufnahme der Vorplanung	47
3.53 Entwicklung der Planungsziele und Vorschläge	49
3.54 Beratende Mitwirkung am Ablauf des Verfahrens	54
3.55 Zeitpunkt der Vorplanung	55
3.6 Ergebnisse der untersuchten Flurbereinigungen und Vorplanungen	56
3.61 Die Zahlenergebnisse	56
3.61.1 Kriterien zur Auswahl der Ergebnisse	57
3.61.2 Die begrenzte Aussagekraft der Ergebnisse	69
3.62 Bedeutung der Zahlenergebnisse für die Vorplanung	71
3.63 Schwerpunktmaßnahmen der Flurbereinigung	73
4. Kritische Beurteilung der Flurbereinigungsmaßnahmen und Vorplanungen	75
4.1 Grundsätzliche Probleme der Beurteilung	75
4.11 Einfluß der fachlichen Qualität und Durchführbarkeit der Vorplanung	75
4.12 Einfluß der Einstellung des ausführenden Beamten	76
4.13 Einfluß gesetzlicher Bestimmungen	77
4.14 Einfluß der Teilnehmer	80
4.15 Einfluß der Finanzierungsmöglichkeiten	81
4.16 Beurteilungsmaßstäbe	82
4.2 Änderung der Kultur- und Nutzungsarten	83
4.21 Rodung	84
4.22 Aufforstung	85
4.23 Änderung der Nutzungsarten	87
4.3 Bodenverbesserungen und wasserwirtschaftliche Maßnahmen	91
4.31 Kultivierung und Planinstandsetzung	91
4.32 Landbautechnische Maßnahmen	92
4.33 Dränung	94
4.34 Gewässerausbau und Bachregulierung	96

	<u>Seite</u>
4.4 Bodenerhaltung und Windschutz	97
4.41 Bodenerhaltung	97
4.42 Windschutz	101
4.5 Ausweisung von Land für gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen	102
4.6 Strukturverbesserungen	106
4.61 Aussiedlung und Neusiedlung	106
4.62 Aussiedlungsstandorte	111
4.63 Betriebsvergrößerung	116
4.7 Zusammenlegung	120
4.8 Anlage und Ausbau des Wegenetzes	126
4.81 Wegenetzgestaltung	127
4.81.1 Wegenetzgestaltung in den Erstbe- reinigungen	128
4.81.2 Wegenetzgestaltung in den Zweitbe- reinigungen	131
4.82 Ausbau des Wegenetzes	136
4.9 Probleme der Umstellungsberatung	139
5. Vorschläge zur Neuorientierung der Flurbereinigung und zweckmäßigen Gestaltung der Vorplanung	141
5.1 Vorschläge zur Neuorientierung der Flurbereini- gung	141
5.11 Ursachen und Ausmaß des Strukturwandels	142
5.12 Neuorientierung einzelner Flurbereinigungs- maßnahmen	146
5.13 Neuorientierung in den Erst- und Zweitbe- reinigungen	149
5.14 Entwicklung zum Raumordnungsverfahren	151
5.2 Vorschläge zur zweckmäßigeren Gestaltung der Vorplanung	155
5.21 Einfügung in den Verbund raumwirksamer Planungen	157
5.21.1 Abstimmung mit übergeordneten Planungen	157
5.21.2 Abstimmung mit den Planungen des Klein- und Kleinstraumes	161
5.22 Inhalt und Aussage	163
5.22.1 Neuorientierung der Aussage	164
5.22.2 Durchführung von Betriebsplanungen	164
5.22.3 Nachweis der Durchführbarkeit	168
5.22.4 Methodische Fragen der Durchführung	169

	<u>Seite</u>
5.23 Einordnung in den Verfahrensablauf der Flurbereinigung	170
6. Zusammenfassung	174
Literaturverzeichnis	179
Anhang	192
Erlaß über die Zusammenarbeit zwischen Landeskul- turbehörde und landwirtschaftlicher Berufsvertre- tung bei Flurbereinigungsverfahren vom 21. Januar 1957	
Mustergliederung der untersuchten Vorplanungen	
Angaben über den Verfahrensablauf, die Verfahrens- fläche und die Ausführungskosten der untersuchten Flurbereinigungen	

A b k ü r z u n g e n

Ø	=	arithmetisches Mittel
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FlurbG	=	Flurbereinigungsgesetz
°C	=	Grad Celsius
ha	=	Hektar
LN	=	Landwirtschaftliche Nutzfläche
Mrd.	=	Milliarde
Mill.	=	Million
S.	=	Seite
Sp.	=	Spalte
vergl.	=	vergleiche

Einführung

Eine Betrachtung der aus vergangenen Jahrhunderten überkommenen Flurformen zeigt, daß eine planmäßige, den jeweiligen landtechnischen und sozialökonomischen Bedingungen angepaßte Flureinteilung nicht eine Notwendigkeit und Errungenschaft der Jetztzeit ist (HARSCHKE, 46, S. 2). Seit der Mensch planmäßig Landwirtschaft betreibt, hat vielmehr jede Epoche mit den sich wandelnden agrartechnischen, sozialökonomischen und rechtlichen Gegebenheiten die Flureinteilung ändern, die Flur neu ordnen müssen. Für Hessen unterteilt HARSCHKE (46, S. 55 ff.) die Entwicklung der Flurverfassung in drei große agrartechnische Entwicklungsperioden:

- In der ersten frühmittelalterlichen Entwicklungsperiode wurden die Ackerflächen aufgrund einer dünnen Besiedlung nur relativ extensiv in Form der Feldgraswirtschaft genutzt. Der einzelne Betrieb wurde bei der Anlage und Formgebung seiner Ackerparzellen von Nachbarn nur wenig behindert. Die vorherrschenden Flurformen sind relativ grobe Langstreifen- und Blockflurparzellen.
- Eine zunehmende Besiedlungsdichte führte im Spätmittelalter und in der Frühneuzeit zu immer intensiveren und arbeitsaufwendigeren Formen der Landbewirtschaftung. Die arbeitsintensivere Bodennutzung machte eine Vergewannung, das heißt eine Unterteilung der früheren, relativ großen Parzellen in weit kleinere "Gewannparzellen" erforderlich. Die dichtere Besiedlung führte zu einer wachsenden nachbarschaftlichen Verflechtung (Zelgeneinteilung der Flur) der landwirtschaftlichen Betriebe.
- Die dritte Entwicklungsperiode wird durch den technischen Fortschritt des industriellen Zeitalters geprägt. Die arbeitsintensive Produktionsform wird durch eine zunehmende Substitution der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinenkapital abgelöst. Die kleinparzellierte Gewinnflur wird zum größten Hindernis des mechanisierten Landbaues.

Die überkommenen Flurformen sind demnach Zeugnisse für die wechselnden historischen Bedingungen der Landbewirtschaftung. Aus geschichtlicher Sicht kann deshalb auch die durch unsere heutige Flurbereinigung geschaffene Flurverfassung kein endgültiger Zustand, sondern nur eine zeitbedingte Lösung sein.

Als die Flurbereinigungstätigkeit ¹⁾ nach dem zweiten Weltkrieg wieder stärker auflebte, hatten sich die Anforderungen der Landwirtschaft an die Flurverfassung erneut geändert. Gegenüber der Vorkriegszeit waren - vor allem aufgrund des wachsenden Zwanges zur Mechanisierung - der Rationalisierungseffekt der Flurneueordnung und betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte stärker in den Vordergrund getreten.

Die betriebswirtschaftlichen Grundlagen der Flurneueordnung sind nach dem zweiten Weltkrieg vor allem im Ausschuß für Flurbereinigung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft diskutiert und erarbeitet worden. Bereits auf der ersten Sitzung dieses Ausschusses im Jahre 1949 in Bad Dürkheim wurde deutlich, daß die Flurbereinigung der vergangenen Jahrzehnte den neuen, stärker betriebswirtschaftlich orientierten Aufgaben nicht gerecht werden könne (28). Mehrere, in den folgenden Jahren durchgeführte wissenschaftliche Untersuchungen bestätigten, daß in den Flurbereinigungen der Vorkriegszeit die rechtlichen und vermessungstechnischen Probleme zwar recht gut gelöst, landwirtschaftlich-betriebswirtschaftliche Ziele aber nur unvollkommen und in beschränktem Umfang verwirklicht worden waren (v. EHRLICH, 32, RADLOFF, 109).

Aufgrund dieser Ergebnisse wurde neben einer stärkeren Mitwirkung landwirtschaftlicher Dienststellen die Forderung nach der vorherigen Erarbeitung einer umfassenden landwirtschaftlichen Zielsetzung oder Vorplanung für die Flurbereinigung erhoben. Diese Forderung wurde im neuen Flurbereinigungsgesetz vom 14. Juli 1953 berücksichtigt ²⁾, Nach § 38 dieses Gesetzes hat die Flurbereinigungsbehörde im Benehmen mit den beteiligten landwirtschaftlichen Dienststellen allgemeine Grundsätze für die zweckmäßige Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes aufzustellen. "Dabei sind Vorplanungen der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen oder anderer landwirtschaftlicher Stellen zu erörtern und in dem möglichen Umfange zu berücksichtigen".

1) Begriff der Flurbereinigung siehe Abschnitt 1.2

2) BGBl I, S. 591

Seit etwa 1954/55 werden in den meisten Bundesländern Vorplanungen für die Flurbereinigung erstellt, und das Verfahren der Vorplanung hat als landwirtschaftliche Fachplanung inzwischen eine gewisse Reife erlangt (BOHTE, 15, S. 6). Es erscheint daher angebracht, für einen größeren Raum und eine größere Anzahl von Flurbereinigungen festzustellen,

- welchen Einfluß die Vorplanung auf die Gestaltung der Flurbereinigung genommen hat;
- und ob die Vorplanung zu einer stärkeren und ausreichenden Verwirklichung bestimmter betriebswirtschaftlicher und landeskultureller Ziele geführt hat.

Diese Untersuchung erscheint umso gerechtfertigter, als die landwirtschaftlichen Fachplanungen in den letzten Jahren eine starke Ausweitung und Bedeutungssteigerung erfahren haben. Neben und aus der Vorplanung für die Flurbereinigung haben sich folgende Formen der Agrarplanung entwickelt (21, S. 46):

- a) die agrarstrukturelle Rahmenplanung, die allgemeine Leitbilder für die agrarstrukturelle Entwicklung eines ganzen Landes aufstellt;
- b) die agrarstrukturelle Vorplanung, die überörtliche Planungsziele für einen oder mehrere Nahbereiche erarbeitet.

"Bei der Entscheidung über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur werden in Zukunft diese agrarstrukturellen Planungen u.a. wesentliche Grundlagen über räumliche und zeitliche Prioritäten der durchzuführenden Maßnahmen abgeben" (21, S. 46).

Diese Sätze kennzeichnen die große Bedeutung, die die amtliche Agrarpolitik den landwirtschaftlichen Fachplanungen für die zukünftige Agrarstrukturverbesserung beimißt.

1. Aufgabe, Abgrenzung und Zahlenmaterial der Arbeit

1.1 Aufgabenstellung

Ziel der vorliegenden Arbeit ist die Ermittlung des Einflusses - vor allem auf betriebswirtschaftlichem und landeskulturellem Gebiet -, den die Vorplanung auf eine repräsentative Anzahl von Flurbereinigungsverfahren im Untersuchungsraum Nordhessen genommen hat.

Der Untersuchung geht im 2. Kapitel der Arbeit eine Aufnahme der natürlichen Standortbedingungen sowie der Wirtschafts- und Agrarstruktur des Untersuchungsgebietes voraus, da die Aufgaben und Leistungen der Flurbereinigung weitgehend von diesen Faktoren abhängen. Anschließend wird im 3. Kapitel der Arbeit auf die Aufgaben der Flurbereinigung sowie die Zielsetzung und Methodik der Vorplanung näher eingegangen. Grundlage der eigentlichen Untersuchung ist die dann folgende zahlenmäßige Gegenüberstellung der Flurbereinigungsergebnisse und der ihnen vorangegangenen Vorplanungen. Anhand dieser Zahlenergebnisse erfolgt im folgenden 4. Kapitel eine eingehende und kritische Beurteilung der einzelnen Flurbereinigungsmaßnahmen sowie der Vorplanungen und ihres wechselnden Einflusses. Vorplanung und Flurbereinigung dienen demnach wechselseitig ihrer Beurteilung.

Die kritische Beurteilung soll unter anderem aufzeigen, wo die Notwendigkeit und Möglichkeit zu einer Neuorientierung der Flurbereinigung und zu einer zweckmäßigeren Gestaltung der Vorplanung besteht. Vorschläge hierzu werden im letzten Kapitel zusammengefaßt.

1.2 Abgrenzung der Arbeit

Nach § 109 FlurbG ist die landwirtschaftliche Berufsvertretung, die mit der Durchführung der Vorplanung zu betreuen ist, die zuständige Landwirtschaftskammer oder eine andere, von der obersten Landwirtschaftsbehörde eines Landes zu bestimmende Organisation. Obwohl sich für die Vorplanung eine in den Grundzügen stets ähnliche Gliederung durchgesetzt hat, ist ihre Abfassung doch stark von der Auffassung der mit der Vorplanung betrauten Organisation und deren Fachkräften abhängig. So bestanden schon zwischen den beiden ehemaligen hessischen Land- und Forstwirtschaftskammern in einigen

Punkten Unterschiede in der Auffassung über die zweckmäßige Durchführung der Vorplanung. Um die notwendige Gleichmäßigkeit der für die Arbeit verwendeten Vorplanungen sicherzustellen, ist die Untersuchung auf das Gebiet der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen begrenzt. Der Bereich deckt sich mit dem Gebiet des Regierungsbezirkes Kassel.

In dieser Arbeit werden für den Untersuchungsraum unter Flurbereinigungen Verfahren der Flurneuordnung verstanden, die nach 1866 - dem Jahr der Annexion des alten Kurhessischen Staates durch Preußen - durchgeführt worden sind. Vor 1866 ist es in Nordhessen zu keinem behördlich geleiteten oder von einer Behörde veranlaßten Flurneuordnungsverfahren gekommen (LANG, 90, S. 32 ff.). Von 1866 an beginnt somit auch die Zählung der Verfahren nach Erst-, Zweit- und Drittbereinigungen. Bei Erst- oder Zweitbereinigungen handelt es sich also um Gemarkungen, in denen seit 1866 zum ersten oder zum zweiten Male eine Flurbereinigung durchgeführt wird.

Um auch bei den Flurbereinigungen weitgehend einheitliche Ausgangsdaten zu erhalten, sind nur solche Verfahren in die Arbeit einbezogen worden, deren Hauptzweck eindeutig die allgemeine Verbesserung der Agrarstruktur im Sinne des § 1 FlurbG war. Verfahren, bei denen die Bereitstellung von Land für öffentliche Anlagen im Vordergrund stand (Zweckbereinigungen nach § 87 FlurbG), oder die sich nur auf Teilgebiete von Gemarkungen erstreckten, blieben unberücksichtigt. - Um möglichst gegenwartsnahe Aussagen zu erhalten, ist die Untersuchung auf Flurbereinigungen beschränkt, bei denen die Zuteilung der neuen Grundstücke nach 1958 erfolgte (vergl. Anhang, S. 202 ff.). Nur in einzelnen Abschnitten der Arbeit sind einige besonders eindrucksvolle Ergebnisse früherer Flurbereinigungen dargestellt.

Die Beurteilung der untersuchten Vorplanungen und Flurbereinigungen muß in dieser Arbeit im wesentlichen auf der Grundlage des Flurbereinigungs-gesetzes von 1953 erfolgen, nach dem die Flurbereinigungen durchgeführt worden sind. Gerechterweise muß die Beurteilung ferner von den agrarpolitischen und betriebswirtschaftlichen Zielen der vergangenen zehn Jahre ausgehen. Die Aussage wäre jedoch unvollständig und nicht gegenwartsbezogen,

wenn die inzwischen eingetretenen und in Zukunft zu erwartenden Strukturveränderungen der Landwirtschaft unberücksichtigt bleiben. Gerade die Bedeutung der einzelnen Maßnahmen für die Flurbereinigung der Zukunft erscheint als wichtige Aussage der beiden letzten Kapitel.

1.3 Das Zahlenmaterial

Für die Arbeit stehen die Ergebnisse und Zahlen von 62 Vorplanungen und Flurbereinigungen des Untersuchungsraumes zur Verfügung. Von den Flurbereinigungsverfahren sind 25 Erstbereinigungen, 32 Zweitbereinigungen und 5 Beschleunigte Zusammenlegungen nach § 91 FlurbG. Die Zahlen über die Flurbereinigungen entstammen überwiegend den Flurbereinigungsstatistiken der Kulturämter. Es sind die gleichen Daten, die in dem alljährlichen Bericht "Die Verbesserung der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland" (23, S. 22-27) enthalten sind. Die in diesem Bericht wiedergegebenen Zahlen entsprechen dem Stand der Flurbereinigungen zum Zeitpunkt der Zuteilung der neuen Grundstücke. Da jedoch nach der Zuteilung der neuen Grundstücke häufig noch ein erheblicher Teil der Ausbaumaßnahmen vorgenommen wird, sind in die vorliegende Arbeit nur die Flurbereinigungsergebnisse aufgenommen, die sich nach Abschluß aller Ausbaumaßnahmen ergeben haben. - Die Zahlenergebnisse der Vorplanungen wurden den von der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen erstellten Vorplanungsberichten und den zugehörigen Karten entnommen. Die Vorplanungsdaten sind bei einigen Maßnahmen durch Angaben aus den "bodenkundlichen Gutachten" ergänzt, die in Hessen für jedes Flurbereinigungsverfahren angefertigt werden. - Die untersuchten Vorplanungs- und Flurbereinigungsgemeinden sind in einer Übersicht im Anhang, S. 202 ff., aufgeführt.

Erforderliche Angaben, die in den Flurbereinigungsstatistiken nicht enthalten waren, wurden durch eigene Erhebungen in den Flurbereinigungsgemeinden sowie bei dem mit der Flurbereinigung betrauten Dienststellen- und Personenkreis gesammelt.

Die den Statistiken entnommenen oder gesammelten Daten über die Flurbereinigungsmaßnahmen sind in den einzelnen Gemarkungen überprüft worden. Die Überprüfung wurde teils durch persönlichen Augenschein anhand von Karten, teils durch Befragung einzelner Landwirte oder anderer ortsansässiger Personen vorgenommen. Die Überprüfung der Flurbereinigungsmaßnahmen konnte sich im Hinblick auf die große Zahl der beteiligten Betriebe jedoch nicht auf die Abfindung der Teilnehmer und auf Einzelergebnisse der Zusammenlegung erstrecken. Die Untersuchung der Zusammenlegungsergebnisse stützt sich deshalb überwiegend auf die vorhandenen statistischen Unterlagen der Kulturämter (vergl. Abschnitt 3.61).

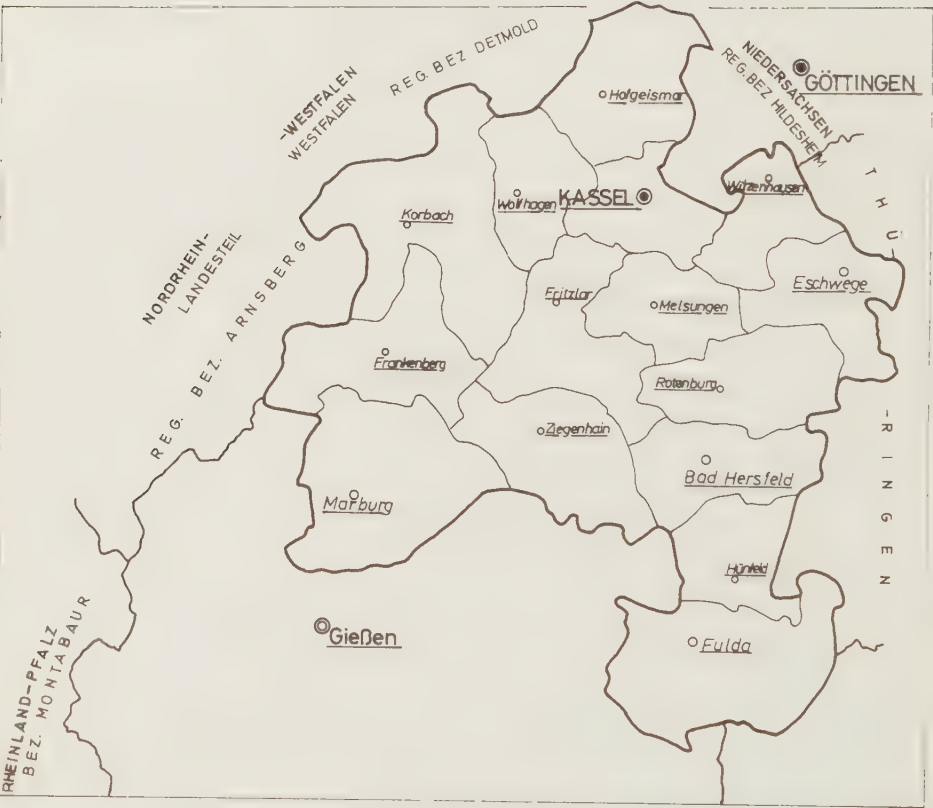
2. Der Untersuchungsraum

2.1 Geographische Gegebenheiten

Das Untersuchungsgebiet umfaßt den nördlichen Landesteil Hessens, den Regierungsbezirk Kassel (südlicher Landesteil: Regierungsbezirk Darmstadt). Der Bezirk ist 9 197 km² groß (66) und hatte 1968 1,348 Millionen Einwohner (69, S. 110). Nordhessen erstreckt sich vom Thüringer Wald im Osten bis zu den Ausläufern des Rothaargebirges und Sauerlandes im Westen, von der Diemel, Weser und Werra im Norden bis zur Lahn, den Abhängen des Vogelsberges und der Rhön im Süden. - Den natürlichen Grenzen entsprechen weitgehend die politischen. Im Westen und Norden grenzt Nordhessen an Westfalen und Niedersachsen, im Osten an Thüringen (vergl. Karte 1a). Im Süden bildet - von einem Zipfel Bayerns in der Rhön abgesehen - südhessisches Gebiet die Grenze. Nordhessen selbst ist verwaltungsmäßig in fünfzehn Land- und drei Stadtkreise eingeteilt.

Der Untersuchungsraum gehört der mitteldeutschen Gebirgsschwelle an und wird zum größten Teil vom Hessischen Bergland ausgefüllt. In Nord-Südrichtung wird das Hessische Bergland durch zwei verkehrswichtige Grabenzonen, die Westhessische und die nur schwach ausgeprägte Osthessische Senke, geteilt. Durch mehrere Gebirge und Gebirgsstöcke ist das Bergland beiderseits der Senken in zahlreiche Einzellandschaften zergliedert (vergl. Karte 1b). Etwa in der Mitte des Landes liegt das Knüllgebirge, im Westen und Norden folgen Burg-, Keller-, Habichts-, Reinhardts-,

KARTE 1a: ÜBERSICHTSKARTE NORDHESSENS



— GRENZE DES UNTERSUCHUNGSRRAUMES

— KREISGRENZEN

Kaufungerwald und Meißner. Vom Rothaargebirge und Vogelsberg gehören nur Ausläufer, von der Rhön nur der nord-westliche Teil mit der Wasserkuppe (950 m) zu Nordhessen.

Von der Gesamtfläche des Untersuchungsraumes sind 39 v.H. mit Wald bedeckt. Die landwirtschaftliche Nutzfläche umfaßt 48 v.H. des Bodens; sie besteht zu 61 v.H. aus Acker- und zu 36 v.H. aus Grünland (70). - Einzige Großstadt und kultureller und wirtschaftlicher Mittelpunkt des Landes ist Kassel. Neben dem Wirtschaftsraum um Kassel sind Fulda, Marburg, Bad Hersfeld, Eschwege und Korbach bedeutendste Einzelstandorte der Industrie.

Aufgrund seiner geographischen Lage ist Nordhessen ein Bindeglied und Übergangsraum zwischen Nord- und Süddeutschland. Die den Übergangscharakter kennzeichnende Grenze zwischen nieder- und mitteldeutschen Mundarten und Hausformen verläuft etwa auf der Höhe von Kassel (43, S. 279).

2.2 Natürliche Standortbedingungen

2.21 Boden

Eines der Hauptziele der Flurbereinigung ist die Neuordnung des Produktionsfaktors Boden. Eigenschaften und Vielgestaltigkeit der Böden sind daher nicht nur für die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft, sondern auch für die Möglichkeiten der Zusammenlegung von größter Bedeutung. - Mit Ausnahme der westlichen Randzone, die dem Rheinischen Schiefergebirge angehört, wird Nordhessen von einer Triastafel aufgebaut. Sie besteht zu etwa 9/10 aus Buntsandstein, der Rest ist Muschelkalk und Keuper (SCHÖNHALS, 117, S.21). An zahlreichen Stellen wird die Triastafel von Basalt durchbrochen und überlagert. Während der Eiszeit wurde das Land vom Löss überweht, der sich in den Senken als mächtige Decke, in den höher gelegenen Gebieten jedoch oft nur als dünner Schleier absetzte.

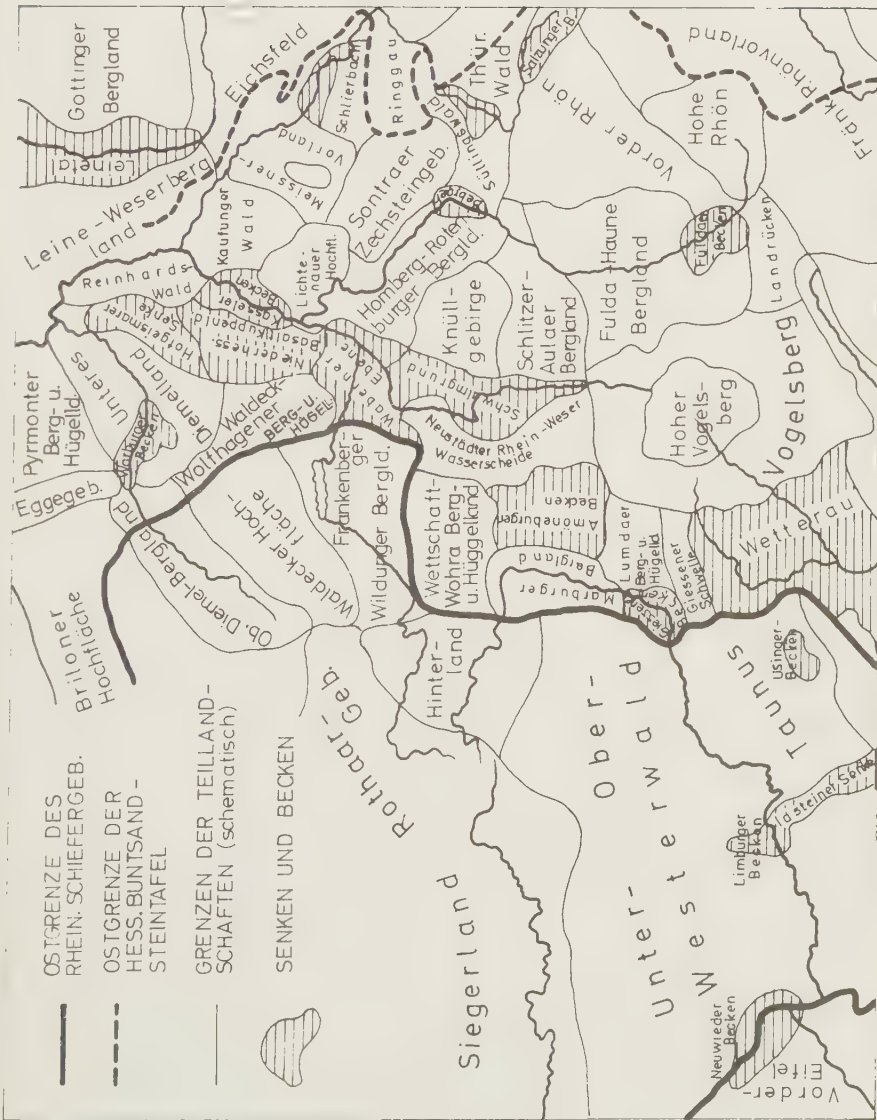
Die Ausbildung und der heutige Zustand der Böden ist im wesentlichen vom Ausgangsgestein, von der Niederschlagshöhe und der Oberflächengestalt abhängig. Im humiden Klima Nordhessens unterliegen die Böden mit zunehmender Höhenlage der verstärkten Erosion, Auswaschung und Podsolierung. In den regenärmeren Senken ist die Auswaschung dagegen geringer, und die Böden konnten hier ihre volle Ausbildung und den ursprünglichen Basengehalt weitgehend

erhalten. - So sind in den regenreichen Höhengebieten auf basenärmeren Ausgangsgesteinen flachgründige, basenarme Böden vom Typ des Rankers entstanden. Diese Böden kommen einmal als steinige Lehm Böden im Waldecker Upland und den übrigen östlichen Randgebieten des Rheinischen Schiefergebirges vor (50). Zum anderen haben sie sich auf hochgelegenem Buntsandstein in Osthessen gebildet. - In den etwas regenärmeren Gebieten des Buntsandsteins mit mittlerer Höhenlage, wie im größten Teil Osthessens und im östlichen Teil des Kreises Waldeck vorherrschend, konnten sich dagegen tiefgründige, lehmige Sandböden vom Typ der Braunerde entwickeln.

Die Böden auf basenreicheren Ausgangsgesteinen, wie Basalt und Muschelkalk, haben der Auswaschung in den Höhengebieten besser widerstanden. In der Rhön, im Knüll, im Habichtswald sowie in Muschelkalkgebieten finden sich daher relativ basenreiche, nur schwach podsolierte Böden. Sind sie flachgründig, entsprechen sie meistens dem Bodentyp der Rendzina. Die tiefgründigeren Böden sind teilweise Braunerden, überwiegend jedoch Pelosole verschiedener Ausprägung.

Die fruchtbarsten Böden des Untersuchungsraumes liegen im Lößgebiet der Niederhessischen Senke, die sich vom Amöneburger Becken bei Marburg bis zur Diemel hinzieht. In den regenärmeren Teilen der Senke herrschen Lehm Böden mit hoher Basensättigung vom Typ der Braunerde vor; bei höheren Niederschlägen treten Parabraunerden an ihre Stelle. - Neben der Hauptlößzone gibt es zahlreiche weitere Einzelvorkommen von Löß. Der Anteil des Löß an der gesamten Bodenfläche wird auf etwa 25 v.H. geschätzt (117, S. 54). Als Mischungsbestandteil ist der Löß auch in vielen Verwitterungsböden Nordhessens enthalten. Die oft extremen Eigenschaften dieser Böden werden dadurch häufig gemildert und verbessert.

KARTE 1b: LANDSCHAFTSGIEBERING NORD



2.22 Klima

Nordhessen gehört fast ausschließlich dem Klimaraum "Westliches Mitteldeutschland" an, der sich durch etwas kältere Winter und geringere Niederschlagsmengen vom nordwestdeutschen Klimaraum abhebt (29). Innerhalb dieser Klimazone treten jedoch infolge der Höhenunterschiede zwischen Niederungen und Gebirgen beträchtliche Klimadifferenzen auf.

Klimatisch begünstigt sind mit über 8° C mittlerer Jahrestemperatur Teile der Niederhessischen Senke und die Täler von Eder, Fulda und Werra (29, Blatt 11). Im größten Teil Nordhessens liegt das Jahresmittel jedoch zwischen 7° - 8° C; die Vegetationszeit (Anzahl der Tage mit einer mittleren Temperatur von mindestens 5° C) beläuft sich hier auf 210 - 220 Tage. In den Mittelgebirgslagen sinkt das Jahresmittel unter 7° C, in der Rhön und im Waldecker Upland über 800 m Höhe sogar unter 5° C. Analog der mittleren Jahrestemperatur verkürzt sich die Vegetationszeit in den Mittelgebirgen auf 180 - 200 Tage (29, Blatt 17). - Die Niederschlagsverteilung wird stark von der Regenschattenwirkung der Gebirge beeinflusst. - Relativ trocken mit durchschnittlich 550 - 650 mm Jahresniederschlag sind die Niederhessische Senke und ihre Nebenlandschaften (29, Blatt 51). In den Höhengebieten der Rhön und des Waldecker Uplandes fallen dagegen 1000 - 1200 mm Jahresniederschlag. Zwischen den relativ trockenen und niederschlagsreichen Landschaften finden sich alle Übergänge. Für die Landwirtschaft ist die Niederschlagshöhe, insgesamt gesehen, verhältnismäßig günstig. Vorteilhaft für die Landwirtschaft ist auch die jahreszeitliche Verteilung der Niederschläge mit einem Regenmaximum während der Hauptvegetationszeit im Sommerhalbjahr.

2.23 Oberflächengestalt

Durch die Mechanisierung des Landbaues hat sich die betriebswirtschaftliche Bewertung der Hanglagen, die im Zeitalter der tierischen Anspannung oft bevorzugte Ackerstandorte waren, entscheidend verändert. Nach den wesentlichen betriebswirtschaftlichen Unterschieden der mechanisierten Bodennutzung fassen

MEIMBERG und HELLER (95, S. 17 f.) die Bereiche unterschiedlicher Hangneigung zu folgenden **Hangstufen** zusammen:

- 0 - 6 % HN ¹⁾: Ebenes Gelände, das den Anbau aller Feldfrüchte und eine intensive Grünlandnutzung ohne Behinderungen zuläßt;
- 7 - 12 % HN: Flachwelliges Gelände. Eine intensive Bodennutzung ist ohne wesentliche Erschwernisse möglich. Nur bei den Hackfrüchten ist teilweise mit geringer Behinderung zu rechnen;
- 13 - 18 % HN: Welliges bis hügeliges Gelände. Der Ackerbau wird zunehmend erschwert. Der wirtschaftliche Anbau von Rüben endet bei etwa 16 bis 18 % HN. Auch der Kartoffelbau wird zunehmend behindert, während die intensive Grünlandnutzung nur mäßig mit zusätzlichen Kosten belastet wird;
- 19 - 24 % HN: Hügeliges bis bergiges Gelände. Getreide- und Futterbau ist noch möglich, aber stark erschwert. Auch die intensive Grünlandnutzung erfährt zunehmende Behinderungen;
- 24 - 30 % HN: Bergiges Gelände. Ackerbau ist nur noch unter sehr starker Behinderung möglich. Auch der intensive Futterbau ist mit erheblichen Erschwernissen verbunden.

Dem Einsatz mechanisierter Arbeitsverfahren stehen also bereits bei relativ geringem Hanggefälle erhebliche technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten entgegen. Die Grenze der landwirtschaftlichen Nutzung eines Standortes wird nach MEIMBERG (101, S. 274) heute weniger von der Bodenqualität, sondern in erster Linie von der Vollmechanisierbarkeit aufgrund der Hangneigung bestimmt. In einem Berg- und Hügelland wie Nordhessen sind die Hangflächen für einige Gebiete daher zu einem Problem der Landwirtschaft geworden. Der Umfang der Hanglagen ist aus Übersicht 1 und Karte 1c zu ersehen.

Einen höheren Anteil an Hanglagen haben vor allem die osthessischen Gebiete entlang der thüringischen Grenze und die westlichen Randgebiete wie das Waldecker Upland. Stark hängig sind naturgemäß auch die Einzelgebirge wie der Knüll, Kaufunger Wald oder das Umland des Meißners (vergl. Karte 1c). Die Oberflächen-gestalt wird hier häufig zum bestimmenden Faktor der Bodennutzung.- In den Landschaften der Niederhessischen Senke und im Fuldaer Becken herrschen dagegen ebene bis flachhügelige Oberflächenfor-

¹⁾ HN = Hangneigung

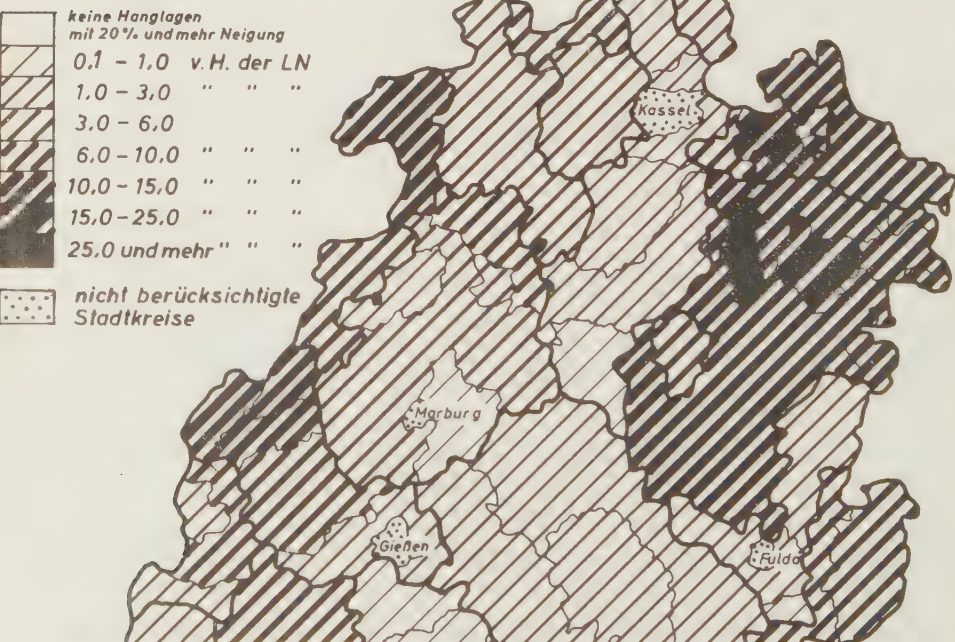
men vor. Hier und in anderen weiten Teilen Nordhessens bestehen für den technisierten Landbau keine nennenswerten Behinderungen.

Übersicht 1: Anteil der Hanglagen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Nordhessen

Bezeichnung	LN insgesamt	Hangflächen mit einer Neigung		
		von ... 10 - u. 20 %	bis ... 20 - u. 30 %	v.H. 30 u. mehr %
ha LN	472 367	101 984	24 630	4 538
v.H.	100	21,6	5,2	1,0

Quelle: S. Sabarth, Gegenwärtige und zukünftige Richtbetriebsgrößen und -organisationen landwirtschaftlicher Familienbetriebe in Hessen. AVA-Sonderheft Nr. 17, Wiesbaden 1965, S. 41

Karte 1c: Hanglagen mit einer Neigung von 20% und mehr in den Landbaugebieten Nordhessens



Quelle: Grundlagen zur Agrarstrukturellen Rahmenplanung Hessen, Karte B - 7 - Hrsg. vom Hess. Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Wiesbaden 1969

2.3 Wirtschaftliche Standortbedingungen

2.31 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Gegensatz zu Südhessen mit seinen Ballungsräumen um Frankfurt ist Nordhessen nur relativ schwach bevölkert und industrialisiert. Ein recht hoher Anteil der Erwerbstätigen ist daher noch im landwirtschaftlichen Sektor beschäftigt. - Im Jahre 1960 wurde Nordhessen noch zu den landwirtschaftlichen Problemgebieten Deutschlands gezählt (DITTRICH, 30, S. 15 f.). Seit dieser Zeit ist die wirtschaftliche Entwicklung jedoch günstiger verlaufen, so daß diese Einstufung nicht mehr in vollem Umfang gelten dürfte. Trotz aller Anstrengungen ist die Wirtschaftskraft Nordhessens aber noch beträchtlich hinter der des südlichen Landesteiles zurückgeblieben. Die noch bestehenden Unterschiede sind aus Übersicht 2 zu ersehen, in der die wichtigsten Strukturdaten Nordhessens denen Südhessens und denen des gesamten Landes gegenübergestellt sind.

Den höchsten Anteil an Beschäftigten im gewerblichen Sektor weist der dicht besiedelte Wirtschaftsraum um Kassel auf. Dagegen ist der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen in den Randgebieten Nordhessens besonders hoch, während das Bruttoinlandsprodukt hier beträchtlich unter den Landesdurchschnitt sinkt (68, S. 209). - Beim Bruttoinlandsprodukt, das je Kopf der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten erzielt wurde, bestehen zwischen Nord- und Südhessen allerdings kaum Unterschiede (Übersicht 2).

2.32 Fördergebiete

Aufgrund seiner relativen Wirtschaftsschwäche liegt der Schwerpunkt der regionalen Förderungspolitik in Hessen im nördlichen Landesteil. Die staatliche Förderungspolitik konzentriert sich in Nordhessen vor allem auf drei Gebietskategorien, die sich teilweise überschneiden:

- das Zonenrandgebiet,
- die Bundesausbaugebiete und -orte
- und die Höhengebiete.

Übersicht 2: Wirtschaftliche Strukturdaten Hessens, Süd- und Nordhessens

Bezeichnung	Land Hessen		Süd Hessen		Nordhessen	
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
I Fläche/ km ² 1)	21 108	100	11 911	56	9 137	44
II Wohnbevölkerung 1968 2)	5,333 Mill.	100	3,985 Mill.	75	1,348 Mill.	25
III Bevölkerungsdichte 2) - Einwohner/ km ² -	253	100	336	133	147	58
IV Erwerbstätige in den Wirtschaftsbereichen 1961 1)						
a) Land-u.Forstwirtschaft	316 417	14	180 478	10	135 339	23
b) Produzierendes Gewerbe	1 081 137	47	855 332	49	245 805	42
c) Handel, Verkehr u. Nachrichten	427 716	18	330 121	19	97 595	17
d) sonstige Bereiche	499 256	21	391 555	22	107 701	18
V Bruttoinlandsprodukt 1966 3) in DM						
a) insges.in Mill.DM	44 123	100	34 688	79	9 434	21
b) Beitrag der Land-u.Forstwirtschaft in Mill. DM	1 579	3,6	877	2,5	702	7,4
c) je Kopf der 1961 insges.Beschäftigten	12 240	100	12 780	104	10 580	86
d) je Kopf der 1961 in der Land-u. Forstwirtschaft Beschäftigten	5 230	100	5 210	100	5 270	101
e) je Kopf der Wohnbevölkerung 1966	8 460	100	9 180	109	7 180	85

Quellen: 1) Hessisches Statistisches Landesamt, Hessische Gemeindestatistik 1960/61, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, H.1, Wiesbaden 1964
 2) Hessisches Statistisches Landesamt, Staat und Wirtschaft in Hessen, Jg. 24, H.5, Wiesbaden 1969, S. 110
 3) Statistische Landesämter, Sozialproduktberechnungen der Länder. Wiesbaden 1968, S. 103-104 u. S. 128-129

Die wirtschaftliche Entwicklung Nordhessens ist in der Vergangenheit nicht zuletzt durch seine Lage an der Zonengrenze gehemmt worden. Neun der fünfzehn Landkreise Nordhessens liegen in dem von der Bundes- und Landesregierung abgegrenzten und geförderten Zonenrandgebiet (19, S. 60). Bei der Entwicklung des Zonenrandgebietes stehen Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen und kommunalen Infrastruktur und zur Ansiedlung von Industriebetrieben, für die erhebliche Investitionszuschüsse gegeben werden, im Vordergrund (19, S. 61). Insbesondere sollen die Verkehrsverbindungen des Zonenrandgebietes mit dem übrigen Bundesgebiet verbessert werden. Daneben werden aber auch für Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, unter anderem für die Flurbereinigung, zusätzliche Finanzhilfen gegeben (61, S. 8).

In den Bundesausbaugebieten und -orten soll die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ebenfalls durch den Ausbau der Infrastruktur und durch Investitions- und Erschließungsbeihilfen für die Industrieansiedlung gefördert werden (19, S. 59 f.). Sechs Landkreise Nordhessens gehören zu den Bundesausbaugebieten, vier dieser Landkreise liegen gleichzeitig im Zonenrandgebiet (19, S. 60). - Die Bundesausbauorte sind im Hinblick auf die erforderliche Schwerpunktbildung als Zentren der regionalen Wirtschaftsentwicklung vorgesehen. Diese Funktion können in der Regel nur zentrale Orte erfüllen. Die Industrieansiedlung wird von der Bundesregierung daher nur an Standorten mit einem Einzugsbereich von mindestens 20 000 Einwohnern gefördert (19, S. 59). - In Nordhessen sind sieben Städte zu Bundesausbauorten bestimmt worden (19, S. 60). Vier von ihnen sind Kreisstädte.

Seit 1968 werden die Bundesfördergebiete in Regionalen Aktionsprogrammen zusammengefaßt, durch die die Förderungsmöglichkeiten von Bund und Ländern gemeinsam verplant und auf die speziellen Strukturprobleme der Region abgestimmt werden (25, S. 1 f.). Das fünfte regionale Aktionsprogramm der Bundesregierung vom 5. September 1969 umfaßt alle hessischen Bundesfördergebiete (25, S. 9).

Die Höhengebiete Hessens entsprechen ihrer Abgrenzung nach den von der Natur benachteiligten Gebieten im gesamten Bundesgebiet (60, S. 2). Das hessische Förderungsprogramm für diese Gebiete erstreckt sich in erster Linie auf die Höhenlandwirtschaft (60, S. 1). Der

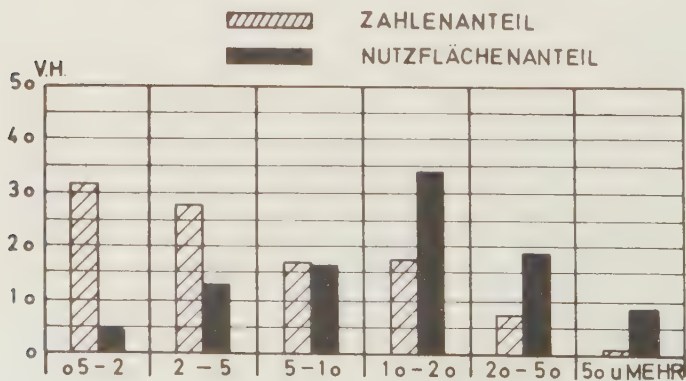
Schwerpunkt des Mitteleinsatzes liegt hier auf landeskulturellen und wasserwirtschaftlichen Maßnahmen sowie bei der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktions- und Vermarktungsstruktur. Die Höhengebiete umfassen 222 Gemeinden, das sind 29 v.H. aller Gemeinden Nordhessens (60, 65). Sie liegen vor allem in den gebirgigen Randgebieten.

Aufgrund der zahlreichen Förderungsmaßnahmen und der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen ist in Zukunft für Nordhessen mit einer weiteren langsamen wirtschaftlichen Ausdehnung zu rechnen. Es ist allerdings nur schwer abzusehen, ob es gelingt, das wirtschaftliche Gefälle zu Südhessen entscheidend zu verringern.

2.33 Betriebsgrößenstruktur

Die Betriebsgrößenstruktur des Untersuchungsraumes - auf Schaubild 1 dargestellt - wird heute im wesentlichen von den bäuerlichen Betriebsgrößenklassen von 10 bis 50 ha LN geprägt, die 57 v.H. der Nutzfläche bewirtschaften. Die nächststärkste Gruppe bilden mit einem Flächenanteil von einem Drittel die Kleinbetriebe unter 10 ha LN. Der Anteil der Kleinbetriebe an der Nutzfläche liegt damit um etwa 7 v.H. über dem Durchschnitt der Bundesrepublik (21, S. 40).

SCHAUBILD 1 BETRIEBSGRÖSSENSTRUKTUR DER NORD-
HESSISCHEN LANDWIRTSCHAFT 1968



QUELLE

BETRIEBSGRÖSSENKLASSEN IN HA LN
HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT

STATISTISCHE BERICHTE CIV - J/68

Im Zeitraum von 1949 bis 1968 hat sich der Flächenanteil der Kleinbetriebe unter 10 ha LN um rund 12 v.H. verringert (67, 71). Diese Fläche ist überwiegend den Vollerwerbsbetrieben zur notwendigen Aufstockung als Pachtland zugeflossen (55, Karten F -6 und F - 7).

Die Betriebsgrößenveränderungen in Hessen von 1949 bis 1965 sind von BAUMGARDT (11, S. 24 ff.) durch einen Entwicklungsindex gekennzeichnet worden. Am stärksten war die Entwicklungsdynamik der Betriebsgrößenstruktur im Ausstrahlungsgebiet des Ballungsraumes um Kassel, während in den industrieärmeren Randzonen nur eine schwache Dynamik oder Stagnation der Betriebsgrößen zu verzeichnen war (BAUMGARDT, 11, S. 40 u. 54). - Auffallend sind die relativ geringen Betriebsgrößenveränderungen in den meisten Landbaugebieten (MEIMBERG, 96, S. 25) Nordhessens, wenn man sie mit der sehr starken Entwicklungsdynamik im südhessischen Raum vergleicht. Die schwächeren Veränderungen in Nordhessen sind einmal auf die geringeren außerlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten zurückzuführen. Eine ähnlich starke Veränderung der Betriebsgrößen war in weiten Teilen Nordhessens jedoch auch nicht erforderlich, da die Ausgangssituation aufgrund einer höheren Zahl größerer Betriebe günstiger war als in Südhessen (55, Karte F-5). Aufgrund der gegenwärtig erkennbaren Tendenzen ist mit einer weiteren Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur zu rechnen. Die zukünftig zu erwartenden Veränderungen werden im Abschnitt 5.11 ausführlicher erörtert werden.

2.34 Innere Verkehrslage und Flurverfassung

Die Lage der Wirtschaftsgebäude zu den Nutzflächen ist in der Regel von der Siedlungsform abhängig. In Nordhessen ist das geschlossene, eng bebaute Haufendorf die vorherrschende Siedlungsform. Nur im Landkreis Fulda, vor allem in der Rhön, sind in größerem Umfang Weiler und Einzelhöfe anzutreffen.

Übersicht 3: Besitzzersplitterung in der nordhessischen Landwirtschaft nach Betriebsgrößenklassen

Teilstücke in den Betriebsgrößenklassen			
Betriebs- größen- klasse	v.H. aller Betriebe	Teilstücke	
		Ø-Zahl je Betrieb	Ø-Größe ha
0,1 - 2 ha	35,0	3,2	0,24
2 - 5 ha	29,3	6,7	0,51
5 - 10 ha	16,5	8,8	0,84
10 - 20 ha	14,3	9,4	1,58
20 - 50 ha	4,4	9,2	3,28
über 50 ha	0,5	7,5	21,35
insgesamt	100	6,4	0,97
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistische Be- richte CO/LZ 1960 - 14 - Landwirtschaftszählung 1960			

Weitere entscheidende Faktoren der inneren Verkehrslage sind Anzahl und Größe der Teilstücke. Der Grad der Besitzzersplitterung, der aus Übersicht 3 hervorgeht, ist im Untersuchungsraum wesentlich geringer als in vielen anderen Gebieten Deutschlands. Diese relativ vorteilhafte Flurverfassung beruht einmal auf dem im größten Teil des Landes vorherrschenden Anerbenrecht. Nur in den Landkreisen Eschwege, Hofgeismar, Witzenhausen und Wolfhagen ist neben dem Anerbenrecht auch die Erbsitte der Realteilung verbreitet (55, Karte G-1). Zum anderen ist die verhältnismäßig günstige Durchschnittsgröße der Teilstücke auf die auch nach heutigen Maßstäben sehr gute Zusammenlegung der preußischen Verwaltung nach 1866 zurückzuführen (LANG 90, S. 32 ff.).

2.35 Äußere Verkehrs- und Marktlage

Als Durchgangsland zwischen Nord- und Süddeutschland besitzt Nordhessen an sich eine vorteilhafte Verkehrslage. Die Errichtung der Zonengrenze hat jedoch nicht nur die starken wirtschaftlichen Verbindungen zu Mitteldeutschland unterbrochen, sondern Nordhessen innerhalb der Bundesrepublik auch in eine relativ ungünstige Randlage gebracht. Auf dem Schienenwege ist mit den

Hauptbahnstrecken Kassel-Frankfurt, Hannover-Fulda-Frankfurt und den wichtigen Knotenpunkten Kassel, Bebra und Fulda zwar die Verbindung zu den bedeutendsten Absatz- und Bezugsmärkten vorhanden. Mit der Autobahn Hannover-Frankfurt, die das Land in Nord-Südrichtung durchzieht, ist auch der Anschluß an das Fernstraßennetz gegeben.

Ungünstig für die Verkehrslage hat sich bisher jedoch eine fehlende Fernstraßenverbindung in westlicher Richtung ausgewirkt. Diese Verbindung wird gegenwärtig durch den Bau einer Autobahn von Kassel zum Ruhrgebiet geschaffen. Durch diese und weitere geplante Autobahnen ist eine erhebliche Verbesserung der Verkehrslage zu erwarten. Zu einer günstigeren Verkehrserschließung Osthessens hat bereits der Bau der Autobahn nach Würzburg, die mitten durch das osthessische Bergland führt, beigetragen. - Wichtigster Absatzmarkt der nordhessischen Landwirtschaft ist der Ballungsraum um Kassel. Auf dem Gebiet der Stadt und des Landkreises Kassel wohnen bei einer Bevölkerungsdichte von 733 Einwohnern je km² 23 v.H. der Bevölkerung Nordhessens (66, 69). Trotz dieses bedeutenden Verbrauchszentrums ist Nordhessen ein landwirtschaftliches Überschußgebiet für Milchprodukte, Fleisch und Zucker (38). Der Überschuß fließt zum größten Teil in den Rhein-Main-Raum und zum Ruhrgebiet.

3. Aufgaben und Entwicklung der Flurbereinigung und Vorplanung und ihre Ergebnisse in Nordhessen

3.1 Aufgaben und Ziele der Flurbereinigung

Es wurde bereits in der Einführung dargelegt, daß seit dem Beginn planmäßiger Landbewirtschaftung eine fortwährende Änderung der Flureinteilung und somit eine Anpassung der Produktionsstruktur stattgefunden hat. - Die behördlich geleitete oder veranlaßte Flurneuordnung hat in Deutschland verhältnismäßig früh begonnen, so in Kempten, Oberschwaben und Schleswig-Holstein bereits im 16. Jahrhundert (BOHTE, 14, S. 9). In größerem Umfang setzten Verfahren zur Flurneuordnung aber erst mit Beginn der Bauernbefreiung Anfang des 19. Jahrhunderts ein. Ihr Ziel war - gebietsweise verschieden - die Aufteilung des Gemeindelandes, die Aufhebung oder Ablösung alter Grundgerechtigkeiten und die Zusammenlegung zersplitterten Grundbesitzes (MEYER, 102, S. 241). Diese Verfahren führten in den einzelnen Ländern unterschiedliche Bezeichnungen, so in Preußen "Seperation", in Hannover "Verkopplung" und in Hessen-Nassau "Konsolidation". Eine einheitliche gesetzliche Grundlage für die Flurneuordnung wurde mit dem Reichsumlegungsgesetz von 1936 und der Reichsumlegungsordnung von 1937 geschaffen. Beide Gesetze sind durch das heutige Flurbereinigungsgesetz vom 14. Juli 1953 ersetzt worden.

Umfaßten die Flurneuordnungsverfahren Anfang des 19. Jahrhunderts einige wenige, vorwiegend landwirtschaftlich orientierte Maßnahmen, so sind der heutigen Flurbereinigung wesentlich umfangreichere Aufgaben - auch außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors - zugewachsen. Auf die heutigen Aufgaben der Flurbereinigung wird im folgenden näher eingegangen.

Im größten Teil der in Westdeutschland noch nicht bereinigten Gebiete stehen für die Erstbereinigung auch heute die ursprünglichen landwirtschaftlichen Aufgaben der Flurbereinigung im Vordergrund: die Erschließung der wegelosen Flur durch die Anlage und den Ausbau eines Wegenetzes, die Schaffung ausreichender Vorflut durch Ausweisung eines Gewässernetzes und die Zusammenlegung des in den meisten überkommenen Flurverfassungen zersplitterten Grundbesitzes. Durch die Anlage des Wege- und Gewässer-

netzes und die Zusammenlegung können gleichzeitig rationelle Schlaglängen, Flur- und Grundstücksformen geschaffen werden (SPITZER, 121, S.193 ff.). Diese grundsätzliche Neuordnung kann durch praktisch alle Maßnahmen der Landeskultur ergänzt werden. Hierzu zählen die Neugliederung der Kulturarten durch Rodung und Aufforstung, die Änderung des Nutzflächenverhältnisses durch Grünlandansaat und -umbruch, die Durchführung geeigneter Bodenverbesserungen, die Regulierung und der Ausbau von Wasserläufen und schließlich Boden-, Wind- und Landschaftsschutzmaßnahmen.

Zur vollen Wirksamkeit müssen die aufgezählten Maßnahmen der Flurbereinigung auf die jeweils herrschenden technischen, betriebswirtschaftlichen und strukturellen Bedingungen und Erfordernisse der Landwirtschaft zugeschnitten sein. Diese Bedingungen haben sich im letzten Jahrhundert in mehr oder weniger großen Zeitabständen mehrfach geändert. Für die Flurbereinigung ergibt sich daher die Notwendigkeit, ihre Maßnahmen ständig den technisch-ökonomischen Veränderungen in der Landwirtschaft anzupassen.

Eine Anpassung wird heute vor allem durch die erforderliche Vergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebe und die damit häufig verbundene Änderung der Betriebsorganisationen notwendig (TÖRÖK, 129, S.107), ferner durch landtechnische Fortschritte, die sich meistens durch den Einsatz größerer und im Hinblick auf Hangneigung, Feldform und -größe anspruchsvollerer Maschinen auswirken.

Eng verbunden mit dem Betriebsgrößenproblem ist die Anpassung der Wegenetze und der Zusammenlegung, die beide langfristig eine Begrenzung für die Größe, Länge und Form der Grundstücke darstellen.- Wie in einem späteren Abschnitt zu verdeutlichen sein wird, ist diese Anpassung ein wichtiges und keinesfalls leicht zu lösendes Problem der Flurbereinigung.- Zur Durchführung dringender Anpassungsmaßnahmen ist bereits in größeren Teilen Deutschlands mit Zweitbereinigungen begonnen worden. Die Charakterisierung der Zweit- und Drittbereinigung als Anpassungsmaßnahme bedeutet, daß in ihr im Prinzip ebenfalls alle die Maßnahmen durchgeführt werden können und müssen, die für die Erstbereinigung aufgezählt wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhren die in früheren Jahrzehnten relativ begrenzten Maßnahmen der Agrarstrukturpolitik durch die Aussiedlung, Althofsanierung, Betriebsvergrößerung, Dorfsanierung und den Ausbau der ländlichen Versorgungs- und Gemeinschaftseinrichtungen (Elektrizitäts- und Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, gemeinschaftliche Gefrieranlagen usw.) eine erhebliche Ausweitung (DAMS, 26, S. 54 f.). Zur optimalen Wirksamkeit und Koordinierung der Agrarstrukturverbesserung hat sich die Flurbereinigung als wünschenswerte, häufig sogar unumgängliche Rahmenmaßnahme erwiesen. Vor allem die Aussiedlungen und Betriebsvergrößerungen sind im Jahrzehnt von 1956 bis 1967 zu einem erheblichen Teil innerhalb von Flurbereinigungsverfahren durchgeführt worden (23, S. 93 und S. 127 ff.). Weiterhin wird durch die Flurbereinigung jährlich Land für eine erhebliche Zahl von gemeinschaftlichen und kommunalen Anlagen ausgewiesen (23, S. 27). Die Ziele der Flurbereinigung decken sich daher heute auf weiten Gebieten mit denen der allgemeinen Agrarstrukturpolitik. - Die komplexe agrarstrukturelle Aufgabe der Flurbereinigung bedingt, daß sie auf die unterschiedlichen regionalen Verhältnisse und Probleme jedes Gebietes ausgerichtet werden muß.

Während die Flurbereinigung sich zum wirksamsten Instrument und zur Rahmenmaßnahme der Agrarstrukturverbesserung entwickelte, erwachsen ihr gleichzeitig auf außerlandwirtschaftlichem Sektor neue Aufgaben. Die steigenden Ansprüche der Industriegesellschaft an Boden und Raum - direkt verursacht durch die dichtere Besiedlung und Industrialisierung bestimmter ländlicher Gebiete sowie den Ausbau der regionalen und überregionalen Infrastruktur - führten dazu, daß die Flurbereinigung in immer größerem Maße ein Verfahren zur Bereitstellung von Land für den Wohnungsbau, die Industrieansiedlung, den Bau von Verkehrswegen und andere öffentliche Vorhaben wurde. Die Ausführung größerer raumbeanspruchender öffentlicher Anlagen (Bau von Autobahnen, Straßen, Flugplätzen usw.) ist in der Regel nicht ohne eine speziell für dieses Vorhaben durchgeführte Flurbereinigung (Zweckbereinigung nach § 87 FlurbG) zu verwirklichen. Der Einsatz der Flurbereinigung für außerlandwirtschaftliche Aufgaben ist regional verschieden. Der Anteil der Zweckbereinigungen an allen anhängigen Verfahren be-

trug zum Beispiel 1967/68 in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg 9 v.H., in Schleswig-Holstein jedoch nur 2 v.H. (23, S. 20).

Insgesamt gesehen hat sich die Flurbereinigung also - obwohl im Kern immer noch eine agrarische Aufgabe - zu einer Integralmaßnahme zur Förderung des ländlichen Raumes entwickelt. Diese Aufgabe ist bereits im Flurbereinigungsgesetz von 1953 festgelegt, das damit die Entwicklung der Flurbereinigung nicht nur ermöglicht, sondern auch vorgezeichnet hat.

32 Entwicklung der Flurbereinigung in Nordhessen

In Nordhessen kam es bald nach der 1866 erfolgten Einverleibung des alten kurhessischen Staates durch Preußen zur ersten Flurbereinigungstätigkeit. Die neue Verwaltung nahm die dringend erforderliche Flurbereinigung sogleich tatkräftig in Angriff. Da aber im Lande ausgebildete und mit den Verhältnissen des Landes vertraute Fachkräfte fehlten, mußte man in den ersten Jahrzehnten nach 1866 zunächst Kulturbeamte aus den altpreußischen Gebieten einsetzen. Diese führten die Flurbereinigung in Nordhessen anfangs nach den Grundsätzen und Erkenntnissen durch, die unter den oft stark abweichenden strukturellen Bedingungen Mittel- und Ostdeutschlands entwickelt und erprobt worden waren (HARSCHÉ, 46, S. 26). Die ersten Flurbereinigungen zeichneten sich daher durch einen starken Zusammenlegungsgrad von häufig 8 : 1 bis 10 : 1 aus und erreichten oft durchschnittliche Parzellengrößen von 4 bis 5 ha (LANG, 90, S. 32).

Entsprechend weitmaschig ist das Wegenetz der damals bereinigten Gemarkungen angelegt worden. Die starke Zusammenlegung hat die betriebs- und arbeitswirtschaftlichen Möglichkeiten der damaligen nordhessischen Landwirtschaft jedoch zweifellos etwas überfordert, so daß man im Laufe der Jahre den Zusammenlegungsgrad auf 4 : 1 bis 3 : 1 beschränkte und die durchschnittliche Parzellengröße auf etwa 1 bis 1,5 ha festlegte (LANG, 90, S.34).

Während der Jahrzehnte zwischen den beiden Weltkriegen wurde der Zusammenlegungsgrad teilweise noch herabgesetzt. Entsprechend der verringerten Parzellengröße ist auch das Wegenetz der in jüngerer Zeit bereinigten Gemarkungen engmaschiger angelegt worden. Für Nordhessen ergibt sich so die seltsame Tatsache, daß die bis 1880, ja bis 1890 bereinigten Gemarkungen den heutigen landbautechnischen Anforderungen noch am ehesten genügen, während die späteren Flurbereinigungen häufig weit stärker überholt sind.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es das Ziel der nunmehr hessischen Landeskulturverwaltung, die noch ausstehende Erstbereinigung aller Gemarkungen abzuschließen. Dieses Ziel ist inzwischen fast vollständig erreicht worden: zur Zeit wird in den beiden letzten Gemeinden Nordhessens mit der Erstbereinigung begonnen. In Zukunft werden also ausschließlich Zweit- und Drittbereinigungen vorzunehmen sein.

Die Flurbereinigung hat nach 1866 auf den günstigsten Standorten der Niederhessischen Senke um Kassel eingesetzt und ist dann auf die Randgebiete hin fortgesetzt worden. Die Erstbereinigungen nach dem Zweiten Weltkrieg waren daher ausschließlich in den südöstlichen und westlichen Randgebieten Nordhessens durchzuführen (vergl. Karte 2). In den zuerst bereinigten Gebieten wurde daneben bereits eine größere Anzahl von Zweitbereinigungen in Angriff genommen. Insgesamt wurden von 1945 bis 1969 in Nordhessen 120 Erstbereinigungen, 89 Zweitbereinigungen und 8 Beschleunigte Zusammenlegungen durchgeführt oder begonnen (88) ¹⁾. Unter den 89 Zweitbereinigungen sind allerdings 27 Zweckbereinigungen (nach § 87 FlurbG), die häufig nur Teilgebiete von Gemarkungen umfaßten. In den angegebenen Zahlen sind nicht die sogenannten "Siedlungsverfahren" enthalten, die der Verteilung anfallender Flächen aus dem Bodenreformgesetz dienten.

Besonders tiefgreifende agrarstrukturelle Probleme - wie die Neuordnung der Wasserverhältnisse im norddeutschen Küstengebiet oder die sehr starke Besitzzersplitterung in Teilen Südwestdeutschlands - die eine spezielle Ausrichtung der Flurbereinigung verlangen, bestehen im Untersuchungsraum nicht. - Die Durchführung der Flurbereinigung liegt in Nordhessen in den Händen von vier Kulturämtern, die ihren Sitz in Fulda, Bad Hersfeld, Kassel und Marburg haben.

1) Die Zahlen wurden nach eigenen Erhebungen korrigiert.

KARTE 2



LEGENDE

-  ERSTBEREINIGUNGEN  GESCHLOSSENE WALDGEBIETE
 ZWEITBEREINIGUNGEN  BESCHLEUNIGTE ZUSAMMEN-
 GRENZE DES UNTERSUCHUNGSRAUMES LEGUNGEN

3.3 Begriff und Zielsetzung der Vorplanung

In der Einzelunternehmung ist planendes Handeln und Denken die Grundlage für erfolgreiches Wirtschaften. In dem gleichen Maße muß diese Voraussetzung für die Flurbereinigung gelten, die mit erheblichen Steuermitteln eine oft tiefgreifende Neuordnung des ländlichen Raumes durchführt. Eine solche umfassende Maßnahme erfordert eingehende Untersuchungen und Feststellungen über die vorhandenen Verhältnisse, über die gangbaren Wege und die Möglichkeiten der Neugestaltung. Diese gründliche Vorarbeit, deren Ergebnisse zu Beginn der Flurbereinigung vorliegen müssen, ist die allgemeine Aufgabe der Vorplanung.

Nicht ohne Grund ist die Vorplanung von landwirtschaftlichen Organisationen und Dienststellen gefordert und als landwirtschaftliche Vorplanung im Flurbereinigungsgesetz (§ 38) verankert worden (vergl. die Einführung). - Obwohl die Flurbereinigung gegenwärtig noch eine überwiegend agrarische Aufgabe und Zielsetzung hat, wird sie in der Regel von Nicht-Landwirten durchgeführt. Die ausführenden technischen Beamten sind fast ausschließlich Geodäten, die höheren Verwaltungsbeamten der Flurbereinigungsbehörden haben zum großen Teil eine juristische Ausbildung. Diese Tatsache hat sicherlich nicht zuletzt zum Bestreben landwirtschaftlicher Dienststellen beigetragen, durch die Vorplanung fachliche Einwirkungsmöglichkeiten auf die Flurbereinigung zu gewinnen. Gerade Diskussionen über die Vorplanung haben daher unterschiedliche Auffassungen der in der Flurbereinigung tätigen Berufsgruppen deutlich werden lassen ¹⁾. Die Vorplanung kann deshalb nach STEUER-BOHTE (126, S. 7) nur im Rahmen der Mitwirkung landwirtschaftlicher Dienststellen bei der Flurbereinigung richtig gesehen werden. Im Rahmen dieser Mitwirkung war der Vorplanung von ihren Begründern eine ganz bestimmte Funktion zugeordnet worden. Der Vorplaner - in der Regel ein Diplom-Landwirt - sollte nicht nur die Vorplanung erstellen, sondern während der Erhebungen im Vorplanungsgebiet gleichzeitig auch die Beratung und Aufklärung der Landwirte vornehmen, um die erforder-

¹⁾ Siehe DENKS, 27, v. EHRLICH, 31, GRIES, 37, PREUB, 108, RIEMENSCHNEIDER, 110

liche Aufgeschlossenheit für die Flurbereinigung zu wecken. Die Durchführung der Flurbereinigung sollte der Vorplaner als fachlicher Berater begleiten und schließlich nach ihrem Abschluß seine Erfahrungen an die Umstellungsberatung weitergeben (HENRICHS, 47, S. 30 ff.). Der Vorplanung war also eine Doppelfunktion zugedacht: eine Planungs- und eine Beratungsaufgabe. Diese Doppelfunktion der Vorplanung hat sich - wenn auch mit recht großen Unterschieden - in den Bundesländern durchgesetzt, in denen sie durchgeführt wird (OEST, 105, S. 297 f., v. EHRLICH, 31, S. 17 f., PREUB, 108, S. 33 ff.).

Die anfänglichen betriebswirtschaftlichen Grundlagen und eine erste Gliederung der Vorplanung wurden hauptsächlich im Ausschuß für Flurbereinigung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft erarbeitet und 1954 im Heft 4 der "Schriftenreihe für Flurbereinigung" veröffentlicht (47). Nach der in dieser Arbeit enthaltenen Begriffsbestimmung von HENRICHS (47, S. 30 ff.) hat die Vorplanung die generellen landwirtschaftlichen Richtlinien und das anzustrebende Ergebnis der Flurbereinigung herauszuarbeiten und in Form von Planungsvorschlägen niederzulegen. Die Vorplanung soll ein landwirtschaftliches Gutachten für den Flurbereinigungs-Ingenieur sein, diesem als fachliche Unterlage und Zielsetzung dienen und die zu treffenden Entscheidungen fundieren. Hierdurch soll die Vorplanung zur Arbeitseinsparung und Beschleunigung des Verfahrens beitragen, Fehlentscheidungen vermeiden und damit insgesamt die Wirtschaftlichkeit der Flurbereinigung verbessern helfen. Diese Begriffsbestimmung, die hinsichtlich der Planungsaufgabe nur noch bedingt mit den heutigen Zielen der Vorplanung übereinstimmt, wirft vor allem zwei Fragen auf: die nach der Aussagebreite und der Aussagetiefe der Vorplanung.

3.31 Die Aussagebreite

Die Frage nach der Aussagebreite stellt sich vor allem im Hinblick auf die umfangreichen außerlandwirtschaftlichen Aufgaben der Flurbereinigung. - SPITZER (122, S. 39) ordnet die Vorplanung hinsichtlich der Aussagebreite als landwirtschaftliche Fachplanung ein. Aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages, ihrer Ziel-

setzung und Entwicklung werden die landwirtschaftlichen Aufgaben - die sich im Laufe der Zeit mehr oder weniger stark gewandelt haben - auch zukünftig eindeutig im Vordergrund der Vorplanung stehen müssen (vergl. Abschnitt 5.21). Zur richtigen Beurteilung der landwirtschaftlichen Probleme und Planungsziele werden aber alle raumwirksamen Planungen Dritter berücksichtigt werden müssen, die in irgendeiner Form landwirtschaftliche Belange und Entwicklungen beeinflussen können. Dieses trifft aber für nahezu alle Planungen im ländlichen Raum zu, so für die Bauleit-, Verkehrs-, Wasserwirtschafts- und Landschaftsplanung.

Um isolierte und falsche Aussagen zu vermeiden, ist es ferner erforderlich, die eigenen Vorschläge mit den vorliegenden Planungen des Vorplanungsgebietes sowie den übergeordneten Planungen aller Fachbereiche, also auch mit der Landes- und Regionalplanung, abzustimmen (BOHTE, 15, S. 8). Werden durch die außerlandwirtschaftlichen Planungen agrarstrukturelle Belange, insbesondere die der Flächennutzung, ungünstig beeinflusst, so muß sich die Vorplanung selbstverständlich auch kritisch mit ihnen auseinandersetzen, gegebenenfalls auch Gegenvorschläge unterbreiten. - Von der Vorplanung im Untersuchungsraum sind bisher in der Regel alle wesentlichen außerlandwirtschaftlichen Planungen übernommen, diskutiert und wiedergegeben worden. Dadurch wurde versucht, der Flurbereinigungsbehörde einen umfassenden Überblick über die Gesamtmaßnahme zu vermitteln.

Je mehr die Vorplanung - wenn auch unter Vorrang ihrer landwirtschaftlichen Aufgabe - die Flurbereinigung als Gesamtmaßnahme auffaßt, um so mehr wird sie ihrer Zielsetzung, zur Arbeitseinsparung und Vermeidung von Fehlentscheidungen beizutragen, gerecht werden können. Für die Vorplanung ist der Begriff der Flurbereinigung daher nach STEUER-BOHTE (126, S. 8) möglichst weitgehend im Sinne einer Neuordnung des ländlichen Raumes aufzufassen. Eine Grenze findet die Aussage der Vorplanung allerdings dort, wo eigene, das heißt nicht aus anderen Planungen übernommene Vorschläge gemacht werden, die keine oder kaum Beziehungen zu landwirtschaftlichen Problemen und Sachfragen aufweisen.

3.32 Die Aussagetiefe

Die Frage, wie genau die Vorplanung ihre Vorschläge zu formulieren hat, wird vor allem von BOHTE (14, S. 15 und 15, S. 8) dahingehend beantwortet, die Vorplanung müsse die Grenze zwischen Vorbereitungs- und Durchführungsplanung innehalten, Richtliniencharakter haben, "ohne die Früchte planerischer Arbeit vorwegnehmen zu wollen". - Hierzu ist zunächst festzustellen, daß die Vorplanung keine Entwürfe, sondern - wie der Begriff "Vor-planung" bereits andeutet - Planungsziele und -vorschläge für die Flurbereinigung zu erarbeiten hat. Darüberhinaus ist sie aber auch Durchführungshilfe, denn sie erarbeitet zum Beispiel Vorschläge für den Schätzungsrahmen der Flurbereinigungsschätzung, gibt die Nutzungseignung der einzelnen Flurlagen an und weist auf Durchführungsmöglichkeiten hin (vergl. Mustergliederung der Vorplanung im Anhang, S. 199).

In vielen Vorplanungsgemeinden sind die grundsätzlichen Verhältnisse und Bedingungen - bei allen Unterschieden im einzelnen - oft recht ähnlich. So ist der Vorschlag, daß das Feldwegenetz dringend im erforderlichen Umfang zu befestigen sei, mit Sicherheit für viele Gemarkungen richtig. Aussagekraft erhält dieser Vorschlag aber erst, wenn angegeben wird, wo und in welchem Umfang Feldwege zu befestigen sind. Allgemeine Leitsätze und Richtlinien reichen daher meistens, wenn die Vorplanung genügend Aussagekraft besitzen soll, nicht aus. Das gilt umso mehr, je größer die Vielfalt der in der Vorplanung zu behandelnden Sachgebiete wird. Von SPITZER (122, S. 15) wird die Vorplanung hinsichtlich der Aussagetiefe denn auch als Detailplanung eingestuft. - Eine Grenze hat die Aussagetiefe der Vorplanung dort, wo sie eine unerwünschte Vorentscheidung oder Vorbelastung für die Flurbereinigungsbehörde sein kann, wie zum Beispiel bei der Behandlung von Einzelabfindungen der Teilnehmer.

3.33 Zur Durchführbarkeit

Soll die Vorplanung eine Zielsetzung für die Flurbereinigungsbehörde sein, dann muß sie sich auch an der Durchführbarkeit ihrer Vorschläge orientieren, von der ihre Verwirklichung letzten Endes entscheidend abhängt. In der vorhandenen Literatur wird

die Notwendigkeit zur Durchführbarkeit der Vorplanung daher häufig betont (DENKS, 27, S. 8, GRIES, 37, S. 31 und RIEMEN-SCHNEIDER, 110, S. 58 ff.).- Im wesentlichen ist die Durchführbarkeit der Flurbereinigungsmaßnahmen von den Bestimmungen des Flurbereinigungsgesetzes und den jeweiligen Finanzierungsrichtlinien abhängig (vergl. Abschnitt 4.1). -

Kann sich die Vorplanung aber nur auf Vorschläge beschränken, die unter den jeweiligen Bedingungen eindeutig realisierbar sind? Wenn die Vorplanung ihrer Aufgabe, die Entscheidungen der Flurbereinigungsbehörde umfassend zu fundieren, gerecht werden will, wird sie auch auf erforderliche Maßnahmen hinweisen müssen, die über die augenblicklichen Durchführungsmöglichkeiten hinausgehen. Um die Durchführbarkeit und damit die Wirksamkeit der Vorplanung zu erhöhen, sind gegebenenfalls Alternativvorschläge zu unterbreiten (vergl. Abschnitt 5.22.3).

3.34 Das Vorplanungsgebiet

Die Vorplanung hat sich im Untersuchungsraum in der Regel auf das Gebiet eines Flurbereinigungsverfahrens erstreckt, das bisher meistens eine Ortschaft und Gemarkung umfaßte. Selbst wenn die Flurbereinigung gleichzeitig in mehreren benachbarten Gemarkungen durchgeführt wurde, ist in Nordhessen aufgrund der starken Ortsbezogenheit vieler Maßnahmen bisher für jede Einzelgemarkung eine Vorplanung erstellt worden. Die Vorplanung könnte jedoch, ohne daß sich ihr fachlicher Gehalt zu verringern brauchte, auf mehrere Gemarkungen ausgedehnt werden. Ihre Vorschläge werden im Hinblick auf die erforderliche Aussagetiefe aber auch dann überwiegend ortsbezogen sein müssen.

Umfaßt die Vorplanung eine Gemarkung, so ist sie mit SPITZER (122, S. 29) als Kleinraumplanung, bei der Ausdehnung auf mehrere Gemarkungen als Kleinraumplanung zu definieren. Als Planung auf Orts- und Gemarkungsebene stellt sie die unterste überbetriebliche Planungsebene der gegenwärtig bekannten landwirtschaftlichen Fachplanungen dar (vergl. die Einführung). Zur nächst höheren Planungsebene, der agrarstrukturellen Vorplanung, sollte eine mög-

lichst klare Abgrenzung gegeben sein (vergl. Abschnitt 5.21.1). Die agrarstrukturelle Vorplanung soll - wie bereits angeführt - überörtliche Planungsziele für einen oder mehrere Nahbereiche ¹⁾ erarbeiten. - Als Planung auf der Ebene des Klein- oder Kleinst- raumes muß die Vorplanung, wie bereits angeführt, die Planungsziele aller übergeordneten Planungen auf das Flurbereinigungsgebiet übertragen und auswerten.

3.4 Aufgaben und Entwicklung der Vorplanung in Nordhessen

Im Untersuchungsraum sind seit Ende des Jahres 1955 regelmäßige Vorplanungen von der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen erstellt worden. - Der Aufgabenbereich der Vorplanung und ihre Einordnung in den Verfahrensablauf der Flurbereinigung ist für Hessen durch einen Erlaß vom 21. Januar 1957 bestimmt worden. Der Erlaß ist im Anhang (S. 193) angeführt. Hauptaufgabe der Vorplanung ist es nach diesem Erlaß, rechtzeitig alle betriebswirtschaftlichen und agrarstrukturellen Möglichkeiten aufzuzeigen und der Flurbereinigungsbehörde "voraussichtlich realisierbare Vorschläge" zu liefern (vergl. S. 195). Diese Betonung der betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten wird dazu beigetragen haben, daß die Vorplanung seit Beginn in ganz Hessen als eine überwiegend betriebswirtschaftliche Aufgabe angesehen wurde (v. EHRlich, 31, S. 17).

Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Begründer der Vorplanung hat der Erlaß die Mitarbeit des Vorplaners während der Flurbereinigung auf wenige Termine beschränkt. Ausdrücklich teilzunehmen hat der Vorplaner an den Terminen zur Einleitung des Verfahrens, zur Schätzungseinleitung und zur Aufstellung der allgemeinen Grundsätze für die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes. Eine Teilnahme des Vorplaners an weiteren Terminen ist in das Ermessen des Kulturrates gestellt (vergl. S. 197). Die Hauptmitwirkung am Ablauf des Verfahrens, vor allem an den wichtigen Terminen zur Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes (§ 41 FlurbG) und des Bodenverbesserungsberichtes, ist dem zuständigen Landwirtschaftsamt übertragen. Das Landwirtschaftsamt hat auch die Beratung und Aufklärung der Teilnehmer vor und nach der Flurbereinigung zu übernehmen, wobei die Vorplanung als Grundlage der Beratung während des Verfahrens dienen soll. Die Beratung vor

¹⁾ Nahbereich = Zentraler Ort mit den umliegenden Gemeinden im Verflechtungsbereich (18, S. 8 f.)

Übersicht 4: Umfang und Entwicklung der Vorplanungstätigkeit in Nordhessen von 1956 bis 1969

Bezeichnung	Zeitspannen				
	1956 bis 1958	1959 bis 1962	1963 bis 1966	1967 bis 1969	Insgesamt 1956 bis 1969
I Zahl der eingesetzten Vorplaner:	3	4	5	4	4
II Zahl der erstellten Vorplanungen:					
a) in Nordhessen insges.	29	44	41	22	136
b) je Vorplaner und Jahr	3,2	2,8	2,0	1,8	2,4
III Zeitaufwand je Vorplanung in Monaten:	3,7	4,4	5,9	6,5	4,9
IV Vorgeplante Fläche:					
a) in Nordhessen insges. Gesamtfläche/ ha	29124	44008	37095	21441	131668
LN/ ha	16418	24912	22320	12866	76516
b) je Vorplaner und Jahr Gesamtfläche/ ha	3236	2751	1855	1787	2300
LN/ ha	1825	1577	1116	1072	1342
c) Ø-Fläche der Vorplanungsgebiete: Gesamtfläche/ ha	1004	1000	905	975	968
LN/ ha	566	566	544	585	563
Quelle: Jährliche "Sachberichte über die Vorplanung" der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen					

Durchführung des Verfahrens ist jedoch tatsächlich in der Mehrzahl der Verfahren vom Vorplaner übernommen worden.

Die Zusammenarbeit zwischen den Vorplanern und Flurbereinigungsbehörden ist in Nordhessen relativ gut. Teilweise ist es daher auch zu einer weit stärkeren Mitarbeit der Vorplaner an der Flurbereinigung gekommen, als im Erlaß vorgesehen ist.

Der Umfang und die Entwicklung der Vorplanungstätigkeit ist aus Übersicht 4 zu ersehen. Aufgrund einer wechselnden Zahl von Vorplanern mußten die Daten der Übersicht 4 für mehrere Zeitspannen angegeben werden. - Auffällig ist der stetige Rückgang der vorgeplanten Fläche von 1956 bis 1969, der verschiedene Gründe hat. Einmal hat die Mitarbeit an den Verfahren, trotz ihres relativ geringen Umfanges, durch die laufend zunehmende Zahl vorgeplanter Flurbereinigungen doch einen größeren Teil der Arbeitszeit der Vorplaner beansprucht. Zum anderen dürfte sich der Zeitaufwand je Vorplanung seit 1956 durch eine gewisse Verfeinerung der Arbeitsmethoden erhöht haben. Seit etwa 1967 wirken die Vorplaner außerdem an der Erarbeitung bestimmter Aussagen für die agrarstrukturellen Vorplanungen und für andere großräumigere Planungen mit. Für die eigentliche Vorplanungstätigkeit ist ihnen daher immer weniger Zeit geblieben.

Nach einer Berechnung der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen aus dem Jahre 1964 betrugen die Vorplankosten in den Jahren 1956 bis 1964 durchschnittlich 11.- DM je ha LN. Infolge der vielfältigen Aufgaben der Vorplaner würden sich die gegenwärtigen Kosten der Vorplanung nur aufgrund genauer Arbeitsaufzeichnungen ermitteln lassen.

Solange die Land- und Forstwirtschaftskammern in Hessen bestanden haben, erfolgte der dienstliche und fachliche Einsatz der Vorplaner unmittelbar durch die Kammer. Seit der Neuorganisation der Landwirtschaftsverwaltung in Hessen vom 1. Januar 1970 hat jeder Vorplaner die Dienstbezirke mehrerer Landwirtschaftsämter zu bearbeiten und ist einem dieser Ämter dienstlich unterstellt (58, S. 72).

Die erforderlichen bodenkundlichen und landeskulturellen Untersuchungen im Rahmen der Vorplanung sollen in Hessen durch das "bodenkundliche Gutachten" vorgenommen werden, das vom Vorplaner anzufordern ist und diesem als Unterlage für seine Planungsvorschläge dienen

soll (vergl. S.194). Es wird von einem bodenkundlichen Fachberater des Landeskulturamtes angefertigt. Im letzten Jahrzehnt ist für die Mehrzahl der Verfahren ein "bodenkundliches Gutachten" erstellt worden.

Die Umstellungsberatung, deren Aufgaben im Erlaß ebenfalls festgelegt sind, ist in Nordhessen etwa bis zum Jahre 1963 durchgeführt worden. Seitdem soll die Umstellungsberatung von den betriebswirtschaftlichen Beratern des zuständigen Landwirtschaftsamtes wahrgenommen werden ¹⁾.

3.5 Inhalt und Methodik der Vorplanung in Nordhessen

Durch den Erlaß vom 21. Januar 1957 ist die Aufgabe, der Inhalt (durch eine beigefügte Mustergliederung) und in gewissem Umfang damit auch die Methodik der Vorplanung für den Untersuchungsraum festgelegt worden. Im folgenden soll daher vor allem auf Inhalt und Methodik der Vorplanung in Nordhessen eingegangen werden. Auf wesentliche Abweichungen in anderen Bundesländern wird dabei von Fall zu Fall eingegangen werden.

Die Festlegung der für eine Flurbereinigung und Vorplanung vorgesehenen Gemeinden erfolgt in Hessen durch eine alljährliche Koordinierungsverhandlung zwischen dem Landeskulturamt, dem Landesamt für Landwirtschaft und den Behörden, die landbeanspruchende Planungen durchführen (vergl. S.194). Die Dringlichkeit der Flurbereinigung ist durch frühere Erhebungen der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammern und des Landeskulturamtes festgestellt worden, die in der "Agrarstrukturellen Rahmenplanung Hessen" ausgewertet wurden (55, Karten B-14 bis B-16). Die Reihenfolge der durchzuführenden Vorplanungen wird dann zwischen dem zuständigen Kulturamt, dem Landwirtschaftsamt und dem Vorplaner abgesprochen.

Eine Vorplanung kann hinsichtlich der reinen Planungstätigkeit in drei große Arbeitsabschnitte eingeteilt werden: die Datenbeschaffung, die Datenverarbeitung und die Entwicklung der Planungsziele und -vorschläge. Hinzu kommt die Beratungsaufgabe: die Aufklärung und Beratung der Teilnehmer vor Durchführung der Flur-

1) Auskunft des Hessischen Landesamtes für Landwirtschaft in Kassel

bereinigung, dann die beratende Mitwirkung am Ablauf des Verfahrens.

3.51 Datenbeschaffung - Aufklärung der Teilnehmer

Der erste Schritt zur Erstellung einer Vorplanung ist in der Regel, daß die Behörden angeschrieben und um ihre Stellungnahme gebeten werden, deren Planungen in irgendeiner Form für die Flurbereinigung bedeutsam werden könnten. Der Vorplaner wird dann dem Bürgermeister und dem Ortslandwirt der Vorplanungsge-
meinde einen ersten Besuch abstatten und ihnen Sinn und Zweck seiner Aufgabe erläutern.

Für die Reihenfolge der weiteren Arbeitsschritte ist in Nordhessen kein festes Schema festgelegt worden. Es bleibt dem Vorplaner überlassen, ob er je nach den örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten mit eigenen Erhebungen im Vorplanungsgebiet oder mit der Erarbeitung von Planungsunterlagen bei anderen Behörden und Verwaltungen beginnt. Wird mit den Erhebungen im Vorplanungsgebiet begonnen, so ist die Kartierung der Flächennutzung die erste und grundlegende Arbeit für alle weiteren Tätigkeiten. Außer auf die Flächennutzung erstreckt sich die Kartierung auf die Hangneigung der Nutzflächen, Zustand und Anlage des Wege- und Gewässernetzes, ferner auf erkennbare Nässe- und Erosionsschäden und topographische Besonderheiten. Durch diese Kartierung eignet sich der Vorplaner eine recht gründliche Kenntnis des Vorplanungsgebietes an.

Der nächste Arbeitsschritt ist häufig auch der schwierigste: die Erhebungen in den landwirtschaftlichen Betrieben, die sich erstrecken:

- bei allen Betrieben auf die Besitzverhältnisse (Eigen- und Pachtland), die Besitzzersplitterung, das Nutzflächenverhältnis und auf Fragen zur sozialökonomischen Entwicklungstendenz;
- bei den Haupt- und größeren Zuerwerbsbetrieben ferner auf die wichtigsten betriebswirtschaftlichen Daten (Anbauverhältnis und Erträge, Viehbestand, Haltungsformen und Futterwirtschaft, Maschinenbesatz, Gebäudeumfang und -wert, Vorhaben zur Entwicklung des Betriebes).

Während der Betriebserhebungen hat der Vorplaner Gelegenheit, ausführliche Beratungsgespräche zu führen und die Teilnehmer über den Ablauf, den Zweck und die Aufgabe der Flurbereinigung in betriebswirtschaftlicher und auch agrarpolitischer Hinsicht aufzuklären. Seine gründliche Ortskenntnis ist dem Vorplaner oft die beste Hilfe, berechnigte oder unberechnigte Bedenken und Vorbehalte gegenüber der Flurbereinigung zu zerstreuen.

Während oder gegen Ende der Betriebserhebungen führt der Vorplaner dann bereits mit dem Bürgermeister, Gemeinderatsmitgliedern und dem Ortslandwirt Gespräche über die vorliegenden Planungen der Gemeinde sowie über die aus der Sicht der Teilnehmer zu berücksichtigenden Probleme. In kleinen Gemeinden, in denen häufig keine Bauleitplanung vorliegt, die übernommen werden kann, werden die Vorschläge für die in der Flurbereinigung zu schaffenden gemeinschaftlichen und kommunalen Anlagen sowie für die auszuweisenden Baugebiete in der Regel gemeinsam vom Vorplaner und den politischen Gemeindegremien erarbeitet. Bei den Beratungen über die landwirtschaftlichen Fragen erhält der Vorplaner meistens weitere wertvolle Hinweise über die Standortverhältnisse in den einzelnen Teilen der Gemarkungen.

Nachdem die eigenen Erhebungen im Vorplanungsgebiet abgeschlossen sind und grundsätzliche Vorstellungen über die Planungsziele bestehen, werden auf Anforderung und unter Mitwirkung des Vorplaners mehrere Sondergutachten erstellt:

- das "bodenkundliche Gutachten" durch den bodenkundlichen Fachberater des Landeskulturamtes;
- eine baufachliche Erhebung durch den Bauberater des Landwirtschaftsamtes;
- bei größeren Aufforstungsflächen ein forstliches Gutachten durch einen Angehörigen der Forstverwaltung;
- und in für den Obstbau geeigneten Gemarkungen eine Erhebung über die Obstbaustandorte durch den Gartenbauberater des Landwirtschaftsamtes.

Zur Beurteilung von Sonderproblemen können weitere Fachleute herangezogen werden.

Außer den Daten aus den eigenen Erhebungen des Vorplaners werden weitere Planungsunterlagen aus den Arbeitsbereichen anderer Behörden benötigt. Diese Unterlagen sind zu erhalten:

- bei der Katasterverwaltung (Angaben über die Flureinteilung, Flächengrößen, Besitzverhältnisse);
- bei der Finanzverwaltung (Ergebnisse und Grundlagen der Reichsbodenschätzung und der Einheitsbewertung);
- bei der Gemeinde- oder Kreisverwaltung (Bevölkerungs-, Bodennutzungs-, Viehbestandsstatistiken, Angaben zur äußeren Verkehrslage und infrastrukturellen Ausrüstung);
- und bei der Wasserwirtschaftsverwaltung (Ent- und Bewässerungsanlagen, Wasser- und Fischereirechte).

Liegen die erforderlichen Planungsunterlagen vor, so bespricht der Vorplaner meistens die Ergebnisse seiner bisherigen Arbeit mit dem zuständigen Landwirtschaftsamt.

3.52 Datenverarbeitung - Bestandsaufnahme der Vorplanung

Für die Vorplanung hat sich seit ihren Anfängen eine in den Grundzügen stets gleichbleibende Gliederung durchgesetzt. Sie umfaßt meistens zwei Hauptteile: die Bestandsaufnahme und Analyse der bestehenden Verhältnisse im ersten Teil, dann die Zielsetzung und die Vorschläge zur Neugestaltung des Vorplanungsgebietes im zweiten Teil. - Im Anhang ist eine Mustergliederung für die Vorplanung angeführt (S.199), die durch den Erlaß vom 21. Januar 1957 festgelegt wurde. Aufgrund veränderter Probleme, Gesichtspunkte und Begriffe auf agrarstrukturellem und landeskulturellem Gebiet ist diese Gliederung mehrfach geändert worden. Da die in dieser Arbeit zu untersuchenden Vorplanungen jedoch alle nach der Gliederung von 1957 erstellt worden sind, wird sie den weiteren Erörterungen zugrunde gelegt.

Die Bestandsaufnahme erstreckt sich nach der Mustergliederung auf folgende Hauptabschnitte (vergl. S. 199):

- Geschichtliche und soziologische Verhältnisse (Entwicklung, Zusammensetzung und Berufsgliederung der Wohnbevölkerung, gewerbliche Betriebe und Beschäftigte, Einstellung der Teilnehmer zur Flurbereinigung);

- Strukturelle Verhältnisse (Betriebs- und Besitzstruktur, Besitzverflechtungen mit Nachbargemeinden, Flächenanteile der Körperschaften);
- Natürliche Grundlagen (Boden-, Klima- und Wasserverhältnisse, Oberflächengestalt);
- Wirtschaftliche Grundlagen (Äußere und innere Verkehrslage, Gebäude-, Kulturarten-, Nutzflächen- und Anbauverhältnisse, Arbeitswirtschaft, Organisation und Erfolgsrechnung typischer Betriebe)
- und die zusammenfassende Beurteilung der bestehenden Verhältnisse und Entwicklungstendenzen.

Unterzieht man die Bestandsaufnahme einer kritischen Beurteilung, dann ist zunächst die auf die verbindliche Gliederung zurückzuführende Gleichförmigkeit des Inhalts der untersuchten Vorplanungen hervorzuheben. Diese Gleichförmigkeit hat den Vorteil, daß die Erstellung der Vorplanung erleichtert und den Behörden, denen die Vorplanung als Unterlage dient, eine schnellere Übersicht und Einarbeitung ermöglicht wird. Die Gleichförmigkeit birgt jedoch auch die Gefahr, daß wichtige Gesichtspunkte außer Acht gelassen werden, die außerhalb des gewohnten Inhalts liegen.

Aufgrund der relativ geringen Größe eines Vorplanungsgebietes ist es möglich, die meisten der verwendeten Planungsunterlagen durch Ergänzungen auf den neuesten Stand zu bringen. Bei geräumigeren Planungen ist das nicht immer möglich. Die Aktualität, die die Bestandsaufnahme beim Abschluß der Vorplanung besitzt, ist einer ihrer wesentlichen Vorzüge.

Die Bestandsaufnahme enthält alle wesentlichen und erreichbaren Angaben, die zur Beurteilung der Verhältnisse eines Vorplanungsgebietes erforderlich sind. Ein großer Teil der Angaben bezieht sich speziell auf die bei einer Flurbereinigung interessierenden Sachfragen. Vergleicht man die Bestandsaufnahme mit ähnlichen Gliederungsabschnitten einer heutigen agrarstrukturellen Vorplanung, so fällt die relativ einfache Form der Aussage auf. Man muß hierzu aber bedenken, daß sich die Vorplanung in erster Linie an die ausführenden Beamten der Flurbereinigungsbehörden, also an Nicht-Landwirte, wendet. Berücksichtigt man diese Tat-

sache, dann dürfte die Bestandsaufnahme in den meisten Fällen den an sie zu stellenden Anforderungen genügen.

3.53 Entwicklung der Planungsziele und -vorschläge

Nach der Mustergliederung umfaßt die Zielsetzung neben dem Hauptteil, den Vorschlägen zur Neugestaltung des Vorplanungsgebietes, zwei weitere, kleinere Teile: die "Maßnahmen zur Erreichung des Zieles" und die "Vorschläge für die Umstellungsberatung". - Die meisten Abschnitte der Zielsetzung fußen zwar auf den Feststellungen der Bestandsaufnahme, schließen inhaltlich jedoch nicht unmittelbar an sie an. - Die Vorschläge zur Neugestaltung des Vorplanungsgebietes umfassen folgende Hauptabschnitte:

- Neugliederung der Betriebsflächen (Kulturartenänderungen durch Aufforstung, Rodung, Kultivierung);
- Neugliederung der landwirtschaftlichen Nutzflächen (Nutzungsänderungen) durch Ansaat und Umbruch von Grünland;
- Wasserwirtschaft und Landschaftsschutz (Bodenverbesserungen, wasserwirtschaftliche Maßnahmen, Boden- und Landschaftsschutz);
- Bereitstellen von Land für gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen (Ausweisung von Land für kommunale und gemeinschaftliche Einrichtungen, Baugebiete, ferner für alle landbeanspruchenden öffentlichen Vorhaben);
- Strukturelle Verbesserungen (Berechnung der Mindestbetriebsgröße, des erforderlichen Landbedarfes für Betriebsvergrößerungen, Landbeschaffung, Aus- und Neusiedlung, Althofsanierung, Maßnahmen der Dorfsanierung, Vorschläge zur Wegenetzgestaltung) ;
- Hinweise für die Abfindung (Zahl der neuen Grundstücke, Flangestaltung, Nutzungs- und Anbaueignung einzelner Flurlagen, Abfindung der Kleinbetriebe und Ausmäcker, Zusammenlegung des Pacht- und Gemeindelandes).

Im folgenden kleineren Teil der Zielsetzung, den "Maßnahmen zur Erreichung des Zieles", werden in der Regel die Vorschläge schwerpunktartig zusammengefaßt und nach ihrer Dringlichkeit geordnet, ferner Vorschläge zur zweckmäßigen Verfahrensart und

zur Abgrenzung des Flurbereinigungsgebietes unterbreitet.- Die Vorschläge für die Umstellungsberatung im letzten Teil der Vorplanung erstrecken sich auf die zweckmäßige Betriebsorganisation, die Arbeitswirtschaft und das Anbauverhältnis nach Abschluß des Verfahrens.- Auch bei der Zielsetzung der Vorplanung muß auf die Vor- und Nachteile der Gleichförmigkeit des Inhalts hingewiesen werden, obwohl hier der Inhalt häufiger besonderen Erfordernissen angepaßt worden ist.

Als Unterlagen zur Erarbeitung der Vorschläge dienen ebenfalls die für die Bestandsaufnahme verwendeten Erhebungen. Eine wertvolle und teilweise unentbehrliche Vervollständigung der eigenen Erhebungen bilden die Sondergutachten. Die Vorschläge zur Aufforstung und für die Maßnahmen, die eine baufachliche Beurteilung erfordern (Aussiedlung, Althofsanierung), sind deshalb meistens hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit gut abgesichert.

In weit geringerem Maße gilt dies für die Vorschläge, die auf den Feststellungen des "bodenkundlichen Gutachtens" fußen.- Das "bodenkundliche Gutachten" wird meistens in einer Zeitspanne bis zu drei Tagen erstellt. In dieser relativ kurzen Zeitspanne können in der Regel nur stichprobenartige Untersuchungen gemacht werden. Die "bodenkundlichen Gutachten" enthalten daher fast nur qualitative, jedoch kaum quantitative Aussagen. Die Unsicherheit, die sich hieraus ergibt, wird besonders bei den Vorschlägen für Bodenverbesserungen deutlich: Meistens sind nicht die anzuwendenden Meliorationsverfahren vorgeschlagen, sondern nur die "entwässerungsbedürftigen" oder "meliorationsbedürftigen" Flächen angegeben worden.- Zu betonen ist jedoch, daß die Erstellung des bodenkundlichen Gutachtens ein grosser Fortschritt ist, wenn man davon ausgeht, daß in früheren Jahrzehnten in dieser Form keine bodenkundlichen Untersuchungen des Standorts erfolgten.

Trotz der gegebenen Unsicherheit in der Standortsbeurteilung sind die Vorschläge über die Verteilung und Änderung der Nutzungsarten in der Regel recht sorgfältig ausgearbeitet worden, zumal diese unter den Verhältnissen Nordhessens häufig nach relativ einfachen Gesichtspunkten bestimmt werden können (vergl. Abschnitt 4.23).- Für den Abschnitt "Landbedarf für gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen" dienen in erster Linie die angeforderten Stellungnahmen und Planungen anderer Behörden sowie die der Gemeinde als Unterlage.

Die betriebswirtschaftlichen Aussagen im engeren Sinne sind nach der Mustergliederung im letzten Teil, den "Vorschlägen für die Umstellungsberatung", zu treffen. Als Unterlagen für die Vorschläge zur Betriebsorganisation dienen vor allem die erhobenen betriebswirtschaftlichen Daten und die nach ihnen in der Bestandsaufnahme erstellten Übersichten zur Organisation und Erfolgsrechnung typischer Betriebe. Aufgrund der vorhandenen typischen Betriebsorganisation und deren erkennbaren Mängeln werden - unter Berücksichtigung der durch die Flurbereinigung zu erwartenden Verbesserungen - die Vorschläge für die zweckmäßige Betriebsorganisation gemacht. Da jedoch keine Betriebsplanung durchgeführt wird, kann es sich bei diesen Vorschlägen nur um qualitative Erläuterungen, jedoch um keine exakten quantitativen Angaben zur Betriebsorganisation handeln.

Für die fachliche Begründung der meisten Planungsvorschläge muß der Kenntnis der zweckmäßigen Betriebsorganisation jedoch große, wenn nicht entscheidende Bedeutung beigemessen werden. SPITZER und MEISSNER (120, S. 126 f.) weisen darauf hin, daß die meisten Vorschläge zwangsläufig zu einer Änderung der bestehenden Betriebsorganisation führen müssen. Andererseits werden nahezu alle landwirtschaftlichen Planungsziele auf die zweckmäßige Betriebsorganisation ausgerichtet sein müssen, wenn sie fachlich richtig begründet sein sollen. SPITZER und MEISSNER haben daher vorgeschlagen, die Betriebsplanung an den Anfang der Vorplanung zu stellen, und die landwirtschaftlichen Vorschläge und die Betriebsorganisation Schritt für Schritt anzugleichen, so daß eine einheitliche Konzeption der Gesamtplanung entsteht (120, S. 126 f.).

Eine besonders aussagekräftige Unterlage stellt die Betriebsplanung für die Bestimmung zweckmäßiger Betriebsgrößen und den auf diesen fußenden Berechnungen dar, wie für die Festlegung des erforderlichen Landbedarfes für Betriebsvergrößerungen, der landwirtschaftlichen Tragfähigkeit für das Vorplanungsgebiet und für einzelne Siedlungsräume. Sind diese Daten vorhanden, dann lassen sich auch relativ sichere Aussagen über die immer wichtiger werdenden Fragen der zukünftigen Entwicklung, insbesondere zur Betriebsgrößenentwicklung, machen (TÖRÖK, 129, S. 94 ff.).

Der Hauptgrund für den Verzicht der Vorplanung auf eine exakte Betriebsplanung ist der relativ hohe Arbeitsaufwand, den die in der amtlichen Beratung Hessens bisher angewandte Planungsmethode, die vereinfachte Programmplanung (MEIMBERG, 99, S. 478 ff.), erfordert. Ein weiterer Grund ist die von den Vorplanern stets betonte Problematik, die die Ausrichtung der Vorschläge auf eine zweckmäßige Betriebsorganisation im Hinblick auf folgende Sachverhalte aufweist (vergl. SPITZER, 122, S. 285 ff.):

- daß eine spätere Veränderung der Preisrelationen auch die Planungsergebnisse verändern muß;
- die oft auf kleinem Raum wechselnden natürlichen Standortbedingungen nicht genügend zur Geltung kommen;
- es mehrere zweckmäßige Organisationen geben kann
- und eine typische Betriebsorganisation die unterschiedlichen Fähigkeiten der Betriebsleiter nicht ausreichend berücksichtigt.

Diese Unsicherheiten, die die Ergebnisse einer Betriebsplanung und die auf ihr fußenden Vorschläge aufweisen, können jedoch nach SPITZER (122, S. 294 f.) dadurch beseitigt oder gemildert werden, daß stets eine ausreichende Anzahl alternativer Organisationen geplant wird.

Außer einer Betriebsplanung fehlen in den Vorplanungen des Untersuchungsraumes aber auch Berechnungen über die Wirtschaftlichkeit der Flurbereinigung und über die einzelbetrieblichen Investitionen, die sich aus der Flurbereinigung ergeben und die zur Entwicklung des Betriebes erforderlich sind. - Die Vorplanung ist an der Frage der Wirtschaftlichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen nun nicht gänzlich vorbeigegangen.-MEYER (103, S. 142) unterscheidet bei agrarstrukturellen und landeskulturellen Maßnahmen zwischen ihrer privatwirtschaftlichen Rentabilität und ihrer gemeinwirtschaftlichen (gesamtwirtschaftlichen) Rentabilität, das heißt der Wirtschaftlichkeit aus volkswirtschaftlicher Sicht. Die privatwirtschaftliche Rentabilität der Flurbereinigung ist in einer ganzen Reihe von Untersuchungen nachgewiesen wor-

den ¹⁾. In der Vorplanung hat man die privatwirtschaftliche Rentabilität der vorgeschlagenen Maßnahmen aufgrund der genannten Untersuchungen für gegeben gehalten, wenn gravierende, nur im Rahmen einer Flurbereinigung zu beseitigende agrarstrukturelle und landeskulturelle Mängel vorlagen.

Die Vorplanung kann jedoch an eigenen, quantitativen Aussagen über die Wirtschaftlichkeit der Flurbereinigungsmaßnahmen und den erforderlichen Investitionsbedarf in den landwirtschaftlichen Betrieben nicht vorbeigehen, wenn sie ihre Vorschläge fachlich richtig und überzeugend begründen will. - Von GUMMERT und WER SCHNITZKY (39) ist für sechs Gemeinden und fünfzehn Betriebe, die in verschiedenen Gebieten Norddeutschlands liegen, die privatwirtschaftliche Rentabilität der Flurbereinigung untersucht worden. Wie die Untersuchungen im einzelnen ergeben haben, wird die Wirtschaftlichkeit der Flurbereinigung, gemessen am Betriebseinkommen, dem Arbeitseinkommen und dem Reinertrag, einmal von den natürlichen und wirtschaftlichen Standortbedingungen - insbesondere der Betriebsgröße - und der von ihnen abhängigen Betriebsorganisation beeinflusst (39, S. 134 ff.). Zum anderen hängt die Wirtschaftlichkeit von den erforderlichen Maßnahmen und den durch sie entstehenden finanziellen Belastungen ab (39, S. 34, 68, 102 u. 120). - Die genannten, die Wirtschaftlichkeit beeinflussenden Faktoren wechseln oft von Gemeinde zu Gemeinde. Genaue Aussagen über die privatwirtschaftliche Rentabilität sind daher nur möglich, wenn sie für jedes Vorplanungsgebiet und für Betriebe verschiedener Größe nachgewiesen wird.

Bereits am inhaltlichen Aufbau kann also festgestellt werden, daß die Vorplanungen Nordhessens gerade auf dem Sektor betriebswirtschaftlicher Aussagen eine deutliche Lücke aufweisen. Sie haben damit ihre Hauptaufgabe, sämtliche betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten aufzuzeigen, nur bedingt erfüllt.

¹⁾ Die Wirtschaftlichkeit der Flurbereinigung ist unter anderem untersucht und nachgewiesen worden von: FEITER, 34, GUMMERT und WERSCHNITZKY, 39, JANETZKOWSKI, 77, OPPERMANN, 106, PRIEBE, 107 und TÖRÖK, 129

Vor der endgültigen Fertigstellung der Vorplanung werden die Vorschläge grundsätzlich mit dem zuständigen Landwirtschaftsamt besprochen. Meistens versucht der Vorplaner, auch den Teilnehmern seine Vorschläge anhand der angefertigten Karten in einer Versammlung vorzutragen. Wird die Vorplanung vor Einleitung des Verfahrens durchgeführt, bietet sich hierzu die Aufklärungsversammlung des Kulturamtes an. Die Diskussion kann sich dann auf konkrete Vorschläge und Ziele konzentrieren. - In Schleswig-Holstein wird den Teilnehmern nach DENKS (27, S.8 f.) und OEST (105, S. 297) nicht nur Gelegenheit zur Mitarbeit bei der Entstehung der Vorplanung geboten, sondern diese wird den Teilnehmern auch zusammen mit den landwirtschaftlichen Dienststellen vorgetragen und bei Einwänden korrigiert. Eine solche weitgehende Mitarbeit ist sicher am ehesten geeignet, die Teilnehmer aufzuklären und für die Ziele der Vorplanung zu gewinnen. Eine zu enge Mitarbeit kann allerdings auch dazu führen, daß sich der Vorplaner zu sehr den Gesichtspunkten der Landwirte verpflichtet muß.

Der fertiggestellte Vorplanungsbericht wird meistens nicht nur den vorgesehenen Behörden, sondern auch dem Bürgermeister, dem Ortslandwirt und vor allem dem Teilnehmervorstand übersandt. Häufig werden einige Exemplare des Berichtes auch den Teilnehmern übergeben. - In Schleswig-Holstein erhalten alle Teilnehmer nach OEST (105, S. 298) in bestimmten Fällen einen Auszug der Vorplanung, der die wichtigsten Vorschläge enthält. Eine solche Kurzfassung wird für die meisten Teilnehmer leichter verständlich und damit für die Aufklärung wirksamer sein. Andererseits erfordert die Erstellung und Verteilung der Kurzfassung einen zusätzlichen Arbeitsaufwand, der nur in besonderen Fällen lohnend sein dürfte.

3.54 Beratende Mitwirkung am Ablauf des Verfahrens

Die beratende Mitwirkung des Vorplaners hat sich lange Zeit im wesentlichen auf die im Erlaß vorgesehenen Termine beschränkt (vergl. Abschnitt 3.4). In den letzten Jahren sind die Vorplaner aufgrund der relativ guten Zusammenarbeit mit den Kulturämtern

oder auf Ersuchen des Landwirtschaftsamtes häufiger zu den wichtigeren Terminen zur Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes und des Bodenverbesserungsberichtes, hinzugezogen worden.

Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, daß der Vorplaner aufgrund seines Spezialwissens und seiner erworbenen Ortskenntnis zur beratenden Mitwirkung besser geeignet ist als ein anderer Berater des Landwirtschaftsamtes. Erst durch seine Mitwirkung am Verfahren kann die erworbene Beratungsbefähigung des Vorplaners genutzt werden. - In Rheinland-Pfalz wirkt der Vorplaner nach PREUS (108, S. 36) nicht nur an den Terminen des Verfahrens mit, sondern klärt die Teilnehmer in Versammlungen auch über betriebswirtschaftlich zweckmäßige Planwünsche für die Zusammenlegung auf. Eine noch weitergehende Beratung über Einzelabfindungen kann aber, so wünschenswert sie sein mag, im Hinblick auf seine vorrangige Planungsarbeit nicht Aufgabe des Vorplaners sein.

Die im Erlaß aus dem Jahre 1957 vorgesehene und vom Kulturamt einzuberufende Abschlußbesprechung über die Ergebnisse der Vorplanung (vergl. S. 195) ist in Nordhessen nur wenige Male durchgeführt worden. Eine solche Besprechung ist nach PREUS (108, S. 36) zu diesem Zeitpunkt auch nicht zweckmäßig, weil das Kulturamt den Gang des Verfahrens noch gar nicht überblicken kann.

3.55 Der Zeitpunkt der Vorplanung

Für die Wirksamkeit der gesamten Vorplanungsarbeit ist der Zeitpunkt der Erstellung von großer Bedeutung. Von den in dieser Arbeit zu untersuchenden 62 Vorplanungen sind 47 v.H. vor Einleitung, 53 v.H. nach Einleitung des Verfahrens erstellt worden (vergl. Anhang, S. 202). Die Durchführung der Vorplanung vor der Einleitung hat den Vorteil, daß die Aufklärung der Teilnehmer früh genug erfolgt und die besonderen Probleme und Schwerpunkte des Verfahrens vor Erlaß des Flurbereinigungsbeschlusses feststehen. Eine vorherige Vorplanung ist also dort angebracht, wo erheblicher Widerstand der Teilnehmer zu erwarten ist und wo es zweckmäßig erscheint, die besonderen Probleme des Flurberei-

gungsgebietes vor der Einleitung festzustellen.

Wird die Vorplanung aber vor der Einleitung durchgeführt, so ist eine genaue Koordinierung des weiteren Verfahrensablaufes mit der Flurbereinigungsbehörde notwendig. Wenn das Verfahren nicht bald eingeleitet wird, dann kann die Aufklärungsarbeit häufig umsonst geleistet worden und die Vorplanung bei Beginn der Durchführung veraltet sein. In 17 (12 v.H.) der 142 Gemeinden, die von 1956 bis 1969 in Nordhessen vorgeplant wurden, ist es durch späteren Widerstand der Teilnehmer oder durch Umdispositionen der Kulturämter nicht zur Durchführung einer Flurbereinigung gekommen ¹⁾.

Setzt die Vorplanung erst nach Einleitung des Verfahrens ein, ergibt sich der besondere Vorteil, daß die Vorschläge mit dem Teilnehmervorstand erarbeitet werden können. Für den Vorplaner ist dann eine relativ sichere Gewähr gegeben, daß seine Vorschläge verstanden und vom Teilnehmervorstand vertreten werden. Die Vorplanung nach der Einleitung kommt daher für alle Verfahren in Betracht, bei denen eine vorherige gründliche Aufklärung der Teilnehmer und eine genauere Untersuchung der Probleme unterbleiben kann.

3.6 Ergebnisse der untersuchten Flurbereinigungen und Vorplanungen

3.61 Die Zahlenergebnisse

Die Ergebnisse der untersuchten Vorplanungen und Flurbereinigungen sind in den Übersichten 5a bis 9b aufgeführt. Die Zahlen der Übersichten 5a bis 7 sollen in erster Linie einen Überblick über die durchschnittliche Größenordnung der vorgeschlagenen und durchgeführten Maßnahmen vermitteln. Mit Ausnahme der Verbesserungen, die nur in wenigen Verfahren vorgenommen wurden - vor allem einige Kulturartenänderungen - führt das arithmetische Mittel zu Ergebnissen, die weitgehend der tatsächlichen Größenordnung der Maßnahmen in den einzelnen Verfahren entsprechen. Das gilt besonders für die Errechnung des durchschnittlichen Zusam-

1) Eigene Erhebung nach Unterlagen der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen und der Karte "Stand der Flurbereinigung im Lande Hessen" (88)

menlegungsgrades (Übersicht 7). Die vorgeschlagenen und ausgewiesenen öffentlichen und gemeinschaftlichen Anlagen lassen sich aufgrund der geringen Zahl einzelner Einrichtungen nur in ihrer Gesamtzahl gegenüberstellen (Übersicht 5a und b). Leider standen nicht für alle Untersuchungsvereinigungen Angaben über die im einzelnen ausgewiesenen Anlagen zur Verfügung, so daß eine kleinere Zahl von Verfahren für die Übersichten 6a, 6b und 9b ausgeklammert werden mußte. - Zur besseren Überschaubarkeit sind die Ergebnisse über die Verwirklichung der Vorplanung in zwei Stufen gegliedert. Zunächst sind in den Übersichten 8a und 8b die Anzahl der Verfahren mit vorgeschlagenen und durchgeführten Maßnahmen gegenübergestellt, während in den folgenden Übersichten 9a und 9b der Verwirklichungsgrad der jeweiligen Maßnahmen in den einzelnen Verfahren aufgeführt ist.

3.61.1 Kriterien zur Auswahl der Ergebnisse

Die Auswahl und Zusammenstellung der Flurbereinigungs- und Vorplanungsergebnisse ist vor allem nach zwei Kriterien erfolgt: einmal nach der Verfügbarkeit statistischer Unterlagen über die Flurbereinigungsmaßnahmen, zum anderen nach der Vergleichbarkeit dieser Unterlagen mit den Vorschlägen der Vorplanung. - In den Übersichten 5a bis 9b sind alle verfügbaren und erreichbaren Flurbereinigungsergebnisse wiedergegeben, über die die Kulturämter auswertbare Unterlagen führen und die in irgendeiner Form geeignet sind, zur Lösung der zu untersuchenden Probleme beizutragen. Den Flurbereinigungsergebnissen stehen, sieht man von den Einzelmaßnahmen zusammenfassenden Angaben ab (Übersicht 5a und 5c, Sp. 6, 7, 32), in den meisten Fällen ausreichend vergleichbare Vorschläge der Vorplanung gegenüber. Auf nicht voll vergleichbare Vorschläge wird im nächsten Abschnitt eingegangen werden.

Aufgrund der relativ großen Zahl der untersuchten Verfahren mußte sich die Wiedergabe von Zahlenergebnissen vor allem auf vorhandene und auswertbare Unterlagen der Kulturämter stützen, die allerdings überprüft und durch eigene Erhebungen ergänzt worden sind (vergl. Abschnitt 1.3). Eigene Erhebungen zur Ergänzung fehlender Unterlagen haben sich aufgrund der großen Zahl untersuchter Verfahren und im Hinblick auf die Zielsetzung dieser Arbeit vor

Übersicht 5 a: Durchschnittsergebnisse der Untersuchungsvereinigungen

Verfahrensart	a) alter Zu- stand, bestehen- bleibende alte An- lagen b) neu ange- legt c) neuer Ge- samtzu- stand	Ø Boden- klima- zahl	Landw. Nutzfläche			Gemeinschaftl. u. öffentl. Anlagen					Wasser- läufe
			Acker- land	Grün- land	LN	gemein- schaft- liche Anlagen (§ 39 FlurbG)	öffent- liche Anlagen (§ 40 FlurbG)	Fahrwege			
								be- stigt 1) km	un- be- stigt km	mit schwe- rem Erdbau km	
I Erstberei- nungen - 25 Verfahren -	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	a		184	186	370	10,7	5,0	2,0	12,4	0,6	3,8
	b	34				23,9	3,6	9,7	25,4	7,1	2,9
	c		175	172	347	34,6	8,6	11,7	37,8	7,7	6,7
II Zweitberei- nungen - 32 Verfahren -	a		433	159	592	30,3	8,5	2,4	48,3	-	10,7
	b	43				5,3	3,0	8,6	0,5	1,4	0,9
	c		428	158	586	35,6	11,5	11,0	48,8	1,4	11,6
III Beschleunigte Zusammen- legungen - 5 Verfahren -	a		357	141	498	39,0	11,0	1,9	39,0	-	12,4
	b	50				1,0	1,7	4,2	1,0	0,4	1,4
	c		353	140	493	40,0	12,7	6,1	40,0	0,4	13,8

1) Bei der Zuteilung der neuen Grundstücke ausgeführte oder vorgesehene Befestigungen.

1) Zahlen in Klammern : in den Vorplanungen angegebene Aussiedlungsinteressenten bzw. mögliche Aufstockungsflächen

Zahlen ohne Klammern : objektiv notwendige Aussiedlungen bzw. Aufstockungsflächen

2) Feldwegeausbau : Befestigungen, die nach Abschluß der Verfahren feststehen

¹⁾ Zahlen in Klammern

Zahlen ohne Klammern : objektiv notwendige Aussiedlungen bzw. Aufstockungsflächen

2) Feldwegeausbau : Befestigungen, die nach Abschluß der Verfahren feststehen

Übersicht 7: Durchschnittlicher Zusammenlegungsgrad in den
Untersuchungsbereinigungen nach Betriebsgrößenklassen

Verfahrensart	Betriebsgrößenklassen				Be- triebe insge- samt
	unter 10 ha	10 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 ha und darüber	
	1	2	3	4	5
<u>I Erstbereinigungen</u>					
- 25 Verfahren -					
a) Zahl der Betriebe	alt 86 neu 83	7 8	4 4	1 1	98 96
b) Zahl der Besitzstücke	alt 413 neu 210	96 36	52 19	8 3	569 268
c) Lagebedingte Besitz- stücke ¹⁾	100	11	8	2	121
d) Zusammenlegungsgrad ²⁾	2,8:1	3,4:1	4,0:1	6,0:1	3,0:1
Vorschlag der Vorplanung ³⁾	-	3,3:1	4,5:1	-	-
<u>II Zweitbereinigungen</u>					
- 32 Verfahren -					
a) Zahl der Betriebe	alt 153 neu 150	9 9	4 4	1 1	167 164
b) Zahl der Besitzstücke	alt 450 neu 320	99 55	45 26	15 9	609 410
c) Lagebedingte Besitz- stücke	105	18	19	12	154
d) Zusammenlegungsgrad	1,6:1	2,2:1	3,7:1	1,7:1	1,7:1
Vorschlag der Vorplanung	-	2,0:1	3,4:1	-	-
<u>III Beschleunigte Zusammenlegung</u>					
- 5 Verfahren -					
a) Zahl der Betriebe	alt 132 neu 132	8 8	2 2	1 1	143 143
b) Zahl der Besitzstücke	alt 357 neu 258	85 56	31 18	67 30	540 362
c) Lagebedingte Besitz- stücke	68	18	6	3	95
d) Zusammenlegungsgrad	1,5:1	1,8:1	2,1:1	2,4:1	1,7:1
Vorschlag der Vorplanung	-	2,0:1	3,4:1	-	-

¹⁾ Nichtverlegbare Besitzstücke. ²⁾ Nach Abzug der lagebedingten Besitz-
stücke im alten und neuen Zustand. ³⁾ Errechnet nach der vorgeschlagenen
Maximalzahl neuer Besitzstücke je Betrieb.

Übersicht 3 a: Gegenüberstellung vorgeplanter und durchgeführter Maßnahmen in den Untersuchungsbereinigungen

Verfahrensart	Zahl der Vorplanungen und Flurbereinigungen mit vorgeschlagenen und durchgeführten									
	Gesamt- zahl der Untersu- chungs- bereini- gungen u. Vor- planungen	Kulturarten- änderungen		Kultivie- rung, Plan- instand- setzung	Wind- schutz- pflanzungen	Wasserwirtschaftliche Maßnahmen				Drä- nun- gen
		Ro- dungen	Auf- for- stung			Bachre- gulie- rungen	Gewässer- ausbau	Anlage neuer Gräben		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
I Erstbereinigungen Vorplanungen	Zahl v.H.	Zahl v.H.	Zahl v.H.	Zahl v.H.	Zahl v.H.	Zahl v.H.	Zahl v.H.	Zahl v.H.	Zahl v.H.	
	25 100	4 16 14 56	1) - 21 84	15 60 15 60	10 40 23 92	16 64 20 80	23 92 23 92	24 96 22 88	21 84 23 92	
II Zweitbereinigungen Vorplanungen	32 100	4 13 9 28	3 9 25 78	8 25 16 50	18 56 28 88	17 53 22 69	29 91 31 97	18 56 20 63	25 78 32 100	
III Beschleunigte Zusammenlegungen Vorplanungen	5 100	- - - -	- - 3 60	- - 1 20	- - 2 40	2 40 2 40	3 60 4 80	2 40 2 40	5 100 5 100	

1) In v. H. aller Erstbereinigungen, Zweitbereinigungen etc.

Verfahrensart	Gesamt- zahl d. Unter- suchungs- berein- igungen u. Vorpl.	Zahl der Flurbereinigungen und Vorplanungen mit					
		Kulturartenänderungen		Kultivierg., Planinstand- setzungen	Dränungen	Zusammenlegungsgrad	
		Rodungen	Aufforstg.			in den Be- trieben v. 10-20 ha	in den Be- trieben v. 20-50 ha
1		2	3	4	5	6	7
		Zahl v.H.	Zahl	v.H.	Zahl v.H.	Zahl	v.H.
Verwirklichungs- grad in v.H. I	1 - 50 %	-	-	-	10	1	4
	51 - 75 %	-	-	7	-	1	4
	76 - 100 %	2	50	60	7	10	40
	über 100 %	2	50	33	4	13	52
Erstbereinigungen Vorplanungen	25	4	100	15	21	25	100
		14	29 ¹⁾	15	23	25	100
	1 - 50 %	2	50	1	9	1	3
	51 - 75 %	-	-	-	2	11	34
Zweitbereinigungen Vorplanungen	32	9	44	8	25	32	100
		4	100	16	32	32	100
	1 - 50 %	-	-	-	2	-	-
	51 - 75 %	-	-	-	7	2	40
Beschleunigte Zusammenlegungen Vorplanungen	5	-	-	-	5	5	100
		-	-	-	5	5	100
	1 - 50 %	-	-	-	2	2	40
	51 - 75 %	-	-	-	1	1	20
	76 - 100 %	-	-	-	1	1	20
	über 100 %	-	-	-	1	2	40

1) Zahl der Flurbereinigungen in v.H. der Vorplanungen

Verfahrensart	Zahl der Flurbereinigungen und Vorplanungen mit ...									
	Strukturverbesserungen					Ausweisung von Land für ...				
	Aussiedlungen		Aufstockungen		Neusiedlungen	Bauplätze		Unternehmen		Gemeinschaftl. und öffentl. Anlagen
	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.		Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	
	8		9		10	11		12		13
	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.		Zahl	v. H.	Zahl
										14
										Zahl v. H.
Verwirklichungs- Grad in v. H.										
I										
1 - 50 %	3	33	5	71	-	2	13	-	-	7
51 - 75 %	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8
76 - 100 %	4	45	2	29	-	2	13	-	-	44
über 100 %	2	22	-	-	-	11	74	-	-	17
Erstbereinigungen	9	100	7	100	-	15	100	12	100	-
Vorplanungen	13	69	1) 19	37	-	22	68	10	120	18
II										
1 - 50 %	12	52	12	55	2	4	19	-	-	16
51 - 75 %	1	4	-	-	-	3	15	1	11	8
76 - 100 %	5	22	6	27	1	7	33	7	78	4
über 100 %	5	22	4	18	4	7	33	1	11	-
Maßnahmen ohne										
Vorschläge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zweitbereinigungen	23	100	22	100	7	21	100	9	100	28
Vorplanungen	27	85	26	85	7	27	78	9	100	28
III										
1 - 50 %	2	50	1	25	-	1	25	-	-	3
51 - 75 %	1	25	-	-	-	-	-	-	-	-
76 - 100 %	1	25	1	25	1	50	-	-	-	1
über 100 %	-	-	2	50	1	50	75	-	-	-
Beschl. Zusammen- legung	4	100	4	100	2	4	100	-	-	4
Vorplanungen	5	80	5	80	2	5	80	3	-	5

1) Zahl der Flurbereinigungen in v. H. der Vorplanungen.

2) Keine genauen Angaben möglich.

allem auf Maßnahmen erstrecken müssen, für die entsprechende und vergleichbare Vorschläge der Vorplanung gemacht worden sind (auf Nutzungsänderungen, Bodenschutzmaßnahmen, Aussiedlungsstandorte, die Wegenetz- und Plangestaltung). Die Ergebnisse der eigenen Erhebungen über die Durchführung der genannten Maßnahmen sind, da teilweise zahlenmäßig nicht erfaßbar, auch nicht in den Übersichten angeführt. Sie werden im Kapitel 4 bei der Erörterung der Einzelmaßnahmen wiedergegeben werden.

Nicht erstrecken konnten sich die eigenen Erhebungen auf Einzelmaßnahmen der Zusammenlegung (Bereinigung von Besitzverflechtungen zwischen Nachbargemeinden, Abfindung bestimmter Teilnehmergruppen, Gestaltung der Abfindung in den Ortslagen zur Begräddigung und Erweiterung der Hofgrundstücke). Eigene Erhebungen hierzu hätten von den Einzelabfindungen der Beteiligten ausgehen müssen, die jedoch aufgrund der großen Zahl beteiligter Eigentümer einen Arbeitsaufwand erfordert hätten, wie er nur im Rahmen einer speziellen Untersuchung möglich gewesen wäre. Zudem sind in den untersuchten Vorplanungen für die genannten Einzelmaßnahmen der Zusammenlegung recht allgemeine Vorschläge gemacht worden. Diesen allgemeinen Vorschlägen stehen aber gerade bei der Zusammenlegung eine Vielzahl oft unterschiedlich zu lösender Einzelprobleme gegenüber, so daß es sehr schwierig ist, den für einen Vergleich erforderlichen einheitlichen Maßstab zu bestimmen.

Mit den bisher aufgezählten Verbesserungen, die in den Übersichten nicht enthalten sind oder in der Arbeit nicht untersucht werden konnten, ist der mögliche Maßnahmenkatalog der Flurbereinigung jedoch nicht erschöpft. Da in einem Verfahren grundsätzlich alle landbeanspruchenden Anlagen im öffentlichen Interesse ausgewiesen werden können (§ 37 FlurbG), kann sich der in den Übersichten 6a und 6b aufgeführte Maßnahmenkatalog auf diesem Gebiet im Einzelfalle beträchtlich erweitern. Erinuert sei in diesem Zusammenhang auch an die durchführbaren wasserwirtschaftlichen Maßnahmen und Anlagen überörtlicher Bedeutung (vergl. Abschnitt 4.34). Weiterhin muß auf die in der Regel mit der Flurbereinigung verbundene Neuordnung privater und öffentlicher Rechtsver-

hältnisse (für Einzelgrundstücke, gemeinschaftliche und teilweise auch öffentliche Anlagen) hingewiesen werden. Die Auswirkungen der Flurbereinigung auf diesem Gebiet konnten ebenfalls aus den Gründen nicht untersucht werden, die bereits für die Einzelmaßnahmen der Zusammenlegung genannt worden sind.

Bei den Vorplanungen ist die Untersuchung der Vorschläge nicht erfolgt, die in erster Linie Hilfen zur Durchführung des Verfahrens sein sollen (Vorschläge zur Anbau- und Nutzungseignung einzelner Flurlagen, zur Bodenschätzung, Angaben der Bestandsaufnahme). Diese Angaben können Entscheidungsgrundlagen und -hilfen für viele Maßnahmen sein, so daß sich ihr Einfluß durch eine Untersuchung der Flurbereinigungsergebnisse kaum bestimmen lassen dürfte. Es wurde versucht, durch eine Befragung ausführender Beamter die Bedeutung der Durchführungshilfen für die Entscheidungen einzelner Flurbereinigungen zu erfahren. Eine genaue Auskunft konnte aufgrund des relativ großen Zeitabstandes seit Durchführung der untersuchten Verfahren nicht gegeben werden. Es wurde jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die genannten Durchführungshilfen von den ausführenden Beamten vor allem zu Beginn der Verfahren als wertvolle Unterlage benutzt und geschätzt werden.

3.61.2 Die begrenzte Aussagekraft der Ergebnisse

Inwieweit spiegeln die Zahlen der Übersichten 5a bis 9b nun Bedeutung und Auswirkungen der Gesamtmaßnahme Flurbereinigung wider? - Die in den Übersichten nicht enthaltenen Flurbereinigungsmaßnahmen wurden bereits genannt. Weiterhin enthalten die Übersichten nur Angaben über Art und Umfang der angeführten Flurbereinigungsmaßnahmen, jedoch keine Angaben über deren Auswirkungen und deren Zweckmäßigkeit. Beide Fragen werden im Kapitel 4 bei der Erörterung der Einzelmaßnahmen untersucht werden, wobei im Hinblick auf die große Zahl untersuchter Verfahren die Probleme und Auswirkungen bestimmter Maßnahmen anhand typischer Beispiele verdeutlicht werden. - Auch für die Vorplanungen gilt, daß sich die Angaben der Übersichten auf Art und Umfang der Vorschläge beziehen, sie jedoch nichts darüber aussagen, ob die Vorschläge fachlich richtig begründet worden, realistisch oder unrealistisch

sind. Diese Fragen werden ebenfalls im Kapitel 4 bei der Besprechung der Einzelmaßnahmen untersucht werden, bei bestimmten Vorschlägen ebenfalls anhand typischer Beispiele.

Ein wesentliches Kriterium für die Auswahl der gegenübergestellten Vorschläge und Maßnahmen war deren Vergleichbarkeit. Nicht voll vergleichbar sind Vorschläge und Durchführung bei den Maßnahmen der Bachregulierung, des Gewässerausbau, des Windschutzes sowie bei der Anlage neuer und dem Einzug vorhandener Gräben und Wege. Diese Vorschläge sind meistens im Text beschrieben, über ihren Umfang jedoch keine genauen Zahlen angegeben worden. Eine Durchführung in ausreichendem Umfang wurde stillschweigend vorausgesetzt. Ein genauer Verwirklichungsgrad konnte deshalb für diese Maßnahmen nicht errechnet werden (Übersicht 9a, 9b). - Nur bedingt vergleichbar sind die unter "Dränung" (Übersicht 9a, Sp. 5) gegenübergestellten Zahlen. Es wurde bereits erwähnt, daß in den Vorplanungen meistens anstatt der zu dränenden Fläche die "entwässerungsbedürftige" Fläche angegeben worden ist. Da eine Entwässerung nicht nur durch Dränung, sondern auch durch offene Gräben erfolgen kann, dürfte der Verwirklichungsgrad der vorgeschlagenen Entwässerungsmaßnahmen oft erheblich größer sein, als der Vergleich zwischen entwässerungsbedürftiger und gedränter Fläche erkennen läßt. - Nicht vollständig vergleichbar sind ferner Vorschläge und Durchführung bei der Ausweisung von Land für einzelne öffentliche Anlagen, insbesondere nicht die der Ausweisung von Energieversorgungsanlagen und von Bauplätzen für spezielle kommunale Einrichtungen (Übersicht 6b, Sp. 19, 31). Im Abschnitt 3.31 wurde zwar darauf hingewiesen, daß die Vorplanung bestehende Planungen zum Ausbau der Infrastruktur übernehmen oder - falls keine Planungen vorliegen - hierzu gemeinsam mit den politischen Gemeindegremien eigene Vorschläge erarbeiten sollte. Es kann aber nicht Aufgabe der Vorplanung sein, jede in der Bauleitplanung vorgesehene öffentliche Anlage oder Einrichtung für spezielle Zwecke zu übernehmen oder für diese Vorschläge zu erarbeiten. Um einen möglichst vollständigen Überblick über die Flurbereinigungsmaßnahmen zu ermöglichen, wurden trotzdem alle Anlagen in den Übersichten 6a und 6b aufgeführt.

Einer besonderen Erläuterung bedarf die Aussagekraft des Zusammenlegungsgrades, der nach der Zahl der alten und neuen Grundstücke errechnet wird (Übersicht 7). Für die Beurteilung des Zusammenlegungserfolges ist aber nicht nur die Zahl, sondern vor allem die erreichte Größe der Grundstücke entscheidend (SPITZER, 121, S. 194). Da von den Kulturämtern in der Statistik nicht geführt (vergl. 22, S. 20 ff.), hätten eigene Erhebungen über die erreichte Grundstücksgröße in den einzelnen Betriebsgrößenklassen wiederum von der Einzelabfindung der Beteiligten ausgehen müssen. Aufgrund der relativ großen Zahl der Beteiligten je Verfahren (Übersicht 7, Sp. 6) hätten sich Erhebungen über die Einzelabfindungen auf verhältnismäßig wenige Betriebe eines Verfahrens beschränken müssen. Sie hätten daher kaum typisch sein können. Auch in den Vorplanungen ist stets nur die Zahl der neuen Grundstücke vorgeschlagen worden, so daß nur mit dem Zusammenlegungsgrad eine Vergleichsmöglichkeit besteht. Aus den genannten Gründen fußen die Aussagen über die Zusammenlegung im Abschnitt 4.7 auf dem Zusammenlegungsgrad; vorhandene Probleme der Zusammenlegung werden allerdings durch ergänzende Beispiele verdeutlicht.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Die Übersichten 5a bis 9b geben nur einen Ausschnitt - wenn auch einen wesentlichen - der Flurbereinigungswirklichkeit wieder. Sie bedürfen zum Verständnis weiterer, ergänzender Erklärungen. Sie sind daher vor allem als Orientierungshilfe für die Erörterung der Einzelmaßnahmen im Kapitel 4 aufzufassen.

3.62 Bedeutung der Zahlenergebnisse für die Vorplanung

Die Auswertung der Übersichten 8 und 9 führt zunächst zu dem Ergebnis, daß für den größten Teil der Verfahren mehr Maßnahmen vorgeschlagen wurden, als in den Flurbereinigungen durchgeführt worden sind. Nach dem bereits besprochenen Erlaß über die Mitwirkung der Vorplanung ist es deren Hauptaufgabe in Hessen, sämtliche betriebswirtschaftlichen und agrarstrukturellen Verbesserungsmöglichkeiten rechtzeitig aufzuzeigen und der Flurbereinigungsbehörde "voraussichtlich realisierbare" Vorschläge zu liefern.

Nach den Ergebnissen der Übersichten 8 und 9 hat die Vorplanung den ersten Teil ihres Auftrages, das Aufzeigen sämtlicher Verbesserungsmöglichkeiten, bei den in den Übersichten angeführten Maßnahmen demnach weitgehend erfüllt. Eine Ausnahme bilden die Vorschläge für den Ausbau (Befestigung) der Feldwege, die nur in relativ wenigen Vorplanungen enthalten sind (Übersicht 9b, Sp. 14).

Die Erfüllung des zweiten Auftrages der Vorplanung, "voraussichtlich realisierbare" Vorschläge zu liefern, ist verhältnismäßig schwierig zu beurteilen. In den meisten Fällen wird die Realisierbarkeit der Einzelvorschläge, vor allem im Hinblick auf die Finanzierungsmöglichkeiten, nur im Rahmen jedes einzelnen Verfahrens beurteilt werden können. In den untersuchten Vorplanungen ist weder die Realisierbarkeit der Einzelvorschläge noch die der Gesamtplanung festgestellt worden. Dieses hätte aber geschehen müssen, um dem Auftrag, "voraussichtlich realisierbare" Vorschläge zu liefern, gerecht zu werden. - Aufgrund einer rein statistischen Betrachtung der in den Übersichten angeführten Ergebnisse muß die Durchführbarkeit der Einzelvorschläge nach den gesetzlichen Bestimmungen jedoch bejaht werden. Hinzuzufügen ist, daß die Realisierbarkeit eines Vorschlages, auch bei Anlegung eines strengen Maßstabes, häufig eine Ermessensfrage ist. - Die Priorität der Vorschläge ist in den untersuchten Vorplanungen im Teil "Maßnahmen zur Erreichung des Ziels" deutlich gemacht worden, allerdings nicht aufgrund einer Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Die Vorplanung hat das Aufzeigen sämtlicher Verbesserungsmöglichkeiten - von den fehlenden und im Abschnitt 3.53 erörterten betriebswirtschaftlichen Aussagen einmal abgesehen - also als Schwerpunkt ihres Auftrages aufgefaßt.

Beim überwiegenden Teil aller Maßnahmen weist der Verwirklichungsgrad der Vorschläge eine relativ große Streubreite auf. So sind zum Beispiel die Vorschläge für den Zusammenlegungsgrad in den Betrieben von 20 bis 50 ha (Übersicht 9a, Sp. 7) in 25 v.H. aller Verfahren nur bis zur Hälfte verwirklicht, in 50 v.H. aller Verfahren dagegen zum Teil erheblich übertroffen worden. Die

Flurbereinigungsbehörden haben sich offensichtlich nicht starr an die Vorplanung gebunden gefühlt. Sie handelten damit im Rahmen des Flurbereinigungsgesetzes, das nur eine Berücksichtigung der Vorplanung im "möglichen Umfange" fordert und damit vor allem die Entscheidungsfreiheit des ausführenden Beamten betont. Andererseits hat die Vorplanung ihrem Charakter nach vor allem Planungsziele aufzustellen. Planungsziele können in gewissen Grenzen und ihrem Sinn nach aber auch dann verwirklicht sein, wenn zwischen Vorschlag und Durchführung zahlenmäßige Differenzen bestehen. Der errechnete Verwirklichungsgrad hat deshalb die Aussagekraft eines relativ guten Annäherungswertes.

3.63 Schwerpunktmaßnahmen der Flurbereinigung

Die Zahlenergebnisse weisen zunächst aus, daß die Flurbereinigung im Untersuchungsraum mit ihrer Vielzahl von Einzelmaßnahmen eine echte Integralmelioration ist. Die Gegenüberstellung der vorgeplanten und durchgeführten Maßnahmen läßt jedoch eindeutig mehrere Schwerpunkte der Flurbereinigungsarbeit erkennen.

Die zentralen Maßnahmen der Flurbereinigung sind seit jeher die Zusammenlegung sowie die Anlage und der Ausbau der gemeinschaftlichen Anlagen, vor allem des Wege- und Gewassernetzes. Diese Maßnahmen haben auch in den Untersuchungsvereinigungen, wie die Zahlenergebnisse ausweisen, die größte Bedeutung. Weitere Schwerpunkte geringerer Bedeutung stellen die Dränung, die Ausweisung von Land für gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen und - in den Zweitbereinigungen - die Strukturverbesserungen dar.

Die Vorschläge der Vorplanungen entsprechen ihrer Zahl nach in etwa den erkennbaren Schwerpunkten. Sehr große Unterschiede bestehen jedoch bei den Kulturartenänderungen. Sie sind von der Vorplanung für die Mehrzahl der Verfahren vorgesehen worden. Für die Flurbereinigung sind die Kulturartenänderungen aber - insgesamt gesehen - eine relativ unbedeutende Gruppe von Maßnahmen. Die Umwandlung von Ackerland und Grünland, in den Vorplanungen stets besonders sorgfältig behandelt, fehlt in den Flurbereinigungsstatistiken vollkommen. - Erhebliche Differenzen zwischen Vorschlägen und Ergebnissen bestehen bei den Zweitbereinigungen ferner auf dem sehr wichtigen Gebiet der Wegenetzgestaltung.

Merkliche Unterschiede sind schließlich auch bei den Strukturverbesserungen festzustellen. Hier ist allerdings zu bemerken, daß gerade die Aussiedlung stark von der Bereitschaft der Landwirte und die Betriebsvergrößerung von den Möglichkeiten der Landbeschaffung abhängt. - Auf die Gründe für die unterschiedliche Durchführung der Vorschläge wird im nächsten Kapitel eingegangen werden.

Die Beschleunigten Zusammenlegungen sind ebenfalls alle Zweiteverfahren. Bei ihnen ist die Konzentration auf wenige, wichtige Maßnahmen zu erkennen. Die Vorplanungen haben, wie aus den Vorschlägen ersichtlich ist, die Notwendigkeit zur Durchführung weiterer Maßnahmen gesehen (Übersichten 6 und 8). Für die Flurbereinigungsbehörden hat dagegen offensichtlich die erkennbare Absicht des Gesetzgebers (§§ 91 bis 99 FlurbG) im Vordergrund gestanden, in den beschleunigten Verfahren nur die notwendigsten Verbesserungen durchzuführen (STEUER, 127, S. 445 ff.)

4. Kritische Beurteilung der Flurbereinigungsmaßnahmen und Vorplanungen

4.1 Grundsätzliche Probleme der Beurteilung

Wenn viele Vorschläge der untersuchten Vorplanungen nicht in dem Umfang verwirklicht worden sind, wie es möglich erscheint, dann sind hierfür verschiedene Gründe maßgebend. Nach den herrschenden Gegebenheiten kann die Durchführung einer Vorplanung im wesentlichen beeinflußt werden von:

- der fachlichen Qualität und der Durchführbarkeit der Vorplanung selbst;
- der Einstellung des ausführenden Beamten zur Vorplanung;
- den die Durchführung beeinflussenden Gesetzen und Bestimmungen;
- den wirtschaftlichen und sonstigen Interessen der Teilnehmer bzw. des Teilnehmervorstandes
- und den Finanzierungsmöglichkeiten und den Kosten der Maßnahme.

Zum Verständnis und zur Beurteilung des unterschiedlichen Verwirklichungsgrades der einzelnen Maßnahmen erscheint es notwendig, diese fünf Punkte näher zu erläutern.

4.11 Einfluß der fachlichen Qualität und Durchführbarkeit der Vorplanung

Wie bereits dargelegt wurde, ist es eine Grundvoraussetzung für die Realisierung einer Vorplanung, daß ihre Vorschläge fachlich richtig und überzeugend begründet werden und - wenn auch innerhalb eines Ermessensspielraumes - durchführbar sind.

Im Abschnitt 3.53 wurde auf die Vorschläge für Bodenverbesserungen und auf die betriebswirtschaftliche Aussage hingewiesen, die in den untersuchten "bodenkundlichen Gutachten" und den Vorplanungen fachlich nicht ausreichend begründet worden sind. In den folgenden Abschnitten werden Vorschläge un-

tersucht werden (zur Rodung, zum Boden- und Windschutz, zur Wegenetzgestaltung in Zweitbereinigungen), deren Durchführung nach den gesetzlichen Bestimmungen durchaus möglich, aus anderen Gründen aber häufig recht schwierig oder gar unzweckmäßig ist. Bei diesen und anderen Vorschlägen ist die Realisierung in gewissem Umfang eine Ermessensfrage.- In Zweifelsfällen sollten die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen besonders gut und überzeugend begründet oder Alternativvorschläge unterbreitet werden.

Es wurde bereits dargelegt, welche große Bedeutung der Zeitpunkt der Vorplanung für die Aktualität und die Zweckmäßigkeit der Vorschläge hat. Wird die Vorplanung wesentlich früher als die Flurbereinigung durchgeführt, dann haben sich meistens die Voraussetzungen für viele Vorschläge geändert, die dann nicht mehr zeitgemäß und damit häufig unzweckmäßig sind. Das gilt besonders für Vorschläge wie die Aussiedlung und den Gesamtbereich der Ausweisung von Land für kommunale und öffentliche Anlagen, deren Durchführung von den Entscheidungen, Planungen und der Einstellung Dritter abhängt.

4.12 Einfluß der Einstellung des ausführenden Beamten

Die Vorplanung und ihre Durchführung hat eine relativ schwache gesetzliche Grundlage, da sie nach dem Flurbereinigungsgesetz (§ 38) nur "im möglichen Umfange" zu berücksichtigen ist. Der Erlaß über die Mitwirkung landwirtschaftlicher Dienststellen an der Flurbereinigung in Hessen legt zwar die Aufgaben der Vorplanung recht genau fest, bestimmt jedoch nicht, in welcher Form diese während des Verfahrens auszuwerten ist (vgl. S. 195 ff.). Aufgrund der schwachen gesetzlichen Grundlage ist die Einstellung der Flurbereinigungsbehörde zur Vorplanung, vor allem aber die des ausführenden Beamten, für die Durchführung der Vorschläge von größter Bedeutung.

Eine schroffe Ablehnung der Vorplanung durch ausführenden Beamte ist in Nordhessen nicht bekannt geworden. Wie eine Befragung der im Untersuchungsraum tätigen Vorplaner sowie mehrerer ausführender Beamter an den nordhessischen Kulturämtern ergab, ist die Einstellung jedoch unterschiedlich. Während einige ausführende Beamte die Vorplanung für alle wichtigen Entscheidungen als Unterlage benutzen, wird sie von anderen im wesentlichen nur zu Beginn des Verfahrens, bis zur Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes und des Bodenverbesserungsberichtes, als Unterlage herangezogen.

Neben der Einstellung zur Vorplanung muß jedoch zwangsläufig auch das berufliche Interesse und Können des ausführenden Beamten Einfluß auf die Durchführung der Vorschläge haben. In gewissem Umfang kann das durch genaue Vergleiche aus den Ergebnissen der untersuchten Verfahren geschlossen werden, insbesondere aus den Zusammenlegungsergebnissen (vgl. Abschnitt 4.7). So haben einige ausführende Beamte - bei wechselnden natürlichen Standortbedingungen in den einzelnen Verfahren - überwiegend ein relativ gutes, andere Beamte überwiegend ein relativ schwaches Zusammenlegungsverhältnis erzielt. Obwohl das Zusammenlegungsergebnis auch stark von der Einsicht der Beteiligten abhängt, ist der Einfluß des ausführenden Beamten hier unverkennbar.

4.13 Einfluß gesetzlicher Bestimmungen

Kernpunkt der Flurbereinigung ist die Zusammenlegung und die Schaffung der gemeinschaftlichen Anlagen, im wesentlichen des Wege- und Gewässernetzes. Für die gemeinschaftlichen Anlagen wird der Wege- und Gewässerplan aufgestellt. Dieser enthält jedoch nicht nur das zukünftige Wege- und Gewässernetz, sondern darüber hinaus alle wasserwirtschaftlichen und landschaftsgestaltenden Maßnahmen, also den

Hauptteil der Neuordnung des Flurbereinigungsgebietes (3, S. 1). Für die geplanten Bodenverbesserungen wird meistens ein besonderer Bodenverbesserungsbericht aufgestellt.

Über die Durchführung der im Wege- und Gewässerplan vorgesehenen Verbesserungen enthält das Flurbereinigungsgesetz keine genauen Bestimmungen. Der § 18 FlurbG bestimmt lediglich, daß die Teilnehmergeinschaft die gemeinschaftlichen Anlagen und die Bodenverbesserungen herzustellen und auszuführen hat, soweit der Flurbereinigungsplan nichts anderes bestimmt oder die Ausführung einzelnen Beteiligten oder einem Wasser- und Bodenverband überlassen wird. Nach dieser Bestimmung hat sich aufgrund ergangener Richtlinien, Ausführungsanweisungen oder nach Erfahrungsgrundsätzen die Verwaltungspraxis der Flurbereinigungsbehörden im Untersuchungsraum entwickelt.

Die Form der Ausführung hängt eng mit der Frage zusammen, wer die Kosten der Maßnahmen zu tragen hat. Nach § 19 FlurbG sind für die Ausführung besonderer Anlagen, die außergewöhnlich hohe Aufwendungen erfordern, die Beiträge der Teilnehmer entsprechend den Mehrkosten zu erhöhen.

Nach dieser Bestimmung hat sich der Begriff der "Maßnahmen im gemeinschaftlichen Interesse" und "im überwiegenden Einzelinteresse" entwickelt. Maßnahmen im gemeinschaftlichen Interesse sind grundsätzlich die Herstellung und der Ausbau der gemeinschaftlichen Anlagen, also vor allem des Wege- und Gewässernetzes und der landschaftsgestaltenden Maßnahmen (Windschutzpflanzungen). Zu ihren Kosten hat jeder Beteiligte nach dem Wert seines Landes beizutragen.

Die meisten Bodenverbesserungen sowie die Änderungen der Kultur- und Nutzungsarten sind dagegen ihrem Charakter

nach Maßnahmen im Einzelinteresse der Beteiligten, deren Kosten der Begünstigte tragen muß. Die Kosten von Bodenverbesserungen und Nutzungsänderungen werden in der Regel nur dann von der Teilnehmergeinschaft übernommen, wenn diese Maßnahmen bei der Zusammenlegung zur Erzielung einer wertgleichen Abfindung erforderlich sind.

Nach der im Untersuchungsraum herrschenden Verfahrenspraxis wird die Herstellung der gemeinschaftlichen Anlagen ausschließlich von der Teilnehmergeinschaft unter der Leitung von Fachkräften der Kulturämter durchgeführt. Von den Maßnahmen im Einzelinteresse werden die Bodenverbesserungen, Rodungen, Kultivierungen und Planinstandsetzungen in der Regel ebenfalls geschlossen von der Teilnehmergeinschaft durchgeführt. Voraussetzung ist hierzu jedoch meistens, daß die betroffenen Landeigentümer der Maßnahme auch zustimmen. Aufforstungen und Nutzungsänderungen (Ansaat und Umbruch von Grünland) werden dagegen überwiegend den einzelnen Teilnehmern zur Durchführung überlassen.

Die Form der Durchführung muß zwangsläufig Einfluß auf die Verwirklichung der Vorplanungen haben. Die Vorschläge sind als geschlossenes Ganzes nur von der Teilnehmergeinschaft und unter Leitung der Fachkräfte des Kulturamtes durchführbar. Bleibt die Ausführung den Beteiligten überlassen, ist die Verwirklichung häufig mehr oder weniger vom Zufall abhängig.

4.14 Einfluß der Teilnehmer

Der Einfluß der Teilnehmer auf die Flurbereinigungsmaßnahmen ergibt sich einmal aus dem Mitspracherecht, das das Flurbereinigungsgesetz (§§ 41 und 42) dem Teilnehmergevorstand bei der Aufstellung und Ausführung des Wege- und Gewässerplanes zuweist. Zum anderen werden die Maß-

nahmen im Einzelinteresse im Untersuchungsraum überwiegend nur bei Zustimmung der Landbesitzer vorgenommen.

Nach den im Untersuchungsraum gesammelten Erfahrungen stößt die Zusammenlegung trotz ihrer großen Vorteile häufig noch auf geringes Interesse oder sogar Ablehnung der Landwirte, weil sie einen Verlust ihrer Bodenqualität befürchten. In das Ermessen der Landwirte gestellt, würde die Zusammenlegung in weit geringerem Umfang als festgestellt vorgenommen werden.

Dagegen haben die meisten Teilnehmer ein oft starkes wirtschaftliches Interesse am Ausbau der Wege und Gewässer und an Bodenverbesserungen wie der Dränung. Diese Maßnahmen weisen unter den Finanzierungsbedingungen der Flurbereinigung einen relativ hohen Rentabilitätsgrad auf und führten schnell und unmittelbar zu einer Kostensenkung bzw. Ertragssteigerung. Nach der Meinung der Landwirte sind der Wege- und Gewässerbau und die Bodenverbesserungen die wirtschaftlich wirksamsten Maßnahmen der Flurbereinigung.

Hinter den weiteren festgestellten Schwerpunktmaßnahmen der Flurbereinigung, der Ausweisung von Land für gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen sowie den Strukturverbesserungen steht schließlich das öffentliche Interesse der Gemeinden, anderer Behörden oder einzelner Betriebe. Sie belasten den nicht interessierten Teilnehmer auch nicht mit zusätzlichen Ausführungskosten.

Die entgegen den Vorplanungen nur in geringem Umfang ausgeführten Verbesserungen, wie die Kulturartenänderungen, Windschutzpflanzungen oder die wirksame Umgestaltung des Wegenetzes in Zweitbereinigungen, sind in der Regel langfristig wirkende Maßnahmen. Sie führen meistens zu keinem schnellen und unmittelbaren wirtschaftlichen Erfolg. Die

Teilnehmer zeigen daher häufig geringeres Interesse an diesen Verbesserungen und weniger Bereitschaft, Kosten für sie zu übernehmen.

Speziell Windschutzpflanzungen sind bei den meisten Teilnehmern wegen der Beanspruchung von Nutzflächen, ihrer Randschattenwirkung und der möglichen Behinderung von Feldarbeiten unbeliebt (vergl. Abschnitt 4.42).

4.15 Einfluß der Finanzierungsmöglichkeiten

Es ist selbstverständlich, daß die Kosten und die Finanzierbarkeit einer Maßnahme ein entscheidendes Kriterium für die Durchführbarkeit sein müssen.

Das Finanzvolumen vieler Flurbereinigungen ist durch die in den Finanzierungsrichtlinien festgelegte Höchstgrenze der Ausführungskosten und der tragbaren Belastung der Beteiligten begrenzt. Nach den zur Zeit geltenden hessischen Finanzierungsrichtlinien darf die Belastung der Teilnehmer 75 v.H. des Einreihungswertes der beitragspflichtigen Fläche nicht überschreiten, wobei höchstens von einem Einreihungswert von DM 1.500,- ausgegangen wird (61, S. 6). Das zur Verfügung stehende Finanzvolumen wird in der Regel bevorzugt für den wirtschaftlich wirksamen Ausbau der Wege und Gewässer und die wichtigsten Bodenverbesserungen verplant, so daß für die übrigen Maßnahmen häufig die Mittel fehlen.

Aus der Sicht der Teilnehmer ist die privatwirtschaftliche Rentabilität der Flurbereinigungsmaßnahmen sicher ein vorrangiger Gesichtspunkt für die Durchführung. Für den Einzelbetrieb ist die Wirtschaftlichkeit der Flurbereinigung dann gesichert, wenn die Summe der Zins- und Tilgungslasten aller vorgenommenen Investitionen durch die Summe der Kostensenkungen und Mehrerträge übertroffen wird. Die privatwirtschaftliche Rentabilität der Flur-

bereinigung ist in zahlreichen Untersuchungen nachgewiesen worden (vergl. Abschnitt 3.53). Sie dürfte in der Mehrzahl der Fälle gegeben sein (HINDERFELD, 73, S.65). - Können privatwirtschaftliche Maßstäbe für die Flurbereinigung aber allein maßgebend sein?

4.16 Beurteilungsmaßstäbe

Nach § 37 FlurbG ist die Flurbereinigung nicht nur mit der wirtschaftlichen Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe beauftragt, sondern auch mit der Wahrnehmung der Interessen der allgemeinen Landeskultur, der Landschaftspflege und der Landesplanung, kurz, mit der umfassenden Neuordnung des ländlichen Raumes. Liegt diese gesetzlich festgelegte Wahrnehmung außerlandwirtschaftlicher Aufgaben, die meistens keine direkten Auswirkungen auf die privatwirtschaftliche Rentabilität der Betriebe haben können, im öffentlichen und gesamtwirtschaftlichen Interesse?

Der Wert der in der Flurbereinigung durchgeführten außerlandwirtschaftlichen Maßnahmen kann nach HINDERFELD (73, S.73) nur schwer ermittelt oder geschätzt werden. Man kann jedoch davon ausgehen, daß die gesamtwirtschaftliche Rentabilität der Flurbereinigung in der Mehrzahl der Fälle günstig beeinflußt wird, wenn neben den landwirtschaftlichen Maßnahmen im erforderlichen Umfang außerlandwirtschaftliche und allgemeine landeskulturelle Vorhaben durchgeführt werden (HINDERFELD, 73, S.69 ff.). Vor allem dürfte das für die öffentlichen Vorhaben gelten, die im Regelfalle nur im Rahmen von Flurbereinigungen realisiert werden (zum Beispiel der Bau größerer Verkehrswege oder die Abflußregelung größerer Wasserläufe).

Aber auch die meisten anderen öffentlichen und kommunalen Anlagen werden wirtschaftlicher in der Flurbereinigung geschaffen werden können, wenn man unterstellt, daß sie nach sachlichen Gesichtspunkten gerechtfertigt sind und als Einzelmaßnahmen nicht so rationell durchgeführt werden können wie im Rahmen einer Gesamtmaßnahme. In der Flurbereinigung kann in der Regel ein großer Teil der vorbereitenden und abschließenden Planungen und Verhandlungen für viele Einzel-

maßnahmen gemeinsam erfolgen (durch die Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes und des Flurbereinigungsplanes (§§ 39, 40, 41, 58 und 59 FlurbG).

Ein gewisses Mindestmaß der Neuordnung ist auch aus anderen Gründen anzustreben. Die herkömmliche Flurbereinigung ist mit einem hohen Aufwand von Tätigkeiten belastet, die den Charakter von Festkosten haben, so: Die Bodenschätzung, die Neuvermessung und Aufstellung des neuen Katasters, ferner der größte Teil der Termine und Verwaltungsarbeiten. Je größer der Umfang wirtschaftlich und sozial wirksamer Verbesserungen je Verfahren ist, ein um so geringerer Anteil der Festkosten entfällt auf die einzelne Maßnahme. Die Personalkosten der Flurbereinigung trägt zwar der Staat, sie belasten also nicht die Teilnehmer. Im öffentlichen Interesse des wirksamen Einsatzes von Steuermitteln ist für die herkömmliche Flurbereinigung jedoch ebenfalls eine möglichst umfassende Neuordnung zu fordern.

Die gesetzlich festgelegte und im öffentlichen Interesse liegende umfassende Neuordnung soll im folgenden grundsätzlicher Beurteilungsmaßstab für die Untersuchungsvereinigungen sein. Es wäre jedoch wirklichkeitsfremd, würden die wirtschaftlichen Interessen der Teilnehmer und die Finanzierbarkeit dabei nicht berücksichtigt. Immer sind also die öffentlichen Interessen, die wirtschaftlichen Interessen der Teilnehmer und die Finanzierungsmöglichkeiten gegeneinander abzuwägen.

4.2 Änderung der Kultur- und Nutzungsarten

Unter Kulturarten werden hier alle Formen der planmäßigen Flächennutzung (Land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche, bewirtschaftete Gewässer), unter Nutzungsarten nur die landwirtschaftlichen Formen der Flächennutzung (Ackerland, Grünland, Obstanlagen usw.) verstanden (13, S. 7). - Umstellungen der Flächennutzung dienen dem betriebswirtschaftlichen Ziel, eine Anpassung an die herrschenden natürlichen und wirtschaftlichen Standortbedingungen herbeizuführen. Diese Standortanpassung der Kultur- und Nutzungsarten durch die Flurbereinigung zu erreichen, war eine der wichtigsten betriebswirtschaftlichen Forderungen in den

Anfangsjahren der Vorplanung (v. BABO, 8, S. 50 f.). Wie die Zahlenergebnisse ausweisen, ist dieses Ziel nur im begrenzten Umfang erreicht worden (Übersicht 8a).

4.21 Rodung

Es gibt in Nordhessen Gemarkungen, in denen Wald auf eben gelegenen Lößböden stockt, während die Landwirtschaft in einiger Entfernung steile, flachgründige Hanglagen bewirtschaftet (Beispiel: Raum Trendelburg, Karte 3). Die Korrektur solch offensichtlich verfehlter Standortwahl durch Rodung und gleichzeitige Aufforstung der Grenzertragsböden ist auch für einen kleinen Teil der Untersuchungsvereinigungen vorgeschlagen, jedoch selten verwirklicht worden. Der geringe Verwirklichungsgrad der Rodungsvorschläge hat verschiedene Ursachen. Ein wesentlicher Grund sind die hohen Rodungskosten, die im letzten Jahrzehnt laufend angestiegen sind. Einschließlich aller kulturtechnischen Folgemaßnahmen und Entschädigungen für den Waldbestand muß heute in Hessen mit Rodungskosten von 25 000.-- bis 30 000.-- DM je Hektar gerechnet werden ¹⁾. War die wirtschaftlich tragbare Umwandlung von Wald in Nutzfläche bereits in der Vergangenheit schwierig, so wird sie in Zukunft aufgrund des ansteigenden Lohnniveaus nahezu unmöglich sein.

Eine weitere Ursache für den geringen Umfang der durchgeführten Rodungen ist der zähe Widerstand, den die staatliche Forstverwaltung selbst kleinflächigen Rodungen entgegensetzt. - Zur geringen Verwirklichung der Rodungsvorschläge dürfte ferner der Umstand beigetragen haben, daß während des gesamten Zeitraumes, in dem die untersuchten Verfahren durchgeführt worden sind, kein marktwirtschaftliches Erfordernis zur Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche bestand (vergl. Abschnitt 4.22). Im letzten Jahrzehnt gemachte Vorschläge über die Rodung größerer Flächen müssen deshalb als unzumutbar beurteilt werden.

¹⁾ Auskunft des zuständigen bodenkundlichen Fachberaters am Landeskulturamt in Wiesbaden

Der größte Teil der Rodungsvorschläge betrifft deshalb auch nicht umfangreiche Flächenrodungen, sondern kleinere Begradigungen der Feld-Wald-Grenze. Begradigungen der Kulturartengrenzen sind vor allem in Erstbereinigungen häufig notwendig, um eine gradlinige und zügige Führung des Wegenetzes zu ermöglichen. Wie die durchgeführte Überprüfung der Untersuchungsbereinigungen ergab, sind die vorgeschlagenen Waldbegradigungen in den Erstbereinigungen häufiger verwirklicht worden, als in den Übersichten 8 und 9 angegeben werden konnte. Sie sind aber anscheinend statistisch nicht als Rodungen, sondern als Kultivierungen eingeordnet worden.

In den Zweitbereinigungen sind die Vorschläge zur Begradigung von Kulturartengrenzen überwiegend nicht berücksichtigt worden. Dieses Ergebnis dürfte teils auf die geringe Bereitschaft der Teilnehmer zur Übernahme der Rodungskosten, teils auf die schwierige Finanzierbarkeit zurückzuführen sein. - In Zukunft dürfte es in vielen Fällen wirtschaftlicher sein, erforderliche Begradigungen nicht mehr durch Rodungen von Wald, sondern durch Ausgliederung von Nutzflächen vorzunehmen.

4.22 Aufforstung

Die Grenzertragsflächen Nordhessens umfassen hauptsächlich Hanglagen über 24 bis 26 v.H. Hangneigung und flachgründige Hutungen, die ertragssteigernden Aufwand nicht lohnen. - Für die Mehrzahl der Untersuchungsbereinigungen sind Aufforstungen von Ödland und Grenzertragsböden in vertretbarem Umfang vorgeschlagen, aber nur selten verwirklicht worden (Übersicht 8a, Sp. 3). Woran liegt das?

Der Hauptgrund ist, wie bereits angeführt, die angewandte Verfahrenspraxis der Flurbereinigungsbehörden. Statt die Aufforstungen wie andere Maßnahmen im Einzelinteresse geschlossen von der Teilnehmergemeinschaft durchführen zu lassen, hat man sie in den meisten Verfahren der Initiative der einzelnen Teilnehmer überlassen. Die Kulturämter haben sich bei der erforderlichen Zustimmung der Landeigentümer zur Aufforstung - die in den vergangenen Jahren meistens vorhanden war - darauf beschränkt, einzelne Grundstücke oder ganze Gewanne zur Aufforstung auszuweisen.

Obwohl beihilfefähig, ist die Aufforstung größtenteils dort unterblieben, wo die einzelnen Teilnehmer die Neupflanzung und Bestandspflege selbst übernehmen mußten. Selbst in der Beispielsmaßnahme Trendelburg ¹⁾ im Kreis Hofgeismar sind die vorgesehenen Aufforstungen aus diesem Grunde größtenteils unterblieben. Von der vorgeschlagenen Aufforstungsfläche von 142 ha (4, S. 67) sind bis 1968 etwa 14 ha aufgeforstet worden (5, S. 12, vergl. Karte 3). In den Verfahren, wo die Aufforstung verwirklicht wurde, ist sie dagegen regelmäßig geschlossen von der Teilnehmergeinschaft durchgeführt worden. Im Interesse der umfassenden Neuordnung, die auch die Aufforstung einschließen muß, sollten alle Maßnahmen im Einzelinteresse nur geschlossen von der Teilnehmergeinschaft, das heißt unter Leitung der Fachkräfte der Kulturämter, durchgeführt werden. Eine Flurbereinigungsbehörde, die die Durchführung von Maßnahmen den Teilnehmern überläßt, verzichtet in der Regel freiwillig auf einen Teil der Neuordnung.

Trotzdem sind Aufforstungsvorschläge selten ganz nutzlos gemacht worden. Sie sind ein wichtiger Hinweis über die Lage der Aufforstungsgewanne und für die Anpassung des Wegenetzes an die neue Kulturartengrenze.

Die Zweckbestimmung der Grenzertragsböden dürfte in Zukunft für die Vorplanung und Flurbereinigung zu einem weit bedeutenderen Aufgabengebiet als in der Vergangenheit werden (WAGNER, 132, S. 256 ff.). - Durch den rapiden technischen Fortschritt auf allen Gebieten ist die Produktion der Landwirtschaft im EWG-Raum im letzten Jahrzehnt so stark angewachsen, daß sie bei einigen Nahrungsmitteln bereits den Verbrauch übersteigt (84, Teil D, S. 29 ff.).

Um zu einem Ausgleich von Produktion und Verbrauch zu kommen, muß die landwirtschaftliche Nutzfläche nach den Vorstellungen der EWG-Kommission innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft bis 1980 um fünf Millionen Hektar vermindert werden (84, Teil A, S. 65). Selbst wenn diese Zahl nur einen Annäherungswert dar-

¹⁾ Die Beispielsmaßnahme Trendelburg gehört nicht zu den Untersuchungsvereinbarungen

stellt, so macht sie doch deutlich, daß in Zukunft voraussichtlich erhebliche Nutzflächen zu Grenzertragsböden absinken werden.

4.23 Änderungen der Nutzungsarten

Die Anpassung der Nutzungsarten an die natürlichen und wirtschaftlichen Standortbedingungen ist in den Vorplanungen, wie bereits erwähnt, stets mit besonderer Sorgfalt behandelt worden. Die im Durchschnitt (arithmetisches Mittel) für die Untersuchungsvereinigungen vorgeschlagenen Umwandlungen von Ackerland und Grünland sind aus Übersicht 10 zu ersehen.

Übersicht 10: Vorgeschlagene Änderungen der Nutzungsarten für die Untersuchungsvereinigungen

Verfahrensart	Vorplanungen mit vorgeschlagenen Umwandlungen von:					
	Ackerland zu Grünland			Grünland zu Ackerland		
	Zahl	v.H.	Ø Fläche ¹⁾ ha	Zahl	v.H.	Ø Fläche ¹⁾ ha
I. Erstberei- nigungen	20	80	4,1	14	56	2,1
II. Zweitberei- nigungen	28	87	10,6	14	44	0,5
III. Beschl. Zu- sammenle- gungen	4	80	4,8	-	-	-

1) Durchschnittsfläche je Vorplanung

Quelle: Vorplanungsberichte der Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen

Das vergangene Jahrzehnt war für Nordhessen eine Zeit der Standortverschiebung der beiden Nutzungsarten. Es galt, die umfangreichen Hanglagen über 18 bis 19 v.H. Hangneigung, die durch Ackerbau nicht mehr wirtschaftlich genutzt werden konnten oder die eines wirksamen Erosionsschutzes bedurften, in Grünland umzuwandeln (vergl. Abschnitt 2.23). Ein Ausgleich der Grünlandanteile durch Verlagerung des Ackerbaues in die Talagen ist in

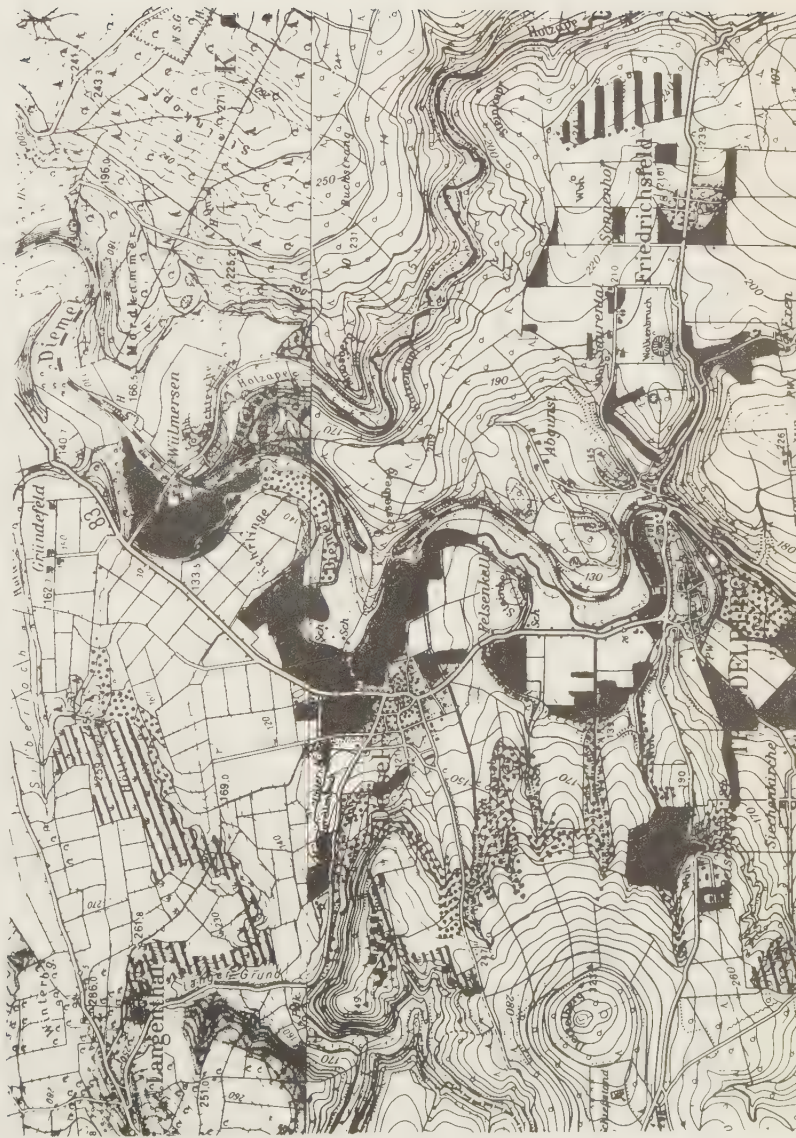
den meisten Gemarkungen allerdings nur in beschränktem Umfang möglich. Die zumeist schmalen Bachauen sind oft auch nach erfolgter Dränung nur bedingt ackerfähig, da sie relativ häufig unter Überschwemmungen leiden oder ungünstige Grundstücksformen aufweisen (vergl. HUSEMANN, 75, S. 65 und 66). Für einen Umbruch eignen sich in der Regel - von größeren Flußauen abgesehen - nur die "Feldwiesen". Dieser Tatbestand kommt auch in den untersuchten Vorplanungen zum Ausdruck. Die im Durchschnitt vorgeschlagenen Grünlandansaaten übertreffen den möglichen Grünlandumbruch erheblich (Übersicht 10). Von 1949 bis 1968 ist der Grünlandanteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Nordhessen von 31,0 auf 36,3 v.H. gestiegen (67, 70).

Änderungen des Nutzflächenverhältnisses eines Teilnehmers sind nach § 44 FlurbG enge Grenzen gesetzt. Nicht zuletzt aus diesem Grunde haben die Flurbereinigungsbehörden Grünlandansaat und -umbruch als Maßnahmen im Einzelinteresse stets den Landwirten selbst überlassen. Beide Maßnahmen konnten, von Höhengebieten abgesehen, finanziell auch nicht gefördert werden. - Überschlägige Feststellungen, in welchem Umfang die vorgesehenen Nutzungsänderungen trotzdem durchgeführt worden sind, konnten bei der Überprüfung der Flurbereinigungsgemarkungen getroffen werden.

Die Überprüfung ergab zunächst größere Unterschiede zwischen Erst- und Zweitbereinigungen. - In den meisten Erstbereinigungen liegen Acker- und Grünland vor der Zusammenlegung stark im Gemenge. Durch die Zusammenlegung werden häufig mehrere kleinere Grünland- und Ackerstücke zu einem Plan zusammengefaßt. Will der Landwirt die Vorteile der Zusammenlegung nutzen, dann muß er zwangsläufig eine Umwandlung zu Acker- oder Grünland vornehmen.

In den untersuchten Erstbereinigungen haben es die Kulturämter durch Anpassung der Wegenetz- und Plangestaltung an die zukünftige Nutzungsart zumeist erreicht, größere, geschlossene Acker- und Grünlandlagen auszuweisen. Die Vorschläge der Vorplanung über die zukünftigen Acker- und Grünlandstandorte hatten hier also auch große Bedeutung für die Zusammenlegungsmöglichkeiten und den Wegenetzentwurf. Die praktische Durchführung der Nutzungsänderungen ist dann in den Gemarkungen am vollständigsten erfolgt, in denen ein Umstellungsberater tätig war (vergl. Abschnitt 4.9).

ÄNDERUNG DER KULTUR- UND NUTZUNGSARTEN
IN DER BEISPIELSMASSNAHME TRENDLEBURG



In den Zweitbereinigungen ist eine grundsätzliche Flurneueordnung wie in den Erstbereinigungen selten erforderlich. Die zweckmäßige Verteilung der Nutzungsarten kann deshalb auch weniger durch die Plan- und Wegenetzgestaltung beeinflusst werden. Einigermassen vollständig sind die Nutzungsänderungen daher nur in den Zweitbereinigungen durchgeführt worden, in denen ein Umstellungsberater tätig war. Die Nutzungsänderungen der Beispielsmaßnahme Trendelburg sind ein Beispiel für den Erfolg der Umstellungsberatung (Karte 3). In den Verfahren ohne Umstellungsberatung sind die vorgeschlagenen Umwandlungen im Zuge der Entwicklung zwar auch teilweise von den Landwirten verwirklicht worden, von einer planmäßigen Durchführung kann hier jedoch keine Rede sein. Trotzdem sind die Vorschläge über zweckmäßige Acker- und Grünlandstandorte auch in den Zweitbereinigungen wichtige Hinweise für die Möglichkeiten einer verbesserten Zusammenlegung und Wegenetzgestaltung.

Im Gegensatz zur Aufforstung ist die praktische Durchführung der Grünlandansaat und des Umbruches durch den einzelnen Landwirt positiver zu beurteilen. Aufgrund der relativen technischen Leichtigkeit, mit der der einzelne Landwirt beide Maßnahmen durchführen kann, hängt es vor allem von seiner Überzeugung ab, ob er die Vorteile großer Bewirtschaftungseinheiten und einer guten Standortsanpassung nutzen will oder nicht. Nutzungsänderungen sind deshalb vor allem eine Beratungsfrage. Selbstverständlich wäre es ein großer Vorteil, wenn Grünlandansaat und -umbruch durch die Teilnehmergemeinschaft erfolgen würden. Will man jedoch eine Grenze ziehen, wo die Flurbereinigungsmaßnahmen beginnen sollen, dann kann man die Nutzungsänderungen noch ausklammern. Das gilt jedenfalls für die Verhältnisse des Untersuchungsraumes. Für eine Flurbereinigung im grünlandüberlasteten Marschgebiet Norddeutschlands dürften andere Maßstäbe gelten (WOLFF, 138, S. 72 ff.).

4.3 Bodenverbesserungen und wasserwirtschaftliche Maßnahmen

4.31 Kultivierung und Planinstandsetzung

Die für die Untersuchungsvereinigungen vorgeschlagenen Kultivierungen zielten weniger auf die Gewinnung neuen Kulturbodens, sondern vor allem auf die Ausräumung von Bewirtschaftungserschwernissen innerhalb der vorhandenen Nutzflächen, wie Planierung von Bodennebenheiten, Beseitigung von Hecken, Steinhaufen und Felsbrocken, Auffüllung von Hohlen und Vertiefungen. Diese Maßnahmen werden im Sprachgebrauch der Flurbereinigung als "Planinstandsetzungen" bezeichnet. Sie dienen der Erleichterung und Rationalisierung der Landbewirtschaftung, haben weniger ertragssteigernde als kostensenkende Wirkung und werden daher auch in Zukunft ihre Bedeutung für die Flurbereinigung behalten. Kultivierungen zur Gewinnung von neuem Kulturboden dürften, falls die vorhandene Tendenz zur Überproduktion in der Landwirtschaft sich verstärkt fortsetzen sollte, dagegen zukünftig nur in Ausnahmefällen Berechtigung haben.

Die Vorschläge für Planinstandsetzungen sind in den untersuchten Erstbereinigungen teilweise übertroffen, in den Zweitbereinigungen dagegen nur zum Teil verwirklicht worden (Übersicht 9a, Sp. 4). - Die grundsätzliche Flurneuordnung und die sich daraus ergebende starke Zusammenlegung machen es in den Erstbereinigungen häufig erforderlich, Planinstandsetzungen zur Erzielung einer wertgleichen Abfindung als Maßnahme im gemeinschaftlichen Interesse von der Teilnehmergeinschaft durchführen zu lassen. In den Erstbereinigungsgebieten Nordhessens (Rhön, Osthessisches Bergland) sind die genannten Bewirtschaftungserschwernisse zudem oft so umfangreich, daß auch die Landwirte selbst an ihrer Beseitigung interessiert sind.

In den Zweitbereinigungen Nordhessens sind Planinstandsetzungen dagegen meistens nur auf wenigen Grundstücken erforderlich. Für einen Zusammenlegungserfolg ist es in der Regel nicht notwendig, diese Grundstücke im gemeinschaftlichen Interesse herzurichten. Als Maßnahme im Einzelinteresse hängt die Durchführung der Planinstandsetzungen dann von der Zustimmung der Landbesitzer ab.

Nach dem Flurbereinigungsgesetz (§ 46) ist es durchaus möglich, Maßnahmen im Einzelinteresse, wie zum Beispiel Bodenverbesserungen, ohne die Zustimmung der Beteiligten vorzunehmen. Gegen den Willen der Landbesitzer investiertes Kapital dürfte jedoch selten so sinnvoll genutzt und erhalten werden, wie es notwendig ist. Aus diesem Grunde erscheint die im Untersuchungsraum übliche Praxis, alle Maßnahmen im Einzelinteresse nur auf freiwilliger Grundlage durchzuführen, zweckmäßiger. Diese Feststellung gilt wiederum nur für die Verhältnisse des Untersuchungsraumes.

Um dennoch eine möglichst umfassende Neuordnung und die Durchführung aller als zweckmäßig erkannten Maßnahmen zu erreichen, muß die Aufgeschlossenheit und Zustimmung der Teilnehmer durch eine entsprechende Beratung während der Flurbereinigung gewonnen werden. Auf die Beratung in der Flurbereinigung wird deshalb auch in Zukunft nicht verzichtet werden können.

4.32 Landbautechnische Maßnahmen (Pflugtiefkultur, Untergrundlockerung, Meliorationskalkung)

Die unterschiedlichen und häufig stark wechselnden Bodenverhältnisse Hessens bieten nicht nur die Möglichkeit, sondern zwingen zur Erzielung eines ausreichenden Meliorationseffektes, das kulturtechnische Verfahren den jeweiligen Standortbedingungen anzupassen (STEINMETZ, 125, S. 321 ff.). - Bis vor wenigen Jahren waren jedoch die moderneren kulturtechnischen Verfahren, insbesondere die oben angeführten landbautechnischen Maßnahmen, bei den Landwirten fast gar nicht bekannt. Einige anfängliche technische Pannen bei der Untergrundlockerung haben dazu beigetragen, die skeptische Haltung gegenüber den modernen Verfahren zu bestärken. So ist die Dränung die "Standardmelioration" der Flurbereinigung im Untersuchungsraum geblieben, die seit altersher auf den unterschiedlichsten Standorten eingesetzt wird. Dieser Tatbestand kommt in Übersicht 11 zum Ausdruck. Obwohl zum Beispiel die Untergrundlockerung durch die "bodenkundlichen Gutachten" relativ häufig vorgeschlagen worden ist, wurde sie in den Untersuchungsvereinbarungen relativ selten durchgeführt und anstatt ihrer weiterhin die Dränung bevorzugt.

Übersicht 11: Vorgeschlagene und durchgeführte landbautechnische Maßnahmen in den Untersuchungsbereinigungen

Bezeichnung	Landbautechnische Maßnahmen		
	Pflugtief- kultur	Untergrund- lockerung ¹⁾	Meliorations- kalkung
Gesamtzahl der "bodenkundlichen Gutachten" : 34 = 100 %			
I. Zahl der "bodenkundlichen Gutachten" mit vorgeschlagener ...			
v.H.	2	15	2
	6	44	6
II. Zahl der Flurbereinigungen mit durchgeführter ...			
v.H.	2	4	1
	6	12	3
III. Gesamtfläche/ha mit durchgeführter ...	20	77	70
¹⁾ Einschließlich Kalkdüngung und Teildränung <u>Quelle:</u> "Bodenkundliche Gutachten" des Landeskulturamtes Wiesbaden und eigene Erhebungen			

Die geringe Verwirklichung der vorgeschlagenen landbautechnischen Maßnahmen dürfte jedoch nicht nur auf mangelnde Kenntnis oder Ablehnung, sondern teilweise auch auf die Art der Erstellung und die organisatorische Behandlung der "bodenkundlichen Gutachten" selbst zurückzuführen sein. Auf die recht kurze Zeitspanne der Erstellung (bis zu drei Tagen) und die daraus resultierende relativ geringe Aussagekraft der "bodenkundlichen Gutachten" wurde bereits hingewiesen. Auch während des Flurbereinigungsverfahrens erfolgen keine weiteren Untersuchungen des Standortes, sondern nur noch Verhandlungen mit dem Teilnehmervorstand über die Durchführung der Vorschläge.

Landeskulturelle Maßnahmen erfordern nach WEBER (134, S. 37) jedoch eine sorgfältige Untersuchung der meliorationsbedürftigen Standorte. Um mit Sicherheit für jeden Standort das jeweils wirk-

samste und kostengünstigste landeskulturelle Verfahren bestimmen zu können, erscheint es zweckmäßig, das "bodenkundliche Gutachten" ganz oder teilweise durch die wesentlich gründlicheren "Richtlinien zur Untersuchung meliorationsbedürftiger Standorte" (Standortuntersuchung) nach DIN 4220 (33) zu ersetzen.

Die wichtigsten Aufgaben einer Standortuntersuchung sind (33, HUSEMANN, 74, S.262): Die Feststellung eventueller Standortsmängel und leistungsbegrenzenden Faktoren, die derzeitige potentielle Leistungsfähigkeit und **Anbaueignung** der untersuchten Böden, ferner die Beurteilung der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Beseitigung der Standortsmängel und die zu erwartende Leistungsfähigkeit und Anbaueignung nach erfolgter Melioration. Hinzu kommt die Abgrenzung landwirtschaftlicher Grenzertragsböden unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Überlegungen. Das Ergebnis und die sachgemäße Auswertung der Standortuntersuchung ermöglicht nicht nur eine sichere Aussage über die erforderlichen Maßnahmen, sondern dürfte auch zu einer stärkeren Berücksichtigung der erarbeiteten Vorschläge in der Flurbereinigung führen.- Hinzuzufügen ist, daß die Richtlinien nach DIN 4220 gegenwärtig überarbeitet und teilweise erweitert werden.

Auf Grund ihrer genauen und gut fundierten Aussagen ist die Standortuntersuchung eine brauchbare Unterlage für betriebswirtschaftliche Planungen. TÖRÖK (129, S.107 f.) weist deutlich auf die Notwendigkeit hin, daß gerade für die modernen betriebswirtschaftlichen Planungsverfahren stichhaltige Unterlagen über die gegebenen natürlichen Standortbedingungen vorliegen müssen. Für die Standortuntersuchung gilt wiederum, daß ihre Vorschläge, wenn sie fachlich richtig begründet sein sollen, mit den Ergebnissen durchzuführen der Betriebsplanungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen abzustimmen sind (vergl. Abschnitt 5.22.2).

4.33 Dränung

Die Dränung entwässerungsbedürftiger Flächen ist eine der Schwerpunktmaßnahmen der Flurbereinigung im Untersuchungsraum. Obwohl überwiegend im Einzelinteresse der Beteiligten durchgeführt, wird die Dränung als bewährte und bekannte Meliorationsmaßnahme von

den Landwirten meistens verlangt und - wie bereits im vorigen Abschnitt erläutert - den anderen Meliorationsverfahren vorgezogen (vergl. WEBER, 133, S. 334). - Die in vielen der untersuchten Verfahren geringe Übereinstimmung (Übersicht 9a, Sp. 5) zwischen der von der Vorplanung angegebenen entwässerungsbedürftigen Fläche und den Dränungen hat verschiedene Gründe. Wie bereits erwähnt, dürfte ein Teil der als vernäßt angegebenen Flächen durch den Ausbau der Gräben und Vorfluter ausreichend entwässert worden sein. Das gilt besonders für die 96 v.H. der Erstbereinigungen (Übersicht 8a, Sp. 8), in denen ein neues Graben- und Gewässernetz angelegt wurde. Einkleiner Teil der notwendigen Dränungen ist aber sicher nicht erfolgt, weil die Landbesitzer - vor allem Nichtlandwirte - kein Interesse an ihrer Durchführung hatten. Die Ausführung großflächiger Dränungen wurde bisher jedoch kaum dadurch gestört, daß einzelne Landbesitzer ihre Zustimmung versagten. In der Regel gelingt es den Kulturämtern, solche Landbesitzer durch Abfindung im Randgebiet der Meliorationsflächen auszuklammern.

Das Interesse der meisten Landwirte an der Dränung ist nicht zuletzt dadurch bedingt, daß diese - falls sie das richtige Meliorationsverfahren ist - unter den Finanzierungsbedingungen der Flurbereinigung relativ billig ist. Darüber hinaus hat die Dränung - das gleiche gilt für alle ähnlichen Bodenverbesserungen - eine allgemeine betriebswirtschaftliche und strukturverbessernde Bedeutung. Die Dränung wirkt nicht nur ertragssteigernd, sondern führt ferner zu einer größeren Ertragssicherheit, zu einem produktiveren Einsatz von Arbeitskräften und Maschinen (WEBER, 133, S. 334) sowie zu einer besseren Ausnutzung der ertragssteigernden Betriebsmittel, kurz also zu einer rationelleren Nutzung des Produktionsfaktors Boden. Wird durch Dränung der Zwang zu einer bestimmten Bodennutzung aufgehoben, so steigert sie die Produktionselastizität und die Bodenmobilität. Dränungen und ähnliche Bodenverbesserungen müssen daher auch bei anhaltender Tendenz zur landwirtschaftlichen Überproduktion ein wesentlicher Teil der Flurneuordnung sein und bleiben.

4.34 Gewässerausbau und Bachregulierung

Die Neugestaltung einer Gemarkung durch die Flurbereinigung setzt in der Regel die Anlage eines Gewässernetzes voraus (WEBER, 133, S. 333). Das Gewässernetz ist daher neben dem Wegenetz die wichtigste gemeinschaftliche Anlage, deren Schaffung und Ausbau einer der Hauptzwecke der Flurbereinigung ist. Dieser Auftrag des Flurbereinigungsgesetzes (§ 39) ist in den Untersuchungsvereinbarungen voll erfüllt worden (Übersicht 8a, Sp. 6 bis 8). Neue Gräben wurden - mit nur einer Ausnahme - in allen Erstbereinbarungen und in gut der Hälfte aller Zweitbereinbarungen angelegt. Ein Ausbau (Aushub und Reinigung) der Gewässer ist ebenfalls im weitaus größten Teil der Verfahren vorgenommen worden.

Ein Beispiel für eine relativ gute Übereinstimmung zwischen vorgeschlagenem und durchgeführtem Gewässerausbau ist die Flurbereinigung Grebenstein, Kreis Hofgeismar (Karte 4). Der Gewässerausbau ist hier allerdings nicht von der Teilnehmergemeinschaft, sondern von der Stadtverwaltung übernommen und nach der Vorplanung ausgeführt worden.

Obwohl eine relativ kostspielige Maßnahme, ist eine Bachregulierung ebenfalls im überwiegenden Teil der Verfahren erfolgt. - Darüberhinaus sind vor allem in vielen Erstbereinbarungen eine Reihe weiterer wasserwirtschaftlicher Maßnahmen durchgeführt worden, wie der Bau von Brücken, Sohlabstürzen, Wehren, in zwei Fällen sogar der von größeren Flutmulden. Diese wasserwirtschaftlichen Bauten gehen häufig über die örtlichen Erfordernisse des Flurbereinigungsgebietes hinaus und sind dann ein Beitrag zur überörtlichen Gewässerregelung (WEBER, 133, S. 333).

Der Gewässerausbau und teilweise auch die Bachregulierung sind mehr oder weniger Routinemaßnahmen fast jeder Flurbereinigung. Wie die Überprüfung der Flurbereinigungsgemeinden ergab, ist die Übereinstimmung mit den Vorschlägen und Hinweisen der Vorplanungen in den meisten Verfahren recht groß.

4.4 Bodenerhaltung und Windschutz

4.41 Bodenerhaltung

Die Notwendigkeit, die Bodenerhaltung zu einer Aufgabe der Flurbereinigung zu machen, ist von KURON (86, S. 21 ff.) für Hessen an mehreren Beispielen, unter anderem auch für den Raum Trendelburg, nachgewiesen worden. Die Flurbereinigung bietet in der Tat die Möglichkeit, alle Maßnahmen des Bodenschutzes umfassend in einem Verfahren zu verwirklichen.

Vorab sei gesagt, daß Vorschläge und Hinweise zum Bodenschutz gegen die Wassererosion in jeder der untersuchten Vorplanungen enthalten sind. Aufgrund der Vielseitigkeit dieses Problemkreises kann hier jedoch nur auf die innerhalb der Flurbereinigung wichtigsten Maßnahmen der Bodenerhaltung eingegangen werden: die erosionsmindernde Gestaltung des Wegenetzes und den Anbau bodenschonender Kulturpflanzen. Die erosionsmindernde Gestaltung des Wegenetzes umfaßt im wesentlichen folgende Einzelpunkte (112, S. 29 ff.):

- horizontale Führung und Einteilung des Wegenetzes, damit die Bodenbearbeitung grundsätzlich quer zur Hangneigung erfolgen und dadurch dem Bodenabtrag entgegengearbeitet werden kann;
- Unterteilung langer Hänge durch Gürtelwege mit bergseitigen Gräben, die den Einzugsbereich des Oberflächenwassers verkürzen und es in ungefährdete Gebiete ableiten;
- und die Verlegung der Gräben, Abfahrt- und Wendewege in die Mulden und tiefsten Stellen am Hang, in denen das Oberflächenwasser der umliegenden Gebiete gesammelt und abgeführt werden kann.

Die Beachtung dieser Grundsätze ist in den untersuchten Erst- und Zweitbereinigungen wiederum in unterschiedlichem Umfang erfolgt. - In den Erstbereinigungen konnten die Erkenntnisse der Bodenerhaltung, die überwiegend erst in den letzten beiden Jahrzehnten erarbeitet worden sind, beim Entwurf der Wegenetze voll berücksichtigt werden, wenn die Oberflächengestalt es zuließ.

Anders ist es bei den Zweitbereinigungen, deren Wegenetz in früheren Jahrzehnten vielfach so angelegt wurde, daß nur eine Bodenbearbeitung in der Fallinie möglich ist. Aus verschiedenen Gründen, die später noch zu erörtern sein werden, ist das Wegenetz in den Zweitbereinigungen selten grundlegend geändert worden. Damit entfiel auch die Möglichkeit, die Erfordernisse des Bodenschutzes grundlegend zu berücksichtigen. Wie die Überprüfung der Flurbereinigungsgemarkungen ergab, ist die Bearbeitungsrichtung jedoch zumeist dann in die Horizontale verlegt worden, wenn die Hangneigung etwa 10 v.H. Hangneigung überstieg.

Diese Verfahrensweise der Kulturämter ist zweifellos ein Kompromiß zwischen den Grundsätzen des Bodenschutzes einerseits und bestimmten betriebs- und arbeitswirtschaftlichen Erfordernissen andererseits. Viele Arbeitsverfahren, vor allem die der Hackfruchtbestellung, -pflege und -ernte, führen nämlich schon bei relativ geringem Querhanggefälle zu Erschwernissen, während sie in der Fallinie störungsfrei durchgeführt werden können (MEIMBERG, 95, S. 17). Die Landwirte setzen daher einer Änderung der Bearbeitungsrichtung zumeist starken Widerstand entgegen.

Nun sind aber gerade die bevorzugten Hackfruchtböden, die Löße und Lößlehme, außerordentlich erosionsgefährdet. NIESMANN (104, S. 32) rechnet bei Löß schon ab 3 v.H. Hangneigung mit Erosionsschäden. - Als typisches Beispiel für die sich hieraus ergebenden Probleme kann die bereits erwähnte Flurbereinigungsgemarkung Grebenstein, Kreis Hofgeismar, angeführt werden, die inmitten des Lößgebietes der Niederhessischen Senke liegt. Obwohl in der Vorplanung und dem "bodenkundlichen Gutachten" mehrfach auf die relativ starke Erosionsgefahr in der Gemarkung hingewiesen worden ist, erfolgt die Bodenbearbeitung hier auch nach der Zweitbereinigung auf großen Flächen in der Fallinie (Karte 4). Die Hangneigung steigt auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche bis 13 v.H. an, bewegt sich jedoch überwiegend zwischen 4 und 7 v.H. Das Wegenetz der Gemarkung, in der Erstbereinigung vor 1900 ausreichend weitmaschig angelegt, brauchte aus betriebs- und arbeitswirtschaftlichen Gründen kaum geändert zu werden. Nach eigenen Beobachtungen in mehreren aufeinander folgenden Jahren sind jedoch auf den meisten Flächen, die in der Fallinie bearbeitet werden, relativ starke Erosionsschäden feststellbar.

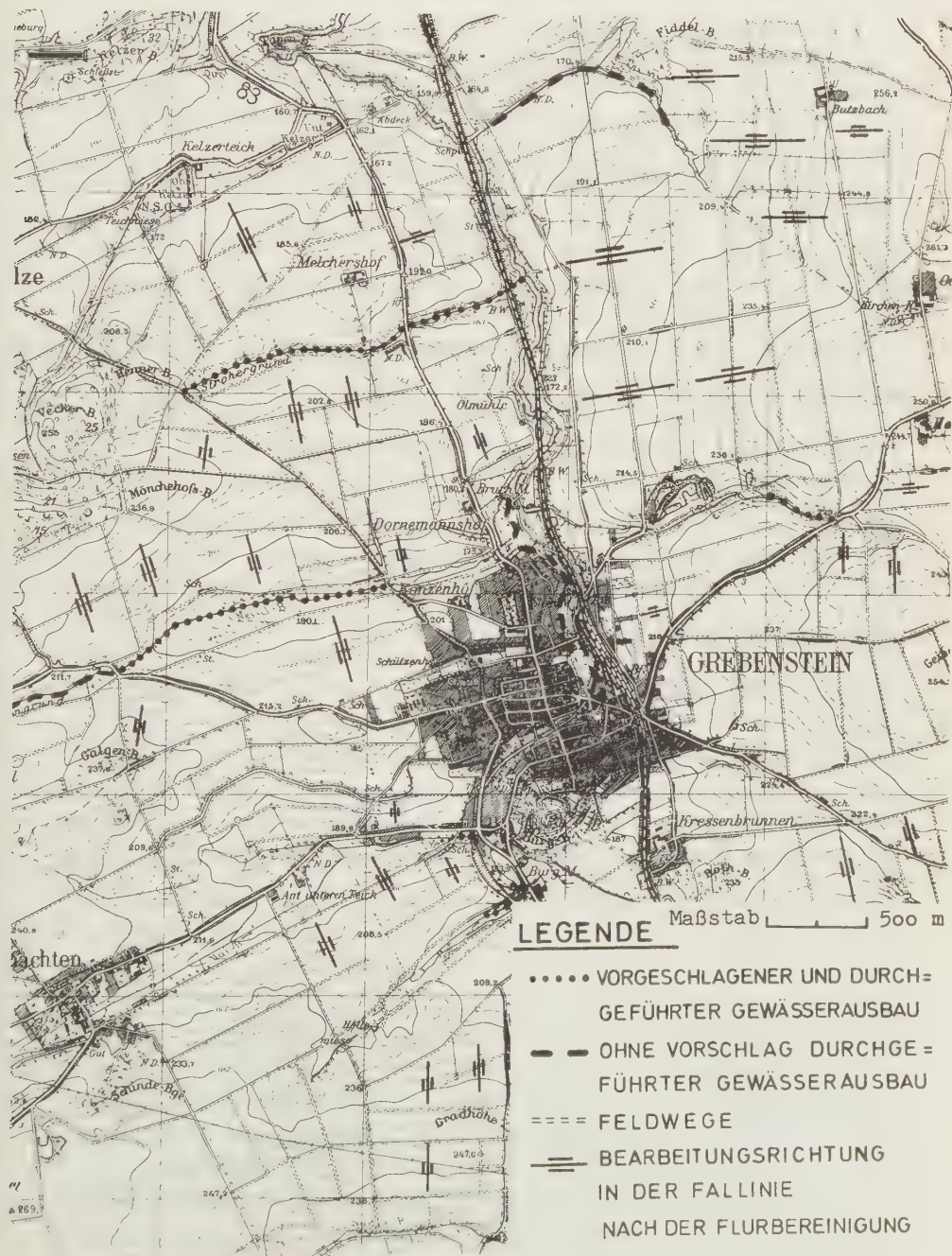
Von JUNG (48) sind in zahlreichen Gemeinden Nordhessens, die durchaus mit den Untersuchungsgemarkungen vergleichbar sind, Ertragsmessungen in Hanglagen vorgenommen worden. Die Messungen haben die Schadwirkung der Bodenerosion bestätigt. Auf den von der Erosion betroffenen Flächen konnten bei Weizen Ertragsminderungen bis zu 12 Doppelzentner je Hektar festgestellt werden (48, S. 16). - Aufgrund der starken Erosionsgefährdung erscheint es daher auf Lößböden angebracht, die Bearbeitungsrichtung trotz Erschwerung des Maschineneinsatzes grundsätzlich in die Horizontale zu verlegen. Es hat sich nach MEIMBERG und Mitarbeitern (95, S. 17) gezeigt, daß sich diese Erschwernisse in der Praxis durchaus bewältigen lassen.

Voraussetzung ist hierzu jedoch in vielen Zweitbereinigungen eine teilweise Umgestaltung der bestehenden Wegenetze. Es muß aber bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die grundlegende Änderung eines Wegenetzes relativ kostspielig und daher in vielen Verfahren kaum zu finanzieren ist (vor allem bei bereits befestigten Wegen). Außerdem wird von einem Teilnehmervorstand fast zuviel Einsicht verlangt, wenn man erwartet, daß er nur zur Verminderung der Bodenerosion hohe Kosten übernimmt, die sich erst nach langen Zeiträumen auszahlen. Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist schwierig zu finden. Da heute aber nicht nur die Landbesitzer, sondern die gesamte Öffentlichkeit Interesse an der Erhaltung des Kulturbodens hat oder haben sollte, erscheint es gerechtfertigt, wenn der Staat in begründeten Fällen die Mehrkosten des Bodenschutzes in Zweitbereinigungen übernimmt.

Ab etwa 18 v.H. Hangneigung wird der Übergang vom Ackerbau zur bodenschonenden Grünlandnutzung erforderlich, wenn dem Bodenabtrag wirksam begegnet werden soll (HARRACH, 44, S. 31). Die Verwirklichung und Durchführung der Nutzungsänderungen wurde bereits im Abschnitt 4.25 behandelt. Für die zum Bodenschutz vorgeschlagenen Grünlandansaaten gilt ebenfalls der dort festgestellte Sachverhalt.

KARTE 4

GEWÄSSERAUSBAU UND PROBLEME DER BODEN- ERHALTUNG IN EINER ZWEITBEREINIGUNG



4.42 Windschutz

Windschutzpflanzungen haben in Nordhessen weniger die Aufgabe, die Winderosion zu verhindern, als für stark ausgeräumte Gemarkungen und Fluren durch Bremsung der Windschwindigkeit eine Verbesserung des Kleinklimas zu erreichen und die betroffenen Gebiete wieder landschaftlich lebendiger zu gestalten.

Die erwiesenen Auswirkungen richtig angelegter Windschutzpflanzungen sind: günstige Beeinflussung des Wasser- und Kohlesäurehaushaltes, Verminderung von Frost- und Auswinterungsschäden, Einschränkung der Wassererosion in Hanglagen, Förderung der biologischen Schädlingsbekämpfung durch Vermehrung des Vozelbestandes. Aufgrund dieser Auswirkungen konnten beachtliche Ertragssteigerungen durch Schutzpflanzungen festgestellt werden (UHLIG, 131, S. 92).

Trotzdem setzen die Landwirte den Windschutzpflanzungen oft starken Widerstand entgegen. Ihre Argumente gegen die Pflanzungen sind: Die Flächenbeanspruchung der Anlagen, ihre Randschattenwirkung, langsames Abtrocknen in feuchten Sommern und dadurch vermehrter Auswuchs und Befall mit Pilzkrankheiten, stärkerer Unkrautwuchs und nicht zuletzt die Behinderung bei verschiedenen Feldarbeiten.

Der Widerstand der Landwirte ist der Hauptgrund dafür, daß nur in knapp der Hälfte aller Untersuchungsvereinigungen Schutzpflanzungen angelegt wurden (Übersicht 8a, Sp. 5). Die Haltung der Landwirte ist jedoch nicht in allen Gebieten einheitlich.

In größeren Grünlandgebieten, wie zum Beispiel in der Rhön, erkennt man die Vorteile des Windschutzes an; hier sind deshalb in vielen Verfahren Pflanzungen angelegt worden.

Das Gelingen der Anlage von Windschutzpflanzungen wird auch weiterhin hauptsächlich von der Einstellung der Landwirte abhängen, und zwar aus folgendem Grunde: keine Pflanzung kann unter den Verhältnissen der Praxis gedeihen, wenn die Landwirte nicht mit ihr einverstanden sind. Viele der vor Jahren im Untersuchungsraum angelegten Pflanzungen befinden sich in desolatem Zustand. Am Aussehen einzelner Strecken der Schutzpflanzungen kann oft geradezu abgelesen werden, welche Einstellung der angrenzende

Landwirt zu ihnen hat. Häufig ist allerdings auch die Unterhaltungspflicht der Pflanzungen nur mehr oder weniger formell gesichert. Der Erfolg der Anlage und Erhaltung von Schutzpflanzungen ist daher mehr als bei jeder anderen Maßnahme von der Beratung und Aufklärung der Beteiligten abhängig. Vor der Anlage von Windschutzpflanzungen, die zur Verbesserung des Kleinklimas erforderlich sind, sollte deshalb die Beratung und Aufklärung der Teilnehmer einsetzen, um sie von der Zweckmäßigkeit des Vorhabens zu überzeugen. Wo Reihenpflanzungen jedoch in erster Linie der Landschaftspflege dienen sollen, erscheint es zweckmäßiger, auf unwirtschaftlichen Restgrundstücken Feldgehölze und Baumgruppen anzupflanzen, die in der Regel ungefährdeter aufwachsen und gleichfalls der Landschaftsbelebung dienen.

4.5 Ausweisung von Land für gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen

Wie der Übersicht 8b (Sp. 13 bis 15) zu entnehmen ist, sind in ungefähr zwei Dritteln der Untersuchungsvereinigungen Bauplätze, in einem Drittel Land für öffentliche Unternehmen (vor allem für den Straßenbau) und in fast allen Verfahren öffentliche und gemeinschaftliche Anlagen (außer Wegen und Gewässern) ausgewiesen worden. - Die Ausweisung gemeinschaftlicher und kommunaler Einrichtungen ist neben den Strukturverbesserungen eine der neueren Aufgaben der Flurbereinigung, die ihr in den letzten beiden Jahrzehnten verstärkt zugewachsen ist und sie zur Integralmelioration gemacht hat.

Die Leistungen der Flurbereinigung sind im Gesamtbereich der Schaffung gemeinschaftlicher und öffentlicher Anlagen recht positiv zu beurteilen. Die Flurbereinigung hat hiermit nicht nur einen wirksamen Beitrag zur landwirtschaftlichen, sondern auch zur Gesamtentwicklung des Untersuchungsraumes geleistet. Vor allem die kleineren Gemeinden im Erstbereinigungsgebiet Ostthessens entlang der Zonengrenze haben durch die Flurbereinigung oft erst den Grundstock einer kommunalen Ausrüstung und damit überhaupt die Chance der Weiterentwicklung erhalten.

Als Hauptursache der häufig geringen Übereinstimmung zwischen Vorplanung und Flurbereinigung konnte festgestellt werden: die geringe Klarheit der politischen Gemeindegremien über den er-

forderlichen Bedarf an gemeinschaftlichen und kommunalen Einrichtungen zum Zeitpunkt der Vorplanung. Nicht selten muß der Vorplaner in kleineren Gemeinden, in denen keine Bauleitplanung vorliegt, erst auf die Möglichkeiten der Flurbereinigung im kommunalen Bereich aufmerksam machen. Die Entscheidungen für oder gegen eine Maßnahme fallen meistens erst nach längerer Diskussion im Gemeinderat. In vielen Gemeinden, in denen eine Bauleitplanung fehlt, verändern sich oft auch die Umstände, die für oder gegen eine kommunale Einrichtung sprechen. Der Vorplaner kann eine möglichst genaue Vorstellung über die Wünsche und den Bedarf dieser Gemeinden nur erhalten, wenn er seine Vorschläge lange genug in den politischen Gremien zur Diskussion stellt (vergl. Abschnitt 3.51). In einer Reihe von Vorplanungen ist das offensichtlich nicht ausreichend geschehen (Übersicht 6a und 6b).

Obwohl im strengen Sinne nicht Gegenstand dieser Arbeit, sei am Rande auf ein Problem hingewiesen, das zu den brennendsten der Agrarstruktur gehören dürfte: die mangelhafte Koordination von Planungen und die relativ geringe Berücksichtigung agrarstruktureller Belange bei raumbeanspruchenden öffentlichen Vorhaben (Straßen- und Autobahnbau, Ausweisung von Baugebieten und Gewerbeflächen). Da dieser Problemkreis bereits sehr häufig diskutiert worden ist (zum Beispiel 137), sollen hier nur einige Erfahrungen aus dem Untersuchungsraum wiedergegeben werden.

Die umfassende Berücksichtigung agrarstruktureller Interessen ist eigentlich nur bei den öffentlichen Vorhaben gegeben, die während und kurz nach der Flurbereinigung durchgeführt werden. Diese Vorhaben können in die allgemeine Neuordnung einbezogen und nach § 40 FlurbG im Interesse des Ganzen geregelt werden. Gänzlich anders liegen jedoch die Dinge bei den öffentlichen Bauten, bei denen erst im Endstadium der Planungen oder bei der Planfeststellung erkennbar ist, daß zur Beseitigung der entstehenden landeskulturellen Nachteile ein Zweckverfahren nach § 87 FlurbG notwendig wird. Die Erfolge landwirtschaftlicher Dienststellen, solche Planungen zugunsten agrarstruktureller Belange nachträglich zu ändern, waren bislang äußerst gering.

Als Beispiel eines solchen Falles im Untersuchungsraum kann die Gemarkung Wohra, Kreis Marburg, angeführt werden (Karte 5). Für das Flößchen Wohra ist hier ein Hochwasserrückhaltebecken mit einem etwa 10 m hohen Abschlußdamm quer durch das durchschnittlich 450 m breite Flußtal gebaut worden. Eine längs des Tales verlaufende Landesstraße liegt im Staubereich des Rückhaltebeckens und mußte daher auf die andere Seite des Tales verlegt werden. Eine im Bereich des Staudammes auf die Landesstraße stoßende Einmündung mußte nun ebenfalls auf die andere Talseite geführt werden. Diese Einmündung wurde in einem Abstand von ungefähr 160 m mit etwa gleicher Dammhöhe und nahezu parallel zum Abschlußdamm durch das Tal gebaut. Einschließlich der Rückführung der Umgehungsstraße wird das Tal nun auf einer Strecke von 2 km dreimal von hohen Dämmen durchschnitten. Diese dreimalige Zerstückelung bedingt nicht nur große agrarstrukturelle Nachteile, sondern auch eine erhebliche Verunstaltung der Landschaft.

Die Vorplanung, für das erforderliche Zweckbereinigungsverfahren durchgeführt, versuchte gemeinsam mit anderen landwirtschaftlichen Dienststellen vergeblich, eine Zusammenlegung der in etwa 160 m Entfernung parallel verlaufenden Abschluß- und Straßendämme zu erreichen. Einer der drei Dämme hätte dadurch eingespart werden können. Technisch wäre eine Zusammenlegung beider Bauwerke durchaus möglich gewesen, auch etwaige Mehrkosten hätten sich in erträglichen Grenzen gehalten. - Die Leidtragenden dieser mangelhaften Koordination aller planenden Behörden sind letzten Endes die ortsansässigen Landwirte.

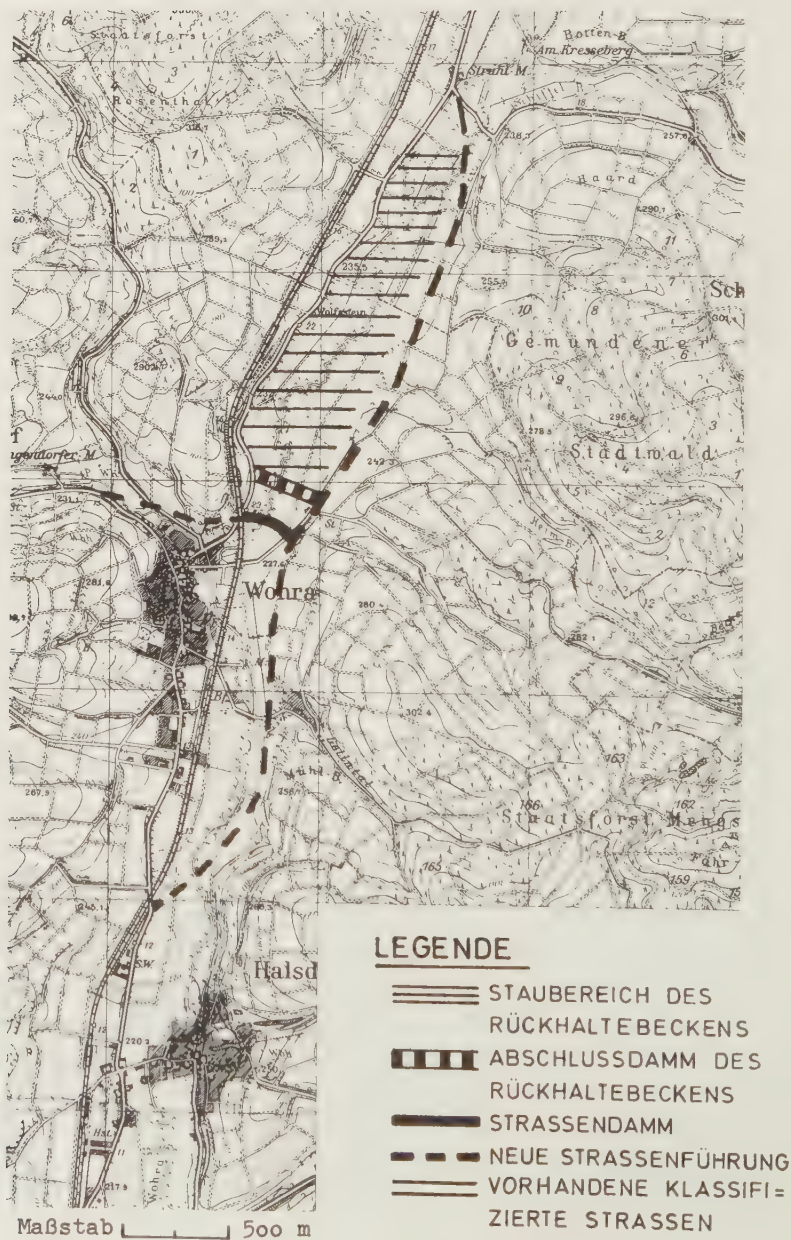
Nach dem Raumordnungsgesetz ¹⁾ (§ 2) und auch nach Teilen des Bundesbaugesetzes ²⁾ (§ 1) ist die Landwirtschaft ein integrierter Bestandteil der Raumordnung. Sie sollte deshalb auf Beteiligung an allen Planungen drängen. Diese Beteiligung setzt aber auch die Eigeninitiative der Landwirtschaft und ihrer Verwaltungen voraus, die oft noch nicht genügend entwickelt ist. - Die Landwirtschaftsämter auf Kreisebene sind, wie verschiedene Bei-

1) Raumordnungsgesetz vom 8.4.1965 - BGBl. I, S. 306

2) Bundesbaugesetz vom 23.6.1960 - BGBl. I, S. 341

KARTE 5

BEISPIEL UNGÜNSTIGER AGRARSTRUKTURELLER AUSWIRKUNGEN DURCH MANGELNDE KOORDINATION RAUMBEANSPRUCHENDER MASSNAHMEN



spiele lehren, bei der wirksamen Vertretung tiefgreifender agrarstruktureller und raumordnerischer Belange zum Teil überfordert. Diese Aufgaben dürften erfolgreich nur von einem spezialisierten "Fachberater für Agrarstruktur und Raumordnung" wahrgenommen werden können.

4.6 Strukturverbesserungen

4.61 Aussiedlung und Neusiedlung

Der Oberbegriff "Strukturverbesserungen" für die Einzelmaßnahmen der Aussiedlung, Neusiedlung und Betriebsvergrößerung wurde aus der Gliederung der Vorplanung übernommen und beibehalten, obwohl diesem Begriff ein großer Teil der Flurbereinigungsmaßnahmen zugeordnet werden können, so die Zusammenlegung, die Neuordnung der Wegeverhältnisse, ferner wasserwirtschaftliche und infrastrukturelle Maßnahmen.

Eine wesentliche strukturverbessernde Maßnahme des letzten Jahrzehnts war die Aussiedlung. In den untersuchten Zweitbereinigungen und Beschleunigten Zusammenlegungen war sie einer der Schwerpunkte der Flurbereinigungsarbeit (Übersicht 8b, Sp. 10).

Ein großer Teil der Zweitbereinigungen Nordhessens ist im größeren Land- oder in Stadtgemeinden (zum Beispiel in den Kreisstädten Korbach, Wolfhagen und Eschwege) durchgeführt worden, bei denen die Aussiedlung mehrerer Betriebe oder sogar die völlige Herausnahme der Landwirtschaft aus der Ortslage ein Hauptzweck der Flurbereinigung war. Es kann nicht genug hervorgehoben werden, daß die Flurbereinigung in diesen Untersuchungsgemarkungen erst die Grundlagen für eine nachhaltige Sanierung der Landwirtschaft geschaffen hat. Zu einer echten Ortsauflockerung ist es durch die Aussiedlungen hingegen nur in verhältnismäßig wenigen Fällen gekommen. Vor allem in Dorfgemeinden sind die Altgehöfte meistens von Kleinbetrieben übernommen oder anderen landwirtschaftlichen Zwecken zugeführt worden. Vom Standpunkt der im Untersuchungsraum dringend erforderlichen Dorferneuerung wäre es richtiger gewesen, mit der Aussiedlung die Auflage zum Abbruch der Altgehöfte zu verbinden, als ihren Verkauf zu einem Faktor der Finanzierung zu machen. - Wie schon mehrfach erwähnt, ist die Mehrzahl der untersuchten Erstbereinigungen in kleinen,

oft abgelegenen Gemeinden im Zonengrenzgebiet Osthessens durchgeführt worden. Hier ist die Aussiedlung weniger dringend und darum auch weitaus seltener als in den Zweitbereinigungen erfolgt.

Bei der Untersuchung des Einflusses der Vorplanung auf die Zahl der durchgeführten Aussiedlungen ist zunächst zu bemerken, daß die Aussiedlung nicht allein vom Willen der Flurbereinigungsbehörde, sondern weit mehr von der Einsicht und Aufgeschlossenheit der betroffenen Landwirte und den Finanzierungsmöglichkeiten abhängt. Wenn man diesen Umstand berücksichtigt, dann ist die Übereinstimmung zwischen vorgeschlagenen und durchgeführten Aussiedlungen durchaus befriedigend. Die von der Vorplanung benannten Aussiedlungsinteressenten (Übersicht 5c, Sp. 23) sind, wie bei der Überprüfung der Untersuchungsgemarkungen festgestellt werden konnte, in vielen Verfahren vollzählig ausgesiedelt worden. Wie im nächsten Abschnitt abschließend zu beweisen ist, wird der Einfluß der Vorplanung auf keinem Gebiet der Flurbereinigung so deutlich wie beim Gesamtkomplex der Aussiedlung. — Seit einigen Jahren ist die Zahl der Aussiedlungen in den Flurbereinigungen stark abgesunken. Die Hauptursache für diese Entwicklung sind die sprunghaft angestiegenen Aussiedlungskosten, die vor allem bei bodenärmeren Betrieben in keinem tragbaren Verhältnis mehr zu der möglichen Produktionsleistung stehen (bei einem Betrieb von 25 ha LN muß zur Zeit in Nordhessen für die Aussiedlung mit einem Kapital von etwa 310 000.- DM gerechnet werden ¹⁾). — Aber auch der bereits eingetretene Strukturwandel der Landwirtschaft und die sich für die Zukunft abzeichnenden Tendenzen haben dazu beigetragen, die Zahl der aussiedlungsfähigen Betriebe stark einzuschränken.

Das agrarpolitische Ziel der Einkommensangleichung und -steigerung für die landwirtschaftliche Bevölkerung ist gegenwärtig — wie im Abschnitt 5.11 ausführlicher begründet werden wird — vor allem dadurch zu erreichen, daß das Produktionsvolumen je Betrieb und Arbeitskraft durch Flächen- und Gebäudevergrößerung erweitert wird (MEIMBERG, 94, S. 14). Der Zwang zur Vergrößerung des Pro-

¹⁾ Auskunft des Baudezernates des Hessischen Landesamtes für Landwirtschaft

duktionsvolumens wird, da einmal die landwirtschaftlichen Nutzflächen nicht vermehrbar und andererseits die landwirtschaftlichen Märkte weitgehend gesättigt sind (84, Teil D, S. 29 ff.), die Zahl der entwicklungsfähigen Betriebe zukünftig relativ stark vermindern.

Darüber hinaus wirft die durch die Technisierung bedingte Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsstruktur Probleme auf, die die zukünftige Funktionsfähigkeit des herkömmlichen landwirtschaftlichen Familienbetriebes stark in Frage stellen. - Wenn ein Betrieb langfristig wettbewerbsfähig bleiben will, dann muß er die Produktionsverfahren einsetzen können, die geringste Kosten verursachen. Die relativ niedrigsten Stückkosten weisen, sofern sie technisch ausgereift sind, die jeweils leistungsfähigsten, technisierten Produktionsverfahren mit größter Kapazität auf (MEIMBERG, 100, S. 73 ff.). Die notwendige Kapazitätsausnutzung moderner technischer Verfahren erfordert jedoch Produktionseinheiten (zum Beispiel 80 ha Getreide, 30 bis 50 Milchkühe, 150 bis 250 Mastschweine, vergl. Abschnitt 5.11), deren Umfang vor allem in der Veredelungswirtschaft eine Kapitalausstattung und Bodenfläche voraussetzt, die den meisten Familienbetrieben nicht zur Verfügung steht.

Während die Produktionsfaktoren Boden und Kapital im Familienbetrieb in erster Linie dem Arbeitskräftepotential der Familie angepaßt werden, erzwingen die hochtechnisierten, kapitalintensiven Produktionsverfahren zu ihrer ausreichenden Kapazitätsnutzung heute eine Anpassung von Boden und Arbeit an das investierte Kapital. Der Familienbetrieb hat sich nach KÖTTER (82, S. 10 f.) damit von einer "Arbeitsinstitution" zu einer "Kapitalinstitution" gewandelt. Da der Masse der Familienbetriebe eine Anpassung nicht möglich sein wird, ist nach kooperativen Unternehmensformen gesucht worden, die eine Alternative zur einzelbetrieblichen Entwicklung und damit auch zur Aussiedlung sein können. Auch im relativ schwierigen Bereich der Veredelungswirtschaft gibt es bereits zukunftssträchtige Beispiele kooperativer Unternehmensformen (HAGE und KROESCHELL, 42, S. 11 ff.).

Aus den angeführten Gründen kann das Risiko der Aussiedlung von der öffentlichen Hand, die erhebliche Beihilfen und zinsverbilligte Darlehen gibt, und vom Einzelbetrieb nur noch dann getragen werden, wenn auch für die Zukunft die erforderliche Flächen- und Kapitalausstattung und die weitere Entwicklungsfähigkeit gesichert ist.

Die amtliche Agrarpolitik trägt dieser Entwicklung seit einigen Jahren Rechnung. Nach dem "Agrarprogramm" der Bundesregierung von 1968 (20, S. 21) und dem "Einzelbetrieblichen Förderungs- und sozialem Ergänzungsprogramm" von 1970 (24, S. 12) sollen nur noch dann Betriebe ausgesiedelt werden, wenn daran ein erhebliches öffentliches Interesse besteht. - Für die Zukunftsaufgabe der Dorferneuerung wird in der Tat kaum auf weitere Aussiedlungen verzichtet werden können. Nach den Feststellungen über die zukünftige Funktionsfähigkeit des Familienbetriebes wird es in den meisten Fällen aber zweckmäßiger sein, wenn man von der Einzelaussiedlung zu den verschiedenen baulichen Lösungen kooperativer Unternehmensformen übergeht (LANDZETTEL, 89, S. 31 ff.). HAGE und KROESCHELL (42, S. 91) sehen Hinweise dafür, daß im Rahmen der Flurbereinigung die Möglichkeiten der überbetrieblichen Zusammenarbeit bereits von der Vorplanung berücksichtigt und den Beteiligten aufgezeigt und angeboten werden sollten.

Die bisherigen Aussagen über die zukünftige Funktionsfähigkeit des Familienbetriebes und die Folgerungen für die Aussiedlung gelten selbstverständlich auch für die Errichtung von Neusiedlerstellen. - In neun der untersuchten Zweitbereinigungen ist ein Teil des vorhandenen Aufstockungslandes dazu verwendet worden, Neusiedlerstellen für Vollerwerbsbetriebe zu errichten. In den neun Verfahren sind insgesamt fünfzehn Neusiedlungen mit einer Gesamtfläche von 229 ha (mittlere Betriebsgröße der Neusiedlungen: 15,3 ha) errichtet worden (Übersicht 8b, Sp. 12). Ziel der Neusiedlung war es, heimatvertriebenen Landwirten eine neue Existenz zu geben.

In einer Reihe früherer Flurbereinigungen des Untersuchungsraumes hat die Neusiedlung eine wesentlich größere Rolle gespielt. So wurden in der Beispielsmaßnahme Trendelburg 46 Aussiedlungen

und 30 Neusiedlerhöfe errichtet (5, S. 3 f.). Die Landausstattung wurde nach den damaligen ökonomischen Bedingungen bemessen und betrug durchschnittlich 15 bis 17 ha LN je Neusiedlerstelle. Um eine Maximalzahl von Siedlerstellen errichten zu können, wurde das gesamte vorhandene Aufstockungsland versiedelt. Heute sind die Neu- und Aussiedlungsgebiete im Raum Trendelburg mit landwirtschaftlichen Betrieben überbesetzt. Die Betriebe benötigen dringend Aufstockungsland, um sich den veränderten ökonomischen Bedingungen anpassen zu können. Da aber alle Betriebe in der gleichen Situation und Konkurrenten auf dem Bodenmarkt sind, ist eine Aufstockung nur dann möglich, wenn ein Teil der Neusiedler die hauptberufliche Landbewirtschaftung aufgibt und die Betriebe verkleinert. Wie in Gesprächen mit mehreren Siedlern festgestellt werden konnte, überlegen sie heute, ob sie ihren Söhnen den Betrieb übergeben oder einen außerlandwirtschaftlichen Beruf erlernen lassen sollen. Nach einem Jahrzehnt sind die mit großem Kapitalaufwand errichteten Siedlerstellen daher in gewissem Umfang zu Fehlinvestitionen geworden. - Nach heutiger Erkenntnis wäre es richtiger gewesen, keine Neusiedler anzusetzen und das vorhandene Aufstockungsland den bereits ansässigen Betrieben zu erhalten. Die Fehleinschätzung der strukturellen Entwicklung kann jedoch kaum jemandem - weder Vorplanung noch Flurbereinigung - zur Last gelegt werden. Die Eingliederung einer möglichst großen Zahl heimatvertriebener Landwirte war ein anerkanntes politisches Ziel und der eingetretene Umfang des Strukturwandels nur schwer voraussehbar.

Obwohl die Probleme des Raumes Trendelburg in dieser Größenordnung ein Einzelfall in Nordhessen sind, gelten die gemachten Aussagen im Prinzip für viele der Neusiedlungen, aber auch für einige Aussiedlungsräume. In der auf Karte 6 (Abschnitt 4.62) dargestellten Gemarkung Niederkaufungen, Kreis Kassel, sind die Aussiedlungsräume I und II relativ dicht mit Siedlerstellen besetzt worden (Aussiedlungsraum I hat eine Fläche ¹⁾ von 85 ha LN mit 5, Aussiedlungsraum II eine Fläche von 79 ha LN mit 4 er-

1) Flächenangaben nach der Vorplanung Niederkaufungen der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen

richteten Betrieben). Auch hier fällt es den Aussiedlerbetrieben gegenwärtig sehr schwer, Pachtflächen für die erforderlichen Betriebsvergrößerungen zu erhalten ¹⁾.

Aus der heutigen Situation vieler Aus- und Neusiedler läßt sich die grundsätzliche Forderung ableiten, daß die Entwicklungsfähigkeit aller Betriebe, die mit staatlicher Hilfe größere Investitionen vornehmen wollen, in jeder Hinsicht gesichert sein muß.

4.62 Aussiedlungsstandorte

Mit der Aussiedlung hat auch die Festlegung geeigneter Aussiedlungsstandorte viel von der früheren Bedeutung verloren. Die errichteten Aussiedlungen werden durch ihre Lage aber auch in Zukunft den sie umgebenden Raum und dessen Struktur beeinflussen. Es erscheint deshalb gerechtfertigt, nachträglich auf das für die Vorplanung sehr wichtige Problem der Standortwahl einzugehen. In der Literatur häufig auf die Frage der zweckmäßigen Ortsentfernung reduziert, stellt sich die Standortsbestimmung für die Vorplanung als ein vielseitiges Problem dar, das eingehende Untersuchungen erfordert. - Unter den Verhältnissen Nordhessens sollte ein Aussiedlungsstandort die Verwirklichung folgender Ziele ermöglichen:

- die weitgehende Arrondierung der Nutzflächen in der Nähe des Standortes, ohne die Zusammenlegung anderer Betriebe zu erschweren;
- die Beibehaltung eines zweckmäßigen Nutzflächenverhältnisses;
- und die Erschließung (Wasser- und Stromversorgung, Zuwegung) zu tragbaren Kosten.

Um die Arrondierung zu erleichtern, ist in der Vergangenheit meistens dem vom Ortsrand abgesetzten Standort in der Gemarkung der Vorzug gegeben worden. Für die Zusammenlegung war es wichtig, daß der Aussiedlerhof in einem Übergangsgebiet der vor kommenden Bodenarten lag. Ferner ist in vielen Gemarkungen des Untersuchungsraumes oft nur ein begrenzter Anteil der Nutzfläche ackerfähig. Ein Standort muß deshalb auch möglichst in der Nähe des natürlichen Grünlandes oder zur Grünlandansaat geeigneter Böden liegen, damit nicht gutes Ackerland als hofnahes Grünland

¹⁾ Eigene Erhebung, deren Ergebnis vom Landwirtschaftsamt Kassel bestätigt wurde

genutzt und dadurch das Nutzflächenverhältnis ungünstig beeinflusst wird.

Wie die Überprüfung der Flurbereinigungsgemarkungen und deren Auswertung ergab, sind die Aussiedlungen in 84 v.H. aller Untersuchungsvereinigungen in die von der Vorplanung vorgeschlagenen Räume erfolgt. In 5 v.H. aller Verfahren wurde die Standortwahl teilweise, in den restlichen 11 v.H. der Verfahren jedoch nicht nach der Vorplanung vorgenommen ¹⁾. Im größten Teil der Untersuchungsvereinigungen dürften damit die Aussiedlungsstandorte nach betriebswirtschaftlich richtigen Gesichtspunkten festgelegt worden sein. Welche agrarstrukturellen Nachteile hierdurch vermieden worden sind, wird an einem späteren Beispiel verdeutlicht.- Der Einfluß der Vorplanung auf die Standortwahl wird nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß ein ungeeigneter Standort die gesamte Zusammenlegung und damit den Ablauf der Flurbereinigung erheblich behindern kann. Die ausführenden Beamten sind deshalb an einer betriebswirtschaftlich richtigen Standortwahl ebenfalls stark interessiert.

Eine typische Übereinstimmung zwischen vorgeschlagenen und verwirklichten Aussiedlungsräumen konnte in der Gemarkung Niederkaufungen, Kreis Kassel, festgestellt werden (Karte 6). Im Gegensatz zur Vorplanung wurde der Aussiedlungsraum 4 jedoch näher an den Ort herangerückt und der Siedlungsraum 2 dichter mit Höfen besetzt, als vorgeschlagen worden ist. Die Nachteile der Überbesetzung sind bereits im vorigen Abschnitt erörtert worden.

Der Anstoß zur Festlegung ungeeigneter Standorte ist meistens von den Landwirten selbst ausgegangen. Das Ziel der Landwirte ist es häufig, in die besten Ackerlagen der Gemarkung auszusiedeln, weil sie hoffen, ihren Besitz dort überwiegend zusammengelegt zu bekommen. Bei unterschiedlicher Bodenqualität des Vorbesitzes steht diesem Bestreben der Grundsatz der wertgleichen Abfindung in der Flurbereinigung entgegen. - Zu welchen betriebswirtschaftlichen Nachteilen ein auf Wunsch der Landwirte festge-

1) Eigene Erhebung

legter, jedoch ungeeigneter Standort führt, kann am Beispiel der Flurbereinigungsgemarkung Schweinsberg ¹⁾, Kreis Marburg, erläutert werden (Karte 7).

Die Gemarkung Schweinsberg weist eine selten vorhandene, klare Trennung der Kultur- und Nutzungsarten auf: im westlichen Teil der Gemarkung liegt ein geschlossener Grünlandgürtel, dann folgt in östlicher Richtung das Ackerland und schließlich ein größeres Waldgebiet. Der Grünland- und Ackergürtel wird durch zwei verkehrsreiche Straßen getrennt. Der Grünlandanteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche liegt im Durchschnitt bei 36 v.H. ²⁾.

Für die aus der Stadt Schweinsberg auszusiedelnden Betriebe hat die Vorplanung als Standort teils den Rand des Grünlandgürtels, teils das Grünlandgebiet selbst vorgeschlagen. Diese Standorte bieten folgende Vorteile: straßenverkehrsfreie Verbindung und ungestörter Viehtrieb zum Grünland, eine möglichst umfassende Zusammenlegung in der Nähe des Standortes und eine relativ nahe Lage zur Ortschaft. Ferner hätte absolutes Grünland als hofnahe Weide genutzt und das Ackerland in vollem Umfang erhalten werden können.

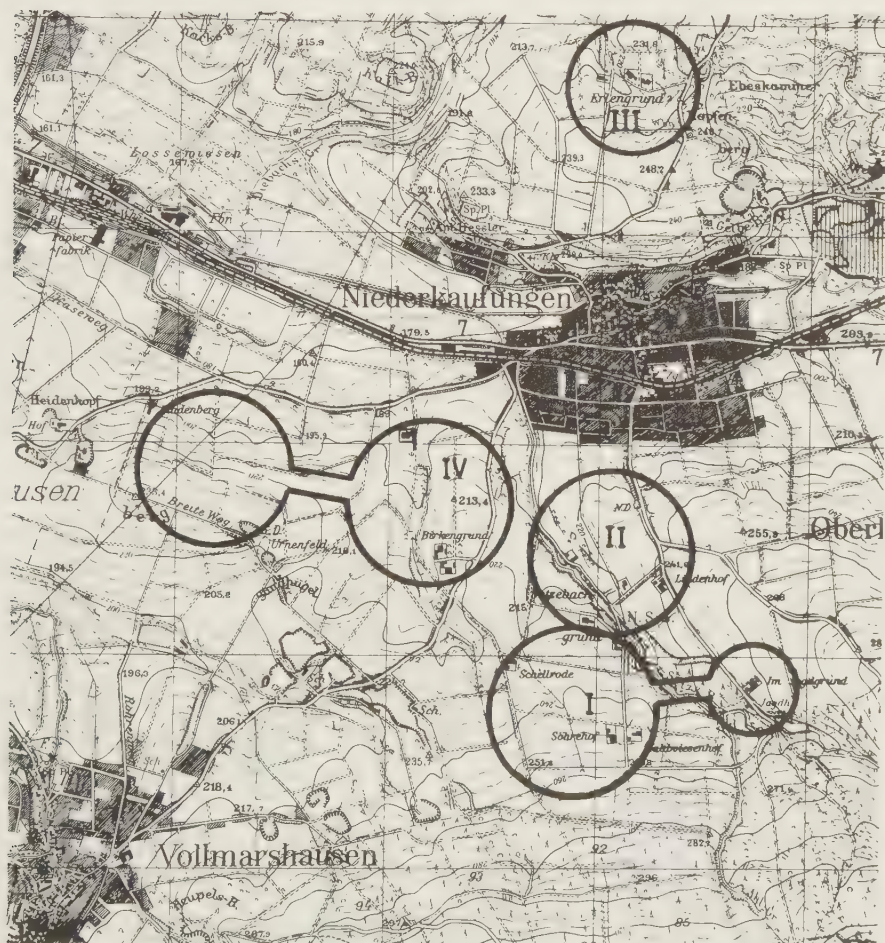
Kurz vor dem Abschluß der Vorplanung wurden in Schweinsberg die Aussiedlungsstandorte festgelegt, und zwar inmitten des Ackergürtels. Nur ein Betrieb (der am nördlichsten gelegene) wurde in geringerer Entfernung vom Grünland gebaut. - Die Nachteile ihres Standortes dürften heute den meisten Aussiedlern klar geworden sein. Das am nächsten gelegene Grünland ist durchschnittlich 500 m entfernt und durch eine verkehrsreiche Straße vom Hof getrennt. Teilweise muß in westlicher Richtung noch bis zur Ortschaft zum Grünland gefahren werden. Durch das bebaute Hofgrundstück und einige hofnahe Weiden ging wertvolles Ackerland verloren, so daß die ohnehin nicht sehr hohe Produktionselastizität (ANDREAE, 1, S. 379) der Betriebe weiter eingeengt wurde. Für die Mehrzahl der Betriebe hat sich die innere Verkehrslage durch die Aussiedlung nicht verbessert, sondern eher verschlechtert.

1) Die Flurbereinigung Schweinsberg gehört nicht zu den Untersuchungsvereinigungen

2) Vorplanung Schweinsberg der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen

KARTE 6

TYPISCHE ÜBEREINSTIMMUNG VORGEPLANTER UND BESIEDELTEN AUSSIEDLUNGSRÄUME



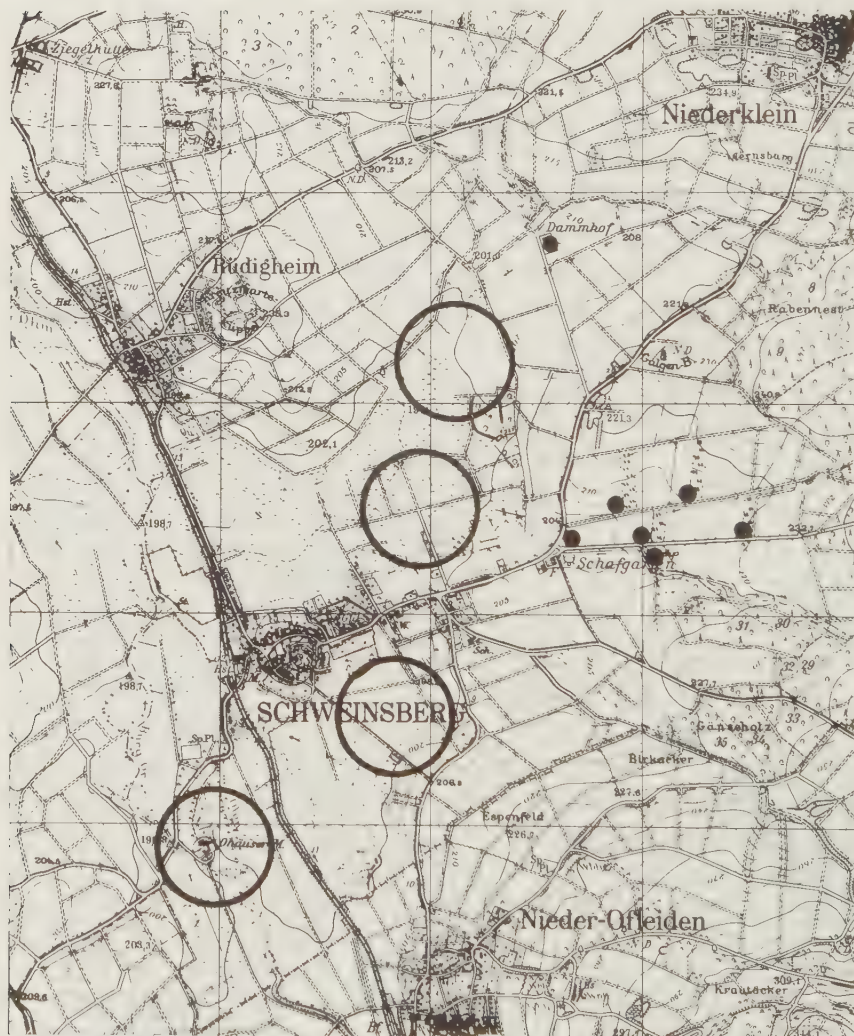
LEGENDE

Maßstab 500 m

ZAHLE DER AUSSIEDLUNGEN			
VORPLANUNG		FLURBEREINIGUNG	
○	AUSSIEDLUNGSRAUM I	5	5
○	" II	1	4
○	" III	3	3
○	" IV	3	3

KARTE 7

BEISPIEL EINER UNZWECKMÄSSIGEN STANDORTS- WAHL FÜR AUSSIEDLUNGSBETRIEBE



LEGENDE

- | | | | |
|--|-----------|--|-------------------------------|
| | GRÜNLAND | | KLASSIFIZIERTE STRASSEN |
| | ACKERLAND | | VORGEPLANTE AUSSIEDLUNGSRÄUME |
| | WALD | | BESIEDELTE AUSSIEDLUNGSRÄUME |

Wie das Beispiel Schweinsberg zeigt, kann die Tatsache, daß die Aussiedlungsstandorte in der Mehrzahl der Untersuchungs-
bereinigungen nach den betriebswirtschaftlichen Gesichtspunk-
ten der Vorplanung festgelegt worden sind, nicht hoch genug be-
wertet werden. - Aufgrund der hohen Erschließungskosten sind
Aussiedlungen in größerer Entfernung vom Ortsrand heute nur noch
in Ausnahmefällen zu finanzieren. Die Aussiedlung in Ortsnähe
dürfte daher - welche Argumente für oder gegen sie auch geltend
gemacht werden können - in Zukunft im Vordergrund stehen.

4.63 Betriebsvergrößerung

In jeder der untersuchten Vorplanungen ist für die betreffende
Gemarkung die Mindestbetriebsgröße errechnet worden, die zur Er-
zielung eines ausreichenden Betriebseinkommens jeweils erforder-
lich war. Die Mindestbetriebsgröße bildete die Grundlage zur Be-
rechnung des Landbedarfes für die erforderlichen Betriebsvergrös-
serungen. Die Mindestbetriebsgröße wurde und wird allerdings
nicht aufgrund einer Betriebsplanung, sondern nach dem Betriebs-
einkommen der in der Bestandsaufnahme berechneten "typischen Be-
triebe" auf folgende Weise bestimmt:

$$\frac{\text{Erforderliches Betriebseinkommen}}{\text{je Mindestbetriebsgröße}} = \frac{\text{Mindestbetriebsgröße}}{\text{in Hektar}}$$

Erzieltes Betriebseinkommen
je Hektar

Diese Methode ist zwar einfach, sie besitzt nach SPITZER (122,
S. 297) aber ein gutes sachliches Fundament.

Die Beschaffung von Aufstockungsland ist ebenfalls nicht in das
Ermessen der Flurbereinigungsbehörde gestellt, sondern vor allem
von der Bodenmobilität und anderen, nur schwer zu beeinflussen-
den Faktoren abhängig. Der von der Vorplanung errechnete Landbe-
darf für Betriebsvergrößerungen ist jedoch in einer ganzen Reihe
der untersuchten Zweitbereinigungen und Beschleunigten Zusammen-
legungen erreicht und sogar übertroffen worden (Übersicht 9b,
Sp. 9).

Übersicht 12: Umfang der Landzuteilung in den untersuchten Verfahren mit durchgeführten Betriebsvergrößerungen

Bezeichnung	Erstbereinigungen	Zweitbereinigungen	Beschl. Zusammenlegungen
I. Zahl der Verfahren mit durchgeführten Betriebsvergrößerungen	7	22	4
v.H.	28	69	80
II. Ø Gesamtfläche je Verfahren für Betriebsvergrößerungen in ha	6,3	22,3	24,0
III. Ø Zahl der vergrößerten Betriebe	3	9	16
IV. Ø Fläche je vergrößertem Betrieb in ha	2,1	2,5	1,5
Quelle: Eigene Erhebung nach Unterlagen der Kulturämter			

Der durchschnittliche Umfang der Landzuteilungen in den Verfahren, in denen Betriebsvergrößerungen möglich waren, ist aus Übersicht 12 zu ersehen. Insgesamt sind in den untersuchten Verfahren 287 Betriebe (34 v.H. aller beteiligten Betriebe über 10 ha LN) vergrößert worden. - Im Kulturamtsbezirk Kassel, in dem der größte Teil der Betriebsvergrößerungen erfolgt ist, verteilte sich die Herkunft der Aufstockungsflächen folgendermaßen:

18 v.H. wurden nach dem Bodenreformgesetz erworben, 37 v.H. stammten von angekauften Betrieben, 45 v.H. waren angekaufte Einzelgrundstücke ¹⁾. Bei den angekauften Betrieben handelte es sich vor allem um in absehbarer Zeit auslaufende oder bereits ausgelaufene Betriebe, deren Eigentümer durch den Verkauf meistens die Kostenbelastung der Flurbereinigung vermeiden wollten.

Leider war es aufgrund der vorhandenen Unterlagen nicht möglich, die relative Vergrößerung der aufgestockten Betriebe festzustellen. Erschwerend für eine solche Feststellung wirkte auch, daß Betriebsvergrößerungen in vielen Fällen nicht nur während, sondern auch vor und nach der Flurbereinigung erfolgt sind. Für viele

¹⁾ Eigene Erhebung nach Unterlagen der Siedlungsgesellschaft "Hessische Heimat", Kassel

Betriebe ist die Vergrößerung in der Flurbereinigung nur Teil einer stetigen Flächenausweitung (vergl. die Betriebe der Übersicht 13, Abschnitt 4.7).

Auf die Notwendigkeit einer Ausweitung des Produktionsvolumens je landwirtschaftlicher Arbeitskraft ist bereits im Abschnitt 4.61 eingegangen worden. Wie TÖRÖK (129, S. 105 ff.) nachgewiesen hat, kann die Flurbereinigung allein nicht zu dem erwarteten Erfolg einer Einkommensangleichung führen, wenn zu geringe Betriebsgrößen vorhanden sind. In den von TÖRÖK untersuchten Betrieben konnte durch die Flurbereinigung und eine nachfolgende "innere Aufstockung" (Betriebsvergrößerung durch Aufnahme eines bodenunabhängigen Veredelungsbetriebszweiges) zwar eine beachtliche Steigerung der Betriebseinkommen erzielt werden, die Entwicklung zum Vollerwerbsbetrieb und eine rationelle Produktionsweise war jedoch nur durch eine Flächenausweitung zu erreichen (129, S. 105 ff.). Auch die Untersuchungen von GUMMERT und WERSCHNITZKY zeigen, daß die Wirtschaftlichkeit der Flurbereinigungsmaßnahmen mit ansteigender Betriebsgröße zunimmt (39, S. 134 ff.).

Aufgrund der entscheidenden Bedeutung einer zweckmäßigen Betriebsgrößenverteilung wird sich die Flurbereinigung zukünftig stärker an der Notwendigkeit und den Möglichkeiten der Betriebsvergrößerung orientieren müssen. Hierzu erscheint es erforderlich, in vorgesehenen Flurbereinigungsgebieten bereits mehrere Jahre vor Einleitung des Verfahrens unter Einsatz der vorhandenen Förderungsmöglichkeiten auf eine Erhöhung der Bodenmobilität und die Bildung einer Landreserve hinzuwirken.

In den untersuchten Verfahren sind die durchgeführten Betriebsvergrößerungen durch Landkauf erfolgt. In Gebieten mit hohem Aufstockungsbedarf ist der Landkauf nach MEIMBERG (100, S. 86 f.) aber vielfach der teuerste und unrentabelste Kapitalaufwand. - (Hierzu eine überschlägige Berechnung: Seit 1969 ist in den meisten der eingeleiteten Flurbereinigungsverfahren Nordhessens für Geldabfindungen nach § 52 FlurbG ein Kapitalisierungsfaktor von 1,50 je Ertragsmeßzahl der landwirtschaftlichen Nutzfläche festgelegt worden ¹⁾). Nach diesem Kapitalisierungsfaktor wird

¹⁾ Eigene Erhebung nach Verhandlungsniederschriften der zuständigen Kulturämter

der Preis für alle Landverkäufe und -käufe, die über die Teilnehmergeinschaft abgewickelt werden, bestimmt. Bei einer in Nordhessen zu unterstellenden durchschnittlichen Ertragsmeßzahl von 5000 (DITTRICH, 30, S. 40) ist dann für Betriebsvergrößerungen, die über die Teilnehmergeinschaft erfolgen, ein Kaufpreis von 7 500.-- DM je Hektar LN zu zahlen. Geht man von diesem Kaufpreis und der sich nach den derzeitigen Finanzierungsbedingungen ¹⁾ ergebenden jährlichen Zins- und Tilgungsleistung von 4,25 v.H. aus, dann entstehen - bei einer Laufzeit der Kredite von 33 Jahren - jährliche Zins- und Tilgungslasten von 319.-- DM je Hektar LN. Nach den Feststellungen von zehn Vorplanungen, die nach 1968 in fünf Landbaugebieten Nordhessens erstellt wurden, bewegen sich die Pachtpreise jedoch nur zwischen 120.-- DM und 240.-- DM je Hektar LN ²⁾.

Bei relativ niedrigen Pachtpreisen ist die Pacht dem Landkauf daher unbedingt vorzuziehen. In den meisten abstockenden Betrieben ist die Neigung zur Verpachtung zudem häufig größer als zum Landverkauf. Der Einsatz öffentlicher Mittel zur Schaffung einer zweckmäßigeren Betriebsgrößenstruktur in der Flurbereinigung sollte sich daher zukünftig auf eine Erhöhung der Bodenmobilität durch langfristiges Pachtland konzentrieren. - Gegenwärtig bestehen folgende Förderungsmöglichkeiten für Betriebe, die durch Verpachtung abstocken: eine Landabgaberente, Zuschüsse für eine Fachversicherung zur Altersrente und zum Aufbau einer neuen Existenz (24, S. 17 f.), Förderung der langfristigen Verpachtung durch Prämien, in der Flurbereinigung durch Übernahme der Beitragsleistung (62 und 63).

Um die erforderliche Landreserve bereits vor Einleitung des Verfahrens bilden und halten zu können, erscheint es notwendig, daß die Siedlungsgesellschaften zukünftig auch langfristiges Pachtland auffangen. Dieses Pachtland könnte bis zur Zusammenlegung bereits an die für eine Vergrößerung in Frage kommenden Betriebe vergeben werden. - Nach dem bisher Gesagten kann gefolgert werden, daß die Flurbereinigung zukünftig vorrangig in Gebieten und Gemeinden durchzuführen ist, in denen es voraussichtlich gelingt,

- 1) Richtlinien des Landes Hessen für die ländliche Siedlung vom 25.9.1957 sowie die dazu ergangenen Ausführungs-, Ergänzungs- und Änderungsbestimmungen
- 2) Eigene Erhebung nach den 1968 und 1969 erstellten Vorplanungsberichten der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen

über eine ausreichende Bodenmobilität eine zweckmäßige Betriebsgrößenverteilung zu erreichen.

4.7 Zusammenlegung

Die Zusammenlegung ist neben der Schaffung der gemeinschaftlichen Anlagen (Wege- und Gewässernetz) die zentrale Maßnahme der Flurbereinigung. - In den untersuchten Vorplanungen ist für die Betriebe über 10 ha LN je nach den natürlichen Standortbedingungen stets eine Zusammenlegung auf vier bis sechs Teilstücke (im Mittel drei Acker- und zwei Grünlandpläne) vorgeschlagen worden. Es mag verwundern, daß nicht häufiger die Vollarrondierung vorgeschlagen wurde. Nach MEIMBERG (93, S. 41) wird das Zusammenlegungsverhältnis jedoch von zwei entgegengesetzt wirkenden Kräften beeinflußt. Die rationelle Bewirtschaftung drängt zur Vollarrondierung, die Standortunterschiede drängen dagegen zur stärkeren Verteilung der Teilstücke über die Gemarkung. Die oft stark wechselnden natürlichen Standortbedingungen im größten Teil Nordhessens verlangen, wenn ein Betrieb nicht benachteiligt werden soll, in der Regel die Abfindung mehrerer Teilstücke. Mehr als drei Ackerpläne dürften in den meisten Fällen aber auch bei stark wechselnden natürlichen Standortbedingungen nicht erforderlich sein.

Es wurde bereits dargelegt, daß der Zusammenlegungsgrad zwar ein wichtiger, aber nicht der alleinige Maßstab für die Beurteilung des Zusammenlegungserfolges ist. Obwohl die erreichte Grundstücksgröße entscheidender ist, fußen die folgenden Aussagen aus den im Abschnitt 3.61.2 angeführten Gründen auf dem Zusammenlegungsgrad.

Nach der vorgeschlagenen Zahl der Teilstücke je Betrieb, der in den Flurbereinigungsstatistiken angegebenen Zahl der Betriebe und der Zahl der Teilstücke vor der Flurbereinigung wurde unter Berücksichtigung der "bedingten Lagen" der Zusammenlegungsgrad der Vorplanung errechnet (Übersicht 7). Dieser Zusammenlegungsgrad der Vorplanung bietet die Möglichkeit zu einem exakten und objektiven Vergleich mit dem Zusammenlegungsverhältnis der Flurbereinigung. Nach diesem Vergleich ist in den Untersuchungsbe-

reinigungen teils hervorragend, teils weniger stark zusammengelegt worden. In allen Verfahren, in denen das Zusammenlegungsverhältnis unter 75 v.H. des vorgeschlagenen liegt, muß die Zusammenlegung als unbefriedigend beurteilt werden. Das trifft in der Betriebsgrößenklasse von 10 bis 20 ha und bei den Erstbereinigungen für 8 v.H., bei den Zweitbereinigungen für 37 v.H. aller Verfahren zu. In der Betriebsgrößenklasse von 20 bis 50 ha ist die Zahl der Verfahren mit relativ schwacher Zusammenlegung noch größer (Übersicht 9a, Sp. 6 und 7). Offensichtlich wird es mit zunehmender Betriebsgröße immer schwieriger, die Betriebe mit einer geringen Zahl von Teilstücken abzufinden.

Aufgrund von Vergleichen zwischen den einzelnen Verfahren konnte eindeutig festgestellt werden, daß der unterschiedliche Zusammenlegungsgrad nicht auf unterschiedlichen natürlichen Standortsbedingungen beruht. Der Zusammenlegungsgrad dürfte deshalb in erster Linie von der Aufgeschlossenheit der Teilnehmer und dem Verhandlungsgeschick und der Überzeugungskraft der ausführenden Beamten abhängen. So ist in mehreren Gemarkungen mit stark wechselnden natürlichen Standortsbedingungen ein sehr gutes, in Gemarkungen mit relativ einheitlichen Boden- und Oberflächenverhältnissen dagegen nur ein schwaches Zusammenlegungsergebnis erzielt worden (vergl. Abschnitt 4.12).

Auch die Wirksamkeit der Zusammenlegung ist durch die strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft nicht unbeeinflusst geblieben. - In vielen Landbaugebieten Nordhessens bestand die Nutzfläche verschiedener Betriebsgrößenklassen bereits 1965 zu über einem Drittel aus Pachtland (55, Karte G-2). (Besonders ausgeprägt ist der Pachtlandanteil in den Landbaugebieten "Kasseler Bucht" und "Hofgeismarer Senke". In beiden Landbaugebieten weisen die Betriebsgrößenveränderungen seit 1960 eine starke Dynamik auf (55, Karte F-4). - Aufgrund der gegenwärtig erkennbaren Entwicklungstendenzen darf als sicher gelten, daß der Zwang zur Flächenausweitung bei den meisten Familienbetrieben noch stärker und daher der Pachtlandanteil ständig weiter wachsen wird. Bei hohem Pachtlandanteil und sich vor allem durch Pachtung ständig vergrößernden Betrieben kann aber die bisher

vorwiegend übliche Zusammenlegung des Eigenlandes - also nur eines Teiles der Nutzflächen - nur zu einem begrenzten Zusammenlegungserfolg führen.

Die Probleme, die sich für die Zusammenlegung aus einer ständigen Betriebsvergrößerung und einem hohen Pachtlandanteil ergeben, seien anhand mehrerer Beispielsbetriebe aus der Flurbereinigungsgemeinde Wolfhagen erläutert. - In Übersicht 13 sind von fünf Aussiedlerbetrieben Angaben über die Entwicklung der Betriebsgröße, die Zahl der Teilstücke und über die durchschnittliche Grundstücksgröße gegenübergestellt. Einmal wird der Stand kurz nach der Zuteilung der neuen Grundstücke im Jahre 1963 (vergl. Anhang, S.202), zum anderen der Stand nach siebenjähriger Entwicklung im Jahre 1970 wiedergegeben. Die Betriebe sind in etwa typisch für den Vorgang, daß sich Haupterwerbsbetriebe relativ geringer Größe aus einer sich wandelnden Kleinbetriebsstruktur heraus vergrößern konnten. Unterzieht man zunächst die Zahl der Teilstücke einer Betrachtung, so erscheint die Zahl der zugeordneten Eigentums-Teilstücke bei den Betrieben II, III und IV zu hoch.-Von der Vorplanung ist eine Abfindung mit vier Acker- und zwei Grünlandplänen vorgeschlagen worden, beim Ackerland mit der ausführlichen Begründung, daß vier unterschiedliche Bodenbonitäten vorherrschen ¹⁾.-Auch die erreichte Grundstücksgröße entspricht nicht ganz den zu stellenden Anforderungen. Es gibt zwar keine optimale Grundstücksgröße für alle Betriebsgrößen und Arbeitsverfahren. Für das Ackerland bäuerlicher Betriebe sind nach HESSELBACH (49, S. 42 ff.) jedoch Grundstücksgrößen von zwei bis vier Hektar zweckmäßig, wobei zwei Hektar als Minimalgröße zu gelten hat.

Nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten eindeutig unbefriedigend sind jedoch Zahl und Durchschnittsgröße der gesamten Grundstücke (der eigenen und gepachteten) nach der Zusammenlegung, die ja für die realen Bedingungen der Landbewirtschaftung maßgebend sind. Die Landwirte sind der Auffassung, daß das Problem der Pachtlandzusammenlegung im Verfahren Wolfhagen nicht ausreichend berücksichtigt worden ist. - Bereits vor der Flurbereinigung betrug der Pachtlandanteil der Betriebsgrößenklassen von 10 bis

¹⁾ Vorplanung Wolfhagen der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen, S. 27

ÜBERSICHT 13:

Beispiele eines unterschiedlichen Zusammenlegungserfolges aufgrund eines hohen Pachtlandanteiles und nachfolgender Vergrößerung der Betriebe

B E T R I E B E

BEZEICHNUNG	I		II		III		IV		V	
	1963 ¹⁾	1970	1963	1970	1963	1970	1963	1970	1963	1970
I. Landw. Nutzfläche/ha										
Eigentum	6,0	11,0	13,3	13,6	12,3	14,2	7,7	9,2	3,0	10,0
Pacht	11,5	11,0	2,0	7,8	12,7	19,2	7,5	11,0	10,0	10,0
Insgesamt	17,5	22,0	15,3	21,4	25,0	33,4	15,2	20,2	13,0	20,0
v.H.	100	126	100	140	100	134	100	133	100	154
II. Zahl der Teilstücke										
Eigentum	5	7	8	8	9	11	6	8	3	9
Pacht	17	10	3	4	7	10	5	11	27	14
Insgesamt	22	17	11	12	16	21	11	19	30	23
v.H.	100	77	100	110	100	131	100	173	100	77
III. Durchschnittl. Grundstücksgröße/ha										
Eigentum	1,2	1,6	1,7	1,7	1,4	1,3	1,3	1,2	1,0	1,1
Pacht	0,7	1,1	0,7	1,9	1,8	1,9	1,5	1,0	0,4	0,7
Insgesamt	0,8	1,3	1,4	1,8	1,6	1,6	1,4	1,1	0,4	0,9
v.H.	100	163	100	129	100	100	100	79	100	225

1) Stand kurz nach der Zuteilung der neuen Grundstücke in der Flurbereinigung 1963

QUELLEN: Eigene Erhebungen nach Angaben der Landwirte und den Abfindungsverzeichnissen des Kulturstamtes

50 ha LN 27 v.H. ¹⁾). Von der Vorplanung war vorgeschlagen worden, das Pachtland in größeren, zusammenhängenden Flächen im Raum zwischen den Aussiedlerbetrieben und der Ortslage auszuweisen. Im Verfahren sind jedoch keine Pachtgewanne gebildet worden ²⁾).

Seit 1963 haben sich die Betriebe der Übersicht 13 durch Landkauf und Pacht erheblich vergrößern können, wobei das Problem der Grundstückszahl und -größe unterschiedlich gestaltet werden konnte. Die Betriebe I, II und V konnten günstig gelegene Teilstücke kaufen oder pachten, sie zusammenlegen und die Grundstücksgröße insgesamt erhöhen. Relativ stark erhöht hat sich dagegen die Zahl der Teilstücke beim Betrieb III, vor allem aber beim Betrieb IV, der nur überwiegend ungünstig gelegene Grundstücke pachten konnte. Beim Betrieb IV hat sich auch die durchschnittliche Grundstücksgröße verringert, während sie sich beim Betrieb III trotz höherer Teilstückszahl nicht verringert hat.

Die Tatsache, daß mehrere Betriebe die Durchschnittsgröße ihrer Grundstücke erhöhen oder deren Zahl vermindern konnten, ist als Erfolg der Flurbereinigung anzusehen, durch die die Zahl kleinerer Grundstücke doch so weit verringert wurde, daß durch Tausch eine günstigere Zuordnung der Grundstücke möglich war. - Trotz der erreichten Verbesserungen entsprechen Zahl und Durchschnittsgröße der Teilstücke aber auch 1970 nicht den Erfordernissen einer rationellen Landbewirtschaftung. Falls die Betriebe sich weiterhin im bisherigen Ausmaß vergrößern, womit gerechnet werden kann, wird in Wolfhagen in absehbarer Zeit - auch nach Auffassung der Landwirte - ein beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren gerechtfertigt sein.

Die Zusammenlegung müßte, soll sie ihren Zweck und ihre Aufgabe für den Vollerwerbsbetrieb weiterhin erfüllen, so anpassungsfähig gestaltet werden, daß ihre Wirksamkeit durch den zu erwartenden ständigen Wandel der Betriebsgrößen nicht mehr entscheidend verringert werden kann. Ein Weg hierzu wäre, alles vorhandene und potentielle Pachtland einer Gemarkung an mehreren

¹⁾ Vorplanung Wolfhagen der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen, S. 3

²⁾ Eigene Erhebung

Punkten räumlich zusammenzufassen. Ein Vollerwerbsbetrieb könnte dann von mehreren Landbesitzern gleichzeitig zupachten, und die großflächige Bewirtschaftung des zersplitterten Grundbesitzes wäre gesichert.

Pachtgewanne sind bereits in einer ganzen Reihe der untersuchten Vorplanungen vorgeschlagen worden. Ausschlaggebende Bedeutung für eine längerfristige Wirksamkeit der Zusammenlegung wird aber zukünftig die räumliche Zusammenfassung auch des potentiellen Pachtlandes haben. Um die Flächen der voraussichtlich abstockenden Betriebe gezielt zusammenlegen zu können, muß der Flurbereinigungsbehörde eine hinreichend gesicherte Vorausschau der einzelbetrieblichen Entwicklung ermöglicht werden.-Die räumliche Zusammenlegung des zukünftigen Pachtlandes wird selbstverständlich sehr erleichtert, wenn die in absehbarer Zeit zu erwartenden Betriebsgrößenveränderungen bereits zum Teil während der Flurbereinigung erfolgen. Dieser Prozeß könnte, wie bereits im vorigen Abschnitt erörtert, dadurch gefördert werden, daß bereits mehrere Jahre vor der Einleitung des Verfahrens unter Einsatz der vorhandenen Förderungsmittel auf eine Erhöhung der Bodenmobilität hingewirkt wird. Auch im Hinblick auf eine wirksame Zusammenlegung ist deshalb zu folgern, daß die Flurbereinigung in nächster Zukunft bevorzugt für Gebiete und Gemarkungen vorzusehen ist, in denen voraussichtlich eine ausreichende Bodenmobilität durch Pachtland und damit eine zweckmäßigere Betriebsgrößenverteilung erreichbar ist.

Wo es trotz aller Anstrengungen nicht gelingt, das potentielle Pachtland zusammenzufassen, oder die Betriebsgrößenveränderungen nach der Zusammenlegung den angenommenen Umfang übersteigen, wird der Flurbereinigung in gewissem Abstand eine beschleunigte Zusammenlegung oder eine geschlossene Maßnahme des freiwilligen Landtausches folgen müssen (SCHICKE, 116, S. 325). Die Flurbereinigung wird als Anpassungsmaßnahme immer dann in relativ kurzen Zeitabständen wiederholt werden müssen, wenn sich die ökonomischen und technischen Voraussetzungen der Landbewirtschaftung - wie gegenwärtig - verhältnismäßig schnell und oft tiefgreifend verändern.

Die Zusammenlegung erfordert von allen Flurbereinigungsmaßnahmen den höchsten Arbeitsaufwand (aufgrund der für sie erforderlichen Neuvermessung der Gemarkung, der zeitraubenden Termine und Verhandlungen mit den Teilnehmern). Trotz ihrer im gegenwärtigen Prozeß des Strukturwandels zeitlich verringerten Wirksamkeit wird aber in den meisten Gebieten nicht auf eine Zusammenlegung verzichtet werden können, da die Beseitigung der Besitzzersplitterung eine Voraussetzung zur rationelleren Landbewirtschaftung und damit in der Regel auch für die Bildung zweckmäßigerer Betriebsgrößen ist. - In Verfahren, in denen abzusehen ist, daß die Zusammenlegung nur von begrenzter zeitlicher Wirksamkeit sein wird, erscheinen aber ausgesprochen zeitraubende Verhandlungen für eine besonders starke Zusammenlegung nicht lohnend. Hier sollte versucht werden, den Arbeitsaufwand für die Zusammenlegung möglichst zu verringern. In Zweit- und Drittbereinigungen könnte das dadurch geschehen, daß wie in den Beschleunigten Zusammenlegungen nur noch ganze Grundstücke getauscht werden. In einer Agrarregion wie Nordhessen, in der überwiegend nur eine mäßige Besitzzersplitterung vorliegt und die Erstbereinigung nahezu abgeschlossen ist, bieten sich für eine Zusammenlegung durch den Tausch ganzer Grundstücke besonders günstige Voraussetzungen. Im Interesse einer rationelleren und beschleunigten Durchführung der Flurbereinigung sollte von dieser Möglichkeit verstärkt Gebrauch gemacht werden.

In den Erstbereinigungen wird sich jedoch durch eine verringerte zeitliche Wirksamkeit der Zusammenlegung kaum etwas am Verfahrensablauf ändern können. Die Zusammenlegung dient in den Erstbereinigungen nicht nur der Schaffung größerer Bewirtschaftungseinheiten, sondern ist eine Voraussetzung und notwendige Folge der Anlage des Wege- und Gewässernetzes.

4.8 Anlage und Ausbau des Wegenetzes

Die landwirtschaftlichen Wege sind als langfristiges Anlagekapital und in ihrer Funktion am ehesten mit den Wirtschaftsgebäuden vergleichbar. Sind die Gebäude für die Viehhaltung unentbehrlich, so sind es die Feldwege für die Bodennutzung.

Auch die beim Wegenetz und den Gebäuden auftretenden Probleme sind ähnlich: Ihre Anlage und ihr Zustand haben entscheidenden Einfluß auf die rationelle Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion, und ihre ständige Anpassung an die technische und strukturelle Entwicklung bereitet besondere Schwierigkeiten.

4.81 Wegenetzgestaltung

Die betriebswirtschaftlichen Anforderungen an die Wegenetzgestaltung sind von SEUSTER (118 und 119) umfassend behandelt worden. Zur besseren Übersicht seien diese Anforderungen kurz zusammengefaßt. - Die rationelle Bewirtschaftung und Nutzung des Bodens erfordert im Zeitalter der Vollmechanisierung große Blöcke (kleinste mit Wegen umrandete Flächen) mit geraden, möglichst parallelen Grenzen. Für das Ackerland ist ein zweiseitiger Wegeanschluß anzustreben, für das Grünland genügt einseitiger Wegeanschluß. Die Wegedichte (Wegelänge je Flächeneinheit) sollte nicht größer als unbedingt notwendig sein. Eine geringe Wegedichte beansprucht einmal weniger Nutzflächen und erfordert zum anderen geringere Ausbau- und Unterhaltungskosten. Entscheidenden Einfluß auf die Blockgröße und damit die Wegedichte hat die Block- oder Schlaglänge, da sie bei der Flurneuordnung festgelegt werden kann. Eine optimale Schlaglänge für alle Betriebsgrößen und Arbeitsverfahren gibt es ebenso wenig wie eine optimale Schlaggröße. Für bäuerliche Betriebe sind jedoch Schlaglängen von etwa 300 m zweckmäßig, während für Großbetriebe Feldlängen bis zu 600 m zweckmäßig sein können (SPITZER, 121, S. 194). Die erforderliche Wegedichte und darüber hinaus die gesamte Struktur eines Wegenetzes hängt damit entscheidend von der Betriebsgrößenstruktur ab. - Die betriebswirtschaftlichen Anforderungen lassen sich am leichtesten in der Ebene verwirklichen, eine schwierige Oberflächengestalt kann mehr oder weniger starke Abweichungen erzwingen.

Die Wegenetzgestaltung ist seit ihren Anfängen ein wichtiger Bestandteil der Vorplanung. In jeder untersuchten Vorplanung sind Angaben über die zweckmäßigen Schlaglängen, die Bearbei-

tungsrichtung sowie die Grundzüge der vorzunehmenden Wegenetzgestaltung enthalten. - Bei der Beurteilung der Wegenetzgestaltung ist - wie bereits im Abschnitt 4.41 angedeutet - zwischen Erst- und Zweitbereinigungen zu unterscheiden. Die genaue Untersuchung der Wegenetze nach allen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten kann aber nicht Aufgabe dieses Kapitels sein, da sie eine eigene Arbeit füllen würde. Im folgenden sollen deshalb nur die wichtigsten Vorschläge der Vorplanungen untersucht werden: die Festlegung der Schlaglängen in den Erstbereinigungen und die Verringerung der Wegedichte in einer bestimmten Gruppe von Zweitbereinigungen.

4.81.1 Wegenetzgestaltung in den Erstbereinigungen

Die Untersuchung der Wegenetzgestaltung in den Erstbereinigungen wurde anhand von Karten vorgenommen. - Auf Karte 8 sind fünf Gemarkungen aus den Kreisen Hersfeld und Hünfeld abgebildet, deren Oberflächengestalt, Betriebsgrößenstruktur und auch Wegenetzgestaltung etwa dem Durchschnitt der untersuchten Erstbereinigungen entspricht. Die Oberflächengestalt der fünf Gemarkungen ist - bis auf einen Einschnitt im mittleren Teil der Gemarkung IV - einheitlich schwach bis mäßig hügelig und bereitet der Wegegestaltung keine besonderen Schwierigkeiten. - In Übersicht 14 sind für die Gemarkungen die wichtigsten Kennzahlen zur Beurteilung der Wegenetzgestaltung zusammengestellt.

Die durchschnittliche Schlaglänge der Übersicht 14 kennzeichnet die Wegenetzgestaltung der untersuchten fünf Erstbereinigungen am genauesten. Aufgrund zahlreicher Waldgrenzwege ist die Wegedichte in den Gemarkungen III, IV und V überhöht und besitzt daher nur eine verringerte Aussagekraft. Es wird deshalb auf den optischen Vergleich anhand der Karte 8 hingewiesen.

Von der Vorplanung für die fünf Gemarkungen ist für bäuerliche Betriebe über 10 ha LN eine "Normalschlaglänge" von 200 m bis 300 m, im Mittel von 250 m, vorgeschlagen worden (hinsichtlich der vorzuschlagenden Schlaglängen hat sich die Vorplanung an veröffentlichten Untersuchungen orientiert - vergl. v. BABO,

Übersicht 14: Kenndaten zur Wegenetzgestaltung in fünf Erstbereinigungen

Bezeichnung	Gemarkung (nach Karte 8)				
	I	II	III	IV	V
Ø Bodenklimazahl	53,9	48,1	35,2	31,0	35,8
Nutzflächenverhältnis ¹⁾					
Ackerland in v.H.	66	72	73	71	75
Grünland in v.H.	34	28	27	29	25
Flächenanteil der Kleinbetriebe unter 5 ha LN in v.H.	11	24	27	27	20
Wegedichte km je 100 ha LN	8,8	8,9	12,1	12,9	11,4
Ø Schlaglänge in m (gewogenes Mittel)	225	230	205	175	180
1) Nutzflächenverhältnis und Betriebsgrößenstruktur zur Zeit der Flurbereinigung <u>Quellen:</u> AVA - "Strukturdaten und Gemeindespiegel" der Kreise Hersfeld und Hünfeld sowie eigene Erhebungen					

10, S. 82 und SEUSTER, 118, S. 28 f.). Für kleinere Nebenerwerbsbetriebe wurde dagegen vorgeschlagen, sie in Blöcken mit "Normalschlaglänge" abzufinden und diese durch in der Blockmitte angelegte schmale Rasenwege auf eine "halbe Schlaglänge" von 150 m zu verkürzen. Diese Vorschläge sind in nahezu allen Vorplanungen gemacht worden.

Bei der Anlage der Wegenetze sind die Kleinbetriebe hier zunächst in kürzeren Blöcken abgefunden worden, die aufgrund der Oberflächengestalt keine "Normalschlaglänge" zuließen. Darüber hinaus sind jedoch für die Kleinbetriebe keine weiteren "Kurzgewanne" angelegt, sondern sie sind entgegen der Vorplanung in Blöcken mit annähernder "Normalschlaglänge" abgefunden

KARTE 8

WEGENETZGESTALTUNG IN FÜNF ERSTBEREINIGUNGEN

LEGENDE

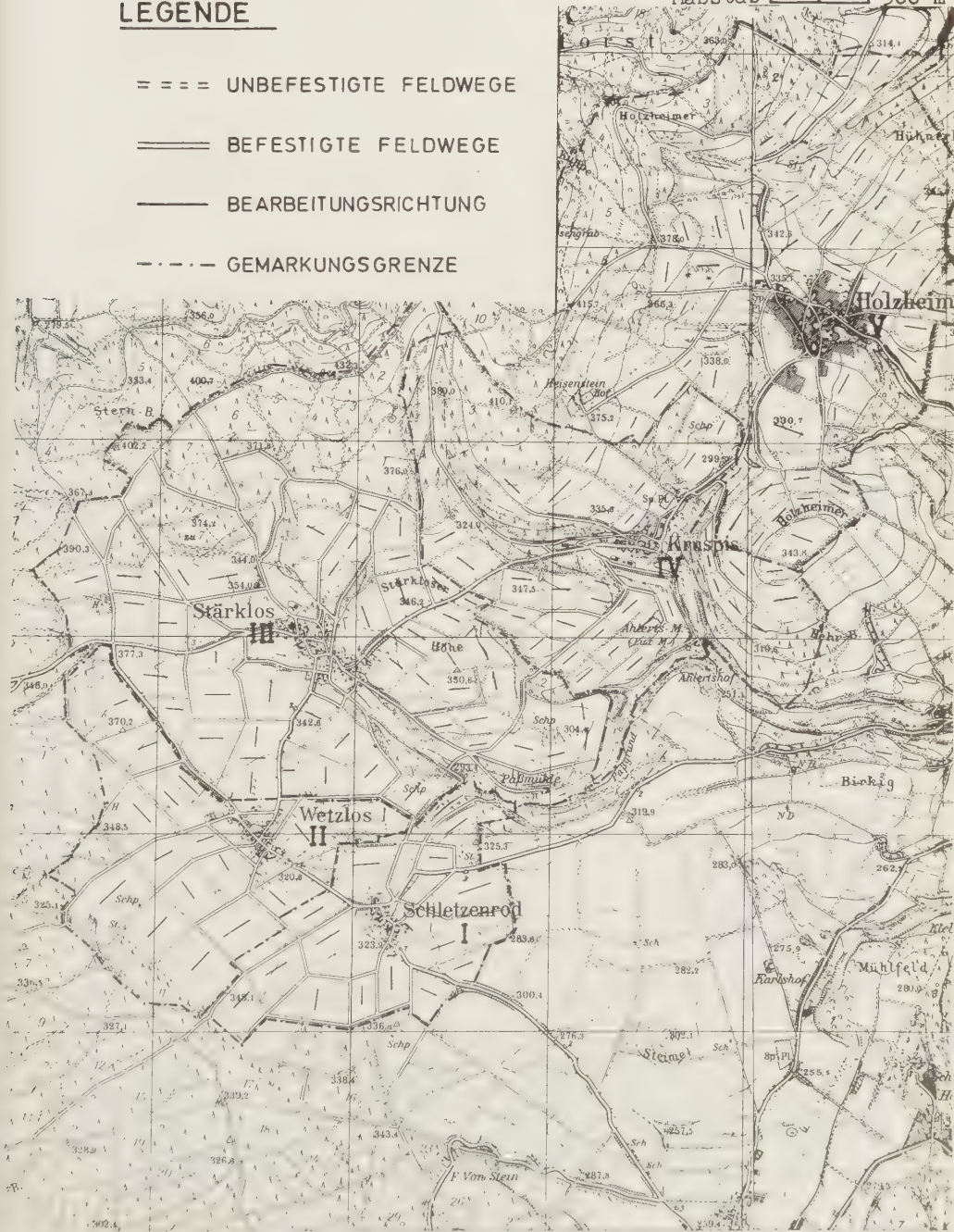
=== UNBEFESTIGTE FELDWEGE

==== BEFESTIGTE FELDWEGE

— BEARBEITUNGSRICHTUNG

- - - - GEMARKUNGSGRENZE

Maßstab 1 : 500 m



worden. Mit Ausnahme der Gemarkung I weisen die in Übersicht 14 angeführten Gemarkungen einen hohen Anteil an Kleinbetrieben auf. - Die Betriebe über 10 ha LN sind, entsprechend dem Vorschlag der Vorplanung, überwiegend in Blöcken mit einer Schlaglänge von 225 m bis 300 m abgefunden worden.

Bei der Wegenetzgestaltung für die Kleinbetriebe weicht die Durchführung also von den Vorschlägen ab. Der Vorschlag der Vorplanung ist zwar grundsätzlich keineswegs falsch, da zwei durch Rasenwege getrennte "Kurzgewanne" bei Verpachtung durch Einzug des Weges leicht auf eine zweckmäßige Schlaglänge gebracht werden können, also anpassungsfähig angelegt sind. Auf diese Möglichkeit ist in den Vorplanungen stets hingewiesen worden. Aus heutiger Sicht erscheint aber eine Sonderabfindung der Kleinbetriebe nicht mehr erforderlich und damit die durchgeführte Wegenetzgestaltung zweckmäßiger, da die meisten Kleinbetriebe ebenfalls technisierte Arbeitsverfahren einsetzen und der Gesichtspunkt der späteren Verpachtung im Vordergrund stehen sollte.

Nach SCHICKE (116, S. 324 f.) sind die Wegenetze zukünftig so zu gestalten, daß - auch für Kleinbetriebe - maximale Schlaglängen für den Einsatz von Vollerntemaschinen geschaffen werden, selbst dann, wenn die Kleinbetriebe wieder schmale Grundstücke erhalten. Aber auch dieses von SCHICKE vorgeschlagene Wegenetz müßte Änderungen zulassen, da sich die maximalen Schlaglängen für Vollerntemaschinen auch zukünftig ändern können (vergl. den nächsten Abschnitt).

Grundsätzlich und abschließend kann festgestellt werden, daß die Wegenetzgestaltung in den Erstbereinigungen weitgehend den im letzten Jahrzehnt gültigen betriebswirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird.

4.81.2 Wegenetzgestaltung in den Zweitbereinigungen

Die Wegenetzgestaltung ist in früheren Jahrzehnten nach den damaligen arbeitswirtschaftlichen Gegebenheiten, vor allem denen der tierischen Anspannung, vorgenommen worden. Bei günstiger Oberflächengestalt und Betriebsgrößenstruktur sind viele der alten Wegenetze auch den heutigen Ansprüchen gewachsen

(vergl. das Wegenetz der Karte 4). Ein Teil der älteren Wegenetze in Nordhessen, besonders die nach 1900 angelegten, weist jedoch unregelmäßige Planformen, eine ungünstige Wegeführung und zu geringe Schlaglängen auf (vergl. Abschnitt 3.2). Die Aufgabe der Zweitbereinigung ist es, diese Wegenetze den modernen Anforderungen anzupassen. Eine Erhöhung der Schlaglängen ist in der Regel nicht ohne eine Verringerung der Wegedichte durch Einzug von Wegen möglich. Die Verringerung der Wegedichte ist deshalb der Kernpunkt der Wegenetzgestaltung in vielen Zweitbereinigungen. Von den Vorplanungen sind für 28 v.H. der untersuchten Zweitbereinigungen Verringerungen der Wegedichte vorgeschlagen worden (Übersicht 8b, Sp. 17). - Für die Untersuchung, ob und in welchem Umfang die Wegedichte verringert wurde, kann mit gewissen Einschränkungen die in den Flurbereinigungsstatistiken angegebene Gesamtlänge der Wege vor und nach der Flurbereinigung herangezogen werden (Übersicht 5a, Sp. 8 und 9). Mit gewissen Einschränkungen deshalb, weil in dieser Gesamtlänge teilweise auch Wege der Ortslagen und außerhalb der landwirtschaftlichen Nutzflächen enthalten sein können. Mit ausreichender Genauigkeit sagt die Gesamtlänge jedoch aus, ob ein Wegenetz merklich verkürzt oder verdichtet worden ist. Die Auswertung der Wegelängen vor und nach der Flurbereinigung ist in Übersicht 8b, Sp. 16 und 17, wiedergegeben. Es ist hiernach nur in 6 v.H. aller Zweitbereinigungen eine geringfügige Verminderung, jedoch in 75 v.H. eine Erhöhung der Wegedichte vorgenommen worden.

Die Überprüfung der Untersuchungsgemeinden bestätigte, daß es in der angegebenen Zahl von Zweitbereinigungen tatsächlich zur Ausweisung neuer Wege - wenn auch oft nur in geringem Umfang - gekommen ist. Es sind allerdings weniger neue Wege innerhalb der Nutzflächen, sondern in erster Linie Wege entlang den Feld-Wald-Grenzen (Kulturartengrenzwege) ausgewiesen worden. Trotzdem kann die Erhöhung der Wegedichte in 75 v.H. der Zweitbereinigungen nicht kritisch genug gesehen werden. Diese Maßnahme läuft den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen und den erkennbaren strukturellen Entwicklungstendenzen geradezu

entgegen. - Eine nennenswerte Verringerung der Wegedichte ist in keiner der Zweitverfahren erzielt worden. Die Führung der Wege und die Grundstücksformen sind dagegen, soweit das ohne größere Änderungen der Wegenetze möglich ist, in den meisten Verfahren verbessert worden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß in knapp einem Drittel der Zweitbereinigungen eines der wichtigsten agrarstrukturellen Ziele, die Auflockerung und damit die Anpassung der Wegenetze an den technisierten Landbau, nicht erreicht wurde. Die Gründe hierfür sind: die relativ hohen Kosten einer Wegenetzänderung, der Widerstand der Teilnehmer gegen Änderungen des Bestehenden, teilweise auch eine noch bestehende Kleinbetriebsstruktur, die den ausführenden Beamten eine Verringerung der Wegedichte verfrüht oder noch nicht lohnend erscheinen ließ.

Die Kosten einer Wegenetzänderung hängen selbstverständlich stark von der Art und Weise ab, wie die Änderung erfolgt. Müssen in einer Flur nach dem Fortfall einzelner Wege sämtliche umliegenden Wege verlegt werden, so ist dieses eine recht kostspielige Maßnahme. Eine solche gründliche Umgestaltung ist häufig nicht zu umgehen, wenn zur Bodenerhaltung die Bearbeitungsrichtung der Nutzflächen geändert werden muß. Um größere Grundstücke mit ausreichenden Schlaglängen zu erhalten, genügt es jedoch in der Regel, einzelne Wege einzuziehen und ganze Blöcke zu verschmelzen. Hierdurch entstehen relativ geringe Kosten.

Die Zweitbereinigungsgemarkung Langenhain, Kreis Eschwege, in der die vorhandene Kleinbetriebsstruktur der Hauptgrund für eine nur unwesentliche Verringerung der Wegedichte war, ist auf Karte 9 abgebildet. Der Flächenanteil der Kleinbetriebe unter 5 ha LN betrug hier zur Zeit der Flurbereinigung 41 v.H. ¹⁾, die mittlere Schlaglänge liegt heute bei etwa 145 m. - Im Verfahren sind drei Wege ohne Änderung umliegender Wege eingezogen worden. Auf Karte 9 sind alle weiteren Wege bezeichnet, die nach eigener Auffassung - bei Berücksichtigung des notwendigen Bodenschutzes - ohne grundlegende Änderungen des Wegenetzes

1) Vorplanung Langenhain der ehemaligen Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen

KARTE 9

DURCHGEFÜHRTE UND MÖGLICHE WEGENETZ- GESTALTUNG EINER ZWEITBEREINIGUNG



LEGENDE

Maßstab  500 m

- ===== VORHANDENE FELDWEGE
- - - - - IM VERFAHREN VERLEGTE FELDWEGE
- IM VERFAHREN EINGEZOGENE FELDWEGE
- IM VERFAHREN NEU AUSGEWIESENE FELDWEGE
- - - - - WEITERE EINZIEHBARE WEGE

eingezogen werden könnten. Das dargestellte Wegenetz, das selbstverständlich nur ein Beispiel sein kann, ist in etwa typisch für Gemarkungen mit einem hohen Anteil von Kleinbetrieben. - Das Verfahren, einzelne Wege einzuziehen und ganze Blöcke zu verschmelzen, dürfte in Zukunft aus Kostengründen die einzige, jedoch in den meisten Fällen ausreichende Möglichkeit darstellen, zu dichte Wegenetze aufzulockern. In vielen Gemeinden wird hierzu allerdings eine vorherige Änderung der Betriebsgrößenstruktur eintreten müssen.

Aus den Schwierigkeiten, die der Zweitbereinigung bei der erforderlichen Anpassung älterer Wegenetze entstehen, wird folgendes deutlich: Ist ein Wegenetz einmal nach einer bestimmten Betriebsgrößenstruktur angelegt, dann ist es ein relativ starres, wenig anpassungsfähiges Gebilde (vergl. MEIMBERG, 98, S. 76 f.). In Zeiten eines schnellen Strukturwandels ist das ein entscheidender Nachteil. Für die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude ist bereits früher eine flexible Bauweise gefordert worden, die jeder Veränderung der ökonomischen Bedingungen gewachsen ist (ANDREAE, 2, S. 49). Diese Forderung ist auch für das landwirtschaftliche Wegenetz zu stellen, dessen Anlage einen viel höheren Kapitalaufwand als der einzelner Gebäude erfordert und das einer viel größeren Zahl von Betrieben dienen muß.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, daß bereits die übergeordneten Hauptwirtschaftswege einer Flur ein Blocksystem bilden, in dem eine großflächige, rationelle Landbewirtschaftung möglich ist. Weiterhin ist es hierzu notwendig, daß innerhalb dieses Blocksystems ein bestimmter Teil aller Wege im Flurbereinigungsplan als veränderbar ausgewiesen wird, die je nach den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen eingezogen oder neu angelegt werden können. Diese Forderungen werden schwer zu erfüllen sein, sie erscheinen jedoch im Hinblick auf den in Zukunft möglichen Strukturwandel notwendig. - In einem Zweitbereinigungsverfahren wie der Flurbereinigung Langenhain hätten zum Beispiel die Wege, die nach Karte 9

eingezogen werden könnten, als veränderbar ausgewiesen werden müssen, wenn ein Einzug im Verfahren selbst nicht möglich erschien.

4.82 Ausbau des Wegenetzes

Der Zustand landwirtschaftlicher Wege ist für die Produktivität der Landbewirtschaftung von mindestens gleicher Bedeutung wie die Anlage des Wegenetzes. Von ihm hängt nicht nur die mögliche Geschwindigkeit des Schleppers und damit der Transportzeitaufwand, sondern auch die Einsatzfähigkeit und die Nutzungsdauer der Landmaschinen entscheidend ab. Der Ausbau der Wege ist daher eine notwendige Folgemaßnahme der Mechanisierung. Die Dringlichkeit des Ausbaues wächst mit steigendem Mechanisierungsgrad. - Die Wegebeanspruchung ist in erster Linie vom Bodennutzungssystem abhängig (SEUSTER, 118, S. 62); sie ist bei den Hackfruchtbaubetrieben am größten und sinkt über die Getreidebaubetriebe bis zu den Futterbaubetrieben ab.

In den Untersuchungsvereinigungen war der Ausbau der Wirtschaftswege eine der wichtigsten Maßnahmen, in den Zweitbereinigungen sogar die wirtschaftlich wirksamste Verbesserung. Der Anteil der Wegebaukosten in den Zweitbereinigungen Nordhessens liegt regelmäßig zwischen 60 und 85 v.H. der gesamten Ausführungskosten ¹⁾. - In den untersuchten Erstbereinigungen ist eine durchschnittliche Ausbaudichte (befestigte Wegelänge je Flächeneinheit) von 4,5 km je 100 ha LN (1,7 km mit schwerer Befestigung, 2,8 km mit leichter Befestigung), in den Zweitbereinigungen eine solche von 2,2 km je 100 ha LN (je 1,1 km mit schwerer und leichter Befestigung) erreicht worden (Übersicht 5c, Sp. 29 und 30). Geht man von den im Untersuchungsgebiet etwa je zur Hälfte vorherrschenden Bodennutzungssystemen der Hackfrucht- Getreidebau- und der Getreide-Hackfruchtbaubetriebe aus (22, S. 64 f.), dann ist die mittlere Ausbaudichte in den Zweitbereinigungen als ausreichend, in den Erstbereinigungen dagegen als zu hoch zu beurteilen. - Beispiele für eine relativ

¹⁾ Auskunft der Kulturämter Hersfeld, Kassel und Marburg

hohe Ausbaudichte sind die Wegenetze der Gemarkungen I und II der Karte 9. Die Ausbaudichte liegt in der Gemarkung I bei 4,3 km, in der Gemarkung II bei 5,0 km je 100 ha LN. Wie aus der Karte 9 zu ersehen ist, sind die Blöcke der Gemarkung I zum großen Teil allseitig von befestigten Wegen umgeben. Ausreichend ist jedoch ein einseitiger befestigter Wegeanschluß (SEUSTER, 118, S. 55 ff.).

Von KLEMPERT (88, S. 59) wird für Hackfruchtbaubetriebe eine zweckmäßige Ausbaudichte von 2 km, für Getreide- und Futterbaubetriebe überschlägig eine Ausbaudichte von 1,5 km je 100 ha LN angegeben. Diese Ausbaudichten dürften jedoch nur in Gebieten mit relativ weitmaschigem Wegenetz völlig ausreichen. Erzwingt aber die Oberflächengestalt, eine Kleinbetriebsstruktur oder ein häufiger Wechsel von Wald und Nutzfläche - Gegebenheiten, die in Nordhessen häufig vorliegen - eine höhere Wegedichte, dann muß auch die Ausbaudichte steigen. Da bei den untersuchten Erstbereinigungen zudem die leichte Befestigung überwiegt, ist die Ausbaudichte hier zwar hoch, aber nicht völlig unangemessen.

Für die Zweitbereinigungen sind nur in einem Teil der Vorplanungen Vorschläge zum Ausbau der Wege gemacht worden (Übersicht 9b, Sp. 14). Die geringe Beachtung des Wegeausbaues ist auf die irrige frühere Auffassung zurückzuführen, diese Maßnahme sei von geringerer betriebswirtschaftlicher Bedeutung. Nach dem in diesem Abschnitt Gesagten sollte eine Fachplanung wie die Vorplanung jedoch alle Angaben zum Ausbau der Wegenetze enthalten, die betriebswirtschaftlich und agrarstrukturell bedeutsam sind, so: die zweckmäßige Ausbaudichte aufgrund des vorherrschenden Bodennutzungssystems, die Hackfrucht- und Futterbaulagen einer Gemarkung oder eines Raumes, ferner Hinweise, wo ein Ausbau mögliche strukturelle Entwicklungen ungünstig beeinflussen kann. Selbst für Erstbereinigungen, in denen ein neues Wegenetz anzulegen ist, können diese Angaben gemacht werden.

Der Ausbau der Wege ist für die Landwirtschaft vieler Gemeinden des Untersuchungsraumes als Folge der Mechanisierung zu einer Existenzfrage geworden. Die meisten Teilnehmer sind deshalb daran interessiert, ihr Wegenetz in der Flurbereinigung möglichst weitgehend auszubauen. Die Rentabilität der in der Flurbereinigung ausgebauten Wege ist relativ hoch. SEUSTER (118, S. 19) hat für eine Betriebsgröße von 25 ha LN und das Bodennutzungssystem der Hackfrucht-Getreidebaubetriebe eine jährliche Mindesteinsparung von 65.-- DM je ha LN durch befestigte Wege errechnet. Geht man von dieser jährlichen Mindesteinsparung von 65.-- DM je ha LN, den heutigen durchschnittlichen Wegebaukosten (50 000.-- DM je km Teerdecke) und den Finanzierungsbedingungen der Flurbereinigung (Mindestbeihilfe 50 v.H., 4 v.H. jährliche Zins- und Tilgungsleistung) aus (61, S. 8), dann ist der Ausbau bis zu einer Dichte von 6,5 km je 100 ha LN rentabel. Unterstellt ist hierbei freilich, daß die Landwirte keinen Beitrag zur Unterhaltung der Wege zu leisten brauchen.

War es bisher schon schwierig, die Anlage eines unbefestigten Wegenetzes den veränderten technischen und strukturellen Bedingungen anzupassen, so gilt das für ein stark ausgebautes Wegenetz natürlich in besonderem Maße. Soll die dringend notwendige Anpassungsfähigkeit der Wegenetze erreicht werden, dann wird die Ausbaudichte zukünftig in vielen Gemarkungen unter dem gegenwärtigen wirtschaftlich notwendigen Umfang bleiben müssen.

Im vorigen Abschnitt wurde vorgeschlagen, einen Teil der Wege als veränderbar auszuweisen. Für die veränderbaren Wege ist jede Befestigung - auch außerhalb der Flurbereinigung - zu untersagen. Diese Forderung ist gerechtfertigt, wenn die zukünftige Strukturentwicklung durch den heutigen Wegebau nicht buchstäblich verbaut werden soll.

Die zur Zeit geltenden Finanzierungsrichtlinien für die Flurbereinigung, nach denen der Wegeausbau mit schwerer Befestigung auf höchstens 1,2 km je 100 ha LN bearbeiteter Fläche

beschränkt ist, kommen dieser Forderung entgegen (61, S. 3).

4.9 Probleme der Umstellungsberatung

Eine selbständige Umstellungsberatung ist im Untersuchungsraum bis etwa 1963 durchgeführt worden und in 56 v.H. der untersuchten Erst- und 25 v.H. der Zweitbereinigungen erfolgt ¹⁾. Seitdem wird die Umstellungsberatung von den örtlichen Ringberatern zusätzlich zu deren anderen Aufgaben wahrgenommen, die jedoch durch ihre regulären Aufgaben bereits voll ausgelastet sind ²⁾.

Die Umstellungsberatung hatte die Aufgabe, den Betrieben nach der Zuteilung der neuen Grundstücke bei der Umstellung auf die neuen Produktionsbedingungen behilflich zu sein. Für die Beratung der Haupt- und Zuerwerbsbetriebe wurden folgende Unterlagen angefertigt ³⁾: ein Anbau- und Fruchtfolgeplan, ein Betriebsüberschlag, eine Lageskizze über die Schlageinteilung und die zweckmäßige Verteilung der Nutzungsarten, Ferner wurden die Betriebe in Fragen der Arbeits- und Düngerwirtschaft beraten.-Für die in dieser Arbeit zu untersuchenden Probleme hat die Umstellungsberatung insofern Bedeutung, als sie auch mit der von der Vorplanung vorgeschlagenen Änderung der Nutzungsarten - die die Flurbereinigung grundsätzlich den Teilnehmern selbst überlassen hat - betraut war. Wie die Überprüfung der Untersuchungsgemarkungen ergab, sind in allen Verfahren mit nachfolgender Umstellungsberatung die Nutzungsänderungen zwar nicht genau, aber doch in enger Anlehnung an die Vorplanung durchgeführt worden (vergl. Abschnitt 4.23). Die durchgeführte Änderung der Nutzungsarten ist - obwohl nur ein Teilgebiet der Umstellungsberatung - ein wichtiger Hinweis für den Erfolg ihrer Tätigkeit.

1) Eigene Erhebung

2) Auskunft des Hessischen Landesamtes für Landwirtschaft in Kassel

3) Auskunft von drei ehemaligen Umstellungsberatern im Untersuchungsraum

HUSEMANN (74, S. 269) hat für die Schwerpunkte der Melioration in Nordwestdeutschland den Einsatz fachlich geschulter Umstellungsberater gefordert. Diese Forderung nach dem Einsatz der Beratung muß grundsätzlich auch für die Flurbereinigung des Untersuchungsraumes gestellt werden. - Die Beratung muß einmal während des Verfahrens erfolgen, um die Aufgeschlossenheit und Zustimmung der Teilnehmer für alle durchzuführenden Maßnahmen, insbesondere für die Maßnahmen im Einzelinteresse, zu erreichen. Eine besondere Beratungsaufgabe müßte es zukünftig weiterhin sein, die Teilnehmer während des Verfahrens über die Zweckmäßigkeit und die langfristigen Vorteile einer gezielten, anpassungsfähigen Zusammenlegung aufzuklären. Die Beratung über die Fachfragen der Flurbereinigung wird hierzu in den nicht oder nur bedingt entwicklungsfähigen Betrieben von einer sozialökonomischen Beratung begleitet werden müssen (GLATTEN, 36, S. 197 ff.). - Zum anderen müssen die Betriebe nach Abschluß der Flurbereinigung auf alle Rationalisierungsmöglichkeiten hingewiesen werden, die die Flurbereinigung geschaffen hat.

Da die Zahl der Berater im letzten Jahrzehnt jedoch erheblich verringert wurde, ist nicht anzunehmen, daß eine Beratung von der Intensität der früheren Umstellungsberatung jemals wieder aufgenommen werden kann. Im Untersuchungsraum ist eine Beratung dieser Intensität aber auch nicht mehr erforderlich, da die Erstbereinigung hier so gut wie abgeschlossen ist und nur noch Zweit- und Drittbereinigungen anstehen. Da die Zweit- und Drittbereinigungen keine grundsätzliche Neuordnung herbeiführen, dürfte hier für die reinen Fachfragen der Flurbereinigung anstatt der früheren Individualberatung in der Regel die Gruppenberatung in Form von Vorträgen genügen. Eine begleitende sozialökonomische Beratung wird allerdings auf einzelbetrieblicher Ebene erfolgen müssen.

5. Vorschläge zur Neuorientierung der Flurbereinigung und zweckmäßigeren Gestaltung der Vorplanung

5.1 Vorschläge zur Neuorientierung der Flurbereinigung

Die Zahlenergebnisse und die kritische Beurteilung der Flurbereinigungsmaßnahmen haben deutlich gemacht, daß die Flurbereinigung des Untersuchungsraumes mit ihrer Fülle von Maßnahmen nicht nur ein Instrument zur wirksamen Entwicklung und Neuordnung der Landwirtschaft, sondern des ganzen ländlichen Raumes ist. Es wird aber auch ebenso deutlich, daß die Flurbereinigung auf einigen Gebieten nur eine teilweise Neuordnung erreicht hat. Das Problem der ausreichenden Durchführung aller erforderlichen Maßnahmen wird in einem späteren Abschnitt ausführlicher behandelt werden. In vielen Fällen wird eine ausreichende Durchführung bereits durch einfache organisatorische Umstellungen erreicht werden können.

Auf anderen Gebieten ist es der Flurbereinigung nicht gelungen, ihre Maßnahmen ausreichend den veränderten strukturellen, betriebswirtschaftlichen und technischen Bedingungen der Landwirtschaft anzupassen. Hier besteht die Gefahr, daß die durch die Flurbereinigung geschaffenen Anlagen in relativ kurzer Zeit veralten oder sogar zu einem Hemmschuh der Entwicklung werden. Im Hinblick auf die noch in Zukunft zu erwartende strukturelle Entwicklung der Landwirtschaft erscheint es daher notwendig, daß nicht nur eine schnellere Anpassung der Flurbereinigungsmaßnahmen, sondern grundsätzlich auch die Anpassungsfähigkeit der langfristigen Anlagen selbst erreicht wird. Die Anpassungsfähigkeit ist die Voraussetzung für eine schnellere und finanziell tragbare Umgestaltung der langfristigen Anlagen. Dieses Ziel erfordert von der Flurbereinigung keine grundsätzlich neuen Aufgaben, aber doch eine gewisse Neuorientierung.

Für diese Neuorientierung - der die Vorplanung vorangehen muß - sollen im folgenden die Vorschläge, die sich aus der kritischen Beurteilung der einzelnen Flurbereinigungsmaßnahmen im vorigen

Kapitel ergeben, zusammengefaßt werden. Diese Vorschläge können sich im wesentlichen aber nur auf die in dieser Arbeit untersuchten Probleme beziehen. - Zuvor erscheint es jedoch notwendig, auf die Frage einzugehen, ob und in welchem Umfang mit weiteren strukturellen Veränderungen gerechnet werden muß.

5.11 Ursachen und Ausmaß des Strukturwandels

Um zu klaren Aussagen zu kommen, soll im folgenden hauptsächlich auf den Wandel der Betriebsgrößenstruktur Bezug genommen werden, der für die Flurbereinigung am bedeutsamsten ist.

Treibende Kraft der Wandlungen im Wirtschafts- und Sozialgefüge ist nach FOURASTIE (35) der technische Fortschritt und der durch ihn ermöglichte ständig steigende Lebensstandard. Beide führen über eine veränderte Nachfrage und neue Produktionsverfahren zu einer Verschiebung der Preis-Kosten-Relationen, die wiederum zu einer Anpassung der Wirtschaftsstrukturen zwingen.

Aufgrund des technischen Fortschrittes konnte die westdeutsche Nahrungsmittelproduktion von 1961/62 bis 1967/68 insgesamt um 22 v.H., pro Vollarbeitskraft der Landwirtschaft sogar um 70 v.H. gesteigert werden (22, S. 27 und 159). Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln hält jedoch einerseits mit der Entwicklung der Produktionskapazität in der Landwirtschaft, andererseits mit der Entwicklung der Einkommen in der übrigen Wirtschaft nicht Schritt. Nach WEINSCHENK (136, S. 26) liegt die Einkommenselastizität für Agrarprodukte gegenwärtig bei 0,3; das heißt, die Nachfrage nach Nahrungsmitteln nimmt bei gleichen Preisen nur um 3 v.H. zu, wenn die Einkommen in der übrigen Wirtschaft um 10 v.H. ansteigen.

Der Anteil der Landwirtschaft am gesamten Nettoinlandsprodukt muß deshalb bei steigenden Masseneinkommen ständig zurückgehen. Trotz leicht erhöhter Erzeugerpreise ist der Anteil der Landwirtschaft am Nettoinlandsprodukt von 1961 bis 1968 um 29 v.H. gesunken (22, S. 138). Sollen die in der Landwirtschaft Tätigen

ebenfalls höhere Einkommen erhalten, dann muß ihre Zahl - bei gleichbleibendem oder steigendem Produktionsumfang - abnehmen. Die Zahl der Vollarbeitskräfte in der Landwirtschaft hat sich deshalb von 1960/61 bis 1967/68 um 28 v.H. verringert (22, S. 27). Soll das agrarpolitische Ziel einer Einkommensangleichung und -sicherung für die in der Landwirtschaft Tätigen zukünftig erreicht werden, dann müßte sich nach einer Berechnung von WEINSCHENK und HENRICHSMEYER (135, S. 7) die 1968 vorhandene Zahl von 1.002 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben bis 1980 in der Bundesrepublik um 270 000 auf 715 000 Betriebe verringern.

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft wird jedoch nicht nur durch die bereits genannten Faktoren, sondern auch durch die Kostenstruktur begünstigt. - Die wechselseitige Substitution der drei landwirtschaftlichen Elementarfaktoren Boden, Arbeit und Kapital erfolgt mit abnehmender Grenzrate (KEHRBERG und REISCH, 79, S. 27 f.). Die im letzten Jahrhundert nacheinander vollzogene Substitution von Boden durch Kapital (Intensivierung) und von Arbeit durch Kapital (Mechanisierung) ist von einem bestimmten Punkt an nicht mehr ökonomisch sinnvoll und muß durch vermehrten Einsatz von Boden ergänzt werden (HERLEMANN und STAMER, 48, S. 25). In dieser "Aufstockungsstufe" ist vor allem mit einem Rückgang der Kleinbetriebe mit geringer Bodenfläche zu rechnen (STAMER, 124, S. 119).

Als notwendige Produktionseinheiten, die eine wirtschaftliche Nutzung der Produktionsfaktoren (ohne den Einsatz von Spezialarbeitskräften) ermöglichen, werden heute angesehen: 60 bis 80 ha Getreide, 30 ha Hackfrüchte, 30 bis 50 Milchkühe, 150 bis 250 Maatschweine und 30 Zuchtsauen (KÖHNE, 81, S. 114 ff.). - Mit höherer Technisierungsstufe wird sich der Umfang der Produktionseinheiten durch die erforderliche Kapazitätsausnutzung leistungsfähigerer technischer Anlagen erweitern müssen. Ferner wird mit höherer Technisierungsstufe immer weniger die gegebene Arbeitskraft und Bodenfläche eines Betriebes, sondern das technische Verfahren kapazitätsbestimmend sein (MEIMBERG, 92, S. 46). Dieser Vorgang stellt, wie bereits im Abschnitt 4.61 ausführlicher dargelegt, die Funktionsfähigkeit des herkömmlichen Fami-

lienbetriebes aufgrund seiner relativ geringen Anpassungsfähigkeit in der Faktorausstattung in Frage. Dadurch wird sich der Zwang und voraussichtlich auch die Neigung zu kooperativen Unternehmensformen, vor allem in der Veredelungswirtschaft, erhöhen.

Eine Berechnung der zukünftigen räumlichen Betriebsgrößenverteilung in Hessen, die eine Grundlage für die Beurteilung der möglichen und notwendigen Betriebsgrößenentwicklung darstellt, ist von BAUMGARDT (11) vorgenommen worden. Diese Bestimmung der räumlichen Betriebsgrößenverteilung baut auf den von SABARTH (113, S. 198 ff.) für jede Gemeinde Hessens errechneten Richtgrößen für landwirtschaftliche Familienbetriebe auf. Die Richtbetriebsgrößen sind von SABARTH (113, S. 11 f.) für Familienbetriebe mit zwei Arbeitskräften und einem unterstellten Arbeitseinkommen von 10 000.- DM je Vollarbeitskraft bestimmt worden. Die Richtbetriebsgrößen und -organisationen sind damit für ein Arbeitseinkommen geplant worden, das in etwa dem Vergleichslohn des "Grünen Berichtes" von 1969 (22, S. 56) und dem gegenwärtig zu fordernden Einkommen für landwirtschaftliche Arbeitskräfte entspricht.

In Übersicht 15 sind die 1966 vorhandenen Haupterwerbsbetriebe in den Landbaugebieten Nordhessens der tragfähigen Zahl an Vollerwerbsbetrieben mit der Richtbetriebsgröße gegenübergestellt. Nach der Berechnung von BAUMGARDT (11, S. 151 ff.) können sich 38 v.H. der 1966 vorhandenen Haupterwerbsbetriebe zu Vollerwerbsbetrieben entwickeln. Eine starke Flächenumschichtung ist Voraussetzung hierzu. Der größte Teil der vorhandenen Haupterwerbsbetriebe wird zum Neben- und Zuerwerbsbetrieb übergehen müssen.

Nicht enthalten ist in der Übersicht 15 die Zahl der möglichen Vollerwerbsbetriebe für einige Höhengebiete Nordhessens, wie zum Beispiel für die Rhön, das Knüllgebiet oder das Waldecker Upland, weil das mit der Richtgröße geforderte Arbeitseinkommen in diesen Gebieten bei den unterstellten Planungsdaten nicht zu erreichen war (BAUMGARDT, 11, S. 151).

Übersicht 15: Die vorhandene und tragfähige Zahl an Vollerwerbsbetrieben in den Landbaugebieten Nordhessens

Bezeichnung	Betriebe		Landw. Nutzfläche		Anteil an der gesamten landw. Nutzfläche von 1966 in v.H. ¹⁾
	Zahl	v.H.	ha	v.H.	
I. Haupterwerbsbetrie- be 1966 insgesamt ¹⁾	13836	100	270281	100	63
II. Haupterwerbsbetrie- be, die 1966 die Richtgröße erreich- ten ¹⁾	2328	17	90791	34	21
III. Tragfähigkeit an Vollerwerbsbetrieben mit der Richtgröße ^{2)a)}	5249	38	164145	61	38
IV. Erforderliche Abnahme der 1966 vorhandenen Haupterwerbsbetriebe bis zur errechneten Tragfähigkeit	-8587	-62	-106133	-39	-25

a) Ohne Berücksichtigung einiger Höhengebiete Nordhessens

- Quellen: ¹⁾ Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Grundlagen zur Agrarstrukturellen Rahmenplanung Hessen, Karten F-13 und F-14, S. 5, Wiesbaden 1969
- ²⁾ H.J. BAUMGARDT, Die gegenwärtige und zukünftige räumliche Betriebsgrößenverteilung in Hessen unter Zugrundelegung rationeller Betriebsmodelle für landwirtschaftliche Familienbetriebe, S. 203 bis 209, Gießen 1967

5.12 Neuorientierung einzelner Flurbereinigungsmaßnahmen

Die Flurbereinigung ist eine überwiegend langfristig wirkende Maßnahme, die mit dem Wege- und Gewässernetz und dem Zusammenlegungsplan Anlagen schafft, die nicht häufig und kurzfristig grundlegend geändert werden können. Eine Zeit, in der der rasche strukturelle Wandel gegenüber dem früheren Gleichmaß zur Regel wird, verlangt deshalb für die langfristigen Anlagen und Maßnahmen grundsätzlich die Anpassungsfähigkeit und den stärkeren Übergang vom statischen zum dynamischen Planen und Handeln. - Dieser Übergang wird für die Flurbereinigung nicht leicht zu vollziehen sein, da die statische Denkungsweise und die Orientierung am Gegenwärtigen nicht zuletzt dadurch gefördert wird, daß die geschaffene Neuordnung im Flurbereinigungsplan möglichst genau festgelegt werden muß.

Wie ihre kritische Beurteilung gezeigt hat, kann ein großer Teil der landwirtschaftlichen Flurbereinigungsmaßnahmen von strukturellen Veränderungen in der Wirksamkeit beeinflusst werden. Teilweise können die Maßnahmen zu Fehlinvestitionen, teilweise sogar zu Hemmnissen der Entwicklung werden.

Durch den für die Flurbereinigung im Vordergrund stehenden Wandel der Betriebsgrößenstruktur und dessen Folgen wird die Wirksamkeit einmal durchgeführter Rodungen, Bodenverbesserungen, wasserwirtschaftlichen Maßnahmen sowie Erosions- und Windschutzmaßnahmen zwar kaum verringert. So sind Bodenverbesserungen für einen Nebenerwerbsbetrieb von gleichem Nutzen wie für einen Vollerwerbsbetrieb, der diese Bodenverbesserungen durch Pachtung übernimmt. Die genannten Maßnahmen können aber in relativ kurzer Zeit zu Fehlinvestitionen werden, wenn man sie auf Grenzertragsstandorten durchführt. Um solche Fehlinvestitionen zu vermeiden, ist für die Flurbereinigungsbehörde die Kenntnis und eine vorangegangene Abgrenzung der Grenzertragsstandorte, auch der potentiellen, äußerst wichtig. In Gebieten, die mit Sicherheit landwirtschaftliche Produktionsstandorte bleiben werden, gilt für die aufgezählten Maßnahmen, sofern ihre Wirtschaftlichkeit nachgewiesen worden ist, weiterhin der Grundsatz der möglichst umfassenden Neuordnung im Rahmen der Finanzierungsmöglich-

keiten. Dieser Grundsatz gilt selbstverständlich auch für die außerlandwirtschaftlichen Aufgaben der Flurbereinigung, die von den strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft nicht unmittelbar beeinflußt werden.

Von den Veränderungen der Betriebsgrößenstruktur werden im Flurbereinigungsverfahren mehr oder weniger stark beeinflußt: die Aussiedlung, Betriebsvergrößerung, Zusammenlegung und die Anlage und der Ausbau des Wegenetzes. - Die Aussiedlung erfordert, da sie keine spezifische Flurbereinigungsmaßnahme ist, keine besondere Neuorientierung. Es genügt, wenn der für die allgemeine Agrarstrukturverbesserung geltende Grundsatz befolgt wird, daß die Entwicklungsfähigkeit der zu fördernden Betriebe - auch der zukunftssträchtiger erscheinenden kooperativen Unternehmensformen - in jeder Hinsicht gesichert sein muß.

Da eine zweckmäßige Betriebsgrößenverteilung nach TÖRÖK (129, S. 107) eine wesentliche Voraussetzung für den gesamtwirtschaftlichen Erfolg der Flurbereinigung ist, muß sich diese zukünftig stärker an der Notwendigkeit und den Möglichkeiten der Betriebsvergrößerung orientieren. Die jeweils vorhandenen Förderungsmöglichkeiten zur Landmobilisierung durch Verpachtung (vergl. Abschnitt 4.63) sind daher vorausplanend in vorgesehenen Flurbereinigungsgebieten einzusetzen, um eine zweckmäßigere Betriebsgrößenverteilung erreichen zu können. - Die Maßnahmen zur Landmobilisierung und Betriebsvergrößerung dienen gleichzeitig dazu, die geforderte und notwendige Anpassungsfähigkeit der Zusammenlegung durch eine räumliche Zusammenfassung des vorhandenen und potentiellen Pachtlandes zu erleichtern oder überhaupt erst zu ermöglichen. Um diese Ziele zu erreichen, ist die Flurbereinigung bevorzugt in Gebieten und Gemeinden durchzuführen, in denen eine Landmobilisierung bereits gelungen ist oder voraussichtlich gelingen wird. - Wo es nicht gelingt, die Zusammenlegung anpassungsfähig zu gestalten, wird diese in den meisten Fällen eine zeitlich relativ eng begrenzte Wirksamkeit haben. In solchen Fällen erscheint es erforderlich, den hohen Arbeitsaufwand für die Zusammenlegung durch geeignete Maßnahmen

zu vermindern, da diese dann in relativ kurzem Zeitabstand - wenn auch als Teilmaßnahme in Form der Beschleunigten Zusammenlegung oder des freiwilligen Landtausches - wiederholt werden muß. Auf die Möglichkeiten hierzu wird im nächsten Abschnitt eingegangen werden.

Die wichtigste Neuorientierung der Flurbereinigung wird zweifellos durch die geforderte Anpassungsfähigkeit der Wegenetze notwendig. Das Wegenetz ist nicht nur die kostspieligste und langfristigeste Anlage der Flurbereinigung, sondern stellt gleichzeitig die Begrenzung für die in einem bestimmten Rahmen jeweils mögliche Form der Landbewirtschaftung dar. Ist ein Wegenetz innerhalb von Festpunkten anpassungsfähig gestaltet, so dürften im Prinzip alle durch den Strukturwandel erzwungenen Umstellungen der Landbewirtschaftung möglich sein. - Vorschläge, wie die Anpassungsfähigkeit der Wegenetze erreicht werden kann, wurden bereits im Abschnitt 4.81.2 unterbreitet.

Der Ausbau der Wirtschaftswege wird ebenfalls außerhalb der Flurbereinigung durchgeführt. Er hat jedoch entscheidenden Einfluß auf die Anpassungsfähigkeit der Wegenetze. Daraus folgt, daß der Ausbau nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Flurbereinigung so vorgenommen werden muß, daß die Anpassungsfähigkeit erhalten bleibt (verg. Abschnitt 4.82). Der Ausbau der Wirtschaftswege sollte deshalb in Zukunft nur nach Genehmigung und unter Aufsicht der Kulturämter erfolgen.

Soll und kann die Anpassungsfähigkeit der genannten Flurbereinigungsmaßnahmen, vor allem der Wegenetze, dazu führen, daß in Zukunft Zweit- und Drittbereinigungen überflüssig werden? Diese Forderung würde von der Flurbereinigung verlangen, daß sie für alle Zeiten Endgültiges schafft. Das ist aber unmöglich, denn endgültige Flurbereinigungen gibt es nicht, wie bereits mehrfach erörtert wurde. Die geforderte Anpassungsfähigkeit soll einmal die Funktion der geschaffenen Anlagen für einen bestimmten Zeitraum voll sichern, zum anderen deren spätere Anpassung und Umgestaltung - auch im Rahmen einer Zweit- oder Drittbereinigung - zu tragbaren Kosten ermöglichen.

5.13 Neuorientierung in den Erst- und Zweitbereinigungen

Die Anpassungsfähigkeit der langfristigen Anlagen wird in der Erstbereinigung am leichtesten zu erreichen sein, da in der Regel eine vollständige Neuordnung erfolgt. Die Dringlichkeit, diese Anpassungsfähigkeit zu erreichen, ist hier aber auch am größten. In den gegenwärtigen Erstbereinigungen werden in einer Zeit des raschen Strukturwandels für eine noch bestehende Betriebsgrößenstruktur und eine Form der Landbewirtschaftung Anlagen geschaffen, die bereits in wenigen Jahren überholt sein können.

Die Notwendigkeit zur Durchführung der Erstbereinigung ist auch in einer Zeit der schnellen strukturellen Veränderungen aus verschiedenen Gründen weiterhin gegeben. Durch die Erstbereinigung werden in der Regel erst die Voraussetzungen zur rationalen Landbewirtschaftung geschaffen, von der wiederum in den meisten Fällen die Bildung entwicklungsfähiger Betriebsgrößen abhängt. Ferner dürfte es in vielen Gemeinden nicht möglich sein, ohne Erstbereinigung ausreichende infrastrukturelle Einrichtungen zu erhalten.

Der Verfahrensablauf der Erstbereinigung wird sich auch durch eine in bestimmten Gemeinden und Gebieten verringerte zeitliche Wirksamkeit der Zusammenlegung kaum verändern lassen, da die Zusammenlegung in den meisten Fällen Voraussetzung und notwendige Folge der grundsätzlichen Neuordnung ist.

In den Zweitbereinigungen hängt die Möglichkeit, die Anpassungsfähigkeit der bestehenden Wegenetze herbeizuführen, von deren Anlage ab. Am Beispiel einer für den Untersuchungsraum typischen Gemarkung wurde jedoch zu zeigen versucht (Karte 9), daß die Umgestaltung der alten Wegenetze durchaus möglich ist, wenn die Betriebsgrößenstruktur es nur erlaubt.

In den Zweit- und Drittbereinigungen, in denen es trotz aller Anstrengungen nicht gelingt, die Zusammenlegung anpassungsfähig zu gestalten, sollte der relativ hohe Arbeitsaufwand für diese Maßnahme aus den angeführten Gründen möglichst verringert werden. Eine Verminderung des Arbeitsaufwandes für die Zusammenlegung

ist generell auch für Regionen wie Nordhessen anzustreben, in denen überwiegend nur eine mäßige Besitzzersplitterung vorliegt und die Zusammenlegung daher häufig - im Gegensatz zu anderen Maßnahmen - weniger dringend ist.

Es wurde bereits vorgeschlagen, die Zusammenlegung in solchen Zweit- und Drittbereinigungen nach Möglichkeit durch den Austausch ganzer Grundstücke vorzunehmen. Hierdurch wäre es möglich, in der Regel die arbeitssparende Beschleunigte Zusammenlegung nach § 91 FlurbG einzusetzen. Um die agrarstrukturellen Probleme der Zweit- und Drittbereinigungscomminden zu lösen, kann man sich zwar einerseits auf die Zusammenlegung ganzer Grundstücke beschränken, andererseits müssen jedoch alle erforderlichen Anpassungsmaßnahmen ohne Einschränkung durchgeführt werden können. Für einen verstärkten Einsatz der arbeitssparenden Beschleunigten Zusammenlegung wäre es deshalb wünschenswert, wenn die in den derzeitigen Richtlinien festgelegte Beschränkung der beihilfefähigen Ausführungskosten von 1000.- DM je Hektar für Zweit- und Drittbereinigungen angehoben würde (61, S. 6 f.).

Zur Notwendigkeit von Zweitbereinigungen ist folgendes zu bemerken: Finanzstarke Gemeinden werden meistens in der Lage sein, die zur Landbewirtschaftung notwendigen Einrichtungen und Anlagen regelmäßig selbst zu erneuern und veränderten Bedingungen anzupassen. Kleinere Gemeinden in wirtschaftlich schwach strukturierten Gebieten - wie sie in Nordhessen häufig anzutreffen sind - sind jedoch heute selten in der Lage, diese Aufgabe voll zu erfüllen. Im Untersuchungsraum ist der Zweitbereinigung deshalb mehr und mehr die Aufgabe zugewachsen, für kleinere Gemeinden und wirtschaftlich schwache Gebiete die Erneuerung und Anpassung der kommunalen Infrastruktur und der zur Landbewirtschaftung notwendigen Anlagen zu übernehmen. - Die Zweit- und Drittbereinigung sollte deshalb nicht als notwendiges Übel, sondern als Einrichtung einer arbeitsteiligen Gesellschaft gewertet werden, die für die Landwirtschaft und darüber hinaus die Raumordnung eine wichtige Funktion erfüllt.

Soll diese Aufgabe aber voll erfüllt werden können, dann darf die Einleitung einer Zweit- und Drittvereinigung nicht mehr in erster Linie vom Grad der Besitzzersplitterung, sondern muß daneben von der Dringlichkeit der notwendigen Erneuerungs- und Anpassungsmaßnahmen abhängig gemacht werden.

5.14 Entwicklung zum Raumordnungsverfahren

Die Notwendigkeit zur weiteren Durchführung von Erst- und Zweitvereinigungsverfahren ergibt sich jedoch nicht nur aufgrund agrarischer Gesichtspunkte. In den letzten Jahren sind die wirtschaftlich schwach strukturierten ländlichen Gebiete verstärkt zu einem Objekt der Raumordnungspolitik geworden. Die oft ähnlichen Probleme dieser Gebiete sind: häufig ungünstige natürliche und wirtschaftliche Standortsbedingungen, eine landwirtschaftliche Kleinbetriebsstruktur, mangelnde infrastrukturelle Ausrüstung und ferner eine zu geringe Zahl gewerblicher Betriebe und Arbeitsplätze. Es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die ländlichen Problemgebiete nur durch ein enges Zusammenwirken von Regionalpolitik, Agrarstrukturpolitik und Raumordnungspolitik gesamtwirtschaftlich entwickelt werden können (20, S. 17 f.).

Aufgrund des Beispiels in den Niederlanden gelangt DAMS (26, S. 61) zu der Auffassung, daß die Flurbereinigung auch die geeignete Rahmenmaßnahme zur Koordinierung und Finanzierung der gesamtwirtschaftlichen Förderung ländlicher Räume ist. Eine Erweiterung zum Raumordnungsverfahren würde für die Flurbereinigung einen gewissen Abschluß ihrer bisherigen Entwicklung bedeuten. - Auch für die Flurbereinigung des Untersuchungsraumes läßt sich die Tendenz einer Entwicklung zum Raumordnungsverfahren erkennen. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten sind die Flurbereinigungen in Nordhessen zu einem großen Teil in Gruppen benachbarter Gemeinden, die zumeist einen Nahbereich bildeten, durchgeführt worden (zum Beispiel die Gruppenverfahren Trendelburg, Korbach, Wolfhagen, Eschwege - vergl. 88 und 51). Im Bereich der bisherigen Aufgaben der Flurbereinigung haben diese Verfahren also bereits einen kleineren, über die Gemeinde-

grenzen hinausgehenden Raum geordnet. - Einen weiteren Schritt zum Raumordnungsverfahren wird wahrscheinlich die Durchführung des Entwicklungsprogrammes für das Knüllgebiet in Nordhessen bedeuten (59). Dieses Programm sieht für das Gebiet des gesamten Knüllgebirges Umstrukturierungsmaßnahmen für die Landwirtschaft und den Ausbau zur Fremdenverkehrs- und Erholungslandschaft, einschließlich der Vervollständigung infrastruktureller Einrichtungen, vor (59, S. 10 ff.). Das Programm soll nach einer Gesamtkonzeption, jedoch im Rahmen von etwa hundert Einzelflurbereinigungen verwirklicht werden (59, S. 8 ff.). Die raumordnerische Konzeption für das Knüllgebiet wird gegenwärtig durch eine agrarstrukturelle Vorplanung mit Landschaftsplan erarbeitet (56). Mit der Durchführung des Programmes wird Anfang 1971 begonnen werden ¹⁾.

Eine Reihe von Gesichtspunkten sprechen dafür, daß auch zukünftige Raumordnungsverfahren nach einer Gesamtkonzeption, jedoch zunächst im Rahmen von Einzelverfahren auf Gemeindeebene durchgeführt werden. Ein großer Teil der noch zu erörternden Aufgaben eines Raumordnungsverfahrens wird ortsbezogen sein, insbesondere die bisherigen Aufgaben der Flurneuordnung und die Ausweisung von Land für kommunale Einrichtungen. Da die denkbaren Aufgaben eines Raumordnungsverfahrens die Interessen und Rechte einer größeren Zahl von Landeigentümern berühren werden, wird die Organisation des Verfahrensablaufes ähnlich dem der heutigen Flurbereinigung sein müssen. Für die ortsbezogenen Maßnahmen werden daher wahrscheinlich auch Gremien ähnlich den heutigen Teilnehmervorständen zu bilden sein. - Bei ausreichender Koordination dürfte die Aufgliederung in Einzelverfahren kein Nachteil für das Gesamtverfahren sein.

Außer auf die landwirtschaftlichen Maßnahmen der Flurneuordnung könnte sich ein Raumordnungsverfahren auf folgende Schwerpunktaufgaben erstrecken:

- Koordinierung und Finanzierung aller Förderungsmaßnahmen im Verfahrensgebiet;
- überörtliche und örtliche Verkehrserschließung;

1) Auskunft des Landeskulturamtes Hessen

- Ausweisung von Land für flächenbeanspruchende Maßnahmen, insbesondere für Siedlungszwecke, Industrie- und Gewerbeunternehmen;
- Ausbau überörtlicher und örtlicher infrastruktureller Einrichtungen, Dorf- und Kleinstadtsanierung;
- überörtliche und örtliche wasserwirtschaftliche und landeskulturelle Maßnahmen;
- Schaffung der Voraussetzungen zur Landschaftspflege und -erhaltung, Auf- und Ausbau von Fremdenverkehrs- und Erholungseinrichtungen.

Die Koordinierung der Durchführung und Finanzierung aller Einzelplanungen und -maßnahmen dürfte zunächst die Hauptaufgabe eines zukünftigen Raumordnungsverfahrens sein (DAMS, 26, S. 61). Es ist nicht anzunehmen, daß die für das Raumordnungsverfahren verantwortliche Behörde alle Maßnahmen geschlossen plant und durchführt. Ähnlich der heutigen Flurbereinigung dürfte das Raumordnungsverfahren den Durchführungsrahmen für die vorliegenden Einzelplanungen der verschiedenen Fachbereiche abgeben.

Für die denkbaren und genannten Aufgaben eines Raumordnungsverfahrens liegen für ganz Hessen detaillierte Investitionsplanungen bis zum Jahre 1985 vor, die allerdings räumlich nur nach den vorgesehenen, relativ großen fünf Planungsregionen Hessens aufgliedert sind (64, S. 109 ff.). Ein zukünftiges Raumordnungsverfahren dürfte zunächst aber nur kleinere Gebiete, maximal vom Größenbereich des Knüllentwicklungsprogrammes (hundert Gemeinden), umfassen. Zur Erarbeitung einer Gesamtkonzeption für das Raumordnungsverfahren wird in den meisten Fällen die Regionalplanung, im konkreten Fall Hessens die agrarstrukturelle Vorplanung die geeignete Planungsebene darstellen (der Begriff Regionalplanung ist nach SPITZER, 122, S. 31, allgemein gleichbedeutend mit Raumplanung). Es ist selbstverständlich, daß die agrarstrukturelle Vorplanung hierzu die raumwirksamen Planungen aller Fachbereiche aufeinander abzustimmen hat (vergl. Abschnitt 5.21.1).

Für die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen bieten sich die wasserwirtschaftlichen Rahmen- und Generalpläne als Unterlage an (WEBER, 134, S. 37), die in Hessen für die Niederschlagsgebiete

der meisten größeren Wasserläufe erstellt worden sind (57, S. 23). Besondere Bedeutung hat in einem Berg- und Hügelland wie Hessen die Abflußregelung der Wasserläufe durch einen hochwasserfreien Ausbau und durch Anlage von Hochwasserrückhaltebecken und Talsperren (57, S. 13 und 31 ff.). Die Ausbaumaßnahmen zur Abflußregelung der Wasserläufe sind im Untersuchungsgebiet bisher durchweg im Rahmen von Flurbereinigungen erfolgt (Beispiel: Flurbereinigung der Gemarkung Wohra, Karte 5). Da ein umfassender Hochwasserschutz mit gleichzeitiger Regelung des Wasserhaushaltes optimal nur durch eine übergebietliche Abflußregelung erreicht werden kann (57, S. 31), werden diese Maßnahmen mit Sicherheit zu den Aufgaben eines zukünftigen Raumordnungsverfahrens gehören.

Beispiele großräumiger Landentwicklungsprogramme, bei denen wasserwirtschaftliche und landeskulturelle Maßnahmen zu den Schwerpunktaufgaben gehören, sind das Emslandprogramm, der Küstenplan, das Programm Nord und der Alpenplan (WEBER, 134, S. 35 ff.). Aufgrund eines von WEBER (134, S. 38 f.) angeführten Beispiels aus dem hessischen Raum kann geschlossen werden, daß auch die landeskulturellen Maßnahmen im engeren Sinne (Vorflutregelung durch kleinere Wasserläufe, Regelung des Bodenwasserhaushaltes durch Dränung, Unterbodenmelioration und Beregnung) zu den Aufgaben eines Raumordnungsverfahrens gehören werden.

Eine weitere Aufgabe für die Flurbereinigung und für ein zukünftiges Raumordnungsverfahren könnte die Schaffung der Voraussetzungen zur Landschaftspflege und -ernaltung werden. Das Problem der Landschaftserhaltung wird sicher, je nach den regionalen und örtlichen Erfordernissen und Möglichkeiten, auf verschiedene Art und Weise gelöst werden können und müssen. Es wird mit BUCHWALD (17, S. 65 ff.) aber zu den Aufgaben der Landentwicklung und damit zu denen eines Raumordnungsverfahrens gehören, für überwiegend aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausgeschiedene agrarische Problemgebiete, insbesondere in den Mittelgebirgen, die Funktion als Fremdenverkehrs- und Erholungslandschaft zu sichern oder neu zu schaffen. Da in den meisten Fällen eine größere Zahl von Landeigentümern beteiligt sein wird, dürfte die Schaffung oder auch nur die Erhaltung einer Erholungslandschaft am zweckmäßigsten im Rahmen eines Flurbereinigungs-

oder Raumordnungsverfahrens erfolgen. - Werden im Zuge der Abflußregelung eines Wasserlaufes Dauerstauanlagen geschaffen, dann sind diese oft Ausgangspunkte für eine Entwicklung des umliegenden Gebietes zur Fremdenverkehrs- und Erholungslandschaft. Die genannten Aufgaben eines Raumordnungsverfahrens weisen hier enge Verbindungen auf.

Die Fragen des Ausbaues von Fremdenverkehrseinrichtungen und der Landschaftsgestaltung müssen daher ebenfalls Aufgaben der vorangehenden agrarstrukturellen Vorplanung sein. Nach einem Gliederungsentwurf des hessischen Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten ist vorgesehen, mit jeder agrarstrukturellen Vorplanung in Zukunft einen Landschaftsplan zu erstellen (53).

Die mögliche Entwicklung der Flurbereinigung zum Raumordnungsverfahren wird sich voraussichtlich in kleinen Schritten vollziehen. Die gleichzeitige Durchführung der Flurbereinigung in einem Nahbereich sollte in Zukunft aber zur Regel werden. Einmal werden hierdurch die überörtlichen Probleme zweckmäßiger zu lösen sein. Zum anderen erfordert der gegenwärtig erkennbare Funktionswandel vieler Gemeinden in ländlichen Räumen (bevorzugte Entwicklung zentraler Orte, Rückentwicklung kleinerer Gemeinden zu landwirtschaftlichen Weilern) eine differenzierte kommunale Förderung (LAMPRECHT, 87, S. 41 ff.). Diese differenzierte Förderung dürfte leichter zu handhaben sein, wenn sich Gemeinden unterschiedlicher Funktion gleichzeitig in der Flurbereinigung befinden.

5.2 Vorschläge zur zweckmäßigeren Gestaltung der Vorplanung

Die Aufgaben, die die Vorplanung für die Flurbereinigung wahrzunehmen hat, werden auch in absehbarer Zukunft bestehen bleiben. Die erforderliche Neuorientierung der Flurbereinigung auf einigen Gebieten dürfte die Notwendigkeit zur Durchführung einer vorherigen Fachplanung vielmehr verstärken und ihre Aufgaben erweitern.

Die Untersuchung des Einflusses der Vorplanung hat gezeigt, daß ihre fachlichen Bestrebungen bei einer Reihe von Einzelmaßnahmen, so bei den Kulturarten- und Nutzungsänderungen,

den Boden- und Windschutzmaßnahmen und der Wegenetzgestaltung in Zweibertreibungen, nur teilweise verwirklicht worden sind. Obwohl die genaue Durchführung aller Planungsvorschläge nicht der alleinige Maßstab für die Verwendbarkeit und den Nutzen der Vorplanung sein kann, wird ihre Wirksamkeit doch weitgehend an der Verwirklichung ihrer Planungsziele gemessen werden müssen. Für die teilweise geringe Verwirklichung der angeführten Einzelmaßnahmen waren in erster Linie folgende Gründe maßgebend:

- eine schwierige Finanzierbarkeit und damit eine schwierige Realisierbarkeit der Vorschläge;
- Widerstand und mangelndes Verständnis der Teilnehmer;
- die Verfahrens- und Durchführungspraxis der Flurbereinigungsbehörden;
- und fachliche Mängel der Vorplanung.

Auf die Verfahrenspraxis der Flurbereinigungsbehörden hat die Vorplanung keinen Einfluß. Sie braucht ihre Planungsziele - wenn sie nach dem Flurbereinigungsgesetz an sich durchführbar sind - auch nicht an einer Verfahrenspraxis zu orientieren, die eine Durchführung bestimmter Maßnahmen erschwert oder verhindert. Die wichtigste Forderung an die Flurbereinigungsbehörden bezüglich der Verfahrenspraxis war, daß die Möglichkeit bestehen muß, alle erforderlichen Maßnahmen geschlossen durch die Teilnehmergemeinschaft durchzuführen (vergl. Abschnitt 4.22).

Die anderen genannten Ursachen für die geringe Verwirklichung der Vorschläge müssen und können aber zukünftig stärker in der Vorplanung berücksichtigt werden.

Darüber hinaus ergeben sich für die Vorplanung durch die zukünftig zur Regel werdende Erstellung übergeordneter Fachplanungen veränderte Voraussetzungen für die Aussage. - Auch hinsichtlich der Einordnung der Vorplanung in den Verfahrensablauf der Flurbereinigung bestehen, wie in Abschnitt 3.4 erörtert wurde, eine Reihe ungelöster Probleme.

Im folgenden sollen daher Vorschläge für eine zweckmäßigere Gestaltung der Vorplanung unterbreitet werden. Diese Vorschläge können sich jedoch im wesentlichen nur auf die eine Änderung erfordernden Sachfragen erstrecken.

5.21 Einfügung in den Verbund raumwirksamer Planungen

Um eine möglichst große Wirksamkeit der Planungen zu erzielen, kommt es nach SPITZER (122, S. 44 ff.) darauf an, die raumwirksamen Planungen aller Fachbereiche aufeinander abzustimmen, so daß ein zusammenhängender Planungsverbund entsteht. Dieser Planungsverbund ist auch durch die Vorplanung herzustellen. Die hierzu erforderliche Abstimmung ist für die Vorplanung nicht einfach, da sie als fachliche Detailplanung alle vorliegenden Planungen der eigenen und übergeordneten Planungsebene berücksichtigen muß.

5.21.1 Abstimmung mit den übergeordneten Planungen

Für die Vorplanung ist zunächst die Abstimmung mit den übergeordneten Fachplanungen wichtig. - In Hessen gibt es gegenwärtig einen dreistufigen Aufbau der landwirtschaftlichen Fachplanungen. Die agrarstrukturelle Rahmenplanung erstreckt sich auf das ganze Landesgebiet, die agrarstrukturelle Vorplanung erfaßt mindestens einen, bisher in der Regel aber mehrere Nahbereiche (51, 56), während sich die Vorplanung nach § 38 FlurbG als Kleinstraum- und Detailplanung auf ein Flurbereinigungsgebiet (Einzelgemeinde oder Gruppe von Nachbargemeinden) erstreckt.

Die agrarstrukturelle Rahmenplanung, deren Grundlagen für Hessen seit 1969 vorliegen, enthält Leitlinien der bisherigen und der anzustrebenden Entwicklung, ferner eine Fülle von Planungsunterlagen über die agrarstrukturellen Gegebenheiten sowie die Dringlichkeit und Notwendigkeit von Maßnahmen im landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Bereich (55). Die Angaben liegen teils für die Einzelgemeinden, teils für die Landbaugebiete und Kreise vor.

Für die Vorplanung stellt die Rahmenplanung zunächst eine relativ leicht auswertbare Unterlage und Information über wesentliche Strukturmerkmale des Vorplanungsgebietes und des umgebenden Raumes dar. Sie ermöglicht es, die besonderen oder typischen Gegebenheiten des Vorplanungsgebietes im Rahmen des umgebenden Landbau- oder Kreisgebietes zu erkennen und hieraus Schlüsse zu ziehen. Die Vorschläge können an den aufgezeigten Leitlinien der Entwicklung für das umgebende Landbaugebiet kritisch über-

prüft werden. Hierdurch dürfte nicht nur eine Abstimmung mit den aufgezeigten Leitlinien, sondern in gewissem Umfang auch eine Abstimmung der Vorplanungen untereinander in Räumen mit ähnlichen Struktur- und Standortverhältnissen erreicht werden können.

Die agrarstrukturelle Vorplanung ist für die Vorplanung nach § 38 FlurbG die unmittelbar übergeordnete Fachplanung. Sie ist bereits für große Gebiete Hessens erarbeitet oder begonnen worden und dürfte in wenigen Jahren flächendeckend für das ganze Land erstellt sein (56). Für den größten Teil aller Flurbereinigungsgemeinden werden damit in naher Zukunft bereits konkrete Planungsziele aus der Sicht des Nahbereiches vorliegen. Für die Vorplanung nach § 38 FlurbG kann und muß sich hierdurch eine Erleichterung der Planungsarbeit ergeben. Da die agrarstrukturelle Vorplanung ebenfalls den anzustrebenden Planungsverbund herstellen muß, liegen für das Flurbereinigungsgebiet nicht nur konkrete Entwicklungsziele aus landwirtschaftlicher, sondern auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht vor. Hierdurch wird der Vorplanung nach § 38 FlurbG eine gesichertere Fundierung der Planungsaussage ermöglicht werden, denn für diese entfällt die bisher relativ schwierige Aufgabe, die allgemeinen Entwicklungsziele der Landes- und Regionalplanung isoliert auf das kleinräumige Vorplanungsgebiet übertragen zu müssen. Nach dem bereits erwähnten Gliederungsentwurf für die agrarstrukturelle Vorplanung hat diese zukünftig die Entwicklungsziele aller vorliegenden Planungen in einem besonderen Abschnitt zusammenzufassen (53, S. 1).

Zu den Aufgaben der agrarstrukturellen Vorplanung gehört es auch, für die Gemeinden des Nahbereiches die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Flurbereinigung - die aufgrund früherer Erhebungen bereits in der agrarstrukturellen Rahmenplanung festgestellt ist (55, Karten B-14 bis B-16) - zu überprüfen sowie die Zweckmäßigkeit der zeitlichen Durchführung und die Rentabilität der Maßnahme zu untersuchen (53, S. 4). Für die Durchführung von Rentabilitätsberechnungen erscheint im Hinblick auf den anzustrebenden Planungsverbund folgende Abgrenzung der Aussage sinnvoll: die gesamtwirtschaftliche Rentabilität der Flurberei-

gung wird im Rahmen der agrarstrukturellen Vorplanung bestimmt, während die Berechnung der privatwirtschaftlichen Rentabilität für typische Betriebe jeder Einzelgemeinde durch die Vorplanung nach § 38 FlurbG erfolgt. Für diese Abgrenzung spricht einmal, daß die überörtlichen und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Flurbereinigung aufgrund der vorhandenen Planungsunterlagen durch die agrarstrukturelle Vorplanung leichter und mit geringerem Arbeitsaufwand werden berechnet werden können. Andererseits kann durch die Vorplanung nach § 38 FlurbG aufgrund des kleineren Planungsraumes genauer auf eine ausreichende Zahl typischer Betriebe eingegangen werden (vergl. Abschnitt 5.22.2).

Für die Vorplanung nach § 38 FlurbG entfällt damit die in der Vergangenheit häufig erwartete Aufgabe, die Dringlichkeit der Flurbereinigung und die zeitliche Zweckmäßigkeit der Durchführung lange vor der Einleitung des Verfahrens zu überprüfen und genau festzustellen. Die Vorplanung kann daher zukünftig zu einem optimalen Zeitpunkt durchgeführt und damit vermieden werden, daß ihre Aussagen und Vorschläge bis zur Durchführung veraltet sind.

Im Abschnitt 5.14 wurde schon darauf hingewiesen, daß die wasserwirtschaftlichen und landeskulturellen Maßnahmen bereits in regionalen Planungen zu bestimmen sind, also auch zum Aufgabenbereich der agrarstrukturellen Vorplanung gehören müssen. - Als geeignete Planungsunterlagen wurden die wasserwirtschaftlichen Rahmen- und Generalpläne genannt. Sie enthalten nach ihrem Planungsaufbau einen Wasserdargebots- und Wasserbedarfsplan, eine Wasserbilanz und einen relativ langfristigen Entwicklungsplan (52, S. 13). Diesen Plänen können auch für kleinere Gebiete und Wasserläufe die erforderlichen Angaben und geplanten Maßnahmen entnommen werden (52, S. 17, 21, 23).

Die Rahmenplanungen enthalten bereits Angaben über die ent- und bewässerungsbedürftigen Flächen (52, S. 19). Nach diesen Angaben kann in der Nahbereichsplanung dann die Bestimmung der landeskulturellen Maßnahmen im engeren Sinne erfolgen. Um mit Sicherheit die richtigen Meliorationsverfahren bestimmen zu können, müßten die wichtigsten Teile der anstatt des "bodenkundlichen Gutachtens" vorgeschlagenen Standortsuntersuchung nach

DIN 4220 (33) bereits im Rahmen der agrarstrukturellen Vorplanung durchgeführt und ihre Ergebnisse zusammengefaßt werden. Für die Vorplanung nach § 38 FlurbG ergäbe sich dann auch auf dem wichtigen Gebiet der Standortsbeurteilung der Vorteil, daß bereits Unterlagen vorliegen, die eigene Aussagen von vornherein erleichtern und fundieren können. - Das gleiche gilt für die Landschaftsplanung. Es wurde bereits angeführt, daß zukünftig in Hessen mit jeder agrarstrukturellen Vorplanung gleichzeitig ein Landschaftsplan zu erstellen ist (53, S. 3).

Im Hinblick auf die Qualität einer Planung ist es nach SPITZER (122, S. 29 f.) in jedem einzelnen Planungsfall erforderlich, die Aussage auf die Größe des Planungsraumes abzustellen. Hieraus ergibt sich die Frage nach der zweckmäßigen Abgrenzung der Aussagetiefe zwischen agrarstruktureller Vorplanung und der Vorplanung nach § 38 FlurbG. Dieses Problem ist gegenwärtig in vielen Fällen noch nicht befriedigend gelöst. Sind in der agrarstrukturellen Vorplanung aus überörtlicher Sicht sehr detaillierte Vorschläge für die Einzelgemarkung enthalten, dann kann die erforderliche Abstimmung der Planungsziele durch die Vorplanung nach § 38 FlurbG große Schwierigkeiten bereiten. Bei einem durchgeführten Vergleich von sechs Vorplanungen nach § 38 FlurbG mit den ihnen vorangegangenen agrarstrukturellen Vorplanungen konnte festgestellt werden, daß der Vorplaner nach § 38 FlurbG gegenüber der Nahbereichsplanung zu teilweise recht unterschiedlichen Vorschlägen gekommen ist. Unter solchen Differenzen muß zwangsläufig die Glaubwürdigkeit beider Planungsarten leiden.

Aufgrund des wesentlich größeren Planungsraumes müßte die agrarstrukturelle Vorplanung eine eindeutig geringere Aussagetiefe als die Vorplanung nach § 38 FlurbG anstreben. Eine Grenze könnte und sollte die Aussagetiefe der agrarstrukturellen Vorplanung dort finden, wo Vorschläge für Einzelbetriebe über eine tabellarische Darstellung hinausgehen. Der Vorschlag zum Beispiel, welche Betriebe einer Gemeinde für eine kooperative Unternehmensform in Frage kommen, würde nach dieser Abgrenzung nicht mehr zur Aufgabe einer agrarstrukturellen Vorplanung gehören. Überschneidungen werden sich auf Teilgebieten aber nicht

vermeiden lassen, da die Übergänge zwischen beiden Fachplanungen fließend sind.

Die Durchführung einer Vorplanung nach § 38 FlurbG dürfte andererseits zukünftig nach vorangegangener agrarstruktureller Vorplanung nur gerechtfertigt sein, wenn sie sehr gründliche, detaillierte Aussagen macht und dadurch noch mehr als bisher zu einer echten Durchführungshilfe wird. Eine solche gründliche Planung wird wiederum in der Regel nur durch eine spezielle, tiefgreifende Maßnahme wie die Flurbereinigung gerechtfertigt sein. Auf Teilgebieten wird die Vorplanung nach § 38 FlurbG hierzu eine größere Aussagetiefe anzustreben haben.

Mehrere Gründe sprechen weiterhin dafür, auch zukünftig eine Vorplanung für Flurbereinigungsverfahren durchzuführen. Eine agrarstrukturelle Vorplanung wird aufgrund des erforderlichen, relativ hohen Arbeitsaufwandes zu ihrer Erstellung nur in größeren Zeitabständen neu angefertigt oder in wesentlichen Teilen fortgeschrieben werden können. Aufgrund der in absehbarer Zukunft zu erwartenden, schnellen strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft dürfte ein Teil der Planungsaussagen in verhältnismäßig kurzer Zeit veraltet sein. Für eine tiefgreifende Maßnahme wie die Flurbereinigung werden diese Planungsaussagen der agrarstrukturellen Vorplanung in den meisten Fällen durch eine kleinräumigere Vorplanung aktualisiert und vertieft werden müssen. Auch bei einer Entwicklung der Flurbereinigung zum Raumordnungsverfahren wird eine gründliche, ortsbezogene und zudem aktualisierende landwirtschaftliche Detailplanung ein notwendiges Glied im anzustrebenden Planungsverbund sein müssen. Das gilt besonders dann, wenn ein Raumordnungsverfahren, wie angenommen werden kann, zunächst im Rahmen ortsbezogener Einzelverfahren durchgeführt wird.

5.21.2 Abstimmung mit den Planungen des Klein- und Kleinst- raumes

Im Hinblick auf die umfangreichen außerlandwirtschaftlichen Aufgaben der Flurbereinigung gilt es für die Vorplanung, nicht nur die erforderliche Abstimmung mit den raumwirksamen Planungen

der gleichen Planungsebene zu erreichen, sondern auch die eigene Aussage zweckmäßig abzugrenzen.

Für die Aussagebreite dürften auch weiterhin die im Abschnitt 3.31 getroffenen Feststellungen richtig sein: aufgrund des gesetzlichen Auftrages (§ 38 FlurbG) und ihrer Zielsetzung müssen für die Vorplanung auch zukünftig die landwirtschaftlichen Aufgaben im Vordergrund der eigenen Planungstätigkeit stehen. Die notwendige Abstimmung mit den außerlandwirtschaftlichen Planungen und deren oft tiefgreifender Einfluß auf landwirtschaftliche Belange machen es jedoch erforderlich, daß die Vorplanung weiterhin die wesentlichen Planungen anderer Fachbereiche und die alle Fachbereiche umfassenden Gesamtplanungen (Bauleitplanung) der gleichen Ebene übernimmt und sich gegebenenfalls mit ihnen auseinandersetzt. Als bisher einzige, regelmäßig durchgeführte Vorplanung für die Flurbereinigung kann und sollte sie der Flurbereinigungsbehörde einen umfassenden Überblick über die Gesamtmaßnahme geben. Es erscheint zweckmäßig, wenn die Vorplanung zukünftig - wie es auch für die agrarstrukturelle Vorplanung vorgesehen ist - die Ergebnisse aller im Vorplanungsgebiet wirksamen Planungen den eigenen Vorschlägen in einer Übersicht voranstellt.

Eine Abstimmung auf der Ebene des Vorplanungsgebietes ist vor allem mit den kommunalen Planungen erforderlich. Die wichtigste kommunale Planung und für große Teile der Vorplanungsaussage bestimmend ist die Bauleitplanung. Sie ist eine Gesamtplanung (SPITZER, 122, S. 32 f.), das heißt, sie enthält Ziele und Aussagen für mehrere oder alle Fachbereiche. Die Bauleitplanung besteht aus dem vorbereitenden Flächennutzungs- und dem rechtsverbindlichen Bebauungsplan (§§ 5, 8 und 9 Bundesbaugesetz). Nach ihrem vorgeschriebenen Inhalt (§§ 5 und 9 Bundesbaugesetz) sollen Flächennutzungs- und Bebauungspläne nicht nur die vorgesehenen Baugebiete, sondern darüber hinaus für das Gemeindegebiet darstellen: alle bestehenden und vorgesehenen öffentlichen und infrastrukturellen Einrichtungen und Anlagen, die geplanten Verkehrs-, Gewerbe-, Wasser- und Grünflächen, bauliche Sanierungsgebiete, landschaftsgestaltende Anlagen, ferner die Abgren-

zung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen. - Es ist selbstverständlich, daß die Abstimmung mit der Bauleitplanung entscheidend für die Aussage und die Realisierungsmöglichkeit großer Teile der Vorplanung ist.

In der Regel wird die Bauleitplanung von der Vorplanung übernommen werden müssen. Da die Bauleitplanung jedoch entscheidend in die landwirtschaftliche Flächennutzung eingreifen und die Lage und Gestaltung der landwirtschaftlichen Betriebsgebäude beeinflussen kann, wird sich die Vorplanung in jedem Fall kritisch mit ihr auseinander setzen müssen. - In kleineren Gemeinden fehlt die Bauleitplanung häufig, oder sie liegt nur teilweise vor. Im Hinblick auf die möglichen Auswirkungen auf agrarstrukturelle Belange wird es die Aufgabe der Vorplanung sein, in solchen Fällen den Hauptinhalt der Bauleitplanung zusammen mit den politischen Gemeindegremien zu erarbeiten und als Planungsvorschlag weiterzugeben (OEST, 105, S. 297 f.). Es wurde bereits im Abschnitt 4.5 darauf hingewiesen, daß solche Vorschläge aber nur sinnvoll sind, wenn sie sorgfältig abgestimmt, in den kommunalen Gremien ausreichend diskutiert und klar entschieden worden sind.

Die Bauleitplanung ist Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinden und daher - zumindest bei größeren Ortschaften - überwiegend ortsbezogen. Die entscheidende Bedeutung der Bauleitplanung ist ein weiterer Grund dafür, daß eine Vorplanung auch zukünftig nicht über das Gebiet eines Klein- oder Kleinstraumes hinaus ausgedehnt werden sollte.

5.22 Inhalt und Aussage

Eine teilweise Änderung des bisherigen Inhalts und der Aussage der Vorplanung wird nach den Ergebnissen dieser Arbeit in erster Linie durch die vorgeschlagene Neuorientierung der Flurbereinigung auf einigen Gebieten, der die Vorplanung vorangehen muß, ferner infolge der aufgezeigten fachlichen Mängel am inhaltlichen Aufbau der Vorplanung erforderlich. Eine unzureichende fachliche Fundierung konnte vor allem durch das Fehlen

von Betriebsplanungen, Wirtschaftlichkeits- und Investitionsberechnungen und den nicht erbrachten Nachweis über die Reliabilität der Vorschläge aufgezeigt werden.

5.22.1 Neuorientierung der Aussage

Eine Neuorientierung der Flurbereinigung wird vor allem durch die geforderte Anpassungsfähigkeit ihrer langfristigen Maßnahmen gegenüber den zu erwartenden strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft notwendig. Es muß die besondere Aufgabe der Vorplanung und anderer Fachplanungen sein, diese Neuorientierung zu erleichtern.

Hierzu hat die Vorplanung im Rahmen ihrer bisherigen Einzelaufgaben den Einfluß der zu erwartenden Strukturveränderungen auf die durchzuführenden Maßnahmen aufzuzeigen. Ferner hat sie Vorschläge zu entwickeln, wie die Anpassungsfähigkeit der langfristigen Anlagen erreicht werden kann. - Um die Anpassungsfähigkeit der langfristigen Maßnahmen, insbesondere der Zusammenlegung, erreichen zu können, müssen der Flurbereinigungsbehörde nicht nur die allgemeinen örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen, sondern muß ihr auch die Entwicklungstendenz und -fähigkeit der Einzelbetriebe genau bekannt sein. Die Feststellung der einzelbetrieblichen Entwicklungsfähigkeit und -richtung wird in Zukunft eine Daueraufgabe der Vorplanung werden müssen. Die Bestimmung der einzelbetrieblichen Entwicklungsfähigkeit wird in den meisten Fällen durch eine überschlägige Betriebsberechnung erfolgen müssen, für die die bisher gesammelten betriebswirtschaftlichen Unterlagen ausreichen dürften. Der hierzu erforderliche zusätzliche Arbeitsaufwand für die Vorplanung ist nach dem bisher Gesagten gerechtfertigt und nicht zu umgehen.

5.22.2 Durchführung von Betriebsplanungen

Die Gründe für die bisher unzureichende Durchführung und Berücksichtigung von Betriebsplanungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen in der Vorplanung wurden bereits im Abschnitt 3.53 angeführt. Ferner wurde bereits ausführlich die Notwendigkeit

begründet, durch die Planung zweckmäßiger Betriebsorganisationen und -größen sowie durch Wirtschaftlichkeits- und Investitionsberechnungen eine umfassendere fachliche Fundierung der Vorschläge zu erzielen. - Aufgrund der vielfältigen Wechselwirkungen zwischen der zweckmäßigen Betriebsorganisation, den erforderlichen Flurbereinigungsmaßnahmen und den einzelbetrieblichen Investitionen werden die Wirtschaftlichkeits- und Investitionsberechnungen in der Vorplanung am zweckmäßigsten ebenfalls im Rahmen von Betriebsplanungen durchgeführt. Es ergibt sich für die Vorplanung somit ein Aufgabenbereich Betriebsplanung.

Die Durchführung und die Methoden der Betriebsplanung sowie ihre Probleme in der Vor- und Raumplanung sind bereits in früheren Arbeiten ausführlich erörtert worden (SPITZER, 122, S. 264 ff. und TÜRÖK, 129). Im folgenden soll daher im wesentlichen nur auf den zweckmäßig erscheinenden Arbeitsgang zur Durchführung der erforderlichen Planungsrechnungen eingegangen werden. - Normalerweise wird sich die Vorplanung auch der Planungsmethode bedienen müssen, die von der allgemeinen betriebswirtschaftlichen Beratung in Hessen verwandt wird. Das wird in nächster Zukunft überwiegend die vereinfachte Programmplanung sein ¹⁾. Es ist jedoch anzunehmen, daß zukünftig auch die Linearplanung (MEIMBERG, 99, S. 439 ff.), die den Einsatz elektronischer Rechenanlagen erfordert, Eingang in die Beratung findet.

Für den Arbeitsgang im Aufgabenbereich Betriebsplanung erscheint es vorteilhaft, wenn alle Berechnungen und Planungen im Regelfall für existente typische Betriebe des Vorplanungsgebietes durchgeführt werden. Die Betriebe müssen für die dominierenden Größenklassen und die natürlichen Standortbedingungen, die einheitlich oder unterschiedlich sein können, typisch sein. In der Regel werden je Vorplanung mehrere typische Betriebe berechnet werden müssen. - Die bisher für die Bestandsaufnahme der Vorplanung erhobenen betriebswirtschaftlichen Daten (vergl. Abschnitt 3.51) werden in den meisten Fällen zur Erstellung der Betriebsplanungen ausreichen. Gegebenenfalls können in den ermittelten typischen Betrieben genauere Daten erhoben werden.

¹⁾ Auskunft des Hessischen Landesamtes für Landwirtschaft in Kassel

Der Arbeitsgang der Betriebsplanungen wird - wie bisher schon in der Vorplanung - mit der Berechnung des "Ist"-Zustandes der typischen Betriebe beginnen müssen, um eine vollständige und genaue Analyse der vorhandenen Verhältnisse in der Bestandsaufnahme zu ermöglichen.

Nach der Berechnung des "Ist"-Zustandes hat die Planung zweckmäßiger und zukunftssträchtiger Betriebsorganisationen und -größen zu erfolgen, da deren Ergebnisse mit den anderen Planungsvorschlägen abzustimmen sind. - Zukünftig werden durch die vorangegangene agrarstrukturelle Vorplanung bereits Betriebsplanungen für den Nahbereich erstellt worden sein. Ferner sind von SABARTH (113, S. 198 ff.) für alle Gemeinden Hessens zweckmäßige Betriebsorganisationen und -größen geplant worden, die seit 1965 vorliegen. Diese vorhandenen Ergebnisse werden für die Vorplanung meistens Ausgangspunkt für die eigene Betriebsplanung, insbesondere für den zu planenden Betriebsgrößenbereich, sein. - Aus den im Abschnitt 3.53 angeführten Gründen sollten stets mehrere Alternativorganisationen geplant werden. Die Betriebsplanungen brauchen sich durchaus nicht auf herkömmliche Familien- und Einzelbetriebe zu beschränken, sondern haben gegebenenfalls auch kooperative Unternehmensformen zu berücksichtigen.

Ergänzend sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Planung zweckmäßiger Betriebsorganisationen und -größen eine unentbehrliche Unterlage zur Berechnung und Beurteilung der möglichen und notwendigen Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur im Vorplanungsgebiet und der einzelbetrieblichen Entwicklungsfähigkeit ist (vergl. Abschnitt 3.53).

Sind alle Vorschläge erarbeitet und mit der Betriebsplanung abgestimmt, kann für die typischen Betriebe die Wirtschaftlichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen berechnet werden. Aus den angeführten Gründen sollte sich die Vorplanung auf die Berechnung der privatwirtschaftlichen Rentabilität beschränken. Zur Bestimmung der privatwirtschaftlichen Rentabilität wird eine von TÖRÖK angewandte Methode vorgeschlagen. TÖRÖK (129, S. 45 ff.) hat für die typischen Betriebe einer Flurbereinigungsgemeinde

die optimale Betriebsorganisation unter den Standortbedingungen vor und nach der Flurbereinigung geplant. Dabei sind für die Planung vor und nach der Flurbereinigung unveränderte Preise für Betriebsmittel und Erzeugnisse sowie gleiche quantitative und qualitative Größen der Produktionsfaktoren unterstellt worden (129, S. 45 ff.). Nach den erzielten Betriebsergebnissen (Betriebs- und Arbeitseinkommen, Reinertrag) vor und nach der Flurbereinigung läßt sich die Wirtschaftlichkeit der unmittelbaren Flurbereinigungsmaßnahmen bestimmen (129, S. 69 ff.). Die geschilderte Methode hat den Vorteil, daß für den Zustand vor und nach der Flurbereinigung objektiv vergleichbare Betriebsergebnisse vorliegen. - Abschließend sind die Ergebnisse der eigenen Wirtschaftlichkeitsberechnung mit den Ergebnissen der durch die agrarstrukturelle Vorplanung erstellten gesamtwirtschaftlichen Rentabilitätsrechnung abzustimmen und um diese zu ergänzen.

Mit jeder der bisher vorgeschlagenen Betriebsplanungen ist gleichzeitig der erforderliche Investitionsplan für die typischen Betriebe zu erstellen (MEIMBERG, 99, S. 484 und 520). - Durch die zur Ermittlung der privatwirtschaftlichen Rentabilität geplante optimale Betriebsorganisation nach der Flurbereinigung wird der sich unmittelbar aus den Flurbereinigungsmaßnahmen ergebende Investitionsbedarf bestimmt (TÖRÖK, S. 70 ff.) Das mit der Planung zweckmäßiger Betriebsorganisationen und -größen berechnete Investitionsvolumen kann mit dem Kapitalaufwand gleichgesetzt werden, der zur Entwicklung wettbewerbsfähiger Betriebe notwendig ist.

Nach dem vorgeschlagenen Arbeitsgang sind also im Normalfall für jeden typischen Betrieb mindestens vier Planungsrechnungen durchzuführen:

- die Berechnung des "Ist"-Zustandes;
- je eine Betriebsplanung für den Zustand vor und nach der Flurbereinigung;
- und die Planung mehrerer zukunftssträchtiger Alternativorganisationen und -größen.

Diese Betriebsplanungen werden die Vorplanung mit einem erheblichen, zusätzlichen Arbeitsaufwand belasten. Dieser Arbeitsaufwand ist aber gerechtfertigt, denn der Vorplanung wird hierdurch eine sehr gründliche Aussage ermöglicht, die sie in weit stärkerem Maße als in der Vergangenheit zur Durchführungshilfe werden läßt.

5.22.3 Nachweis der Durchführbarkeit

Die Vorplanung im Untersuchungsraum hat ihre Hauptaufgabe bisher darin gesehen, sämtliche Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen (vergl. Abschnitt 3.62). Die Durchführbarkeit der Vorschläge wurde zwar beachtet, für die Gesamtplanung jedoch nicht nachgewiesen. - Es wurde schon mehrfach betont, daß die Wirksamkeit einer Planung, da sie nicht Selbstzweck ist, im wesentlichen nach der Durchführung ihrer Vorschläge zu beurteilen ist. Im Hinblick auf die geringe Verwirklichung einer Reihe von Vorschlägen erscheint es deshalb notwendig, die Realisierbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen stärker zu beachten und nachzuweisen.

Die Durchführbarkeit der Vorschläge nach dem Flurbereinigungsgesetz sollte - wenn auch innerhalb eines Ermessensspielraumes - grundsätzlich gegeben sein. Wie die Untersuchung der Einzelmaßnahmen gezeigt hat, ist eine schwierige Finanzierbarkeit - wie bei der Durchführung von Bodenschutzmaßnahmen oder einer wirkamen Umgestaltung der Wegenetze in Zweitbereinigungen - die relativ häufigere Ursache einer geringen Verwirklichung. Für die vorgeschlagenen Maßnahmen, deren Wirtschaftlichkeit nachgewiesen ist, sollte deshalb eine überschlägige Kostenübersicht erstellt und diese dem nach den jeweiligen Richtlinien zu erwartenden Finanzvolumen des Verfahrens gegenübergestellt werden. Aufgrund dieser Kosten- und Finanzierungsübersicht und nach den durchgeführten Wirtschaftlichkeitsberechnungen sollten nur die Maßnahmen konkret vorgeschlagen werden, die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und der gegebenen Finanzierungsmöglichkeiten eindeutig durchführbar sind.

Wenn sie die Entscheidungen der Flurbereinigungsbehörde umfassend fundieren will, kann sich die Vorplanung aber andererseits nicht darauf beschränken, nur die Maßnahmen vorzuschlagen, die unter bestimmten Bedingungen realisierbar sind. Sie muß sogar betont auf Maßnahmen hinweisen, die unter den gegebenen Bedingungen nicht realisierbar sind, aber für den Erfolg der Gesamtmaßnahme oder zur Förderung einer zukunftssträchtigen Entwicklung notwendig wären. Das Aufzeigen notwendiger, aber nicht realisierbarer Maßnahmen sollte und kann auf eine erforderliche Änderung der Durchführungsbedingungen hinweisen.

Die Vorplanung sollte also weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen aufzeigen, jedoch aufgrund einer Kosten- und Finanzierungsübersicht zwischen durchführbaren und nicht durchführbaren Maßnahmen unterscheiden. Gegebenenfalls sind Alternativvorschläge zu unterbreiten, die dazu beitragen können, die Durchführbarkeit und damit die Wirksamkeit der Vorplanung zu erhöhen.

5.22.4 Methodische Fragen der Durchführung

Die Durchführung der vorgeschlagenen Betriebsplanungen und die Bestimmung der Entwicklungsfähigkeit von Einzelbetrieben wird die Vorplanung mit einem relativ hohen Arbeitsaufwand belasten. Zu einem erhöhten Arbeitsaufwand wird ferner die vorgeschlagene verstärkte Beratung in der Flurbereinigung führen, die aufgrund seines Spezialwissens und seiner vertieften Ortskenntnis zumindest teilweise vom Vorplaner durchgeführt werden sollte. Wenn vermieden werden soll, daß sich die Erstellung der Vorplanung über einen unzumutbar langen Zeitraum erstreckt, dann wird sie zukünftig kaum weiterhin allein vom Vorplaner durchgeführt werden können.

Es wird deshalb erforderlich sein, daß zukünftig Teilaufgaben der Vorplanung von anderen Beratungskräften übernommen werden. Für eine Bearbeitung durch andere Berater ist vor allem der Aufgabenbereich Betriebsplanung und die Bestimmung der Entwicklungsfähigkeit von Einzelbetrieben geeignet. Beide Aufgaben sollten daher von einem betriebswirtschaftlichen Berater des zuständigen Landwirtschaftsamtes übernommen werden. Die vorge-

schlagene sozialökonomische Beratung nicht entwicklungsfähiger Betriebe im Rahmen der Vorplanung wird ebenfalls von einer Spezialberatungskraft durchgeführt werden müssen.

War die Vorplanung bereits in der Vergangenheit durch die Erstellung der Sondergutachten in gewissem Umfang eine Gemeinschaftsaufgabe, so wird sie das in Zukunft noch mehr werden müssen. Bereits bei der Neuordnung der Landwirtschaftsverwaltung in Hessen ist die Flurneuordnung ausdrücklich als gemeinschaftliche Aufgabe aller amtlichen Beratungskräfte bezeichnet worden (58, S. 45 f.). Die Entwicklung der Vorplanung zur Gemeinschaftsaufgabe dürfte sich nur vorteilhaft auswirken, da hierdurch eine größere Zahl von Beratern mit den Problemen der Vorplanung vertrauter und somit zur Übernahme von Beratungsaufgaben im Rahmen der Flurbereinigung geeigneter wird.

5.23 Einordnung in den Verfahrensablauf der Flurbereinigung

Die Aufgabe der Vorplanung für die Flurbereinigung im Verbund der raumwirksamen Planungen ist bereits im Abschnitt 5.21.1 erläutert worden. - Da die Dringlichkeit der Flurbereinigung und die Zweckmäßigkeit ihrer zeitlichen Durchführung zukünftig in der Mehrzahl der Fälle durch die agrarstrukturelle Vorplanung überprüft und begründet werden wird, ist es möglich, die Vorplanung je nach der zu leistenden Aufklärungsarbeit zu einem für ihre Wirksamkeit günstigen Zeitpunkt durchzuführen.

Das Ziel einer zweckmäßigen Einordnung der Vorplanung in den Verfahrensablauf der Flurbereinigung kann es nur sein, die mit erheblichem Aufwand erarbeitete Planungsaussage und die erworbene Beratungsbefähigung des Vorplaners möglichst wirksam zu nutzen. Hierzu erscheint es notwendig, daß die von ihren Begründern vorgesehene Doppelfunktion der Vorplanung, die außer der Planungstätigkeit die beratende Mitwirkung des Vorplaners am Verfahren umfaßt, erhalten bleibt und zweckentsprechend gestaltet wird (HENRICH, 47, S. 30 ff.).

Über die Verwirklichung der Vorplanung wird vor allem in drei Terminen entschieden: in den Terminen über die Aufstellung der allgemeinen Grundsätze für die Neugestaltung des Flurbereini-

gungsgebietes, über die Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes und über die Aufstellung des Bodenverbesserungsberichtes. Nach dem schon mehrfach erwähnten Erlaß, der in Hessen die Beteiligung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung an der Flurbereinigung bestimmt, obliegt die Mitwirkung an den beiden zuletzt genannten Terminen jedoch ausdrücklich dem zuständigen Landwirtschaftsamt (vergl. Anhang, S.196).

Die Mitwirkung an der Flurbereinigung, wie sie landwirtschaftliche Dienststellen im Rahmen des Flurbereinigungsgesetzes wahrzunehmen haben, durch ein und denselben Fachberater kann auch zukünftig als die zweckmäßigste Form angesehen werden, um eine möglichst weitgehende Berücksichtigung fachlicher landwirtschaftlicher Belange zu erreichen (vergl. Abschnitt 3.54). Nicht nur die erworbene genaue Ortskenntnis, sondern auch sein Spezialwissen befähigt den Vorplaner am besten, am Ablauf des Verfahrens mitzuwirken. Die beratende Mitwirkung an allen wichtigen Terminen der Flurbereinigung sollte daher zukünftig dem Vorplaner übertragen werden. Das schließt nicht aus, daß auch das zuständige Landwirtschaftsamt weiterhin an den genannten Terminen beteiligt wird.

Um die erworbene Beratungsbefähigung des Vorplaners zu nutzen, sollte dieser ferner einen Teil der vorgeschlagenen, das Verfahren begleitenden Beratung übernehmen. Neben der Aufklärung der Beteiligten vor der Durchführung könnte die vorgeschlagene Gruppenberatung in Form von Vorträgen und die fachliche Beratung des Teilnehmervorstandes während des Verfahrens durch den Vorplaner erfolgen. Die im Rahmen der Flurbereinigung erforderliche und vorgeschlagene einzelbetriebliche Beratung sollte jedoch wegen der vordringlicheren Planungsaufgaben nicht vom Vorplaner, sondern anderen Beratungskräften übernommen werden. - Die Vorplanung wird zukünftig weit mehr als in der Vergangenheit eine echte Durchführungshilfe sein, wenn die Vorschläge so gründlich fundiert werden, wie es vorgeschlagen wurde.

Die Flurbereinigungsbehörden sollten eine genaue Abfassung der Vorplanung nicht als Eingriff in ihre Kompetenzen, sondern als Erleichterung ihrer Tätigkeit auffassen und ebenfalls an einer

optimalen Gestaltung der Vorplanung interessiert sein. Die anderthalb Jahrzehnte seit ihrem Bestehen haben klar gezeigt, daß die Vorplanung nicht die Entscheidung und Verantwortung des ausführenden Beamten ersetzen, sondern für diesen eben nicht mehr und nicht weniger als eine Hilfe zur Durchführung sein kann. - Notwendig erscheint jedoch ein Termin, in dem mit der Flurbereinigungsbehörde, den zuständigen landwirtschaftlichen Dienststellen und dem Teilnehmervorstand die Durchführbarkeit der Vorplanung erörtert und protokollarisch festgelegt wird. In einzelnen früheren Flurbereinigungen des Untersuchungsraumes ist ein solcher Termin bereits durchgeführt worden.

Der Termin sollte kurz vor der Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes und des Bodenverbesserungsberichtes stattfinden. Auch die Verwirklichung der Standortsuntersuchung nach DIN 4220, die bei größeren Meliorationsflächen das bisherige "bodenkundliche Gutachten" ersetzen sollte, ist in dieser Verhandlung zu erörtern und festzulegen. Von diesem Termin ist zu erwarten, daß sich die beteiligten Behörden

- mit den Ergebnissen der Planungen genügend auseinanderzusetzen;
- stärker um ihre Verwirklichung bemühen;
- und damit die geleistete Planungsarbeit sinnvoller nutzen werden.

Jede Planung, die wie die Vorplanung konkrete Vorschläge erarbeitet und sich fachlich weiterentwickeln muß, dürfte auf lange Sicht auf einen Termin angewiesen sein, in dem ihre Durchführbarkeit erörtert und die Gründe dargelegt werden, die eine Verwirklichung verhindern.

Seit einigen Jahren hat sich die Vorplanung im Untersuchungsraum auch als Arbeitsunterlage für den Teilnehmervorstand und zur Aufklärung der Beteiligten bewährt. Auf diesem Gebiet bestehen noch manche ungenutzte Möglichkeiten. Es hat sich herausgestellt, daß die Aufklärung der Teilnehmer sehr erleichtert werden kann, wenn jedes Exemplar der Vorplanung mit Kartendarstellungen über

den bestehenden Zustand, über die durchzuführenden Maßnahmen sowie das anzustrebende Ziel der Flurbereinigung ausgestattet ist. - Die nach OEST (105, S. 297 f.) in Schleswig-Holstein in bestimmten Fällen übliche Verteilung einer Kurzfassung der Vorplanung an alle Beteiligten erscheint im Hinblick auf den erforderlichen Arbeitsaufwand nur in Sonderfällen erforderlich.

6. Zusammenfassung

Die Vorplanung gemäß § 38 FlurbG ist nach dem zweiten Weltkrieg in einer Zeit begründet worden, als sich die Bedingungen der Landbewirtschaftung gegenüber früheren Jahrzehnten wiederum geändert hatten. Ihre Begründer verfolgten mit der Vorplanung das Ziel, eine stärkere und ausreichende Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange in der Flurbereinigung zu erreichen. Aufgabe der vorliegenden Arbeit war es, anhand einer größeren Zahl von Vorplanungen und Flurbereinigungen für den Untersuchungsraum Nordhessen festzustellen, welchen Einfluß die Vorplanung auf die Flurbereinigung genommen hat.

Der Untersuchungsraum Nordhessen ist überwiegend ein Berg- und Hügelland, in dem für die Landwirtschaft - insgesamt gesehen - mittlere natürliche und wirtschaftliche Standortbedingungen bestehen. Im Gegensatz zum hochindustrialisierten Süden Hessens ist der nördliche Landesteil relativ stark agrarisch geprägt. Wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt und einzige Großstadt ist Kassel.

Vor der eigentlichen Untersuchung wird im dritten Kapitel der Arbeit auf die Aufgaben der Flurbereinigung sowie den Inhalt und die Methodik der Vorplanung näher eingegangen. - Die Flurbereinigung hatte im Untersuchungsgebiet die Aufgabe, die noch ausstehende Erstbereinigung aller Gemeinden abzuschließen. Dieses Ziel ist inzwischen erreicht worden, so daß in Zukunft nur noch Zweit- und Drittbereinigungen durchzuführen sind.

Die durch Erlaß festgelegte Hauptaufgabe der Vorplanung in Hessen ist es, für die Flurbereinigung sämtliche betriebswirtschaftlichen und agrarstrukturellen Möglichkeiten aufzuzeigen und "voraussichtlich realisierbare" Vorschläge zu liefern. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Begründer der Vorplanung ist die beratende Mitwirkung am Ablauf der Flurbereinigung jedoch nicht dem Vorplaner, sondern dem zuständigen Landwirtschaftsamt übertragen. - Bereits der inhaltliche Aufbau der untersuchten Vorplanungen läßt erkennen, daß sie im Be-

reich betriebswirtschaftlicher Aussagen deutliche Lücken aufweisen: es fehlt die Planung zweckmäßiger Betriebsorganisationen und -größen, ferner sind keine Wirtschaftlichkeits- und Investitionsberechnungen durchgeführt worden. Die Vorschläge sind daher betriebswirtschaftlich nicht so umfassend begründet worden, wie es erforderlich und möglich gewesen wäre.

Die am Schluß des dritten Kapitels vorgenommene Gegenüberstellung der Vorplanungs- und Flurbereinigungsergebnisse weist aus, daß der erste Auftrag der Vorplanung - sämtliche Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen - bei den untersuchten Maßnahmen weitgehend erfüllt worden ist. Die Durchführbarkeit der Vorschläge ist jedoch nicht nachgewiesen und somit der weitere Auftrag, "voraussichtlich realisierbare" Vorschläge zu liefern, nicht genügend beachtet worden.

Die zahlenmäßige Gegenüberstellung der Vorplanungs- und Flurbereinigungsergebnisse sagt noch nichts über die Zweckmäßigkeit der Vorschläge und durchgeführten Maßnahmen sowie deren Auswirkungen aus. Die wichtigsten Ergebnisse der zur Erörterung dieser Fragen erfolgten kritischen Beurteilung sind:

Bei den K u l t u r a r t e n ä n d e r u n g e n , die in den Flurbereinigungen eine relativ unbedeutende Rolle gespielt haben, sind die von der Vorplanung gemachten Rodungsvorschläge weitgehend als unzweckmäßig zu beurteilen. Die vorgeschlagenen Aufforstungen hätten von den Teilnehmergeinschaften durchgeführt werden müssen, während die Änderung der Nutzungsarten unter den Verhältnissen Nordhessens - wie in den Verfahren geschehen - den einzelnen Teilnehmern überlassen werden kann.

Bei den B o d e n v e r b e s s e r u n g e n ist die geringe Verwirklichung der vorgesehenen landbautechnischen Maßnahmen nicht nur auf die Ablehnung der Teilnehmer, sondern zum Teil auch auf die relativ geringe Aussagekraft der "bodenkundlichen Gutachten" zurückzuführen, die daher durch die wesentlich gründlichere Standortsuntersuchung nach DIN 4220 ersetzt werden sollten. - Weitgehende Übereinstimmung mit den Vorschlägen besteht vor allem bei den w a s s e r w i r t s c h a f t -

l i c h e n M a ß n a h m e n , aber auch bei den durchgeführten Dränungen.

Für die unvollständige Durchführung der vorgeschlagenen B o d e n s c h u t z m a ß n a h m e n in den Zweitbereinigungen sind vor allem die verhältnismäßig hohen Kosten der hierzu meistens notwendigen Umgestaltung bestehender Wegenetze maßgebend. - Die Anlage von W i n d s c h u t z p f l a n z u n g e n stößt im allgemeinen auf den Widerstand der Teilnehmer. Erhaltung und Pflege der Anlagen sind daher in der Regel nur gesichert, wenn die Teilnehmer durch die Beratung von ihrem Nutzen überzeugt werden können.

Die ungenauen Vorstellungen vieler kleinerer Gemeinden über ihre zukünftige infrastrukturelle Ausrüstung sind als wesentliche Ursache für die oft geringe Übereinstimmung zwischen den vorgeschlagenen und ausgewiesenen ö f f e n t l i c h e n u n d g e m e i n s c h a f t l i c h e n E i n r i c h t u n g e n anzusehen. Diese Vorschläge erfordern daher eine möglichst genaue Abstimmung zwischen der Vorplanung und den politischen Gemeindegremien.

Der Einfluß der Vorplanung ist bei den durchgeführten A u s s i e d l u n g e n und der Bestimmung der A u s s i e d l u n g s s t a n d o r t e am deutlichsten feststellbar. Auch die vorgeschlagenen B e t r i e b s v e r g r ö ß e r u n g e n konnten relativ häufig realisiert werden, obwohl die Durchführung dieser Maßnahme in erster Linie von den Möglichkeiten der Landbeschaffung abhängt.

Aufgrund des Vergleiches mit dem vorgeschlagenen Z u s a m m e n l e g u n g s g r a d ergibt sich, daß teils hervorragend, teils weniger stark zusammengelegt worden ist. Es zeigt sich dabei, daß der unterschiedliche Zusammenlegungsgrad in den einzelnen Verfahren weniger von den natürlichen Standortbedingungen, als von der Aufgeschlossenheit der Teilnehmer und dem Verhandlungsgeschick des ausführenden Beamten abhängig sein dürfte.

Die A n l a g e der untersuchten W e g e n e t z e entspricht in den Erstbereinigungen weitgehend den betriebswirtschaftlichen Anforderungen des vergangenen Jahrzehnts, während in einem Teil der Zweitbereinigungen eines der wichtigsten betriebswirtschaftlichen Ziele, die Anpassung der vorhandenen Wegenetze, nicht verwirklicht wurde. - Die B e f e s t i g u n g der W e g e n e t z e ist in den Zweitbereinigungen in befriedigendem Umfang erfolgt, während in den Erstbereinigungen im Durchschnitt eine etwas zu hohe Ausbaudichte erreicht wurde.

Eines der wesentlichen Ergebnisse der kritischen Beurteilung ist die Feststellung, daß die Wirksamkeit der Aussiedlung, der Betriebsvergrößerung, der Zusammenlegung und der Wegenetzgestaltung durch den eingetretenen Wandel der Betriebsgrößenstruktur stark beeinflußt worden ist. Die Vorschläge zur Neuorientierung der Flurbereinigung befassen sich vor allem mit den Möglichkeiten, bei den zu erwartenden Veränderungen der Betriebsgrößenstruktur eine längerfristige Wirksamkeit der genannten Maßnahmen zu erreichen. Hierzu ist es erforderlich, die Flurbereinigungsmaßnahmen, insbesondere die Zusammenlegung und die Wegenetzgestaltung, grundsätzlich anpassungsfähig zu gestalten. - Durch die Übernahme neuer Aufgaben besteht die Möglichkeit, daß die Flurbereinigung sich zukünftig zum Raumordnungsverfahren entwickelt. Als Hauptaufgabe eines Raumordnungsverfahrens ist die Koordinierung aller Förderungsmaßnahmen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume anzusehen.

Eine zweckmäßigere Gestaltung der Vorplanung, für die ebenfalls Vorschläge unterbreitet werden, hat in Zukunft weit mehr als in der Vergangenheit von der Abstimmung mit allen raumwirksamen Planungen auszugehen. Die notwendige Verbesserung der fachlichen Fundierung erfordert die Durchführung von Betriebsplanungen, Wirtschaftlichkeits- und Investitionsberechnungen. Ferner ist die Realisierbarkeit der Vorschläge durch eine Kosten- und Finanzierungsübersicht nachzuweisen. - Ergänzt werden muß die Verbesserung der fachlichen Fundierung durch eine zweckmäßige Einordnung in den Verfahrensablauf der

Flurbereinigung. Die beratende Mitwirkung am Ablauf der Verfahren ist - im Gegensatz zur bisherigen Regelung - dem Vorplaner zu übertragen. Um die möglichst vollständige fachliche Auswertung der geleisteten Planungsarbeiten sicherzustellen, wird die Einrichtung eines Termines mit den beteiligten Behörden vorgeschlagen, in dem die Durchführbarkeit aller für die Flurbereinigung erstellten Fachplanungen erörtert und ihre Verwirklichung festgelegt wird.

Literaturverzeichnis

1. ANDREAE, B.: Betriebsformen in der Landwirtschaft - Systematischer Teil einer Agrarbetriebslehre. Stuttgart 1964
2. ANDREAE, B.: Landbau bei hohem Lohn. - Beiträge zur Wirtschaftslehre der Landtechnik. Stuttgart 1964
3. ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DAS TECHNISCHE VERFAHREN DER FLURBEREINIGUNG IM BUNDESGBIET (ATVF): Der Wege- und Gewässerplan, Ausgabe 1963 - Empfehlungen für einzelne Arbeitsabschnitte in Flurbereinigungs- und Beschleunigten Zusammenlegungsverfahren
4. AVA - Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen: Die Beispielsmaßnahme Trendelburg. H. 3, Bericht über die Tätigkeit 1955/56 - Gießen 1956
5. AVA - Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen: Nachuntersuchung zur Agrarstrukturverbesserung im Raum Trendelburg. Sonderheft Nr. 32, Wiesbaden 1968
6. AVA - Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen: "Strukturdaten und Gemeindespiegel" des Kreises Hersfeld. Gießen 1959
7. AVA - Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen: "Strukturdaten und Gemeindespiegel" des Kreises Hünfeld. Gießen 1959
8. BABO, F. v.: Betriebswirtschaftliche Forderungen bei der Verbesserung der Agrarstruktur. In: Aufgaben der Wirtschaftsberatung bei der Verbesserung der Agrarstruktur. - Vorträge, Diskussionsergebnisse und Besichtigungen zur Bundestagung für Wirtschaftsberater vom 23. bis 27. September 1957 in Hanau a.M. Bearbeitet und zusammengestellt von K. Winzer. Landwirtschaft - Angewandte Wissenschaft, Nr. 83. Hilstrup (Westf.) 1958, S. 39 ff.
9. BABO, F. v.: Die Verbesserung der Agrarstruktur - Ein Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses zur Verbesserung der Agrarstruktur. Sonderdruck aus: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 34 (1956), H. 3, S. 369 bis 540 - Hamburg und Berlin 1956
10. BABO, F. v.: Landwirtschaftliche Betriebslehre für die Flurneuordnung. Frankfurt a.M. 1956
11. BAUMGARDT, H.J.: Die gegenwärtige und zukünftige räumliche Betriebsgrößenverteilung in Hessen unter Zugrundelegung rationeller Betriebsmodelle für landwirtschaftliche Familienbetriebe. Dissertation am Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre der Justus Liebig-Universität. Gießen 1967
12. BECKER, K.: Zur Neuorientierung der landwirtschaftlichen Strukturverbesserung. Berichte über Landwirtschaft, N.F., 1968, H.3 - Hamburg und Berlin 1968, S. 465 ff.

13. Betriebswirtschaftliche Begriffe für die landwirtschaftliche Buchführung und Beratung. Schriftenreihe des Hauptverbandes der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e.V., H. 14, 5. Aufl. Bonn 1959
14. BOHTE, H.-G.: Landwirtschaft und Flurbereinigung. - Beteiligung und Mitwirkung der Teilnehmergemeinschaften, landwirtschaftlicher Organisationen und Dienststellen. Sonderheft der Schriftenr. f. Flurbereinigung, Stuttgart 1963
15. BOHTE, H.-G.: Vorplanung im Agrarbereich. - Stand und Grundlagen ihrer Weiterentwicklung. Schriftenreihe des AID, H. 149 - Frankfurt a.M. 1967
16. BRINKMANN, Th.: Die Ökonomik des landwirtschaftlichen Betriebes. In: Grundriß der Sozialökonomik, Abt. VII, Land- und Forstwirtschaftliche Produktion, Versicherungswesen. Tübingen 1922, S. 27 ff.
17. BUCHWALD, K.: Beitrag der Landespflege zur Landentwicklung - Konsequenzen aus dem Strukturwandel unserer Gesellschaft. In: Landentwicklung - Aufgaben und Möglichkeiten. Hrsg. vom Hessischen Minister für Landwirtschaft und Forsten, Wiesbaden 1970, S. 61 ff.
18. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN: Empfehlungen des Beirates für Raumordnung beim Bundesminister des Innern, Bonn 1968
19. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN: Raumordnungsbericht der Bundesregierung 1968 - Bonn 1969
20. BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Arbeitsprogramm für die Agrarpolitik der Bundesregierung (Agrarprogramm). Landwirtschaft - Angewandte Wissenschaft, H. 134, Hilstrup (Westf.) 1968
21. BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 Landwirtschaftsgesetz (Grüner Bericht) 1968, Bonn 1968
22. BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 Landwirtschaftsgesetz (Grüner Bericht) 1969, Bonn 1969
23. BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Die Verbesserung der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1967/68, Bonn 1970
24. BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Einzelbetriebliches Förderungs- und soziales Ergänzungsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft. Landwirtschaft - Angewandte Wissenschaft, H. 150, Hilstrup (Westf.) 1970
25. BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT: Was sind regionale Aktionsprogramme? "BMWI", Texte, Nr. 82, Bonn 1969

26. DAMS, Th.: Neuordnung des ländlichen Raumes als Aufgabe der Agrar- und Wirtschaftspolitik. In: Die Entwicklung des ländlichen Raumes als Aufgabe der Raumordnungs- und regionalen Wirtschaftspolitik. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 48, Stuttgart 1967, S. 50 ff.
27. DENKS, K.: Methodische Fragen der Vorplanung in der Flurbereinigung. In: Die Entwicklung der Vorplanung in der Praxis der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 35, Stuttgart 1962, S. 4 ff.
28. DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT-GESELLSCHAFT; Bericht über die Tagung des Ausschusses für Flurbereinigung der DLG, Bad Dürkheim, 17. Juni 1949 - Arbeiten der DLG, Bd 4, Hannover 1949
29. DEUTSCHER WETTERDIENST IN DER US-ZONE: Klima-Atlas von Hessen, Bad Kissingen 1950
30. DITTRICH, E.: Regionale Wirtschaftspolitik und Verbesserung der Agrarstruktur. AVA-Sonderheft Nr. 6, Wiesbaden 1960
31. EHRLICH, H. v.: Die Vorplanung und die Mitwirkung der Landwirtschaftskammer bei Flurbereinigungsmaßnahmen in Hessen. In: Die Entwicklung der Vorplanung in der Praxis der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 35, Stuttgart 1962, S. 15 ff.
32. EHRLICH, H. v.: Untersuchungen über die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Flurbereinigung nach 15 Jahren im südhessischen Ried. Dissertation am Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre der Justus-Liebig-Hochschule, Gießen 1951
33. FACHNORMENAUSSCHUSS WASSERWESEN IM DEUTSCHEN NORMENAUSSCHUSS (DNA): Richtlinien zur Untersuchung meliorationsbedürftiger Standorte - DIN 4220 (Vornorm). Berlin-Köln 1963
34. FEITER, F.-J.: Die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Flurbereinigung auf die Landwirtschaft der Gemeinde Mutscheid und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten von Voll- und Nebenerwerbsbetrieben. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 51, Hilstrup 1969
35. FOURASTIE, J.: Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts. Köln-Deutz 1954
36. GLATTEN, O.-E.: Sozialökonomische Beratung im Flurbereinigungsverfahren. "Ausbildung und Beratung in Land- und Hauswirtschaft", 23. Jg., H. 11, München 1970, S. 197 ff.
37. GRIES, J.: Die Vorplanung aus der Sicht der Landeskulturverwaltung. In: Die Entwicklung der Vorplanung in der Praxis der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 35, Stuttgart 1962, S. 28 ff.
38. Grüner Spiegel von Kurhessen und Waldeck. - Hrsg. von den landwirtschaftlichen Organisationen des Gebietes Kurhessen-Waldeck. Kassel 1966/67

39. GUMMERT, H. u. WERSCHNITZKY, U., unter Mitwirkung von LORENZ, F. und SCHNEIDER, L.K.: Wirtschaftliche Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur im Zusammenhang mit der Flurbereinigung in Schleswig-Holstein und den nördlichen Teilen Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 39, Stuttgart 1965
40. HAGE, K.: Konzentrationsformen im landwirtschaftlichen Produktionsbereich der Bundesrepublik Deutschland. In: Die Konzentration in der Landwirtschaft. AVA-Heft 23, Wiesbaden 1967, S. 7 ff.
41. HAGE, K.: Ökonomische Betriebsanpassung und Agrarpolitik, 3. Diskussionsbeitrag. AVA-Sonderheft Nr. 15, Wiesbaden 1965, S. 109 ff.
42. HAGE, K., KROESCHELL, K. und Mitarbeiter: Beispiele der Zusammenarbeit landwirtschaftlicher Betriebe in der Veredelungsproduktion, ihre rechtlichen und steuerlichen Probleme.- Neue Aspekte für eine integrale Flurbereinigung und ihre Vorplanung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 49, Lengerich (Westf.) 1968
43. HARMS Erdkunde, Bd. 1, Deutschland. Berlin und Hamburg 1962
44. HARRACH, T.: Bodenerhaltung als Aufgabe der Raumordnung. In: Ergebnisse landwirtschaftlicher Forschung an der Justus Liebig-Universität, H. X - Vorträge der 8. Hochschultagung der Landwirtschaftlichen Fakultät am 16. und 17. Oktober 1968, Gießen 1968, S. 23 ff.
45. HARSCHKE, E.: Die Betriebsgrößenstruktur der hessischen Landwirtschaft und ihre allgemeinen Entwicklungstendenzen. - Regionale Differenzierungen im Kraftfeld industrieller Ballungszonen. AVA-Sonderheft Nr. 19, Wiesbaden 1967
46. HARSCHKE, E.: Flurformen und Flurverfassung in Hessen. AVA-Sonderheft Nr. 22, Wiesbaden 1966
47. HENRICHS, A., unter Mitwirkung von A. RADLOFF und M. FRANKE: Die Vorplanung für die Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 4, Stuttgart 1954
48. HERLEMANN, H.-H. und STAMER, H.: Produktionsgestaltung und Betriebsgröße in der Landwirtschaft unter dem Einfluß der wirtschaftlich-technischen Entwicklung. "Kieler Studien", H. 44, Kiel 1958
49. HESSELBACH, J.: Der Einfluß der Parzellengröße, Feldlänge und Feldentfernung auf den Arbeitszeitbedarf. Zeitschrift für Kulturtechnik und Flurbereinigung, 5. Jg., H. 1, Berlin und Hamburg 1964, S. 42 ff.
50. HESSISCHES LANDESAMT FÜR BODENFORSCHUNG: Bodenkundliche Übersichtskarte von Hessen 1 : 300 000, Wiesbaden 1951
51. HESSISCHES MINISTERIUM DES INNEREN: Hessen - Zentrale Orte und ihre Verflechtungsbereiche, Bestandsdarstellung 1967. Wiesbaden 1967

52. HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Der wasserwirtschaftliche Rahmenplan Fulda. Ein Einzelplan zum großen Hessenplan. Wiesbaden 1965
53. HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Entwurf einer Gliederung für die agrarstrukturelle Vorplanung vom 20. Oktober 1970
54. HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Erlaß über die Zusammenarbeit zwischen Landeskulturbehörde und landwirtschaftlicher Berufsvertretung bei Flurbereinigungsverfahren vom 21. Jan. 1957
55. HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Grundlagen zur Agrarstrukturellen Rahmenplanung Hessen. Wiesbaden 1969
56. HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Karte über den Stand der agrarstrukturellen Vorplanung einschließlich Landschaftsplan. Wiesbaden 1970
57. HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Landentwicklungsplan "Hessen 80" - Aktionsprogramm Wasser. Wiesbaden 1970
58. HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Neuordnung des landwirtschaftlichen Förderungswesens in Hessen. Wiesbaden 1969
59. HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Programm zur Entwicklung des Knüllgebietes in den hessischen Landkreisen Fritzlar-Homberg, Hersfeld, Rotenburg und Ziegenhain. Wiesbaden 1968
60. HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Richtlinien für das Programm der hessischen Landesregierung zur Förderung der Höhenlandwirtschaft vom 1. Juli 1967
61. HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Richtlinien über die Finanzierung von Flurbereinigungs- und Zusammenlegungsverfahren sowie ergänzende Maßnahmen vom 12. September 1968
62. HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Richtlinien zur Förderung der langfristigen Verpachtung durch Prämien vom 10. März 1969
63. HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Richtlinien zur Förderung der langfristigen Verpachtung in der Flurbereinigung durch Übernahme der Beitragsleistung vom 24. Juni 1969
64. HESSISCHE STAATSKANZLEI: Landesentwicklungsplan "Hessen 80", Wiesbaden 1970
65. HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT: Amtliches Verzeichnis der Gemeinden in Hessen. Wiesbaden 1962
66. HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT: Hessische Gemeindestatistik 1960/61 - H. 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Wiesbaden 1964

67. HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT: Die landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 in Hessen. H. 1, Betriebe, Besitzverhältnisse, Bodennutzung. Wiesbaden 1951
68. HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT: Staat und Wirtschaft in Hessen, Jg. 23, H. 9, Wiesbaden 1968
69. HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT: Staat und Wirtschaft in Hessen, Jg. 24, H. 5, Wiesbaden 1969
70. HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT: Statistische Berichte CI 1 - J/68 - Die Bodennutzung in Hessen 1968 (Endgültiges Ergebnis). Wiesbaden 1968
71. HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT: Statistische Berichte CIV 7 - J/68 - Größenstruktur der landwirtschaftlichen und der Forstbetriebe. Wiesbaden 1968
72. HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT: Statistische Berichte CO/LZ 1960 - 14 - Landwirtschaftszählung 1960. Wiesbaden 1962
73. HINDERFELD, H.: Kosten und Nutzen agrarstruktureller Maßnahmen - insbesondere der Flurbereinigung sowie der Aus-siedlung und Althofsanierung landwirtschaftlicher Betriebe - aus privat- und gesamtwirtschaftlicher Sicht. Dissertation am Institut für Agrarpolitik der Justus Liebig-Universität. Gießen 1970
74. HUSEMANN, C.: Die landwirtschaftliche Aufgabe in der kultur-technischen Lehre, Forschung und Praxis. - Zeitschrift für Kulturtechnik und Flurbereinigung, Jg. 5, H. 5/6, Berlin und Hamburg 1964, S. 252 ff.
75. HUSEMANN, C.: Standort, Nutzungseignung und Grünlandverbes-serung. - Zeitschrift für Kulturtechnik und Flurbereinigung, Jg. 3, H. 2, Berlin und Hamburg 1962, S. 65 ff.
76. HUSEMANN, C. und WOLKEWITZ, H.: Richtlinien zur Untersuchung meliorationsbedürftiger Standorte. - Zeitschrift für Kultur-technik und Flurbereinigung, Jg. 4, H. 2, Berlin und Hamburg 1963, S. 70 ff.
77. JANETZKOWSKI, J.: Auswirkungen der Flurbereinigung und Wirtschaftsberatung in der Gemeinde Schaaheim. Schriften-reihe für Flurbereinigung, H. 27, Stuttgart 1960
78. JUNG, L.: Untersuchungen über den Einfluß der Bodenerosion auf die Erträge in hängigem Gelände. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 9, Stuttgart 1956
79. KEHRBERG, E.W., und REISCH, E.: Wirtschaftslehre der land-wirtschaftlichen Produktion. München, Basel, Wien 1964
80. KLEMPERT, B.: Befestigte landwirtschaftliche Wege in der Flurbereinigung als Mittel zur Rationalisierung der Land-wirtschaft. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 10, Lengerich (Westf.) 1956
81. KÖHNE, M.: Neue Formen der Entwicklung größerer Betriebs-einheiten. Agrarwirtschaft, Jg. 18, H. 4, Hannover 1969

82. KÖTTER, H.: Aufgaben der Landwirtschaft und Wandel der Agrarverfassung. In: Die Konzentration in der Landwirtschaft. AVA-Heft 23, Wiesbaden 1967, S. 7 ff.
83. KÖTTER, H.: Sozialer Wandel und Entwicklungspolitik in ländlichen Gebieten. AVA-Sonderheft Nr. 15, Wiesbaden 1965, S. 21 ff.
84. KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN: Memorandum zur Reform der Landwirtschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Dokument KOM (68) 1000, Teile A bis F. Brüssel 1968
85. KUHLMANN, F.: Zur Bestimmung der Mindestgröße landwirtschaftlicher Familienbetriebe in der wachsenden Volkswirtschaft. Agrarwirtschaft, 18. Jg., H. 3, Hannover 1969, S. 77 ff.
86. KURON, H.: Die Aufgabe der Bodenerhaltung. In: Die Verbesserung der Agrarstruktur. AVA-Heft 4, Wiesbaden 1957, S. 20 ff.
87. LAMPRECHT, B.: Funktionswandel der Gemeinden. In: Agrarstrukturpolitik und Regionalpolitik. AVA-Sonderheft 37, Wiesbaden 1969, S. 41 ff.
88. LANDESKULTURAMT HESSEN: Karte über den Stand der Flurbereinigung im Lande Hessen. - Abgeschlossene und anhängige Verfahren. Wiesbaden 1969
89. LANDZETTEL, W., SCHÄFER, K. u. HENCKEL, H.: Gruppenlandwirtschaft. Eine Studie zur gemeinschaftlichen Milchviehhaltung. - Beiträge zum ländlichen Bau- und Siedlungswesen, H. 4, Hannover 1968
90. LANG, E.: Die Flurbereinigung in Hessen, ihre geschichtliche Entwicklung, ihr jetziger Stand und Gesichtspunkte ihrer Beschleunigung. Dissertation am Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre der Justus Liebig-Hochschule. Gießen 1953
91. LÜTTMER, J.: Bodenschutz in der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 14, Lengerich (Westf.) 1957
92. MEIMBERG, P.: Betriebstechnische und betriebswirtschaftliche Voraussetzungen für die Landentwicklung. In: Landentwicklung - Aufgaben und Möglichkeiten. Hrsg. vom Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Forsten. Wiesbaden 1970, S. 35 ff.
93. MEIMBERG, P.: Betriebswirtschaftliche Aufgaben und Probleme bei der Neuordnung ländlicher Räume. In: Die Verbesserung der Agrarstruktur. AVA-Heft 4, Wiesbaden 1957, S. 31 ff.
94. MEIMBERG, P.: Das landwirtschaftliche Unternehmen in der Konzentration. In: Die Konzentration in der Landwirtschaft. AVA-Heft 23, Wiesbaden 1967, S. 13 ff.
95. MEIMBERG, P. und Mitarbeiter: Die Bewertung hängiger Grundstücke bei der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 50, Hilstrup (Westf.) 1968

96. MEIMBERG, P.: Die Landbaugebiete Hessens. - Untersuchung über die Betriebssysteme der hessischen Landwirtschaft. Schriften des Hessischen Bauernverbandes e.V., Frankfurt a.M. 1951
97. MEIMBERG, P., RING, W., RÜHMANN, H., SCHÜNKE, U. und WAMSER, K.: Die wirtschaftlichen Grenzen der Bodennutzung am Hang und ihre Bedeutung für eine Bewertung hängiger Grundstücke in der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 33, Stuttgart 1962
98. MEIMBERG, P.: Konsequenzen des Funktionswandels ländlicher Räume für Agrarstrukturpolitik und Regionalpolitik. In: Agrarstrukturpolitik und Regionalpolitik. AVA-Sonderheft Nr. 37, Wiesbaden 1969, S. 65 ff.
99. MEIMBERG, P.: Landwirtschaftliches Rechnungswesen. - Einführung in Buchhaltung, Kostenrechnung, Kalkulation und Betriebsplanung. Stuttgart 1966
100. MEIMBERG, P.: Ökonomische Betriebsanpassung und Agrarpolitik. AVA-Sonderheft Nr. 15, Wiesbaden 1965, S. 71 ff.
101. MEIMBERG, P.: Regionale Anpassungsprobleme. In: Anpassung der Landwirtschaft an die veränderten ökonomischen Bedingungen. Berichte über Landwirtschaft, N.F., Sonderheft 176, Hamburg und Berlin 1962, S. 272 ff.
102. MEYER, K.: Ordnung im ländlichen Raum. Grundlagen und Probleme der Raumplanung und Landentwicklung. Stuttgart 1964
103. MEYER, K.: Zur Frage der Erfolgsermittlung und Wirtschaftlichkeit von Landeskulturmaßnahmen. "Beiträge zur Landespflege", Bd. 3, H. 2, Stuttgart 1967, S. 134 ff.
104. NIESMANN, K.: Untersuchungen über Bodenerosion und Bodenerhaltung in Verbindung mit Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 40, Stuttgart 1966
105. OEST, K.: Die Bedeutung der Vorplanung für die Bauleitplanung. Innere Kolonisation, Jg. 12, H. 12, Berlin-Bonn 1963, S. 297 ff.
106. OPPERMANN, E. unter Mitarbeit von FREY, H., KIPPER, H. und UEBBING, W.: Weitere Untersuchungen über wirtschaftliche Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 29, Stuttgart 1960
107. PRIEBE, H. unter Mitarbeit von OPPERMANN, E.: Wirtschaftliche Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 15, Stuttgart 1957
108. PREuß, E.: Die Methodik der Vorplanung. In: Die Entwicklung der Vorplanung in der Praxis der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 35, Stuttgart 1962, S. 23 ff.

109. RADLOFF, A.: Die betriebswirtschaftlichen Probleme der Flurbereinigung, dargestellt an einer Gemeinde des hohen Westerwaldes. Archiv für Raumforschung in Hessen, Bd. 1, H. 1 und 2 - Hrsg. vom Hessischen Ministerpräsidenten. Frankfurt a.M. 1954, S. 7 ff.
110. RIEMENSCHNEIDER, A.: Vorplanung und § 44 FlurbG. In: Die Entwicklung der Vorplanung in der Praxis der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 35, Stuttgart 1962, S. 57 ff.
111. RÖHM, H. u. WINTERWERBER, F.: Die Vorplanung der Flurbereinigung und Aussiedlung in der Gemarkung Hechingen. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 1, Stuttgart 1952
112. ROHMER, W. u. STEINMETZ, H.J.: Bodenerhaltung in der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 31, Lengerich (Westf.) 1960
113. SABARTH, S.: Gegenwärtige und zukünftige Richtbetriebsgrößen und -organisationen landwirtschaftlicher Familienbetriebe in Hessen. AVA-Sonderheft Nr. 17, Wiesbaden 1965
114. SCHÄFER, K.: Landnutzung und Eigentum. In: Agrarwirtschaft 2000 - Beiträge zu einer langfristigen Prognose. AVA-Heft 24, Wiesbaden 1968, S. 123 ff.
115. SCHICKE, H. u. BATZ, E.: Koordinierung der Flurbereinigung mit anderen Planungen zur Neuordnung des ländlichen Raumes. - Ergebnis zweier Fachtagungen. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 49, Berlin-Bonn 1967
116. SCHICKE, H.: Zu den Problemen der Neuordnung der Flur. Zeitschrift für Kulturtechnik und Flurbereinigung, 10. Jg., H. 6, Berlin und Hamburg 1969, S. 322 ff.
117. SCHÖNHALS, E.: Die Böden Hessens und ihre Nutzung - Abhandlungen des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung, H. 2, Wiesbaden 1954
118. SEUSTER, H.: Anforderungen des landwirtschaftlichen Betriebes an die Anlage und den Ausbau des Wirtschaftswegenetzes. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 32, Lengerich (westf.) 1961
119. SEUSTER, H.: Die Beanspruchung landwirtschaftlicher Wirtschaftswege im Hinblick auf eine steigende Mechanisierung der Landwirtschaft. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 20, Lengerich (Westf.) 1958
120. SPITZER, H. u. LEISCHNER, A.: Betriebsplanung in der Vorplanung. Innere Kolonisation, 10. Jg., H. 6, Berlin-Bonn 1964, S. 126 ff.
121. SPITZER, H.: Die Beurteilung von Flurverfassung und Verkehrslage. In: Grundlagen und Methoden der landwirtschaftlichen Raumplanung. Hannover 1969, S. 191 ff.

122. SPITZER, H.: Die Landwirtschaft in der Regionalplanung. AVA-Sonderheft Nr. 30, Wiesbaden 1967
123. SPITZER, H.: Die landwirtschaftliche Stellungnahme zu landbeanspruchenden Planungen. Berichte über Landwirtschaft, N.F., Bd. 43, H. 2, Berlin und Hamburg 1965, S. 315 ff.
124. STAMER, H.: Landwirtschaftliche Marktlehre. Teil I, Bestimmungsgründe und Entwicklungstendenzen des Marktes. Hamburg und Berlin 1966
125. STEINMETZ, H.J.: Ein Beitrag zum Problem der Bodenmelioration in Hessen. Zeitschrift für Kulturtechnik und Flurbereinigung, Jg. 6, H. 6, Berlin und Hamburg 1965, S. 321 ff.
126. STEUER-BOTHE: Gutachten zu einer Neuordnung des ländlichen Raumes durch Flurbereinigung - Vorplanungen - . Beispiele aus den Ländern der Bundesrepublik und Vorschläge zur Weiterentwicklung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 16, Lengerich (Westf.) 1957
127. STEUER, R.: Flurbereinigungsgesetz, Kommentar. 2., neubearb. Aufl. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München und Berlin 1967
128. STÖBNER, G.: Aufklärung und Beratung bei der Flurbereinigung. Ausbildung und Beratung in Land- und Hauswirtschaft, 23. Jg., H. 11, München 1970, S. 195 ff.
129. TÖRÖK, J.: Die Linearplanung in der Vorplanung der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 46, Hilstrup (Westf.) 1967
130. TRÖSCHER, T.: Landwirtschaft und Raumordnung in Hessen. - Vortrag am 12. Oktober 1968 in Marbach bei Marburg. Kleine Schriften des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung. Köln 1968
131. UHLIG, S.: Sinn und Aufgaben agrarmeteorologischer Untersuchungen als Grundlage der landespflegerischen Planung. In: Landschaftspflege und Flurbereinigung. - Ein Bericht über die Arbeitstagung in Münster vom 5. bis 7. Okt. 1955 - Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 22, Stuttgart 1959, S. 79 ff.
132. WAGNER, E.: Landwirtschaftliche Grenzertragsflächen - ein Grundproblem künftiger Raumordnung. Innere Kolonisation, Jg. 19, H. 9, Berlin-Bonn 1970, S. 256 ff.
133. WEBER, H.: Flurbereinigung und Regelung des Wasserhaushalts sind meistens untrennbar. Wasser und Boden, H. 10, Hamburg-Blankenese 1965, S. 333 ff.
134. WEBER, H.: Landeskulturelle Aufgaben bei der regionalen Entwicklung. In: Ergebnisse landwirtschaftlicher Forschung an der Justus Liebig-Universität, H. X, Gießen 1968, S. 35 ff.

135. WEINSCHENK, G. u. HENRICHSMEYER, W.: Landwirtschaft bis 1980, Agrarwirtschaft, Jg. 19, H. 1, Hannover 1970, S. 1 ff.
136. WEINSCHENK, G.: Strukturwandel und Landwirtschaftsförderung. In: Die Entwicklung des ländlichen Raumes als Aufgabe der Raumordnungs- und regionalen Strukturpolitik. Schriftenreihe für Flurbereinigung, H. 48, Stuttgart 1967, S. 22 ff.
137. WINZLER, K.: Notwendigkeit und Grenzen der Mitarbeit landwirtschaftlicher Berater bei der Raumplanung. - Beratertagung Eberbach, 15. bis 18.3.1966 - Landwirtschaft-Angewandte Wissenschaft, Nr. 127, Hiltrup (Westf.) 1966
138. WOLFF, P.: Planung und Durchführung landeskultureller Maßnahmen im Flurbereinigungsgebiet Lüdershausen/Lüneburger Elbmarsch, Abschluß 1960 - Eine Analyse der bisherigen Entwicklung im Flurbereinigungsgebiet aufgrund örtlicher Untersuchungen (1964-65). Dissertation an der Fakultät für Landbau der Technischen Universität Berlin 1966

A N H A N G

Der Hessische Minister für
Landwirtschaft und Forsten
Abteilung II/IV

Wiesbaden, den 21. Jan. 1957
Schloßplatz 2

Tgb.Nr. IIa/175/57
Tgb.Nr. IV 548/57-LK.50.0

An die
Land- und Forstwirtschaftskammer
Hessen-Nassau
Kurhessen

mit Abdrucken für sämtliche Landwirtschaftsschulen
und Wirtschaftsberatungsstellen

An das
Landeskulturamt
W i e s b a d e n

mit Abdrucken für sämtliche Kulturämter

Betr.: Zusammenarbeit zwischen Landeskulturbehörde und landwirtschaftlicher Berufsvertretung bei Flurbereinigungsverfahren

Anlg.: - 1 -

Nach § 38 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14.7.1953 stellt die Flurbereinigungsbehörde die allgemeinen Grundsätze für die zweckmäßige Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes im Benehmen mit der landwirtschaftlichen Berufsvertretung auf. Dabei sind Vorplanungen der landwirtschaftlichen Berufsvertretung im möglichen Umfange zu berücksichtigen. Nach § 109 des Flurbereinigungsgesetzes ist die Berufsvertretung der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei die zuständige Landwirtschaftskammer.

Die Zusammenarbeit zwischen Landeskulturbehörde und Land- und Forstwirtschaftskammer, die zu einer Verbesserung und Beschleunigung der Flurbereinigung beitragen soll, ist mit sofortiger Wirkung folgendermaßen durchzuführen:

1. Dringlichkeitsfeststellung

Die Land- und Forstwirtschaftskammer führt in Zusammenarbeit mit den Kulturämtern die Dringlichkeitsfeststellung durch und unterrichtet das Landeskulturamt jeweils im Januar über das Ergebnis der Ermittlung. Abweichende Auffassungen des Kulturamtes sind mitzuteilen. Die zuständige Landwirtschaftsschule und Wirtschaftsberatungsstelle übersendet dem jeweiligen Kulturamt eine Durchschrift ihres Berichtes an die Land- und Forstwirtschaftskammer.

2. Reihenfolge der Verfahren

Das Landeskulturamt lädt die Land- und Forstwirtschaftskammern und das Amt für Landesplanung im Februar eines jeden Jahres zu einer Besprechung über die zweckmäßige Reihenfolge der Verfahren in den nächsten Jahren ein. Das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten ist von dem Termin der Besprechung zu unterrichten.

Im Anschluß an diese Besprechung teilt das Landeskulturamt den Land- und Forstwirtschaftskammern mit, in welchen Gemeinden ein Flurbereinigungsverfahren aller Wahrscheinlichkeit nach im darauffolgenden Jahr eingeleitet wird.

3. Hilfsmittel für die Vorplanung

Das zuständige Kulturamt stellt der Land- und Forstwirtschaftskammer Vergrößerungen des Meßtischblattes im Maßstab 1 : 10000 sowie etwa vorhandene Luftbildaufnahmen kostenlos zur Verfügung.

4. Bodenkundliches Gutachten

Die Land- und Forstwirtschaftskammern schlagen zugleich mit dem Bericht über die Dringlichkeitsfeststellung gem. Ziff. 1 vor, von welchen Gemeinden ein bodenkundliches Gutachten erforderlich erscheint. Das Landeskulturamt entscheidet, von welchen Gemeinden ein bodenkundliches Gutachten erstellt wird.

Das bodenkundliche Gutachten wird der zuständigen Land- und Forstwirtschaftskammer umgehend in zweifacher Ausfertigung vom Landeskulturamt übergeben, damit die Vorschläge bei der betriebswirtschaftlichen Vorplanung berücksichtigt werden können.

5. Vorplanung

Nachdem feststeht, in welchen Gemeinden mit aller Wahrscheinlichkeit im darauffolgenden Jahr das Flurbereinigungsverfahren eingeleitet wird, hat zwischen der Land- und Forstwirtschaftskammer und dem zuständigen Kulturamt eine Abstimmung über die Auswahl der Gemeinden für eine Vorplanung zu erfolgen.

Hauptaufgabe der Vorplanung ist das rechtzeitige Aufzeigen sämtlicher betriebswirtschaftlichen und agrarstrukturellen Möglichkeiten zur Berücksichtigung im Flurbereinigungsverfahren. Die von den Vorplanern der Land- und Forstwirtschaftskammern in Abstimmung mit Kulturamt, Landwirtschaftsschule, beteiligten Landwirten, Bezirksplanungsstellen und sonstigen Stellen erarbeiteten Vorplanungsberichte sollen der Flurbereinigungsbehörde voraussichtlich realisierbare Vorschläge liefern und der zuständigen Landwirtschaftsschule und Wirtschaftsberatungsstelle als Grundlage für die Aufklärung vor und während des Verfahrens dienen. Die Aufklärung ist nur in Abstimmung mit dem zuständigen Kulturamt durchzuführen.

Besonders wichtig ist eine bereits mehrere Jahre vor Beginn der Flurbereinigung einsetzende intensive Aufklärung durch die Wirtschaftsberatung.

Auch die Ermittlung wesentlicher Verflechtungen von Nachbargemeinden, die eine großräumige Flurbereinigung bedingen, ist Aufgabe der Vorplanung.

Die Vorplanungsberichte werden dem als Anlage beigefügten Vordruck entsprechend erstellt und dem Kulturamt in einfacher und der zuständigen Landwirtschaftsschule in doppelter Ausfertigung rechtzeitig - d.h. vor Einleitung des Verfahrens - übergeben.

Vor Einleitung des Verfahrens lädt das Kulturamt die Landwirtschaftsschule und Wirtschaftsberatungsstelle, den Vorplaner und gegebenenfalls weitere Stellen zu einer gemeinsamen Besprechung über den vorliegenden Vorplanungsbericht ein.

6. Mitarbeit während des Verfahrens

Während des Verfahrens ist eine gründliche Aufklärung der Teilnehmer einmal zur Unterstützung des Kulturamtes zwecks Herbeiführung einer zweckmäßigen Neuordnung des Verfahrensgebietes und zum anderen zur

Ausnutzung sämtlicher Vorteile nach beendeter Zusammenlegung durch die Wirtschaftsberatung erforderlich.

Das Flurbereinigungsgesetz vom 14.7.1953 sieht ferner vor, daß die landwirtschaftliche Berufsvertretung bei wichtigen Terminen zu hören ist.

Das zuständige Kulturamt hat als landwirtschaftliche Berufsvertretung einzuladen

1. die zuständige Landwirtschaftsschule und Wirtschaftsberatungsstelle,
2. den jeweiligen Kreislandwirt.

Bei folgenden Terminen ist die landwirtschaftliche Berufsvertretung einzuladen und zu hören:

A. Vor Anordnung der Flurbereinigung bzw. des beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens

1. Aufklärungsversammlung (§ 5 FlurbG)
2. Antrag auf Einleitung eines beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens (§ 93 FlurbG).

B. Während der Durchführung des Flurbereinigungs- bzw. des beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens

1. Bei erheblichen Änderungen des Flurbereinigungsgebietes (§ 8 FlurbG)
2. Vor Einstellung eines Flurbereinigungsverfahrens (§ 9 FlurbG)
3. Vor Einstellung eines Zusammenlegungsverfahrens (§ 94 FlurbG)
4. Wahl des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft (Einleitungstermin) (§ 21 FlurbG)
5. Bestellung von Vorstandsmitgliedern im Falle von § 21 Abs. 3 FlurbG
6. Abberufung von Vorstandsmitgliedern (§ 23 FlurbG)
7. Schätzungseinleitungs- und -schlußtermin (§§ 27 - 33 FlurbG)
8. Aufstellung der allgemeinen Grundsätze für die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes (§ 38 FlurbG)
9. Aufstellung des Planes für die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen (§ 41 FlurbG)
10. Aufstellung des allgemeinen Bodenverbesserungsplanes (§§ 18, 37, 41, 46, 97 FlurbG)
11. Verteilung des Landverlustes im Falle des § 87 FlurbG.

Die Einladung zu weiteren Terminen wird in das Ermessen des zuständigen Kulturamtes gestellt. Dies trifft vor allem für die Entgegennahme der Abfindungswünsche, die Planvereinbarungsverhandlungen und für Verhandlungen über etwaige Einwendungen nach Bekanntgabe des Flurbereinigungsplanes zu. Hierunter ist nicht eine Teilnahme während des ganzen Termines zu verstehen, sondern nur ein Hinzuziehen in wichtigen Einzelfällen.

Das Kulturamt gibt bei der Einladung der zuständigen Landwirtschaftsschule an, ob außer dem Vertreter der Landwirtschaftsschule der Vorplaner teilnehmen soll. Der Vorplaner sollte grundsätzlich am Einleitungstermin, am Schätzungseinleitungstermin und am Termin zur Aufstellung der allgemeinen Grundsätze für die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes teilnehmen, damit er dabei - falls erforderlich - seine Vorschläge erläutern kann. Ferner ist der Vorplaner über die Gründe zu unterrichten, wenn seine Vorschläge während des Verfahrens nicht durchführbar erscheinen. - Im übrigen ist von einer Mitwirkung des Vorplaners während des Verfahrens abzusehen, damit er sich seiner eigentlichen Aufgabe voll widmen kann.

7. Umstellungsberatung

Aufgabe der Umstellungsberatung ist die Mithilfe bei der Anpassung der Betriebe an die neuen Verhältnisse, um alle durch die Flurbereinigung gegebenen Möglichkeiten zur Leistungssteigerung, Arbeitserleichterung und strukturellen Verbesserung auszunutzen. Die Vorbereitungen für die Umstellungsberatung sind bereits vor der Übergabe der neuen Grundstücke aufzunehmen. Hierzu gehören vor allem eine gründliche Aufklärung über die gesamten Maßnahmen im Rahmen der Umstellungsberatung, die Aufnahme der bisherigen durchschnittlichen betriebswirtschaftlichen Verhältnisse möglichst in allen bäuerlichen Betrieben, die Sicherung der Futterversorgung im Übergangsjahr, die Maßnahmen für die erste Herbstbestellung auf den neuen Grundstücken und die Beschaffung des erforderlichen Kartenmaterials.

Das zuständige Kulturamt stellt der Landwirtschaftsschule und Wirtschaftsberatungsstelle folgendes Kartenmaterial für die Beratung kostenlos zur Verfügung:

- a) sofort nach der Rohplanprüfung durch das Landeskulturamt eine Lichtpause der Deckpause zur Übersichtskarte bzw. eine Lichtpause der Zuteilungskarte im Maßstab 1 : 2000,
- b) nach der Prüfung des Flurbereinigungsplanes durch das Landeskulturamt einen Zusammendruck der Zuteilungskarte im Maßstab 1 : 5000 in doppelter Ausfertigung.

Den Beteiligten können auf Antrag Lichtpausen im Maßstab 1 : 5000 gefertigt werden. Die Kosten für das benötigte Lichtpauspapier sind von der Teilnehmergemeinschaft vorzulegen und von den Antragstellern an diese zu erstatten.

In Vertretung:

gez. Dr. Tröscher
Staatssekretär

Mustergliederung der untersuchten Vorplanungen

=====

V o r p l a n u n g s b e r i c h t

Gemeinde (n)

Vorplaner

Inhaltsübersicht

Seite

I. <u>Derzeitige Verhältnisse im Vorplanungsgebiet</u>	1
A. <u>Geschichtliche und soziologische Verhältnisse</u>	1
1. Geschichtliches	1
2. Form der Vererbung	1
3. Entwicklung und Zusammensetzung der Wohnbevölkerung	1
4. Berufsgliederung und Stellung im Beruf	2
5. Landbewegung	2
6. Einstellung der Grundstückseigentümer zur Flurbereinigung	2
B. <u>Strukturelle Verhältnisse</u>	3
1. Betriebs- und Besitzstruktur der landw.Betriebe über 0,5 ha LN	3
2. Betriebsgruppen	3
3. Ausmärker- und Teilnehmeraußenbesitz	3
4. Flächenanteile der Körperschaften, Stiftungen u.a.	4
5. Gemeinschaftlich genutztes Land	4
C. <u>Natürliche Grundlagen</u>	5
1. Boden	5
2. Klima	5
3. Wasserverhältnisse	6
4. Oberflächengestaltung	6
D. <u>Wirtschaftliche Grundlagen</u>	7
1. Äußere und innere Verkehrslage	7
2. Ortslage	8
3. Bodennutzung und Erträge	8
a) Landw.Nutzflächen und Betriebsflächen	8
b) Ackernutzung und -erträge	9
c) Grünlandnutzung und -erträge	9
d) Obstbau und Sonderkulturen	10
e) Bäuerlicher Wald	10

	Seite
4. Viehhaltung und Futterflächen	11
5. Arbeitswirtschaft	11
6. Geldwirtschaft typischer Betriebe	11
E. <u>Zusammenfassende Beurteilung der derzeitigen Verhältnisse und Entwicklungstendenz der Vorplanungsgemeinde (n)</u>	12
II. <u>Vorschläge zur Neugestaltung des Vorplanungsgebietes</u> ...	
A. <u>Neugliederung der Betriebsflächen</u>	
1. Aufforstung landw. minderwertiger Böden	
2. Rodung landw. wertvoller Waldflächen	
3. Kultivierung von Ödlandflächen	
B. <u>Neugliederung der Acker- und Grünlandflächen</u>	
1. Umwandlung von Grünland in Ackerland	
2. Umwandlung von Ackerland in Grünland	
3. Art der Grünlandnutzung	
(Wiese, Weide usw.)	
C. <u>Wasserwirtschaft und Landschaftsschutz</u>	
1. Wasserwirtschaft	
(Dränung, Bewässerung, Bachregulierung, Kanalisation, Wasserversorgung)	
2. Landschaftsschutz	
(Windschutz, Naturschutz, Bodenerhaltung; vgl. Bemerkung zu Pkt. IC4, S. 6)	
D. <u>Bereitstellen von Land für gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen</u>	
1. Viehweiden, Jungviehweiden usw.	
2. Bauland, Sportplatz, Schwimmbad, Gemeinschaftshaus, Friedhof usw.	
3. Straßenbau, Industrieanlagen und Unternehmen nach § 87 FlurbG	
E. <u>Bereitstellen von Land für Kleingärten, Obstanlagen und Sonderkulturen</u>	
F. <u>Strukturelle Verbesserungen</u>	
1. Anzustrebende Mindestbetriebsgröße für eine Vollbauernstelle	
2. Betriebsaufstockung	
(Landbedarf und Möglichkeiten der Landbeschaffung)	
3. Ortsauflockerung	

- a) Aussiedlung
(Aussiedlungsräume, Interessenten, Verwertung
der Altgebäude - nicht Ortsrandsiedlung)
- b) Neusiedlungen, Nebenerwerbssiedlungen, Land-
arbeiterwohnunghn
(Siedlungsräume, Interessenten, Verwertung
der Altgebäude)
- c) Althofsanierung
- d) Bauplätze für landwirtschaftliche Hofreiten .
(Errichtung der Wirtschaftsgebäude erfolgt
durch die Grundstückseigentümer aus eigenen
Mitteln)
- e) Erweiterung der Hofreiten
(Ausbau der Wohn- und Wirtschaftsgebäude,
Viehausläufe beim Hof, Garten- und Obst-
land beim Hof, Feldscheunen.
- Interessenten und Möglichkeiten)

4. Vorschläge zur Neugestaltung des Wegenetzes

G. Hinweise für die Abfindung

- 1. Zusammenlegungsgrad
(Zahl der Parzellen für die einzelnen Betriebs-
größenklassen)
- 2. Länge und Richtung der neuen Grundstücke
- 3. Nutzungseignung der einzelnen Lagen
(Rübenböden, Kartoffelböden, besonders beliebte
und unbeliebte Lagen; Lagen, die Vorbesitzer
wieder erhalten müßte, Bewertung d. Hanglagen)
- 4. Ausweisung der Flächen für Kleinstlandwirte
- 5. Ausweisung der Ausmäckerflächen
- 6. Ausweisung der Pachtflächen
- 7. Verwendung und Nutzung des Gemeindelandes

III. Maßnahmen zur Erreichung des Zieles

- IV. Vorschläge für die Umstellungsberatung
=====
- (nur soweit sie sich nicht aus Teil I - III ergeben)
- 1. Betriebsorganisation
 - 2. Arbeitswirtschaft
 - a) Mechanisierung und Rationalisierung
 - b) Maschinengemeinschaften
 - 3. Fruchtfolge und Übergangsfruchtfolge

Anlagen

Verzeichnis der landw. Betriebe über 5 ha LN der Vor-
planungsgemeinde

- Karten über :
- a) Allgemeine Besitzverhältnisse
 - b) Besitzzersplitterung typischer Betriebe
 - c) Meliorationen
 - d) Vorschläge zur Flächennutzung

Übersicht 16: Angaben über den Verfahrensablauf, die Verfahrensstücke und die Aufwandskosten der untersuchten Flurbereinigungen

Gemeinde/Verfahren	Beginn der Vorplanung	Flurbereinigungsbeschluß	Zuteilung der neuen Grundstücke	Verfahrensfläche		Ausführungskosten je ha beauftragte Fläche DM/ha
				Gesamtfläche	in	
I. <u>Flurbereinigungen</u>	Monat/Jahr	Monat/Jahr	Jahr	ha	ha	
a) <u>Kulturland Flula</u>						
1. Buchenrod, Krs. Flula	10.1960	9.1949	1965	307	262	3626. --
2. Lauppen, Krs. Flula	6.1960	10.1949	1962	306	109	3760. --
3. Weidenau, Krs. Flula	6.1960	10.1949	1964	409	422	5533. --
4. Kleinsassen, Krs. Flula	7.1957	4.1957	1961	640	503	3701. --
5. Absroda, Krs. Flula	6.1960	2.1959	1962	1066	901	6627. --
6. Neumunz, Krs. Flula	6.1960	10.1959	1965	755	671	5222. --
7. Steinwand, Krs. Flula	9.1962	10.1962	1965	1465	1061	5780. --
8. Homers, Krs. Flula	3.1963	2.1965	1966	701	177	2052. --
9. Langelsfeld, Krs. Flula	2.1963	2.1965	1966	211	167	3583. --
10. Rodenbach, Krs. Flula	3.1965	2.1965	1967	580	340	3970. --
b) <u>Kulturland Hensfeld</u>						
11. Holzheim, Krs. Hensfeld	6.1956	4.1957	1959	437	276	3432. --
12. Karspitz, Krs. Hensfeld	6.1956	4.1957	1959	247	163	3710. --
13. Leinleuzenrod, Krs. Hensfeld	6.1956	4.1957	1959	181	143	2283. --
14. Starklos, Krs. Hensfeld	6.1956	4.1957	1959	432	296	2551. --
15. Vetzlos, Krs. Hensfeld	6.1956	4.1957	1959	131	135	4045. --
16. Dittlofeld, Krs. Hensfeld	9.1957	8.1958	1960	384	335	2614. --
17. Lampersfeld, Krs. Hensfeld	2.1959	4.1958	1964	53	40	3000. --
18. Schenkels, Krs. Hensfeld	2.1959	4.1958	1964	82	60	4137. --
19. Wöhrigshof, Krs. Hensfeld	9.1958	9.1959	1961	298	155	2190. --
20. Holzbach, Krs. Hensfeld	9.1962	9.1962	1964	622	350	1775. --
21. Giesenheim, Krs. Hensfeld	9.1957	8.1963	1965	67	72	4780. --

nach Übersicht 1b

Kommune/Gemeinden	Beginn der Vorplanung	Mitbereinigungsbeschluß	Zuteilung der neuen Grundstücke	Gesamtfläche	In	ausführungs-kosten je ha beitragspflichtiger Fläche
I. Erstbereinigungen						
c) Kulturnut Marburg						
23. Haddenberg, Krs. Frankenberg	7. 1956	4. 1956	1959	618	170	2647.---
25. Oberorke, Krs. Frankenberg	10. 1956	6. 1957	1960	345	151	3200.---
24. Bodenau, Krs. Frankenberg	2. 1956	7. 1958	1961	3097	771	4000.---
22. Laatzold, Krs. Frankenberg	5. 1. 57	7. 1960	1. 57	3201	764	3775.---
II. Zweibereinigungen						
a) Kulturnut Pulda						
1. Jahnbach, Krs. Pulda	2. 1960	2. 1960	1963	452	400	2024.---
2. Jahnbach, Krs. Pulda	7. 1. 57	12. 1961	1964	305	430	1252.---
3. Jahnbach, Krs. Pulda	5. 1962	12. 1961	1964	700	274	1714.---
b) Kulturnut Hersfeld						
4. Harnode, Krs. Hersfeld	6. 1959	9. 1959	1961	260	244	2559.---
5. Felsberg, Krs. Melsungen	1. 1960	1. 1960	1962	729	721	2056.---
6. Süß, Krs. Rotenberg	7. 1961	6. 1960	1965	1460	409	2840.---
7. Ulfen, Krs. Rotenburg	2. 1960	1. 1960	1963	1897	1265	2919.---
8. Duchenau, Krs. Hünfeld	9. 1963	2. 1963	1965	1581	269	3651.---
9. Weißenborn, Krs. Rotenburg	9. 1964	5. 1964	1967	351	250	3022.---
c) Kulturnut Nessel						
10. Jahnbach, Krs. Waldeck	8. 1956	7. 1957	1961	2545	2247	1226.---
11. Jahnbach, Krs. Nenzenhausen	6. 1956	7. 1958	1960	504	420	688.---
12. Jahnbach, Krs. Waldeck	7. 1959	10. 1959	1962	1074	792	1635.---
13. Jahnbach, Krs. Nessel	9. 1960	10. 1960	1963	1615	1277	285.---
14. Jahnbach, Krs. Waldeck	9. 1959	12. 1960	1963	752	650	1625.---

noch Übersicht 16

Gemeinde/Verfahren	Beginn der Vorplanung	Flurbereinigungsbeschluss	Zuteilung der neuen Grundstücke	Verfahrensfläche		Ausführungs-kosten je ha beitragspflichtiger Fläche
				Gesamtfläche	LN	
II. <u>Zweitbereinigungen</u>	Monat/Jahr	Monat/Jahr	Jahr	ha	ha	DM/ha
Fortsetzung						
c) <u>Kulturamt Kassel</u>						
15. Volkhagen, Krs. Volkhagen	10. 1956	4. 1960	1963	2500	1506	1058. --
16. Ischwege, Krs. Ischwege	2. 1960	11. 1961	1965	1087	1070	34. --
17. Oberhonne, Krs. Ischwege	3. 1961	9. 1961	1963	431	440	1526. --
18. Langenhain, Krs. Ischwege	9. 1962	10. 1962	1964	1135	439	1124. --
19. Viesebeck, Krs. Volkhagen	8. 1961	5. 1962	1964	360	568	1010. --
20. Grebensein, Krs. Hofgeismar	1. 1962	7. 1969	1965	2523	1908	1217. --
d) <u>Kulturamt Marburg</u>						
21. Lardorf, Krs. Marburg	6. 1960	12. 1959	1962	964	834	2035. --
22. Willinghausen, Krs. Ziegenhain	12. 1959	12. 1959	1963	1267	602	1930. --
23. Durlinghausen, Krs. Marburg	10. 1959	12. 1960	1963	298	200	3840. --
24. Frielendorf, Krs. Ziegenhain	4. 1961	6. 1961	1966	64	297	2071. --
25. Gilsa, Krs. Fritzlar-Homburg	9. 1960	12. 1960	1962	423	275	1595. --
26. Lousendorf, Krs. Frankenberg	4. 1962	11. 1961	1963	647	180	3016. --
27. Oberurff, Krs. Fritzlar-Homburg	1. 1963	9. 1961	1965	498	310	1358. --
28. Schiefeborn, Krs. Fritzlar-Homburg	9. 1962	9. 1961	1965	40	37	3514. --
29. Zwesten, Krs. Fritzlar-Homburg	9. 1962	9. 1962	1966	1632	655	4032. --
30. Niederurff, Krs. Fritzlar-Homburg	9. 1962	1. 1962	1966	1210	528	1739. --
31. Betzingerode, Krs. Fritzlar-Homburg	4. 1964	8. 1963	1967	391	109	1063. --
32. Renzingerode, Krs. Fritzlar-Homburg	4. 1964	8. 1963	1967	204	95	3000. --

Gemeinde/Verfahren	Beginn der Vorplanung	Monat/Jahr	Zuteilung der neuen Grund- stücke	Jahr	Gesamt- fläche	in	Auführungs- kosten je ha beitragspflich- tiger Fläche
III. Beschleunigte Zusammen- legungen							
a) Kulturnant Kassel							
1. Niederkaufungen, Krs. Kassel	2. 1958	11. 1958	1960	1960	804	699	908.--
2. Oberkaufungen, Krs. Kassel	10. 1957	11. 1958	1960	1960	439	439	367.--
b) Kulturnant Leirburg							
3. Vöhl, Krs. Frankenberg	9. 1958	5. 1959	1961	1961	696	600	1475.--
4. Bischhausen, Kr. Fritzl. Hbg.	9. 1960	12. 1960	1963	1963	315	252	2448.--
5. Walbersbrück, Kr. Fritzl. Hbg.	10. 1960	12. 1960	1962	1962	526	465	2624.--

Quellen: Angaben des Landeskulturnantes Hessen in Wiesbaden und Vorplanungsberichte der ehemaligen
Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen

L e b e n s l a u f

Am 14. November 1937 wurde ich als Sohn des Landwirtes Emil Bokermann in Dohnsen, Krs. Holzminden, geboren. - Ab Herbst 1943 besuchte ich die dortige Volksschule, seit dem Frühjahr 1948 die Mittelschule in Bodenwerder/Niedersachsen.

Durch Umzug meiner Eltern nach Tengern, Krs. Lübbecke (Westf.), kam ich 1950 auf die Realschule in Löhne (Westf.), die ich 1954 mit dem Abschluszeugnis verließ.

Die landwirtschaftliche Lehre absolvierte ich vom 1. Mai 1954 bis zum 1. Mai 1956 auf dem Betriebe des Landwirts Georg Wübbeling in Achmer bei Osnabrück.

Danach war ich bis zum Frühjahr 1960 auf dem landwirtschaftlichen Betrieb meiner Eltern in Tengern, Krs. Lübbecke (Westf.), tätig. Zwischenzeitlich besuchte ich in den Winterhalbjahren 1957/58 und 1958/59 die Landwirtschaftsschule in Lübbecke.

Der Ausbildung zum staatlich geprüften Landwirt unterzog ich mich vom 1. April 1960 bis zum 15. März 1961 an der Höheren Landbauschule Herford (Westf.). - Vom 1. Juli 1961 bis zum 1. April 1962 war ich anschließend als Angestellter bei der Frankfurter Allianz Versicherungs-AG in Bielefeld beschäftigt.

Zum Sommersemester 1962 begann ich mit dem Studium der Landwirtschaft an der Fakultät für Landbau der Technischen Universität Berlin und legte dort gegen Ende des Wintersemesters 1966 die Diplom-Hauptprüfung ab. - Ein Jahr später, im Juli 1967, erlangte ich nachträglich durch die Begabtenprüfung die allgemeine Hochschulreife.

Vom 1. Juli 1966 bis zum 1. Januar 1970 war ich als Fachberater für Flurbereinigung bei der Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen in Kassel angestellt. Seitdem bin ich als Landes-spezialberater für Flurneuordnung beim Hessischen Landesamt für Landwirtschaft tätig.

Verheiratet bin ich seit Juni 1963.

